

Neue Ansichten
Stephan Anpalagan
verweigerte. Nun meldet
er sich freiwillig
39–40

Einsame Hunde
Ein Tierheim im Harz verklagt
Deutschland, weil es zu
wenigen Tieren helfen kann
48–49



Foto: Mark Taylor/Imago

Heiße Reifen
Eine beheizte Fahrradbrücke und
Duschen im Bike-Parkhaus: Wie
Tübingen zum Radlertraum wurde
21

4 193489 605203
€ 5,70 Ausland, € 5,20 Deutschland
Ausgabe Nr. 198
www.taz.de

wochen



Landtagswahl in Sachsen-Anhalt

22. – 28. 8. 2026

Bleiben ist politisch

Was, wenn die AfD
wirklich gewinnt? Wer in
Sachsen-Anhalt mit Queers,
Menschen of Color und
Linken spricht, hört viele
gute Gründe, bald das Land
zu verlassen. Aber auch
von der Überzeugung,
die eigene Heimat nicht
aufgeben zu wollen
4, 11, 25–27



„Wir wollen hier nicht weg“, sagt Amanda. „Hier“, das ist Quedlinburg, wo sie mit ihrer Familie zu Hause ist und als Musikerin, in der Jugendarbeit und in der antirassistischen Bildung arbeitet Foto: Harald Krieg

5 dinge, die wir gelernt haben

- Die Nato ist cringe**
Es gibt einen neuen Trend im Netz: Menschen posten Bilder von Dingen, mit denen sie sich identifizieren, kommentiert mit dem Vorsatz „kinda chic“. Frei übersetzt: „irgendwie lässig“. „Kinda chic, in den 50ern zu sein“, teilte etwa Schauspielerin Drew Barrymore auf einem Bild von sich. Auch die Nato wollte zeigen, wie hip sie ist. Das Militärbündnis postete: „kinda cool to produce more“ – mit dem Bild einer offenen Hand, darin ein paar Patronenhülsen. Kinda cringe!
- Ein Post macht keine Annexion**
Auch Donald Trump posaunte in dieser Woche wieder allerlei Wirres in die Welt. Auf seiner Propaganda-Plattform Truth Social etwa postete er einen Kartenausschnitt, der die Straße von Hormus zeigt. Titel: „NEW U.S. TERRITORY“. Das iranische Regime antwortete prompt und zeichnete Kalifornien als Teil der Islamischen Republik aus. Tags

darauf galt weder Hidschabpflicht in L. A., noch war die Meerenge zum Golf von Oman wieder offen. So einfach ist Imperialismus dann doch nicht.

- Reiche können aufatmen**
Brennende Wälder, knappes Wasser, Hitzetote: Die Klimakrise zeigt sich hierzulande so drastisch wie selten zuvor. Überreiche Menschen befeuern sie statistisch viel stärker als ärmere. Gefragt, ob die Bundesregierung deshalb geprüft habe, Multimillionären einen höheren Beitrag zum Klimaschutz zuzumuten, ließ Finanzminister Lars Klingbeil sinngemäß ausrichten: Nö. Sicher besser so. Sonst wäre am Ende nichts übrig, das von oben nach unten in die Taschen aller rieseln könnte. Ach, trickle down funktioniert gar nicht?

- Azubis laufen auf letzter Rille**
In die Taschen anderer arbeiten Auszubildende besonders routiniert. Schlecht bezahlt,

dafür in Vollzeit reinigen sie Hotelzimmer, schleifen Metallteile, pflegen alte Menschen. Das hat Folgen. Laut einer aktuellen Umfrage des Deutschen Gewerkschaftsbunds sind nur noch knapp zwei Drittel der Azubis zufrieden mit ihrer Ausbildung. Das ist der niedrigste Stand seit 20 Jahren. Jede*r zweite ist zudem psychisch belastet. Derweil wird in der Psychotherapie fleißig gekürzt. Hier gedeiht die Burn-out-Force von morgen!

- Eine Finsternis kommt selten allein**
Noch etwas Erfreuliches für alle Naturschauspielfans: Schob sich vor einigen Tagen erst der Mond vor die Sonne, um den Erden tag in kurze Finsternis zu tauchen, bahnt sich nun das nächste Spektakel an – eine partielle Mondfinsternis am 28. August. Beobachten können wird man sie jedoch nur in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Und zwar ganz früh am Morgen. Immerhin ohne Lochkamera. (tba)

Stress im Klassenzimmer

Ein siebenjähriges Mädchen mit Autismus geht in der ersten Klasse nur 11 Tage zur Schule. Geschichte eines Behördenversagens
8–9



Illustration: Katja Gendikova

der leitartikel

Es führt wohl kein Weg dran vorbei – Friedrich Merz muss weg

Von **Anna Lehmann**

Er ist wieder da. Fast. Wenn sich die schwarz-rote Bundesregierung in der kommenden Woche zur Klausur auf Schloss Neuhausen in Brandenburg trifft, wird auch der Kanzler aus seiner urlaubsähnlichen Zwischenwelt wieder an die Öffentlichkeit treten. Zwei Tage lang sprechen er und seine Minister:innen über deutsche Wettbewerbsfähigkeit und nationale Sicherheit, lassen sich die Lage von Gästen wie Siemens-Chef Roland Busch erklären und die neueste Abfangdrohne von Tytan Technologies vorführen.

Um ein Thema wird es, zumindest offiziell, nicht gehen: um die Landtagswahlen in Ostdeutschland im September. Dabei werden die Ergebnisse auch über die Schicksale von Friedrich Merz und den SPD-Chef:innen Bärbel Bas und Lars Klingbeil entscheiden. Alle drei sind öffentlich angeschlagen und leiden in ihren Parteien unter massivem Autoritätsverlust. Werden die Wahlen zum Fiasko für CDU und SPD, steht

nicht nur die politische Zukunft des Spitzenpersonals auf dem Spiel, sondern auch der Fortbestand der Koalition.

Sicher, die internationale Lage mit Kriegen in der Ukraine und in Iran würde jeder Regierung zu schaffen machen, und Deutschlands Wirtschaft

Diese Koalition könnte nur noch ein Wirtschaftswunder retten

schwächelt nicht erst seit dem Amtsantritt von Merz und Co, sondern seit Jahren. Aber dass diese Regierung derzeit noch unbeliebter ist als die wahrlich nicht gefeierte Ampel, hat sie eindeutig auch sich selbst und ihrer Führung zu verdanken. Merz hat sich durch maßlose Selbstüberschätzung und fehlende Empathie in eine Situation manövriert, in dem auch intern die Frage lau-

ter wird, ob er nicht der falsche Mann im Kanzleramt ist. Kürzlich geriet seine als Neustart gedachte Kabinettsumbildung zur Karambolage, bei der er die eigenen Leute vor den Kopf stieß.

In der SPD gibt es schon länger Zweifel, ob die Personalunion aus Parteivorsitz und Ministerämtern hilfreich ist, trägt sie doch erkennbar nicht dazu bei, dass die SPD eigene Positionen durchsetzt und der neoliberalen Riege um Merz in den Arm fällt. Statt die Gesellschaft sozial gerechter zu machen und Digitalkonzerne und Hochvermögende endlich in die Pflicht zu nehmen, senkt man gemeinsam mit der Union Steuern für Unternehmen, kürzt Sozialleistungen, erhöht Abgaben und schleift den Kündigungsschutz. Kein Wunder, dass sich selbst SPD-Ultras verarscht fühlen.

Die Koalition mit CDU und CSU war wahrlich kein Herzenswunsch der Genoss:innen, vielmehr haben sie pflichtbewusst und im Glauben zugestimmt, nur so ließe sich die extreme Rechte in Schach halten und die politische Mitte

stärken. Doch diese Mitte erodiert in Umfragen immer weiter, und so mancher fragt sich mittlerweile, warum man dann dabei bleiben sollte. Fest steht: Der schwelende Unmut über Klingbeil und Bas wird sich nach dem 20. September Bahn brechen; wer oder was danach kommt, ist derzeit aber unklar.

Was diese Regierung retten könnte, wäre ein Wirtschaftswunder. Doch auch danach sieht es zurzeit nicht aus. Die Wirtschaft stagniert, die Unternehmen halten sich trotz Steuernachlässen nach wie vor zurück mit Investitionen oder schließen Standorte ganz. Auch die vielen Hundert Milliarden Euro, die der Staat in Infrastruktur und Rüstung pumpt, finanziert durch Schulden, führen bisher nicht zum erhofften Durchbruch. Und unter der gestiegenen Inflation, bedingt vor allem durch die Teuerung bei Kraftstoffen und die Gier der Raffinerien, ätzen vor allem Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen. Immerhin im Bereich Wohnungsbau verzeichnet



Foto: taz

Anna Lehmann leitet das Parlamentsbüro der taz. Ihre Schwerpunkte sind die SPD und das Kanzleramt sowie Innenpolitik und Bildung.

die Regierung Fortschritte. Aber das allein reicht nicht aus.

Statt Steuersenkungen an Unternehmen nach dem Prinzip Gießkanne auszureichen, müsste die Koalition den Umbau der fossil getriebenen zur klimaneutralen Wirtschaft vorantreiben. Aber das Wirtschaftsministerium leitet eine Frau, die erneuerbare Energien ausbremst und auf die Technologien von gestern setzt. Merz sollte Katherina Reiche auswechseln. Doch damit würde er nicht nur gegen die Mehrheitsmeinung der Basis, sondern auch gegen seine Überzeugungen handeln. Es führt wohl kein Weg daran vorbei: Merz muss weg – aber anders, als die Nöler:innen und Hetzer:innen von rechts denken. Deutschland braucht eine Regierung, die den sozialökologischen Umbau vorantreibt, die nach vorn schaut.

was für eine woche

„Deutsche Regierungspolitiker lieben diesen Trick“ Pauline Jäckels

Die Causa Ben-Gvir ließ Spindoktoren diese Woche ganz tief in ihre PR-Trickkiste greifen. Zur Erinnerung: Der israelische Sicherheitsminister hatte gefordert, dass jede Nacht 30 bis 40 Palästinenser*innen getötet werden sollten.

PR-Trick eins – deutsche Regierungspolitiker lieben ihn –: Nenne Itamar Ben-Gvirs Wunsch nach Gewalt „mensenverachtend“ und fordere Konsequenzen, aber nur für diesen einen Minister. So lenkst du davon ab, dass deine Politik die anhaltende Gewalt der israelischen Regierung durch Waffenexporte und eine Blockade von EU-Handelssanktionen unterstützt. Gleichzeitig erweckst du den Anschein, als würdest du etwas tun.

PR-Trick zwei: Behaupte, die Aussagen Ben-Gvirs repräsentierten nicht die Politik der Netanjahu-Regierung und schaden Israel. So erweckst du den Eindruck, der Minister habe mit der Regierung, deren Teil er ist, nichts zu tun – und ihre Kriegsführung sei, anders als die Rhetorik Ben-Gvirs, legitim. Gleichzeitig signalisierst du dem Ben-Gvir-Lager, dass es die Gewaltausführung zwar unterstützen, aber bitte nicht so deutlich darüber reden sollte. Denn das ist schließlich schlechte PR.



Foto: privat

Pauline Jäckels ist Redakteurin im Meinungsressort der taz.

„Dobrindt hat sich in eine Sackgasse manövriert“ Frederik Eikmanns

Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) hat die stationären Kontrollen an den deutschen Grenzen verlängert: Im März 2027 sollen sie jetzt ein Ende haben. Aber wer soll das noch glauben? Es ist ja nicht das erste Mal, dass die Bundesregierung das Ausstiegsdatum spontan nach hinten verlegt. Ursprünglich sollten die Bundespolizist*innen schon vor Monaten ihre Posten räumen.

Dobrindt hat sich in eine Sackgasse manövriert. Sollte er die Grenzkontrollen irgendwann wieder lockern, kann er sich sicher sein, dass dies von der AfD ausgeschlachtet wird. Also lieber noch mal verlängern, so lautet wohl das Kalkül des Innenministers. Und noch mal. Nur: Auch so stärkt der Minister die Rechtsextremen. Mit jedem Tag, an dem die Bundespolizei an den Grenzen steht, zerbröckelt das Projekt eines liberalen und vereinten Europas weiter.

Das Ende der Binnengrenzkontrollen 1985 machte die damalige Europäische Gemeinschaft als positive Kraft im Leben der Menschen erfahrbar. Dass es an vielen Grenzen jetzt wieder lange Staus gibt, zeigt, wie erfolgreich die Rechten das europäische Projekt unterminieren, indem sie die Konservativen vor sich her treiben.



Foto: taz

Frederik Eikmanns ist taz-Fachredakteur für innere Sicherheit und Migration.

„Musialas Körper ist zum Spekulationsobjekt geworden“ Johannes Kopp

Geht's noch? Rücksicht auf seine Privatsphäre wünscht sich der deutsche Fußballnationalspieler und FC-Bayern-Profi Jamal Musiala. Doch er erfährt in diesen Tagen das krasse Gegenteil. Alle möglichen Ärzte, Psychologen, Mitspieler, Vereinsangestellte werden zu Musialas Körper befragt und geben bereitwillig Auskunft. Es ist in den Medien das Sportthema der Woche.

Zweimal ist Musiala auf dem Spielfeld ohne äußeren Anlass zusammengebrochen. Natürlich hat das Fragen aufgeworfen. Und der Spieler hat sie beantwortet: Es handelte sich um behandelbare Absenzen, die auf eine neurologische Dysfunktion zurückzuführen sind. Kein Drama. Und nun wolle er das Thema im vertrauten Kreis halten.

Denkste! Sein Körper ist in diesen Tagen zum öffentlichen Spekulationsobjekt geworden. Die Geschichten verkaufen sich offenbar bestens. Der verbreitete Hang zum Unfallgaffertum lässt sich an diesem Beispiel bestens beobachten. Lasst endlich Jamal Musiala in Ruhe! Schon diese wenigen Zeilen in dieser Angelegenheit sind eigentlich zu viel. Aber die massiven Grenzüberschreitungen lassen sich leider kaum ignorieren.



Foto: privat

Johannes Kopp ist Redakteur im Sportressort der taz.

„Dieser Schutz muss eingeklagt werden, wenn die Politik sich nicht traut“ Ulrike Winkelmann

Das bisweilen allzu emotional Inszenierte an US-Gerichtsverfahren stößt hierzulande manchem sauer auf. Im konkreten Fall hoffe ich, dass daraus weltweit angemessener politischer Druck erwächst: In Kalifornien hat der Prozess gegen Meta begonnen, Mark Zuckerbergs Facebook- und Instagram-Imperium. Vorwurf: Süchtigmachung, gesundheitliche Schädigung der Kinder und Jugendlichen. Ja, schon gut: Auch Ältere sind Social-Media-süchtig, aber unter 18-Jährige darf und muss der Staat eben noch mehr schützen als Erwachsene.

Dieser Schutz ist längst überfällig und muss dringendst eingeklagt werden, wenn die Politik sich nicht traut: Weltweit steigen die Zahlen der psychisch kranken Kids, während der IQ des Nachwuchses erstmals unter dem der Elterngeneration liegt. Ein Großprozess, angestrengt von Familien und 29 US-Bundesstaaten, bietet die Chance nicht auf eine Schilderung von Schicksalen, sondern auch auf eine Klärung des wissenschaftlichen Stands zu Fragen von Kausalität und Wirkung – und natürlich auf eine wirkungsvolle Bestrafung von nachweislich krank machen den digitalen Mechanismen.



Foto: Jörn Neumann

Ulrike Winkelmann ist gemeinsam mit Barbara Junge und Katrin Gottschalk Chefredakteurin der taz.

taz die tageszeitung

erscheint tägl. Montag bis Samstag.
Herausgeb.: taz die tageszeitung.
Verlagsgenossenschaft eG

Hausanschrift:
Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Postanschrift: Postf. 610229, 10923 Berlin
Telefon: 030 | 25 902-0 | www.taz.de
Chefredaktion: Katrin Gottschalk,
Barbara Junge, Ulrike Winkelmann
Chefreporter: Peter Unfried

Lokalredaktionen:
Nord-Hamburg: Stresemannstraße 23,
22769 Hamburg, 040 | 38 90 17-0
Bremen: Pieperstraße 7,
28195 Bremen, 0421 | 96026 0
Berlin: Friedrichstraße 21,
10969 Berlin, 030 | 25 902 0

Verantwortlich i.S. des Pressegesetzes:
Barbara Junge
Anzeigen: Dieter Schwengler
Berliner Lokalteil: Susanne Memarnia |
alle Berlin
Regionalteil Nord: Jan Kahleke | Hamburg
LeserInnenbriefe E-Mail: briefe@taz.de
Fax: 030 | 25 902 516

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die taz und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung in den taz-Ausgaben im Internet, auf DVD sowie in Datenbanken zu.

taz Shop: 030 | 25 902 138

Anzeigenverkauf:
taz-Anzeigenabteilung,
Friedrichstraße 21
Tel.: 030 | 25 902 314
E-Mail: anzeigen@taz.de

Verlag: taz Verlags- und Vertriebs GmbH
Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Geschäftsführer:innen:
Aline Lüllmann, Andreas Marggraf
Gesellschafter:
taz Verlagsgenossenschaft eG, Berlin
Vorstand:
Pascal Beucker, Redakteur |
Anne Fromm, Redakteurin |
Aline Lüllmann, Kauffrau |
Andreas Marggraf, Kaufmann |
Anja Mierel, Verlagskauffrau | alle Berlin

Aufsichtsrat:
Tolgay Azman, Unternehmer, Hamburg |
Dr. Astrid Dellmann, Historikerin, Berlin |
Jens Pohlmann, Wirtschaftsprüfer/
Steuerberater, Bielefeld

Druck auf PALM Recyclingpapier: A. Beig
Druckerei und Verlag GmbH & Co. KG,
25421 Pinneberg | MDV GmbH & Co. KG,
35390 Gießen

Abo-Service: 030 | 25 902 590
9.00 – 16.00 Uhr | Mo. – Fr.
Fax: 030 | 2 59 02-680
E-Mail: abo@taz.de
Abo-Nummer nicht vergessen!
Mtl. Mindestpreis regulär
44,80 €



KONTEXT: WOCHENZEITUNG

Die Württembergische Landesbibliothek zieht sich aus den sozialen Medien zurück. Eine gute Idee?

Februar 1992
vor der
Landesstelle
für Übersiedler
NRW in Unna.
1,6 Millionen
Russland-
deutsche
wanderten
in den
1990er Jahren
in die Bundes-
republik ein
Foto:
Jochen Eckel



Von links liegen gelassen

Lange begriffen linke Parteien die rund 2,5 Millionen Russlanddeutschen nicht als Teil der Migrationsgesellschaft – und interessierten sich kaum für sie. Das ändert sich gerade

Von Marina Mai

Russlanddeutsche würde sie auf der Straße erkennen, schreibt die Autorin Ira Peter, die selbst als Kind von Kasachstan nach Deutschland kam. Und zwar an ihrem Blick. „Er ist immer wachsam, als könnten sie jederzeit in eine unkontrollierbare Situation geraten.“ Diese Habachtstellung habe die Generation ihrer Eltern von deren Eltern übernommen, die ihnen vorgelebt hätten, dass die Welt um sie herum gefährlich sei, so die 42-Jährige.

Diese ständige Wachsamkeit hat mit der Geschichte der Russlanddeutschen unter Stalin zu tun. Symbolisch steht dafür der 28. August, der für die 2,5 Millionen Russlanddeutschen hierzulande ein wichtiger Gedenktag ist. An diesem Tag vor 85 Jahren wurde in der UdSSR ein Dekret erlassen, das die Deportation der Russlanddeutschen von der Wolga und anderen europäischen Siedlungsgebieten in der Sowjetunion – wo sie teils schon seit über hundert Jahren lebten – nach entlegenen Gebieten in Kasachstan und Sibirien verfügte. Es war eine Reaktion Stalins auf den Einmarsch der Wehrmacht 1941 in die Sowjetunion. Er verdrängte Russlanddeutsche und Angehörige weiterer Bevölkerungsgruppen wie Finnen, Balten und Krimtataren der Kollaboration mit Nazideutschland.

Menschen wurden in Viehwagen zusammengepfercht und in der kasachischen und sibirischen Steppe „abgekippt“. Dort mussten sie sich in Sondersiedlungen Erdhütten graben und Zwangsarbeit leisten. Andere wurden in eine Art Gulag verschleppt, wo sie schwer körperlich arbeiten mussten. Rund 150.000 der 1,1 Millionen verschleppten Russlanddeutschen starben in den Lagern oder auf dem Transport dorthin. Ihr wachsender Wunsch nach Auswanderung aus der Sowjetunion war ein Resultat dieses Schicksals.

Vor der Gorbatschow-Ära ab 1985 war es allerdings nur unter größ-

ten Schwierigkeiten möglich, aus der Sowjetunion auszureisen. Das Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold hat dazu einige Beispiele aus Archiven aufgearbeitet: 1982 entführten zwei russlanddeutsche Brüder ein Flugzeug nach der Türkei, um nach Deutschland zu gelangen. 1930 schon flüchtete ein gesamtes Dorf mit mehr als 200 Bewohnern mit Pferdeschlitzen mitten im Winter über den zugefrorenen Amur nach China und von dort weiter nach Lateinamerika. Im selben Winter wollten 20.000 Russlanddeutsche vor der deutschen Botschaft in Moskau ihre Ausreiseerlaubnis erzwingen, was nicht gelang.

Die offizielle Statistik zählt zwischen 1951 und 1986 insgesamt 95.000 Ausreisen von Russlanddeutschen nach der BRD und DDR. Viele Ausreiseanträge wurden abgelehnt, führten aber für die Antragsteller zu behördlichen Schikanen und oft auch zum Verlust des Arbeitsplatzes. In der kurzen Gorbatschow-Ära kamen immerhin 150.000 Russlanddeutsche aus der Sowjetunion in beide deutsche Staaten, die allermeisten in die BRD. Die große Auswanderungswelle begann indes erst 1993, als Deutschland eine Einwanderung von Russlanddeutschen und ihren Angehörigen als eine Art Wiedergutmachung des Kriegsfolgeschicksals gesetzlich erheblich erleichterte. Allein in den 1990er Jahren kamen daraufhin 1,6 Millionen Menschen.

Viele Russlanddeutsche der ersten Generation waren für ihre Aufnahme in Deutschland sehr dankbar, und die CDU vermochte es, ihnen zu erklären, wem ihr Dank zu gelten hätte: Kanzler Helmut Kohl. Die CDU hatte sich tatsächlich für das Gesetz starkgemacht. Sie unterließ es aber, die übrige Bevölkerung darüber zu informieren, warum diese Menschen nach Deutschland gekommen waren. Wozu auch erklären, es waren doch Deutsche, mag man sich gedacht haben. Dass die Neuankömmlinge dann wegen ihrer schwer

verständlichen deutschen Sprache und ihrer kulturellen Prägung von ihren Nachbarn als „Russen“ wahrgenommen wurden, dürfte die CDU ebenso überrascht haben wie die Russlanddeutschen selbst, die sich immer als Deutsche gefühlt hatten. Zumal sie mehrheitlich gar nicht aus Russland kamen, sondern aus Kasachstan und der Ukraine.

Die Dankbarkeit führte über viele Jahre zu einer hohen Bindung vieler Russlanddeutscher an die CDU und die CSU. „In der lückenhaften Erinnerung unserer Eltern hat Kohl eigenhändig jeden Einzelnen von uns über die Grenze getragen“, kommentiert die Autorin Ira Peter. Dazu mag sicher auch das C im Namen der Parteien beigetragen haben, denn viele Russlanddeutsche sind tiefreligiös.

„In der lückenhaften Erinnerung unserer Eltern hat Helmut Kohl eigenhändig jeden Einzelnen von uns über die Grenze getragen“

Ira Peter, Autorin

In der Merkel-Ära ging die Bindung von Russlanddeutschen an die CDU zurück. Heute gibt es immer wieder Medienberichte über eine hohe Affinität zur AfD. Die einzige repräsentative Umfrage dazu stammt jedoch aus dem Jahr 2017. Nach der Bundestagswahl in jenem Jahr hatten – bei einer insgesamt geringen Wahlbeteiligung – 15 Prozent der Russlanddeutschen erklärt, die AfD gewählt zu haben. Das ist geringfügig

mehr, als die AfD im Bundesdurchschnitt insgesamt erhielt, 13 Prozent.

Die Parteien links der CDU haben sich lange nicht um Russlanddeutsche gekümmert. Im Gegenteil, 1996 hatte sich Oskar Lafontaine, damals noch SPD-Vorsitzender, bei den Russlanddeutschen unbeliebt gemacht. Er forderte, ihren Zuzug angesichts hoher Arbeitslosigkeit und Wohnraummangels zu begrenzen. Zuwanderung dürfe sich nicht nach Abstammungsregeln richten, sagte Lafontaine damals. Das Zitat machte unter Russlanddeutschen die Runde und versperrte der SPD lange einen Zugang zu ihnen.

Auch Grüne und Linke, eigentlich Parteien, die für Zuwanderer offen sind, wurden lange nicht warm mit dieser Gruppe, die aus der Sowjetunion häufig konservative Lebensentwürfe mitbrachte. Etliche lehnen linke Themen ab, fordern stattdessen Gehorsam von Kindern gegenüber Eltern, den sie im Zweifel auch mit Gewalt durchsetzen, sowie Unterordnung der Frau unter den Mann, wie es Autorin Ira Peter beschreibt. Auch die Akzeptanz von Homosexualität kann unter Russlanddeutschen schwierig sein. Das erzählte etwa der queere Synchronsprecher Artur Weimann vor einem Jahr der taz. Zudem fühlen sich Russlanddeutsche in Migrationsdebatten der Linken und der Grünen nicht gemeint, weil sie ja Deutsche sind und Themen wie Abschiebung, fehlende Arbeitserlaubnis und Familiennachzug für sie nicht relevant sind.

Das ändert sich jedoch gerade. In der Bundesregierung ist mit der SPD-Politikerin Natalie Pawlik eine in Russland geborene Frau Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration. Pawlik sieht sich, genau wie Ira Peter und viele andere Russlanddeutsche der jüngeren Generation, die sich links der CDU verorten, als Teil der Migrationsgesellschaft.

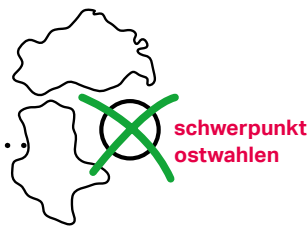
„Linke Strukturen müssen sich viel stärker mit Spätaussiedlerinnen und

Spätaussiedlern beschäftigen“, mahnt auch die linke Bundestagsabgeordnete Kathrin Gebel an. In Recklinghausen geboren, wuchs sie als Tochter einer alleinerziehenden Russlanddeutschen auf. Harte Arbeit, niedrige Löhne, kleine Renten, nicht anerkannte Abschlüsse aus der Sowjetunion, Sprachbarrieren – „viele Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler kennen soziale Unsicherheit sehr konkret“, ebenso „das Gefühl, zwar formal dazuzugehören, aber politisch und gesellschaftlich nicht gemeint zu sein“.

Natalie Keller, Russlanddeutsche und grüne Stadträtin in Nürnberg, kritisiert, dass ihre Partei die vielfältigen Lebensrealitäten und Perspektiven der Russlanddeutschen zu wenig in den Blick genommen habe. Man müsse „die Geschichte der Russlanddeutschen und Osteuropas stärker in unsere Erinnerungskultur einbeziehen und Antislawismus ernst nehmen“. Ebenso müssten Fragen von „politischer Repräsentation, Anerkennung von Bildungs- und Berufswegen, Mehrsprachigkeit, Altersarmut und sozialer Teilhabe“ thematisiert werden.

Pawlik, Gebel und Keller haben neben ihren Spätaussiedlerinnenbiografien noch etwas gemein: In ihren Parteien sind sie damit Ausnahmen und haben es deshalb schwer, mit ihren Themen durchzudringen.

Das konservative, oft deutschtümelnde Selbstbild vieler, wenn auch längst nicht aller Russlanddeutschen ist übrigens bereits im Aufnahmeverfahren angelegt. Wer aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion hierherkommen wollte und will, muss neben deutschen Vorfahren, deutschen Sprachkenntnissen und einem Kriegsfolgeschicksal ein „Bekenntnis zum deutschen Volkstum“ nachweisen und unterschreiben. Auch Stimmen aus der Community finden das nicht mehr zeitgemäß. Die russlanddeutsche Autorin Ira Peter etwa schreibt: „Ein Bekenntnis zum Grundgesetz wäre mir lieber.“



„Wenn die regieren, bin ich weg“

Queere Menschen, Migrant:innen, Künstler:innen, Linke: Sie alle fürchten einen AfD-Sieg in Sachsen-Anhalt besonders. Einige von ihnen sitzen auf gepackten Koffern. Andere bleiben optimistisch

Aus Magdeburg, Dessau und Quedlinburg
David Muschenich (Text) und **Harald Krieg** (Fotos)



Christian Franke-Langmach wollte eigentlich bleiben. Heute lebt er in Lübeck und pendelt regelmäßig nach Magdeburg

Er wollte nicht weg. Sein ganzes Leben hat Christian Franke-Langmach in Sachsen-Anhalt verbracht. Er wuchs in der Altmark auf, im 200-Seelen-Dorf Wernitz und der kleinen Hansestadt Salzwedel, studierte in Halle und ging für die Arbeit nach Magdeburg. Als sein Mann dann vorschlug, Sachsen-Anhalt zu verlassen, hatte Franke-Langmach nur ein Wort im Kopf: „Shit.“ Das war vor mehr als drei Jahren. Damals wollte er nicht gehen. Inzwischen hat sich seine Meinung geändert.

Im Mai steht Franke-Langmach mittags auf der Sternbrücke in Magdeburg. Sein Blick schweift über die Landeshauptstadt. Die Elbe fließt unermüdlich nach Norden, der Dom erstrahlt in der Sonne. Warum will der 34-Jährige nicht mehr in Sachsen-Anhalt leben? Franke-Langmach denkt nach, setzt mehrfach an und sagt dann: „Ich liebe das Land. Aber viele wollen eine Partei wählen, die viel Schlechtes verursachen wird.“ Er meint die AfD.

Seit Monaten liegt die hier in den Umfragen bei über 40 Prozent. Das könnte für eine Alleinregierung reichen, wenn SPD, Grüne und FDP an der Fünfprozenthürde scheitern. Es wäre die erste AfD-Regierung.

Wer in Sachsen-Anhalt mit Menschen spricht, die es nicht mit der national-autoritären Partei halten, hört von manchen, sie säßen „auf gepackten Koffern“: Aktivist:innen, Künstler:innen, Forscher:innen, Menschen mit Migrationsgeschichte und queere Menschen. Doch nicht nur sie äußern Sorgen davor, wie sich Sachsen-Anhalt verändern könnte.

Im Sommer vor einem Jahr steht Reiner Haseloff am Redepult des Landtags von Sachsen-Anhalt und deutet mit dem Finger nach rechts. Seit 71 Jahren lebt er zu diesem Zeitpunkt in Sachsen-Anhalt, 14 Jahre lang war er Landesvater. Trotzdem sagt er dort auf großer Bühne: Eine AfD-Regierung „wäre ein Grund für mich, darüber nachzudenken, ob ich in diesem Land weiter meine Heimat sehe“.

Als Franke-Langmach das gehört habe, habe er nur gedacht: „Fühle ich.“ Und er ist schon einen Schritt weiter. Sein Mann

und er wohnen mittlerweile in Lübeck, Schleswig-Holstein. Dort sitzt die AfD nicht mal im Landtag, es gibt Backsteinhäuser, die ihn an die Altmark erinnern, und das Meer ist nicht weit. Aber Sachsen-Anhalt hat Franke-Langmach noch nicht losgelassen. Für die Arbeit pendelt er regelmäßig nach Magdeburg. Im Landtag ist er Büroleiter der Grünen-Spitzenkandidatin Susan Sziborra-Seidlitz. In der Partei ist er schon lange, ab 2016 war er zwei Jahre Landesvorsitzender. Doch danach zog er sich aus der ersten Reihe zurück.

Im Mai an der Elbe schwärmt der 34-Jährige vom Dorfleben. Den Altmärker bekomme man nicht aus ihm heraus, sagt Franke-Langmach. „Wenn Jan Böhmermann in einem Video mit Absicht einen Salzwedeler Baumkuchen falsch anschneidet, von oben nach unten, statt quer, dann bin ich sofort in der Kommentarspalte und sage: Das ist ein Unding!“ Franke-Langmach spricht schnell und klingt immer noch wütend, obwohl das beschriebene Video schon zwei Jahre alt ist.

Aber wenn ihm die Altmark so am Herzen liegt, warum ist er dann mit seinem Mann nach Lübeck gezogen? „Mit den politischen Vorzeichen in Sachsen-Anhalt fühlten wir uns nicht wohl und sicher. Wir wollten nach Westdeutschland und ans Meer, so blöd das klingt.“ Es sei noch nie sonderlich entspannt gewesen, als schwules Paar in Sachsen-Anhalt öffentlich Händchen zu halten. „Aber ich

würde das heute weniger machen als noch vor fünf Jahren.“ Die AfD habe die Menschen „verhetzt“, sagt Franke-Langmach. „Wenn die regiert, dann bin ich weg.“

Etwa 50 Kilometer die Elbe flussauf nach Südosten nimmt ein paar Wochen später Mahdi Osmani in seinem Büro in Dessau einen Schluck Wasser. Beim Landesnetzwerk Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt, kurz Lamsa, leitet er das Projekt „Demokratie in Vielfalt Anhalt“. Sowohl aus seinem persönlichen Umfeld als auch aus dem beruflichen Kontext kennt er Menschen mit Migrationsgeschichte, die aus Sachsen-Anhalt weg wollen. Das liege aber nicht an den hohen Umfragewerten antidemokratischer Parteien, sagt Osmani. Die seien nur ein Symptom. Der eigentliche Grund liege tiefer. „Das ist das gesellschaftliche Klima. Diskriminierung beginnt nicht bei offenen Anfeindungen.“ Wenn bei einer Wohnungsbesichtigung direkt nach Leistungen vom Jobcenter gefragt werde statt nach dem Arbeitslohn, dann steckte dahinter ein Vorurteil: Menschen mit Migrationsgeschichte arbeiten nicht. Das vermittele subtil: Du gehörst nicht dazu. Das seien nicht bloß einzelne Erfahrungen, sondern die Summe aus vielen. „Ob Menschen bleiben oder wegziehen, hängt wesentlich davon ab, ob sie Vertrauen in das gesellschaftliche Miteinander entwickeln“, sagt er und verweist auf eine Umfrage der Forschungsgesellschaft Minor.

„

„Ich zahle doch nicht Steuern, gestalte mit, arbeite, um mich bis ans Ende meines Lebens als Gast zu fühlen“

Mahdi Osmani, Projektleiter „Demokratie in Vielfalt Anhalt“

Die befragte im Auftrag der Landesregierung Menschen mit Migrationsgeschichte, ob sie in Sachsen-Anhalt bleiben wollen. Von 700 Befragten verneinte jede:r vierte; die meisten davon wollten in ein anderes Bundesland. Repräsentativ ist die Umfrage nicht. Aber sie gibt Hinweise, warum Menschen gehen wollen. 75 Prozent gaben an, sie fühlten sich in Sachsen-Anhalt nicht willkommen, mehr als die Hälfte berichtete von Diskriminierung und Rassismus.

Sachsen-Anhalt kennt die Folgen von Abwanderung schon heute. Kein anderes Bundesland hat in den vergangenen Jahrzehnten anteilig so viele Einwohner:innen verloren. Ver-

glichen mit 1990 leben heute 26 Prozent weniger Menschen dort. Ökonom:innen warnen, dass weitere Abwanderung den Fachkräftemangel verschärfen könnte.

Doch für die Menschen mit Migrationsgeschichte gehe es um mehr als Arbeit, sagt Mahdi Osmani. Sie wollen dazugehören. Er selbst lebt seit 13 Jahren in Deutschland. „Sachsen-Anhalt ist meine Heimat geworden.“ Und ihm sei die Zukunft seiner Heimat nicht nur beruflich, sondern auch persönlich wichtig. „Aber ich zahle doch nicht Steuern, gestalte mit, arbeite, um mich bis ans Ende meines Lebens als Gast zu fühlen.“

Wie sich das ändern lasse? „Begegnung schafft Verständnis“, sagt Osmani. Es brauche einen respektvollen Dialog genau mit denen, die Vorurteile gegen Menschen mit Migrationsgeschichte hätten. „Nur dann erzielen wir Veränderung.“ Wegziehen helfe hingegen nicht. „Diskriminierung ist keine regionale Besonderheit. Sie begegnet uns in unterschiedlichen Formen überall.“

Ganz ähnlich klingt das bei Amanda: „Alle zeigen gerade mit dem Finger auf Sachsen-Anhalt. Klar ist das ein Hotspot, aber das Grundproblem gibt es überall.“ Amanda ist Musikerin, arbeitet in der offenen Kinder- und Jugendarbeit in Quedlinburg und ist Koordinatorin bei „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ im Harz-kreis. Um ihre Familie zu schützen, möchte sie hier nur mit ihrem zweiten Vornamen genannt werden.

Auch Amanda habe schon von Freund:innen gehört, dass sie aus Sachsen-Anhalt weg wollten, falls die AfD gewinnt. „Wenn ihnen das Sicherheit gibt, ist das völlig okay“, findet sie. Für sie und ihre Frau sei das aktuell aber keine Option. Das liege zum einen an den zwei Kindern, die sie nicht aus dem gewohnten Umfeld reißen wollten. Zum anderen liege es aber auch an Quedlinburg selbst.

In der mittelalterlichen Stadt am Harz lebt Amandas Freund:innenkreis. Sie mag ihre Nachbar:innen, genießt das ruhige Umland. „Wir wollen hier nicht weg.“ Hat sich das gesellschaftliche Klima verändert? „Für mich als queer lebende

Person nicht, aber für mich als Person of Colour schon.“ Alltagsrassismus, schräge Blicke, das habe zugenommen, sagt sie. Und wenn es um die Landtagswahl gehe, höre sie sogar von Menschen aus ihrem Bekanntenkreis: „Jetzt hilft es nur noch, die AfD zu wählen.“ Die müsse einmal „richtig aufräumen“, dann werde alles wieder super.

Dass sie das zu einer lesbisch lebenden Frau of Color sagten, „das blenden die komplett aus“, wenn Amanda dann nachfrage, seien die Reaktionen peinlich überrascht. „In deren Köpfen bin ich ‚deutsch genug‘ und nicht gemeint.“ Sie selbst sei da aber nicht so optimistisch. „Es ist nur eine Frage der Zeit, bis wir Probleme bekommen.“

Aktuell fühle sie sich trotzdem weder unwohl noch bedroht. Dafür mache ihr eine andere Entwicklung Hoffnung: wie Menschen in Sachsen-Anhalt einander unterstützen und welche Netzwerke entstehen. „Wir sind so unterschiedlich, egal welche Herkunft, welche sexuelle Orientierung oder welches Alter, aber wir haben trotzdem das gleiche Ansinnen. Da passiert hier gerade sehr viel.“

Zurück in Magdeburg. Lässt Christian Franke-Langmach von der AfD-Politik betroffene Menschen eigentlich allein, wenn er sich ganz nach Lübeck zurückzieht? „Ja, da kann man nicht drum herumreden“, räumt er ein. Aber aufgegeben habe er noch nicht. Ohne national-autoritäre Regierung wolle er weiter in Sachsen-Anhalt arbeiten. „Ich tue alles dafür, damit wir keine AfD-Regierung bekommen.“

Für ihn persönlich gehe es dabei nicht nur um den Job bei den Grünen. Franke-Langmach ist auch Vorstand eines Vereins für geschlechtergerechte Kinder- und Jugendhilfe. Dessen Arbeit steht im AfD-Programm als Beispiel dafür, wie die vermeintliche „Regenbogenideologie“ gegen tradierte „Normalität“ kämpfe. Franke-Langmach sagt, dass es ermüdend sei, sich ständig mit solchen Anschuldigungen auseinanderzusetzen. In Lübeck leben, die Ruhe und Sicherheit im Privaten, das gebe ihm Kraft. Und die braucht er, um Menschen in dem Land zu unterstützen, aus dem er eigentlich gar nicht weg wollte.



Amanda hört von immer mehr Bekannten, dass die AfD mal „richtig aufräumen“ müsse

Wahlkampf mit Fragezeichen

Wie soll die CDU es mit der AfD halten? Zu Besuch bei vier Christdemokrat:innen, die in den Landtag von Sachsen-Anhalt einziehen wollen. Und die in dieser so wichtigen Frage ganz verschiedener Ansicht sind

Aus Quedlinburg, Wernigerode, Dessau und Magdeburg **Sabine am Orde**

Scheinbar im Vorbeigehen streichelt Tobias Krull den Hund, eine junge Frau ist mit diesem ein paar Meter entfernt vom Wahlkampfstand der CDU stehen geblieben. In sicherer Entfernung also, und doch strahlt sie leicht trotzig aus: Sprich mich doch an! Zum Einstieg fragt Krull nach dem Hund, dann geht es um die Landtagswahl am 6. September, er ist der CDU-Direktkandidat im Wahlkreis Magdeburg II. „Es geht doch nicht, dass das ganze Geld ins Ausland fließt, und die Familien hier kriegen nichts“, sagt die Frau, die in ihren Zwanzigern ist, und meint damit die Unterstützung für die Ukraine.

Als Krull erklärt, wie viel trotz aller Schwierigkeiten für Familien getan werde, wechselt die Frau das Thema. Kitaplätze fehlten ja überall. – Es gebe in Magdeburg inzwischen eine Überversorgung mit Kitaplätzen, sagt Krull. So geht es weiter. Auf Vorwurf folgt Widerspruch samt Fakten, manchmal garniert mit Verständnis. Dann kommt der nächste Vorwurf. Wer im Wahlkampf in Sachsen-Anhalt ein paar Tage mit der CDU unterwegs ist, beobachtet solche Szenen oft.

Überzeugt habe er sie vermutlich nicht, sagt Krull, als Frau und Hund weitergezogen sind. „Aber wir müssen unbedingt im Gespräch bleiben.“ Dann nimmt er zwei Papiertüten – darin Brötchen und Marmelade, Flyer und Kugelschreiber – und bezieht wieder Stellung vor dem Eingang von Lidl. Die Brötchen sind der Gimmick der Wahlkampf-frühschicht an diesem Samstagmorgen drei Wochen vor der Landtagswahl. „Ihr seid doch alles Lügner!“, ruft ein älterer Mann, der an Krull vorbeiläuft. Auf Nachfrage ergänzt er: „Was die in Berlin alles versprochen haben!“ Eine Frau sagt: „Ich wähle euch, damit die Idioten nicht an die Macht kommen.“

Seit 8 Uhr stehen Krull und seine vier Unterstützer:innen auf dem Parkplatz in Cracau, einem eher bürgerlichen Stadtteil Magdeburgs. Der 49-Jährige, dunkle Haare, dunkler Bart, trägt trotz der vorhergesagten 34 Grad dunkle Jeans und ein schwarzes T-Shirt mit dem Magdeburger Dom vorne drauf. Der Sozialpolitiker sitzt seit 2016 im Landtag, mit einer gewissen Selbstironie bezeichnet er sich als „Norbert Blüm des kleinen Mannes“. Das soll wohl heißen: Hier steht ein überzeugter Vertreter des CDU-Sozialflügels.

Zweimal hat Krull in seinem Wahlkreis für die CDU das Direktmandat

geholt. Dass ihm das wieder gelingt, muss man bezweifeln. In Umfragen liegt die AfD seit Langem mit über 40 Prozent weit vorn, die CDU kam in den vergangenen Wochen auf höchstens 24 Prozent. Wenn es ganz schlecht läuft, nimmt die rechtsextreme Partei den Christdemokraten nicht nur alle Direktmandate weg, sondern mit absoluter Mehrheit auch die Staatskanzlei. Das wäre eine Zäsur. Erstmals seit der NS-Diktatur wären in Deutschland wieder Rechtsextreme an der Macht.

CDU-Ministerpräsident Sven Schulze ist erst ein gutes halbes Jahr im Amt, mit viel Fleiß und mitunter unkonventionellen Methoden versucht er seine Partei aus dem Tief zu führen: Mal lädt er das Präsidium der Bundes-CDU aus, das zur Unterstützung in Magdeburg tagen wollte. Dann steht er neben Didi Hallervorden auf der Bühne, während dieser über den Kanzler her-

zieht. Oder er kritisiert die Abschaffung der abschlagsfreien Frührente, obwohl er kurz zuvor die Pläne zur Rentenreform noch vollumfänglich unterstützt hat. Genutzt hat das alles bislang wenig.

„Wir müssen jetzt wirklich kämpfen“, sagt Tobias Krull. „Es ist schwer“, bemerkt die Landtagsabgeordnete Anja Schneider, die in Dessau wieder ein Direktmandat für die CDU holen will. „Ich gebe wirklich alles“, sagt Bianca Heine, die jüngste Kandidatin der CDU, die in Wernigerode zum ersten Mal antritt. „Die Wahrheit wird derzeit stark von

Gefühlen geprägt, dagegen kommt man mit Fakten kaum an“, meint Ulrich Thomas, der sein Direktmandat in Quedlinburg verteidigen will.

Die taz hat die vier Kandidat:innen Mitte August im Wahlkampf besucht und vier höchst unterschiedliche CDU-Politiker:innen angetroffen. Das gilt auch für ihre Haltung in der so wichtigen Frage: Wie soll die CDU mit der AfD umgehen?

Anja Schneider ist eine hagere Frau mit kurzen Haaren und Brille, auf ihrem schwarzen T-Shirt steht: „Das tapfere Schneiderlein“, darunter: „beherzt, strapazierfähig, ungebügelt“. Neben ihrem Wahlkampfstand in der Dessauer Innenstadt wurde ein Bungeetrampolin für Kinder aufgebaut, am Stand liegen neben CDU-Merchandise und Süßigkeiten zwei Rollen mit Coupons: Mit den roten kann man Trampolin springen, mit den blauen in der Gelateria Venezia gegenüber eine Kugel Eis bekommen. An diesem extrem heißen Freitagnachmittag zieht der Stand deutlich mehr Kinder als Erwachsene an. Schneider scheint das nicht zu stören. „Zum Ferienende wollten wir eine Aktion für die Familien machen.“

Bürgerdialog ist derzeit bei allen Parteien beliebt

Schneider, 57, ist gläubige Katholikin und politische Quereinsteigerin. Die promovierte Pflegewissenschaftlerin hat früher in Dessau ein Hospiz geleitet, bis sie jemand aus der CDU fragte, ob sie nicht für den Landtag kandidieren wolle. Hört man ihr länger zu, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass sie auch nach einer Legislaturperiode noch ein distanziertes Verhältnis zum Politikbetrieb hat. Manche hielten ihre Anträge für zu fachlich, sagt Schneider. „Dabei müssen wir doch genau das tun: fachlich gute Politik machen und unsere Expertise in konkrete politische Initiativen übersetzen.“

95 Prozent der Leute kämen mit Bundesthemen zu ihnen, sagt Schneider; für Gespräche mit Bürger:innen nehme sie sich Zeit. „Ich freue mich, wenn Menschen mit einem Anliegen oder einer Unzufriedenheit an unseren Stand kommen und mit einem besseren Gefühl nach Hause gehen.“

Im Landtag heißt es auch links von der CDU, in Sachsen-Anhalt stehe Schneider „stabil“. Mit den Werten der AfD habe sie so gar nichts am Hut, betont sie selbst. „Die Mitte hält“, das ist ihr Wahlkampflogan. Aber, auch das sagt sie, mit dem AfD-Vorsitzenden des Gesundheitsausschusses könne man sich auf fachlicher Ebene verständigen. Und wenn es nach der Landtagswahl auf eine Minderheitsregierung hinausläufe, müsse man bei Sachthemen auch Stimmen von der AfD oder von der Linken akzeptieren. Heißt: Wenn nötig, ist Schneider für eine Minderheitsregierung mit wechselnden Mehrheiten.

Expert:innen wie der Politikprofessor Thomas Biebricher bezweifeln, dass das funktionieren kann – weil die AfD dafür zu destruktiv sei und SPD, Grüne und Linke nicht mitmachen würden. Und falls doch, so die weitverbreitete Einschätzung, würde vor allem die AfD profitieren. Sie könnte Einfluss nehmen, müsste aber keine Verantwortung tragen. Schuld sei dann im Zweifel die CDU.

Auch Tobias Krull sieht die Sache anders als seine Dessauer Parteikollegin. Er schätze „Dr. Anja Schneider“, wirklich sehr, auch stünden sie sich innerhalb der CDU-Landtagsfraktion nahe. „Aber da haben wir offensichtlich nicht die gleiche Auffassung. Die AfD hat doch das Ziel, dass wir scheitern.“ Anders als bei der Linken gebe es bei der AfD keine Pragmatiker, die das Land im positiven Sinne gestalten wollten.

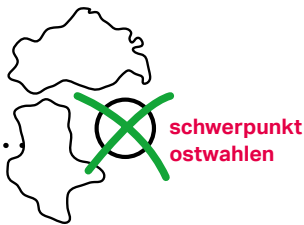
Beschreibt man die CDU Sachsen-Anhalt ausgehend von Krull, steht der Wirtschaftspolitiker Ulrich Thomas aus Quedlinburg am ganz anderen Ende. Thomas hat dort im Kaiserhof zum Bürgerdialog mit dem sächsischen Minis-



In Magdeburg will CDU-Kandidat Tobias Krull (r.) mit möglichst vielen Leuten ins Gespräch kommen Foto: Sabine am Orde



Anja Schneider hat früher ein Hospiz in Dessau geleitet Foto: Sabine am Orde



Fortsetzung von Seite 5

terpräsidenten Michael Kretschmer geladen. Im Saal wurden 200 Stühle aufgereiht, knapp die Hälfte ist leer, obwohl rund 30 Mitglieder der Jungen Union aus dem ganzen Bundesgebiet zur Unterstützung angereist sind. Auf der Bühne sitzen neben Kretschmer die vier CDU-Direktkandidat:innen aus den Wahlkreisen im Harz.

Bürgerdialog, das ist bei allen Parteien ein derzeit beliebtes Format. Man will mehr in Kontakt mit den Menschen kommen. Ulrich Siegmund, Spitzenkandidat der AfD und gelernter Verkäufer, ist Profi darin. Bei jedem Auftritt schüttelt er massenhaft Hände und steht für gemeinsame Selfies bereit, für jede:n hat er einen kurzen Moment der vermeintlich ungeteilten Aufmerksamkeit. Gerade so viel, dass die Leute sich gesehen fühlen.

Die CDU im Quedlinburger Kaisersaal dagegen strahlt Distanz aus. Jeder habe kommen können, ganz ohne Voranmeldung, wird Ulrich Thomas später sagen. Und: „Ich bekomme ja oft zu hören, dass wir nicht ausreichend ansprechbar sind. Beim nächsten Mal kann ich dann fragen: Warum sind Sie denn nicht hierhergekommen?“

Nach Kretschmers kurzer Begrüßungsrede kreisen die Fragen schnell um die Brandmauer. Wie Kretschmer dazu stehe, will ein CDU-Mann aus dem Kreisverband Harz wissen. Jener Kreisverband hatte die Bundespartei im vergangenen Jahr aufgefordert, den Unvereinbarkeitsbeschluss aufzuheben, der seit Ende 2018 gleichermaßen für die AfD und die Linke gilt. Er spreche mit jedem, der mit ihm sprechen wolle, antwortet Kretschmer, er führt in Sachen eine Minderheitsregierung mit der SPD, an dessen „Konsultationsmechanismus“ für die Opposition sich die AfD nicht beteiligt. In der Einschätzung der AfD aber sei er „komplett klar“: Die werde immer extremer und falle deshalb für die Regierungsbeteiligung aus. Da klatscht auch Ulrich Thomas.

Thomas, 58, dunkler Anzug, Schlips, ist wirtschaftspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion mit zweifelhaftem Ruf. Im Landtag geht das Gerücht um:



Ulrich Thomas nennt die CDU seine „politische Heimat“
Foto: Christian Schrödter/imagio



Zumindest auf diesem Wahlplakat ist CDU-Ministerpräsident Sven Schulze der Größte Foto: Peter Gercke/dpa

Sollten der AfD nach der Wahl nur zwei oder drei Stimmen zur absoluten Mehrheit fehlen, könnte Thomas zu den Rechtsextremisten überlaufen. Das sei „totaler Quatsch“, sagt dieser, nachdem Kretschmer abgereist ist. „Die haben mich fünf Jahre lang beschimpft und für blöd erklärt, die werden von mir keine Zustimmung bekommen. Für mich ist und bleibt die CDU meine politische Heimat.“

Er habe „vermeintlich“ diesen Ruf, weil er 2019 einmal darüber nachgedacht habe, unter welchen Bedingungen eine Zusammenarbeit mit der AfD denkbar sei, und eine Diskussion habe anstoßen wollen, sagt Thomas lapidar. Wohl eher trifft allerdings zu, dass er sich diesen Ruf tatkräftig erarbeitet hat. 2019, als viele in der CDU von der Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke durch einen Rechtsextremisten erschüttert waren, hatte Thomas mit Lars-Jörn Zimmer,

beide damals Vizechefs der Magdeburger Unionsfraktion, eine neunseitige „Denkschrift“ erarbeitet, die Gemeinsamkeiten ihrer Partei mit der AfD auslotete. Die CDU müsse „das Soziale mit dem Nationalen versöhnen“, hieß es darin. Immer wieder hat Thomas zudem gefordert, eine Zusammenarbeit mit der AfD nicht auszuschließen. Auch ist er Vorsitzender des hiesigen Kreisverbands, der jüngst die Aufhebung des Unvereinbarkeitsbeschlusses gefordert hatte. „Das, was man von uns von links erwartet, möchten wir auch nach rechts haben“, begründet er das im Kaisersaal. „Als Partei der Mitte muss unser Anspruch sein, mit allen zu reden, die mit uns reden wollen.“

Sollte es nach der Landtagswahl keine klaren Verhältnisse geben, tendiert Thomas zu einer Minderheitsregierung der CDU mit wechselnden Mehrheiten. „Ich würde sachbezogen mit den Leuten reden: Das ist meine Position als CDU. Kriege ich die mit eurem Stimmen im Parlament mehrheitsfähig?“ Es gehe um pragmatische, lösungsorientierte Politik auch ohne festen Koalitionsvertrag und Absprachen.

Das könnte die CDU auf Bundesebene dramatisch erschüttern. Prominente Christdemokrat:innen wie Nordrhein-Westfalens Arbeitsminister Karl-Josef Laumann hatten für den Fall einer Zusammenarbeit mit der AfD ihren Austritt aus der Partei angekündigt. Und der Kanzler, dessen Autorität ohnehin angeschlagen ist, müsste versuchen, diese Zusammenarbeit zu verhindern. Solchen Folgeproblemen weicht Thomas jedoch aus. „Wie bitte soll das denn sonst funktionieren?“

Thomas hofft, dass man so den Streit in die AfD tragen könne. Man müsse ihr sagen, dass es rote Linien gebe, wenn sie mitregieren wolle: Nato-Mitglied-

schaft, Russland, transatlantische Partnerschaft, Trennung von den radikalen Kräften, klares Bekenntnis zur EU – dazu brauche man klare Aussagen. In der AfD gebe es doch zwei Strömungen: „Die Rechtsradikalen, die nur zerstören wollen. Und die Gemäßigten, unter anderem ehemalige CDU-Leute, die auch regieren wollen. Die wollen auch mal Minister sein.“

Im Landtag geht das Gerücht um, Ulrich Thomas könne zur AfD überlaufen

Eine Tolerierung einer Minderheitsregierung durch die Linke schließt Thomas dagegen aus. „Das würde uns zerreißten, da kriegen wir eine Austrittswelle“, sagt er. „Wir sind hier im Harz. Der Brocken war für uns nicht begehbar, das war Sperrgebiet, da war der Russe drauf.“ Die Linke habe sich davon bisher nicht richtig distanziert, mit ihr komme der Sozialismus zurück.

Am nächsten Vormittag fährt Ulrich Thomas in das 25 Kilometer entfernte Wernigerode, noch etwas weiter westlich im Harz. Wie Quedlinburg hat es eine pittoreske Altstadt mit viel Fachwerk. Bianca Heine hat hier am Rande des Marktplatzes einen Stand aufgebaut. Weil die neue Generalsekretärin Franziska Hoppermann zur Wahlkampfunterstützung angereist ist, schaut auch Thomas vorbei.

Die 28-jährige Heine, die im Digitalisierungsministerium in Magdeburg arbeitet, ist in vieler Hinsicht sein Gegenteil. Hier die junge Frau, die neu in den Landtag einziehen will, dort der äl-

tere Mann, der seit 20 Jahren Abgeordneter ist. Sie wirkt frisch und engagiert, er abgeklärt. Sie spricht an diesem Morgen eine Person nach der anderen an, er redet vor allem mit Männern, die er kennt. Sie macht Selfies, die später auf Social Media gepostet werden, sein Handy bleibt in der Hosentasche. Und: Den Antrag zur Aufhebung des CDU-Parteitagebeschlusses, der eine Zusammenarbeit sowohl mit der Linken als auch mit der AfD untersagt, hat Thomas forciert. Heine hat im Kreisvorstand nach eigenen Angaben dagegen gestimmt. „Ich stehe zu unserem Parteitagebeschluss“, hat sie damals der Lokalzeitung gesagt.

Anders als Thomas und Krull hat Bianca Heine keinen sicheren Listenplatz. Ihre Großplakate sind teils mit Clownsfasen und Hitlerbärtchen beschriftet. Auf einem kleineren an einem Laternenpfahl hat jemand „Fotze“ geschrieben, das teilt Heine bei Insta. „Ich versuche, das nicht persönlich zu nehmen“, sagt sie.

Während Heine mit Hoppermann an ihrem Stand Wahlkampf macht, gehen die gut 30 Unterstützer:innen von der Jungen Union in Kleingruppen „flyern“, stecken also Werbematerial für Heine in Briefkästen. Die Junge Union hat auch einen Mann für Social Media dabei, der seine Erschütterung über die fehlende Kompetenz vieler Kandidat:innen in diesem Bereich nicht wirklich verbergen kann. Einer habe bei einer Wahlkampfaktion noch nicht einmal ein Handy für Selfies und zum Film dabeigehabt.

Inzwischen hat CDU-Generalsekretärin Hoppermann erneut auch eine Zusammenarbeit mit der Linken ausgeschlossen, zuvor hatten einige Christdemokraten, darunter der Thüringer Ministerpräsident Mario Voigt, für einen pragmatischen Umgang mit ihr plädiert. Voigt führt eine Regierung aus CDU, SPD und BSW, der die Mehrheit fehlt – er ist auf Unterstützung der Linken angewiesen. Nach allen Umfragen wird es in Sachsen-Anhalt ähnlich kommen, sollte die AfD die absolute Mehrheit nicht holen: Will die CDU nicht mit der AfD paktieren, wird sie nur mithilfe der Linken regieren können. Ministerpräsident Sven Schulze allerdings weigert sich bislang, dies zu benennen.

In Magdeburg ist es Mittag geworden. Direktkandidat Tobias Krull räumt zumindest ein, dass man Regierungsmodelle wie Thüringen und Sachsen im Blick habe, „auch wenn das wirklich nicht meine Wunschvorstellung wäre“. Er will langsam zu einem Nachmittag mit der Familie aufbrechen, als ein Auto neben seinem Stand hält. Ein Mann steigt aus und geht direkt auf die Wahlkämpfer:innen zu. Aber er ist nicht zum Motzen gekommen. Der Mann bedankt sich für den Einsatz der Christdemokraten und sagt seine Unterstützung bei der Wahl zu. Dann geht er zurück zum Auto und fährt davon. „Vielleicht ist die Zustimmung doch besser, als die Umfragen nahelegen“, sagt Krull und rollt den Sonnenschirm mit dem CDU-Logo zusammen.

Taktiktraining in Sachsen-Anhalt

Die Initiativen Taktisch Wählen und Campact werben für Grüne und SPD, nur so ließe sich eine AfD-Mehrheit verhindern. Nicht alle finden das gut

Aus Halle (Saale) **David Muschenich**

uise Band und Ole Horn gehen noch einmal auf die Haustür zu. Für die Kamera der Nachrichtenagentur wiederholen sie, was sie an diesem Samstag im August schon dutzendfach in Halle getan haben – klingeln, warten, über die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt sprechen. Anders als üblich werben sie aber nicht für eine konkrete Partei. Band und Horn machen Wahlkampf für eine Strategie.

Taktisch Wählen, so heißt die Initiative. Wenn Anwohner:innen öffnen, dann erklären sie

ihre Idee ganz einfach: Je mehr Parteien es über die Fünfprozenthürde und ins Parlament schaffen, desto schwerer wird es für die AfD zu regieren.

Aktuell liegt die Partei in Umfragen zur Wahl in Sachsen-Anhalt mit mehr als 40 Prozent vorne. Währenddessen sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen, BSW und FDP alle nahe an 5 Prozent. Sollten sie darunter landen, wären die Stimmen für sie quasi verschwendet. In diesem Fall könnte die AfD mit ihren aktuellen Werten schon alleine regieren.

Horn und Band wollen das verhindern, mit Stimmen für die Grünen und die SPD. Nur mit denen sei eine demokratische Regierung gesichert. Beim BSW sei nicht klar, ob es gegen die AfD stehe. Die FDP sei in den letzten Umfragen zu weit abgeschlagen gewesen.

Die beiden werben ehrenamtlich wie Dutzende weitere Aktivist:innen an diesem Tag in Halle. Warum? „Weil ich nicht möchte, dass die AfD regiert“, sagt Band in die Kamera. Es sei ein gutes Gefühl, sich persönlich dagegen einzubringen, „und nicht einfach nur zuzuschauen“.

Mit dieser Idee ist Taktisch Wählen nicht alleine. Auch der Kampagnenverein Campact ruft zur strategischen Wahl von Grünen und SPD auf – mit den gleichen Argumenten. Die CDU sei hingegen eine schlechte Wahl. Sie liegt zwar in Umfragen auf Platz zwei, aber trotzdem zwanzig Prozentpunkte zurück. Bei

der Wahl in Sachsen-Anhalt sei nicht entscheidend, welche Partei die meisten Stimmen bekomme, heißt es von Campact.

Tatsächlich ist die Situation anders als zum Beispiel vor fünf Jahren. Damals hatte die CDU in Umfragen 27 Prozent und die AfD 26 Prozent. Um zu verhindern, dass die AfD die größte Fraktion im Landtag würde, erklärte der damals amtierende Ministerpräsident und CDU-Spitzenkandidat Reiner Haseloff, man müsse ihn wählen. Er sei der Garant gegen die extreme Rechte. Das war erfolgreich, seine Partei bekam am Wahltag zehn Prozentpunkte mehr als in der letzten Umfrage.

Woher kamen die zusätzlichen Stimmen? Befragungen nach der Wahl damals zeigten, dass Tausende Stimmen von der Linken und der SPD zur CDU wanderten. In den Tagen danach etablierte sich die Erzählung,

Mitte-links-Wähler:innen hätten Haseloff gewählt, um einen AfD-Sieg zu verhindern. Sie hätten sozusagen taktisch gewählt.

Dem Politikwissenschaftler Janek Treiber zufolge gibt es allerdings kaum aktuelle Studien, die taktische Wähler:innen in der Praxis untersuchen. Es gebe Hinweise, dass die Abneigung gegen eine Partei zur taktischen Wahl motivieren könne. Ähnlich sei es mit der Sorge davor, die eigene Stimme zu verschwenden, falls die gewählte Partei doch nicht ins Parlament komme.

Die Initiative Taktisch Wählen empfiehlt nicht nur SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Für jeden Wahlkreis gibt sie eine Empfehlung ab, wer die höchsten Chancen habe, das örtliche Direktmandat gegen die AfD zu sichern. In vielen Fällen spricht sich Taktisch Wählen für die CDU aus und in drei Wahlkreisen für die Linkspartei.

Einer der empfohlenen linken Kandidaten ist Jannik Balint. Ein paar Kilometer nördlich von Halle klingelt er an diesem Samstag im August ebenfalls an Haustüren. Am Nachmittag öffnet ihm dann eine junge Frau und sagt, sie kenne seinen Namen schon von Taktisch Wählen. Balint könnte sich an dieser Stelle freuen, tut er aber nicht.

„Das Problem dieser Kampagne ist, dass sie Politik nicht nachhaltig verändert.“ Der Linke-Politiker klingt verärgert. Es gehe Taktisch Wählen nicht darum, AfD-Wähler:innen in den demokratischen Bereich zurückzuholen. „Wir müssen in der aktuellen Situation mit den Leuten ins Gespräch kommen, Antworten finden und etwas verändern in der Politik.“ Die Frau in der Tür nickt und erzählt, dass sie eigentlich bei den Grünen sei. Trotzdem wolle sie mal über ihre Wahlentscheidung nachdenken.



Kersten Augustin
Materie

Seinen letzten Sommer soll der Kanzler gern genießen

Viele Menschen fragen: Wann kommt endlich die neue Folge meiner Lieblingskolumne „Materie“? Ist der Kerl immer noch im Urlaub?

Na gut, viele, das sind meine Eltern und ein ehemaliger Lehrer mit taz-Abo. Sonst scheint niemandem aufgefallen zu sein, dass diese Kolumne ausgefallen ist. Ich trage das mit Fassung. Aber um die Frage nach dem Urlaub zu klären: Ich war nie wirklich weg. Ich war zwar nicht in der Redaktion und nicht in Berlin. Ich habe auch nicht auf Mails geantwortet und nicht an den üblichen fünf Konferenzen am Tag teilgenommen. Aber seien Sie unbesorgt: Ich habe die Lage in der taz genau verfolgt.

Mit dieser Strategie hat es gerade ein unbeholfener Regierungssprecher versucht. Der konnte nicht sagen, wann der Kanzler zurückkommt, weil er ja nicht im Urlaub sei, sondern immer im Dienst. Nun wird Merz Doppelmoral vorgeworfen, weil er sein Volk aufruft, mehr zu arbeiten, und selbst vier Wochen weg ist. Andere bemängeln, dass der Kanzler sich zu den Krisen der vergangenen Wochen (Drohnen, Ceuta, Dürre) nicht persönlich geäußert habe.

Ein bisschen merkwürdig ist diese Kritik, auch mit Blick auf die Arbeitszeiten des Kanzlers von Januar bis Juli. Souverän wäre es da, ihm mit Hinweis auf die Errungenschaften der Arbeiterbewegung einen Monat Überstundenausgleich zu gönnen. Einem anderen keinen Urlaub zu gönnen, das ist eine sehr deutsche Eigenschaft. Und überhaupt, der Mann ist über 70, und seine Regierung hat das Ziel, mehr Menschen in die Aktivrente zu bringen. Da muss Erholung einfach drin sein.

Einem anderen keinen Urlaub zu gönnen, das ist sehr deutsch

Die Forderung, der Kanzler solle zurückkommen, um dem Volk die Welt zu erklären, hat auch etwas Untertäniges – als sei etwas gewonnen, wenn Merz eine Pressekonferenz an einem leeren Flussbett abhält. Zumal die Kritik von jenen kommt, die sich dann über jeden Auftritt des Kanzlers aufregen. Es ist wie in jedem Unternehmen: Der Chef soll da sein, damit man weiß, über wen man in der Kaffeepause meckern kann.

Gerade von Menschen, die selbst mal im Homeoffice arbeiten, wäre mehr Wohlwollen und weniger Präsenzfetisch angebracht. Heißt es nicht, das wäre irre produktiv? Die Lage des Kanzlers, die aktuell eine Liege ist, muss herrlich sein! Keine Kollegen, die einen ständig anquatschen. Keine Hauptstadtpresse und keine Parteifreunde, die ihn leiden sehen wollen.

Ein Hauptstadtbild ohne Merz, und sei es für einen Sommer, scheint aber für manche kaum auszuhalten zu sein. Dabei darf sich das Volk ruhig daran gewöhnen. erinnert man sich an den Schlamassel vor seinem Urlaub, könnte es Merz' letzter Sommer in diesem Amt sein.

Über den Nichturlaubsort des Kanzlers ist wenig bekannt, vermutlich ist er in seinem Haus am Tegernsee. Gäbe es Fotos auf einem Jetski wie bei Macron oder in Wanderschuh wie bei Merkel, wäre die Öffentlichkeit sicherlich wohlwollend, ganz bestimmt. Die FAZ will immerhin wissen, welche Urlaubslektüre Merz eingepackt hat: Die Enzyklika des Papstes zum Thema KI. Klingt nicht nach Spaß. Wenn Merz nicht bald viel Zeit zum Lesen haben will, sei ihm für die letzten Urlaubstage andere Lektüre empfohlen: die Autobiografie einer Vorgängerin, die sich 16 Jahre lang im Amt halten konnte. Da könnte Merz lernen, wie man seine Partei so organisiert, dass einem nicht bei jedem Anlass ein Hinterbänkler an die Gurgel springt.

Vielleicht hat der Kanzler das Papst-Werk auch schnell zur Seite gelegt und sich dem zweiten Buch gewidmet, das er dabei haben soll: Das „Narrenschiff“ von Christoph Hein. Dass sich der Wessikanzler mit ostdeutscher Geschichte beschäftigt, dürfte ihm helfen, durch die nächsten Wochen zu kommen. Und womöglich sieht Merz sich ohnehin als Kapitän eines Schiffs voller Narren.

Mehrmals hat Prinz Harry gegen das Vorgehen britischer Medien geklagt – teils mit Erfolg
Foto: Jordan Peck/getty images



Nicht so herzlich willkommen

Sechs Jahre nach dem Bruch mit dem Königshaus kündigen Harry und Meghan ihre Rückkehr an. Großbritannien scheint wenig begeistert

Aus London Daniel Zylbersztajn-Lewandowski

HARRY & MEG COMING HOME! So betitelte das britische Boulevardblatt *The Sun* die Nachricht, dass der Königssohn Prinz Harry und seine Frau Herzogin Meghan denken, zum Ende des Monats zurück auf die britische Insel zu ziehen. König Charles III. soll darüber am Sonntag unterrichtet worden sein.

Der Herzog und die Herzogin von Sussex, wie Meghan und Harry mit offiziellem Titel heißen, waren vor sechs Jahren in die Vereinigten Staaten gezogen. Zudem hatten sie sich ihrer Aufgaben als Mitglieder der offiziellen britischen Royals selbst entbunden und lebten fortan als vermeintlich ganz normale Menschen im Promi-ort Montecito in Kalifornien.

Der Rück- und Umzug der beiden war auch eine Folge der grenzüberschreitenden Berichterstattung und falschen Aussagen der britischen Presse über Meghan, was die beiden ihrer Herkunft als nicht adelige Schwarze Amerikanerin zuschrieben.

Prinz Harry war vor allem aufgrund der Geschichte seiner Mutter Prinzessin Diana beunruhigt. „Lady Di“ erlag 1997 in Paris einem schweren Autounfall, nachdem sie von Paparazzi verfolgt worden war. In den letzten Jahren hatte Harry zahlreiche Medien aufgrund unlauterer Methoden und falscher Berichterstattung verklagt. 2023 gewann er ein rechtliches Verfahren gegen die britische Mirrorgruppe wegen Telefonhacking sowie gegen die Agentur Splash News. Ein weiteres Verfahren gegen Associated News Limited, das er ge-

meinsam mit sechs anderen Promis führte, darunter Elton John, hat er allerdings dieses Jahr verloren.

Zudem sollen Mitglieder der königlichen Familie laut Aussagen von Harry und Meghan unangemessene Kommentare zur möglichen Hautfarbe ihres damals noch ungeborenen ersten Kindes gemacht hätten. Laut Harrys Biografie „Spare“ habe es auch heftigen Zoff zwischen ihm und seinem Bruder William gegeben. Die Beziehung mit seinem Vater Charles soll ebenfalls lädiert gewesen sein. Meghan hatte zudem angegeben, dass ihre psychische Gesundheit gefährdet gewesen sei, der Buckingham Palace aber versucht hätte, dies zu vertuschen. Zusätzlich wollten die beiden neben ihren offiziellen Aufgaben auch privat arbeiten und Geld verdienen – was

das Königshaus ihnen damals nicht gestattete. Erst nachdem sie als offizielle Royals zurückgetreten waren, konnten sie lukrative Projekte realisieren, darunter eine Netflix-Doku.

Harry ist weiter Schirmherr der Invictus Games, einem von ihm gegründeten Sportfest für Veteranen. Meghan betreibt eine Lifestylemarke namens „As Ever“. Laut Berichten vom Freitag ist auch eine Wiederaufnahme ihrer Schauspielkarriere möglich. Beide haben sich auch mit ihrer Organisation Archewell Philanthropies für die Rechte von Mädchen und Frauen und für andere humanitäre Zwecke eingesetzt. Auf Jubelstürme in der britischen Bevölkerung können die beiden wohl dennoch nicht hoffen. Eine Umfrage im Juni ergab, dass einer Mehrheit der Briten Meghan und Harry unsympathisch seien. Nur 21 Prozent wollten, dass sie zurückkehren.

Dass die beiden nach ihrer Rückkehr nach Großbritannien wieder offiziell Aufgaben als Royals übernehmen, steht derzeit nicht zu Debatte. Allerdings wurde die jahrelange Funkstille zwischen Harry und seinem Vater beendet. Im Juli hatte die Sussex-Familie König Charles und Königin Camilla privat besucht. Charles soll sich laut Buckingham Palace über den Kontakt gefreut haben.

Ob die britischen Medien dazugelernt haben und respektvoller berichten werden, bleibt jedoch zu bezweifeln. Wenig deutet auf Einsicht in einer Zeit, in der der Suizid des ehemaligen britischen Cambridge Professors Jason Arday ausdrücklich in Verbindung mit einer erbarmungslosen Verfolgung durch die Medien und Ardays Stellung als Schwarzer Akademiker gebracht wird.

Auch um ihre Sicherheit sorgen sich Harry und seine Frau schon lange. Bis zu 3 Millionen Dollar zahlten sie jährlich für ihren Schutz in den USA. Dass sie in Großbritannien künftig auf Staatskosten beschützt werden, ist unwahrscheinlich. Premierminister Andy Burnham gab an, Sicherheitsfragen seien Privatsache. Ansonsten wünschte er den Rückkehrern alles Gute.

Ein bisschen Leichtigkeit



In Khan Yunis im südlichen Gazastreifen lassen sich Kinder und Jugendliche in einem Schwimmbecken treiben. Viele hat der andauernde Krieg traumatisiert, manche haben Gliedmaßen verloren. Das Projekt „Waves of Hope“ der Organisation Heal Palestine will ihnen einen Moment des Durchatmens ermöglichen. Foto: Omar Ashtawy/Getty Images

Kersten Augustin ist Ressortleiter des taz-Inlands.

11 Tage Unterricht im Jahr

Viele autistische Kinder gehen nicht zur Schule, weil die Lernumgebung für sie nicht passt – und weil Ämter fragwürdige Entscheidungen treffen. Für die siebenjährige Matilda war das erste Schuljahr deshalb eine Tortur

Von **Ralf Pauli** (Text) und **Katja Gendikova** (Illustrationen)



Das Landratsamt Aschaffenburg weiß ziemlich viel über die siebenjährige Matilda: Dass das Mädchen Pferde liebt, durchschnittlich begabt ist und einen starken Willen hat. Aber auch, dass Matilda ohne die strikte Abfolge fester Routinen nicht das Haus verlässt. Dass sie schnell in Stress gerät, wenn etwas Außerplanmäßiges eintritt. Dass Lärm und andere Reize sie komplett überfordern können. Das Amt im Nordwesten Bayerns kennt auch die Ursache für Matildas Verhalten: Im Alter von fünf wurde bei ihr Autismus festgestellt, dazu eine schwere Form von ADHS. Ohne Hilfe drohe eine „seelische Behinderung“, warnte eine Kinder- und Jugendpsychologin, die Matilda kurz vor der Einschulung untersucht hat.

Unter Autismus verstehen Mediziner:innen ein ganzes Spektrum an neurologischen Entwicklungsstörungen, die sich sehr unterschiedlich äußern können. Die offizielle Diagnose lautet daher auch Autismus-Spektrum-Störung. Bei Matilda haben sie zwei Fachärztinnen unabhängig voneinander festgestellt. Die Diagnosen liegen dem Landratsamt Aschaffenburg vor, ebenso Gutachten von Kindergarten, Schule und einer Sonderpädagogin. Die taz hat die Stellungnahmen gesichtet, sie kommen alle mehr oder weniger zu demselben Schluss: Der Schulbesuch stellt eine enorme Herausforderung für das Mädchen dar. Deshalb empfehlen sie dringend eine Schulbegleitung für Matilda. Ohne eine erwachsene Person, die sich ausschließlich um Matildas spezielle Bedürfnisse kümmert, stünden die Chancen schlecht, dass das Mädchen dauerhaft am Unterricht teilnehmen könne.

Hier beginnt Friederike Stallers Kampf für die Bildungschancen ihrer Tochter. Auf ihren Wunsch hin hat die taz die Familie anonymisiert. Staller will sich und ihre Tochter schützen. Im Juni 2025, drei Monate vor dem Schulstart, stellt Staller im Landratsamt Aschaffenburg einen Antrag auf Schulbegleitung. Die zuständige Abteilung ignoriert jedoch die ärztlichen und pädagogischen Empfehlungen. Stattdessen befindet das Amt – nach einer einmaligen Visite im Kindergarten ein paar Wochen später –, dass Matilda ohne Schulassistenten starten soll. Nach einer weiteren Visite kurz nach dem Schulstart lehnt das Amt den Antrag schließlich ab. Der Tag der Amtsvisite wird der letzte wirkliche Schultag für Matilda in jenem Schuljahr bleiben.

Ein Jahr später sitzt der Frust bei der Mutter tief. „So richtig zur Schule ging Matilda nur die ersten drei Wochen nach den Sommerferien, genau genommen 11 Tage“, erzählt Staller am Telefon. „Und das auch nur, weil ich sie jeden Tag bis ins Klassenzimmer begleitet habe.“ Diese Beglei-

tung sei wichtig für Matilda gewesen, um in dem unruhigen und oft lauten Setting zumindest anfangs noch eine vertraute Person um sich zu haben. Doch dann habe die Schule den Ablösungsprozess beschleunigen wollen und Friederike Staller verwehrt, ihre Tochter bis in den Klassenraum zu begleiten. Für Matilda sei diese Änderung zu viel gewesen – seitdem habe sie sich geweigert, das Klassenzimmer zu betreten.

Alle Versuche, daran etwas zu ändern, scheitern: tägliche kurze Gespräche zwischen Matilda und der Schulsozialarbeiterin, mehrere Round Tables an der Schule, das Einschalten von Schulamt, Landrat und mehreren Beratungsstellen für Autismus in der Region. Von der Schule fühlt sich die Mutter nicht ernst genommen: „Matildas Klassenlehrerin hat sich einmal bei mir beschwert, warum Matilda immer so ‚rumzicken‘ muss.“ Auch habe sie Druck auf ihre Tochter aufgebaut, dass sie endlich am Unterricht teilnimmt. „Da frag‘ ich mich schon, ob sich die Person ernsthaft mit dem Autismus ihrer Schülerin auseinandergesetzt hat“, sagt Staller.

Welchen Anteil die Lehrerin an der Eskalation hat, möchte die Schule nicht kommentieren. Die Schulleiterin jedenfalls reagiert nicht auf eine schriftliche Gesprächsanfrage der taz. Fragen per Mail, warum der Schulbesuch Matildas aus ihrer Sicht bisher nicht klappte, blieben unbeantwortet.

Wie gut oder schlecht Schulen hierzulande auf die Bedürfnisse autistischer Kinder und Jugendlicher eingehen, ist wenig erforscht. Was bekannt ist, hat kürzlich die Ständige Wissenschaftliche Kommission (SWK) zusammengetragen. Das Gremium berät die Länder in Bildungsfragen und kommt zu verheerenden Ergebnissen: Bundesweit finden Betroffene häufig kein für sie passendes Lernumfeld vor. Es fehlt an Ruheräumen, sonderpädagogischem Personal sowie an spezifischen

Unterrichtskonzepten, etwa zu autismsensiblen Gruppengrößen. Zudem fühlen sich viele Lehrkräfte schlecht vorbereitet. „Derzeit müssen Eltern oftmals für die Unterstützung für ihre Kinder kämpfen“, kritisiert die Bielefelder Bildungsforscherin Birgit Lütje-Klose, die die im Juni veröffentlichte Stellungnahme koordiniert hat.

Die SWK sieht aber auch strukturelle Versäumnisse, die einen Schulbesuch autistischer Kinder und Jugendlicher erschweren. So gibt es lediglich in vier Bundesländern überhaupt einen eigenen Förderschwerpunkt „Autismus“ für den Bildungsbereich. Gleichzeitig sind bundesweit die Hürden für individuelles Homeschooling oder andere Formen der alternativen Beschulung sehr hoch; nur „in absoluten Ausnahmefällen“ werden sie gewährt. All dies führe dazu, warnen die Autor:innen, dass autistische Schüler:innen hierzulande „von Diskriminierung und pädagogischer Exklusion“ bedroht seien.

Das Amt ignoriert die ärztliche Diagnose

So auch Matilda Staller. Im November 2025, als das Mädchen bereits mehrere Wochen nicht mehr am Unterricht teilnimmt, stellt ihre Mutter einen weiteren Antrag auf Schulbegleitung sowie auf autismspezifische Förderung. Wieder weist das Landratsamt einen „Leistungsanspruch“ zurück. Die Begründung: „Die mangelnde Unterrichtsteilnahme Ihrer Tochter liegt aus Sicht des Landratsamtes Aschaffenburg darin begründet, dass der Ablöseprozess zwischen Ihnen und Ihrer Tochter gestört ist.“ Da schon die Versuche, über die Schulsozialarbeiterin eine Lösung herbeiführen, gescheitert seien, müsse davon ausgegangen werden, „dass auch der Einsatz einer Schulbegleitung hier keine Änderung herbeiführen kann“.

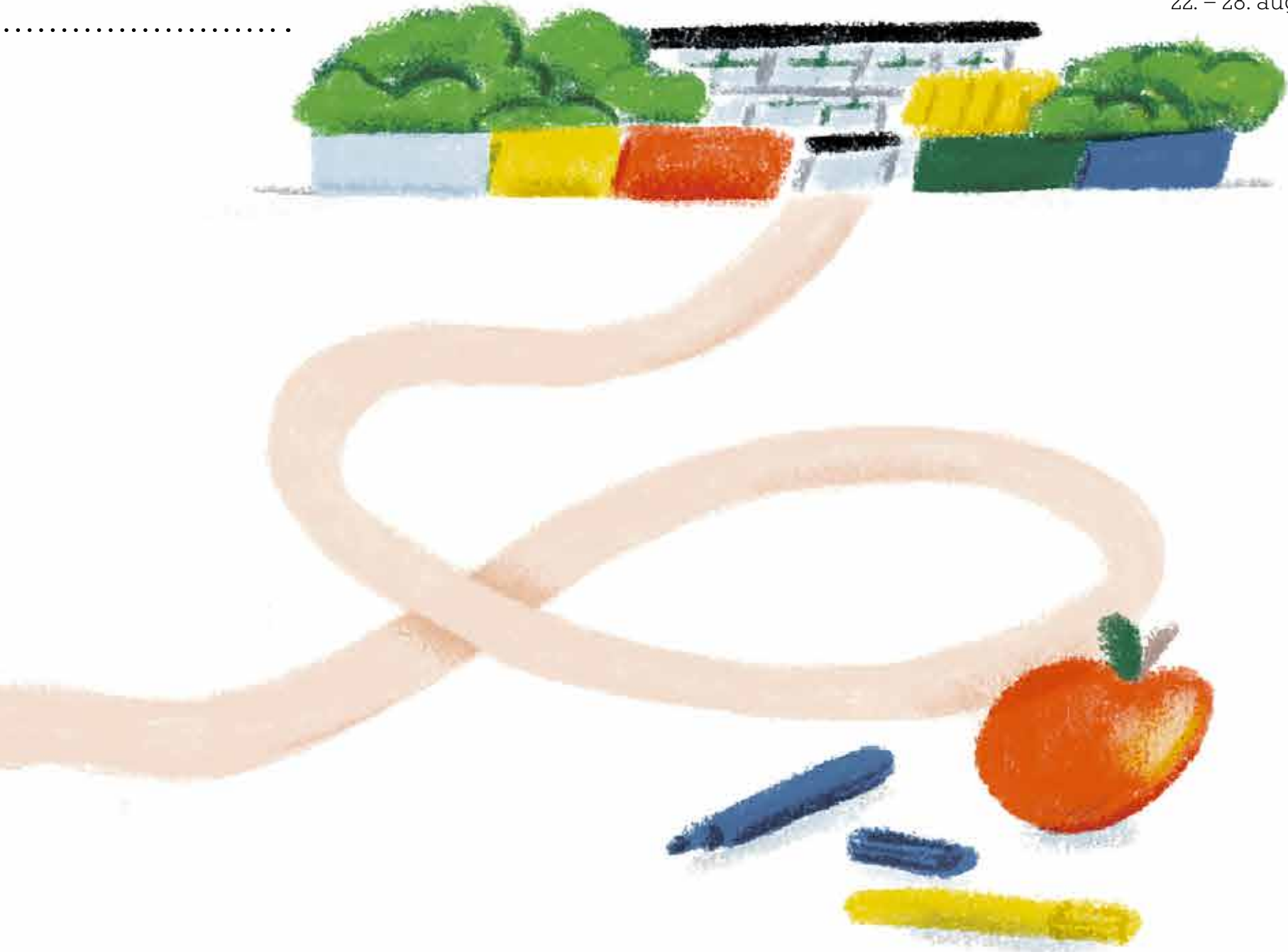
Matildas Mutter muss ihr Leben umkrempeln: Ihren Job kann sie seit Monaten nicht mehr ausüben. Stattdessen ist sie Mutter und Lehrerin in einem

Die ärztlichen Diagnosen ignoriert das Amt erneut – ebenso die Tatsache, dass Matilda ein Behinderungsgrad von 70 Prozent sowie der Pflegegrad 3 attestiert wurde. Das bedeutet, dass das Mädchen in ihrer alltäglichen Selbstständigkeit schwer beeinträchtigt ist. Stattdessen empfiehlt das Landratsamt eine „engmaschige psychologische und psychiatrische Begleitung“, notfalls stationär, sowie „eine erzieherische Hilfe“. Für Staller ein Schlag ins Gesicht: „Anstatt zu erkennen, dass das Setting an der Schule nicht für alle Kinder passt, wird das Kind in die Klappe geschickt und die Schuld bei der Familie gesucht.“

Christian Frese kennt viele solcher Fälle. Seit Jahren beobachtet der Geschäftsführer des Bundesverbandes Autismus Deutschland eine gewisse „Übergriffigkeit“ bei Jugendämtern. In den meisten Fällen sei der Verdacht, dass Eltern mit autistischen Kindern ihre erzieherische Pflicht verletzen, unangebracht, kritisiert er. Genauso problematisch ist aus seiner Sicht die Zurückhaltung der Jugendämter bei der Gewährung von Hilfen: „Die Jugendämter sperren sich oft, von Anfang an eine Schulbegleitung zu bewilligen“, sagt Frese. In der Zwischenzeit könne die Situation aber bereits kippen und das Kind in eine Verweigerungshaltung treten.

Der Stress, den die Kinder und Jugendlichen in der Schule erleben, führe bei ihnen zu Angstattacken, Essstörungen und die für Autist:innen typischen *Meltdowns*, psychische Ausnahmesituationen, in denen Betroffene die Kontrolle über ihr Verhalten verlieren und beispielsweise schreien oder um sich schlagen. Bei Matilda beruhigt sich die Krise erst, als sie mehrere Wochen krankgeschrieben ist – trotzdem erholt sich das Mädchen nicht von dem gescheiterten Schulversuch. Ins-





gesamt wird es in seinem ersten Schuljahr über fünf Monate krankgeschrieben sein. Für die letzten Schulmonate hebt das Schulamt sogar die Präsenzpflicht auf, damit sich das Mädchen stabilisieren kann.

Matildas Mutter muss derweil ihr Leben umkrempeln. Ihren Job – Staller arbeitet selbst im pädagogischen Bereich – kann sie schon seit Monaten nicht mehr ausüben. Stattdessen ist sie Mutter und Lehrerin in einem, übt mit Matilda zu Hause Lesen, Schreiben und Rechnen. Stallers Partner unterstütze sie zwar, wo er kann. Dennoch frage sie sich, „wie lange ich das durchhalte“.

Forschende gehen davon aus, dass ein Prozent der Bevölkerung von Autismus betroffen sind. Wie viele von ihnen nicht zur Schule gehen, wird in Deutschland nicht erfasst. Umfragen legen aber nahe, dass es Tausende sein dürften. Unter den gut 10.000 Mitgliedern des Bundesverbandes Autismus Deutschland beispielsweise berichtete in der Vergangenheit jeder: Vierte, Schulabsentismus erlebt zu haben. Hochgerechnet für Deutschland wären das rund 200.000 Personen, die in ihrer Schulzeit vorübergehend oder langfristig von Bildung ausgeschlossen werden.

Christian Frese vom Bundesverband Autismus Deutschland befürchtet, dass die Zahlen künftig noch steigen werden. Und das liegt an einem aktuellen Plan der Bundesregierung. Im Moment ist es so, dass Kinder und Jugendliche ein individuelles Recht auf Schulbegleitung haben, wenn Schulen deren Hilfebedarf nicht decken können. Die Strukturreform der Kinder- und Jugendhilfe, die das Kabinett Mitte August beschlossen hat, würde dieses individuelle Recht künftig stark beschneiden. Die Idee: Schulbegleiter:innen kümmern sich nicht mehr wie bisher je um ein einzelnes Kind, vielmehr soll ein Pool an Fachkräften für alle Schüler:innen zuständig sein, die auf Hilfe angewiesen sind. Nur wenn es keine Gruppenangebote vor Ort gibt oder sie gar nicht auf die Kinder und Jugendlichen passen, soll eine individuelle Assistenz möglich bleiben. „Kommt die Strukturreform in dieser Form, wäre das Recht auf individuelle Schulbegleitung de facto nicht mehr einlösbar“, kritisiert Frese.

Dass es bei der Reform auch ums Sparen geht, verhehlt die Bundesregierung nicht. Schließlich sind Schulbegleitungen teuer: Pro Kind kosten sie den Staat im Schnitt rund 29.000 Euro pro Jahr. Macht bei aktuell 61.816 Fällen 1,8 Milliarden Euro – Tendenz stark steigend. Der Gesetzentwurf verspricht den Kommunen Einsparungen in Milliardenhöhe, sollte das Anrecht auf individuelle Schulbegleitungen wie geplant eingeschränkt werden. Dass auch die Länder an der Stelle sparen wollen, zeigt eine im April vom Paritätischen Wohlfahrtsverband geleakte Kürzungsliste. Da-

rin schlagen Sachsen, Nordrhein-Westfalen und Bayern eben jene Pool-Lösung vor, die nun die Koalition in Berlin anstrebt.

Bekam Matilda Staller keine Schulbegleitung, weil der Freistaat Bayern dringend sparen will? Das Landratsamt Aschaffenburg weist diesen Zusammenhang auf Anfrage der taz zurück. Aus dem Bayerischen Sozialministerium heißt es auf Nachfrage dazu jedoch: „Das aktuelle System ist für die Kommunen nicht mehr finanzierbar.“ Die Landesregierung sehe hier „großen Handlungsbedarf“ und setzt sich deshalb für das Pooling-Modell ein. Eine Einzelbetreuung muss aus Sicht des Ministeriums aber weiter möglich bleiben „für Fälle, in denen der Bedarf durch die Pool-Lösung nicht gedeckt werden kann“.

Wie wichtig Schulbegleitungen oft sind, betont auch die Ständige Wissenschaftliche Kommission: Für viele Autist:innen sei ein Schulbesuch „ohne Schulassistenz kaum möglich“. Eine vertraute erwachsene Bezugsperson könne die Sicherheit geben, die diese Schüler:innen sonst im Klassenzimmer selten bekommen. Allerdings sehen die Bildungsforscher:innen in der Schulbegleitung nur eine „Notlösung“. Erstens, weil Schulbegleiter:innen oft gar nicht entsprechend qualifiziert sind. Und zweitens, weil sie nur deshalb notwendig

sind, weil viele Schulen ihrem staatlichen Auftrag auf Inklusion nicht gerecht werden – und es auch an den wenigsten Orten ein passendes Förderangebot speziell für autistische Schüler:innen gibt. Die SWK mahnt daher mehr Anstrengungen an, um die Schulen zu autismsensiblen Lernorten zu machen, etwa durch konsequente Doppelsteckung im Unterricht, also einer zusätzlichen pädagogischen Fachkraft im Klassenzimmer, sowie einer systematischen Autismus-Schulung von Lehrkräften und Sonderpädagog:innen.

Kinder werden in separate „Autisten-Klassen“ gesteckt

Wie viel solche Maßnahmen bewirken, kann die Berliner Grundschullehrerin Sabine Posselt berichten, die hier nicht mit ihrem richtigen Namen erscheinen möchte. Sie selbst hat als Sonderpädagogin im Studium den Schwerpunkt Autismus gewählt; die personelle Ausstattung an ihrer Schule bezeichnet sie als „traumhaft“ – zumindest verglichen mit anderen Schulen. Zudem stellt der Bezirk für jede:n Schüler:in mit der Diagnose Autismus-Spektrum-Störung zusätzliche Ressourcen bereit. Pro Kind sind das insgesamt bis zu 20 Stunden pro Woche, die sich je eine Fachkraft für Sonderpädagogik und Inklusionsassistenz teilen. „Solange alle Fachkräfte gesund sind, können wir gut auf Kinder mit Autismus eingehen“, sagt Posselt.

Doch aktuell tut sich die Sonderpädagogin schwer, die Inklusion an ihrer Schule anzupreisen. Auf Anordnung der Schulaufsicht nämlich wurden alle Autist:innen im Bezirk, die im vergangenen Schuljahr in die erste Klasse gekommen sind, an ihrer Schule in eine separate „Autisten-Kleinklasse“ gesteckt – und zwar nicht im Schulgebäude, sondern nebenan im Hort. Die Einwände, die das Kleinklassen-Team gegen diese Abschottung vorgebracht hat, habe das Schulamt nicht umgestimmt, selbst eine Belastungsanzeige des Teams fruchtete nicht. Posselt vermutet, dass diese Vorgabe mit den steigenden Autismus-Diagnosen und fehlendem Fachpersonal zusammenhängt. In Berlin jedenfalls bieten mehrere Schulen mittlerweile solche Kleinklassen für autistische Schüler:innen an.

Für Friederike Staller aus Bayern ist das Konzept mittlerweile die letzte Option. Dass Matilda an ihrer Grundschule unter den herrschenden Bedingungen noch einen angstfreien Schulalltag erleben kann, hält sie für wenig wahrscheinlich. Eine neue Schule zu finden, scheint jedoch unmöglich. Bei insgesamt 16 Schulen im Umkreis hat sich Staller seit Winter um einen Platz für ihre Tochter bemüht, darunter „normale“ Grundschulen, solche mit Förderschwerpunkt oder Inklusionsprofil, aber auch private Montessori-, Waldorf-

und freie Schulen. Sie haben alle abgesagt, aus unterschiedlichsten Gründen. Nun überlegt Staller, einen Vorschlag des Schulamtes anzunehmen und Matilda zumindest drei Tage die Woche zwischen 9 und 11 Uhr in eine neu aufgesetzte Projekt-klasse zu stecken, in der mehrere Schüler:innen mit erhöhtem Förderbedarf gesondert unterrichtet werden sollen – inklusive eigener Pausenzeiten und Betreuung durch den mobilen Sonderpädagogischen Dienst sowie eine Schulpsychologin.

Das sei zwar nicht das, was sich Staller für ihre Tochter wünscht. „Ich möchte ja, dass Matilda ganz normal zur Schule gehen kann“, sagt sie. „Wenn das aber einfach nicht möglich ist, ist die Projekt-klasse natürlich besser als nichts – ich frage mich halt nur, wie es weitergehen soll.“ In ihrer Verzweiflung hat Staller sogar schon recherchiert, in welchen Nachbarländern die Chancen besser stehen, eine Erlaubnis für Homeschooling zu erhalten. Dies käme aber nur als allerletzter Ausweg infrage, wenn ihre Tochter in Deutschland auch künftig nicht an Bildung teilhaben kann.

Dass es nicht so weit kommt, wünscht sich auch das zuständige Schulamt. Mittlerweile erkennt es in Matildas Fall ein schulisches Systemversagen – und teilt dies auch dem Landratsamt Aschaffenburg mit. Im vergangenen Mai setzt sich die Schulamtsdirektorin persönlich dafür ein, dass die Behörde seine Ablehnung bei der Schulbegleitung noch mal überdenkt: „Eine fehlende Unterstützungskraft gefährdet das Ziel der inklusiven Beschulung und kann zu einer verlängerten oder dauerhaften Schulabstinenz führen“, warnt die Direktorin in einem Brief an die zuständige Abteilung. Mit Erfolg.

Im Juni erhält Staller Post vom Landratsamt Aschaffenburg. Für das neue Schuljahr gewährt das Amt nun doch – zunächst bis Jahresende – eine Schulbegleitung. Wenn auch widerwillig, wie es gegenüber der taz erklärt. Das Amt ist nach wie vor überzeugt: Für Matildas fehlende Teilhabe sind nicht ihr Autismus oder die Lernbedingungen an der Schule verantwortlich, sondern das „Bindungs- und Ablöseverhalten“ zwischen Mutter und Tochter. Daran zu arbeiten wäre aus Sicht des Amtes die einzige zielführende Maßnahme: „Leider weigert sich die Mutter nach wie vor, das Angebot einer Erziehungshilfe anzunehmen.“

Friederike Staller versteht die Welt nicht mehr. Nach einem völlig verkorkten ersten Schuljahr fühlt sie sich weiter wie eine lästige Bittstellerin. Ihre Sorgen ist sie kurz vor dem Ende der bayerischen Sommerferien noch immer nicht los. Weder weiß sie, ob das Amt die Schulbegleitung nochmals verlängern würde, noch, wie lange ihre Tochter in der Projekt-klasse bleiben darf. Und auch nicht, wie es danach weitergeht – und welche Schule ihre Tochter dann noch aufnehmen würde.



gesten der macht

Es reicht,
ich gehe!
Wenn der Eklat
zur Taktik wird

Nach ungefähr 50 Minuten war das Gespräch vorbei: AfD-Politiker Hans-Thomas Tillschneider, immerhin der wesentliche Autor des radikalen AfD-„Regierungsprogramms“ in Sachsen-Anhalt, brach diese Woche das Gespräch mit der früheren *Spiegel*-Journalistin und heutigen Funke-Podcasterin Melanie Amann einfach ab. So habe er sich das nicht vorgestellt, sagte er, nachdem sie ihm kritische Fragen zum Programm und zu Vorgängen in der Partei gestellt hatte.

Der Gesprächsabbruch bei zu viel Kritik hat Tradition, nicht nur bei der AfD. 2014 verließ der damalige AfD-Sprecher Bernd Lucke eine Talksendung mit Michel Friedman, nachdem er wiederholt gefragt wurde, ob er eine rassistische Äußerung der damaligen EU-Parlamentskandidatin Beatrix von Storch teile – und darauf einfach nicht antworten wollte.

2017 stürmte Unionspolitiker Wolfgang Bosbach stinksauer aus dem Studio der „Maischberger“-Sendung in der ARD, nachdem Jutta Ditfurth Grundrechtsverletzungen bei den polizeilichen Maßnahmen im Zuge des G8-Gipfels in Hamburg kritisiert hatte.

Ebenfalls 2017 verzog sich Alice Weidel aus einem ZDF-Wahlstudio, nachdem ihr CSU-Politiker Andreas Scheuer angeraten hatte, sich von Björn Höcke und Alexander Gauland zu distanzieren.

Die gleiche Alice Weidel brach 2020 ein Interview mit Phoenix am Rande eines AfD-Parteitags ab, weil sie sich über die Wortwahl des Fragestellers zur Sozialpolitik der AfD geärgert hatte.

Im Juni dieses Jahres beendete US-Präsident Donald Trump abrupt ein Interview mit Kristen Walker von der NBC-Sendung „Meet the Press“, nachdem Walker ihn wiederholt nach Beweisen für seine ständigen Behauptungen von Wahlfälschung gefragt hatte – freilich nicht, ohne ihr vorher noch an den Kopf geworfen zu haben, sie sei korrupt und dumm.

Der Gesprächsabbruch durch Politiker*innen vor laufender Kamera bricht mit der Vorstellung, dass Politiker*innen und Journalist*innen gleichermaßen aufeinander angewiesen seien: Die einen wollten ihre Positionen und sich selbst darstellen, die anderen ihrem Publikum Inhalte bieten; sie brauchten einander. Und dann steht der Gast auf und geht – zumindest in diesem Moment in dem Glauben, dass das seiner Position mehr nütze als ein weiteres Verweilen.

Dabei ist es ja eigentlich immer ein Zeichen der Schwäche, Fragen nicht auszuhalten zu können. Bloß: Meist sieht die Öffentlichkeit das nicht so. Vor allem in Zeiten des „Lügenpresse“-Gegrolles wird vielmehr noch als Held gefeiert, wer sich dem kritischen Gespräch verweigert. Verkehrte Welt. *Bernd Pickert*

Brunnen können auch nur so lange erfrischen, wie noch genug Wasser da ist
Foto: Sean Gallup/getty images



die erklärung

Wird Hitzeschutz ein Fall fürs Grundgesetz?

Nach dem Extremsommer mit Tausenden Hitzetoten, Dürre und Waldbränden fordern die SPD-Minister*innen mehr Klimaanpassung – und legen sich dafür mit der Union an. Was die Pläne bringen könnten

Von **Susanne Schwarz**

1 Es kracht in der Bundesregierung. Der Grund ist die Klimakrise. Was ist da los?
Die Bundesminister*innen der SPD begehren auf. Offenbar ohne sich mit der Union abzustimmen, sind sie Mitte August mit einem Hitze-Aktionsprogramm an die Öffentlichkeit getreten. Im Zentrum des Streits steht nun die Frage: Soll im Grundgesetz stehen, dass Klimaanpassung und Naturschutz eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen sind?

Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD) hält das für „zwingend notwendig“. Die neue CDU-Generalsekretärin Franziska Hoppermann attackierte ihn direkt im Gespräch mit der *Rheinischen Post*. Für sie sei das Ganze „wohlfeil und bringt nichts“. SPD-Fraktionsvize Esra Limbacher feuerte zurück: „Die erste Reaktion der neuen CDU-Generalsekretärin ist unverständlich.“ Die Parteien der Mitte müssten sich dieses Problems annehmen. „Ein weiterer ähnlicher Sommer mit evakuierten Dörfern, Tausenden Hitzetoten und massiven wirtschaftlichen Einbußen in der Landwirtschaft und der Industrie – darauf haben die SPD-Ministerinnen und Minister eine erste Antwort entwickelt.“

2 Wie viele Menschen sind bisher in diesem Jahr infolge von Hitze gestorben?
2026 ist in Deutschland das bislang tödlichste Jahr in Bezug auf Hitze, seit diese Daten erhoben werden, also seit 1992. Jede Woche gibt das Robert Koch-Institut derzeit einen Bericht heraus. Das neueste Update: Bis zum Stichtag 9. August starben rund 14.000 Menschen infolge hoher Temperaturen. Die bisherigen Rekordjahre waren 1994 und 2003 mit je 10.200 Hitzetoten.

Besonders krass war der Juni: Allein an den heißen Tagen in der zweiten Monatshälfte, als die Temperaturen deutschlandweit an vielen Orten über 40 Grad lagen, starben etwa 9.600 Menschen hitzebedingt. Das Robert Koch-Institut zählt die Fälle nicht, sondern errechnet die Zahl der Hitzetoten mit statistischen Methoden. Das liegt daran, dass nur in seltenen Fällen wirklich die Hitze auf dem Totenschein steht, etwa bei einem Hitzschlag. Oft verschärfen extreme Temperaturen bestehende Vorerkrankungen, die dann als Todesursache vermerkt werden – obwohl auch die Hitze maßgeblich war.

3 Eine Aufnahme der Klimaanpassung ins Grundgesetz – würde das wirklich etwas bringen?
Die Definition als Gemeinschaftsaufgabe würde es dem Bund ermöglichen, Klimaanpassung in Ländern und Kommunen dauerhaft mitzufinanzieren. Besonders die Kommunen klagen über klemme Kassen. „In den Kitas haben diesen Sommer unfassbare Temperaturen geherrscht“, sagt Ralf Bermich, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Politik beim Klima-Bündnis Deutschland. Hauptberuflich verantwortet er Energie und Klimaschutz in der Stadt Heidelberg. Der Klimaschutzmanager würde gern für kühlere Räume für Kinder sorgen. Aber: „Uns fehlt Geld, um die öffentlichen Gebäude zum Beispiel durch Sonnenschutz, Lüftung in der Nacht und Wärmedämmung besser vor der extremen Hitze zu schützen.“
Wo die baulichen Maßnahmen nicht ausreichen, seien zunehmend auch Klimaanlagen erforderlich. Abseits von Modellprojekten darf der Bund so etwas aber bisher nicht mal dann bezahlen, wenn er

wollte. Die Zuständigkeiten sind klar abgegrenzt: Für die Klimaanlage in der Kita ist die Kommune zuständig, für die im Krankenhaus das Land. Für Klimaanpassungen der düregeplagten Bundeswasserstraßen ist der Bund verantwortlich. Vermischt werden darf bisher nur in Ausnahmefällen.

4 Haben die Länder und Kommunen nicht gerade erst 100 Milliarden Euro extra bekommen?
Damit argumentieren viele CDU-Politiker*innen. Der Bund hat im Zuge der Lockerung der Schuldenbremse ein Sondervermögen für Länder und Kommunen aufgesetzt. Darin stecken tatsächlich 100 Milliarden Euro. Aber: Die Summe verteilt sich auf zwölf Jahre. Jährlich fließen also 8,3 Milliarden Euro an die Länder, die das Geld teilweise an die Kommunen leiten. Der Bedarf liegt aber viel höher. Laut einer Studie des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft brauchen allein die Städte und Dörfer jährliche Investitionen von 21 bis 24 Milliarden Euro, um zukunftsfit zu werden.
Auch Ralf Bermich sagt: „Das Geld reicht bei Weitem nicht, zumal es ja nicht nur für Klimaschutz, sondern auch für andere Infrastruktur gedacht ist.“ Er ist deshalb für die Gemeinschaftsaufgabe. Enttäuscht ist er aber darüber, dass sie sich nur auf die Anpassung an die Folgen der Klimakrise beziehen soll und nicht auf ihre Bekämpfung. Auch dafür fehle den Kommunen Geld. „Die Beschränkung nur auf die Anpassung ist eine verpasste Chance, da sie mit weitersteigenden Temperaturen an Grenzen stoßen wird“, sagt er. „Die Gemeinschaftsaufgabe hilft außerdem nur, wenn sie am Ende auch mit genügend Geld

hinterlegt wird.“ Von guten Absichten lassen sich schließlich noch keine Kitas sanieren, Trinkwasserbrunnen bauen oder Betonflächen entsiegeln.

5 Meint die SPD das eigentlich ernst?
Das Vorgehen der Sozialdemokrat*innen ist ungewöhnlich konfrontativ. Ihr eigenes Heizungsgesetz aus Zeiten der Ampelregierung haben sie im klimapolitischen Kern kassiert, ohne mit der Wimper zu zucken. Dass vor allem die unionsgeführten Ministerien nicht viel zum Klimaschutzprogramm von Schwarz-Rot beigetragen haben, hat Umweltminister Schneider galant kaschiert – indem er formal richtige, aber praktisch veraltete Daten nutzte, die das Gebotene in ein gutes Licht rückten. Noch vor ein paar Wochen argumentierte er im Übrigen wie jetzt die CDU, und verwies die Kommunen in puncto Hitzeschutz auf das vereinbarte Sondervermögen. Und Vizekanzler und Finanzminister Lars Klingbeil (SPD) fiel letztes klimapolitisch vor allem dadurch auf, dass er Milliarden aus dem Klima- und Transformationsfonds des Bundes abzwacken wollte, um im Haushalt Löcher zu stopfen.
Also alles nur ein Wahlkampfmanöver vor den anstehenden Landtagswahlen? Zumindest die Linke meldet Zweifel an den Intentionen der SPD an. „Würde die SPD es ernst meinen mit dem Hitzeschutz, könnte sie sofort konkrete Maßnahmen umsetzen. Eine Grundgesetzänderung, die mit ihrem Koalitionspartner nicht zu machen ist, ist reine Schaufensterpolitik“, spottet Parteichefin Ines Schwerdtner. Bundesfinanzminister Klingbeil müsse jetzt „Geld lockermachen – sonst bleibt der SPD-Vorstoß nur Gerede“.

Bier als kleinster gemeinsamer Nenner

Es bringt nichts, nur davon zu reden, dass unsere Gesellschaft gar nicht geteilt sei. Man muss es auch spüren, findet unser Autor – und organisiert mit seinem Vater ein Fest in Wernigerode im Harz

Von Aron Boks

Mit 19 Jahren hatte ich wenige Pläne für die Zukunft außer dem, von Sachsen-Anhalt fortzuwollen. Ich bin in Blankenburg im Harz aufgewachsen, meine Eltern leben inzwischen in ihrer Heimatstadt Wernigerode. Vor zehn Jahren zog ich nach Berlin und dachte, ich käme nie wieder. Seit diesem Jahr bin ich aber Stadtschreiber in Halle und merke, wie schnell sich Gewissheiten ändern können, denn jetzt bin ich hier sogar gemeldet.

Nie hätte ich gedacht, dass mir diese Stadt so gut gefällt, in der Designstudierende und Ultras des Halleschen Fußballclubs leben und veganes Korean Fried Chicken neben Jägerschnitzel mit Nudeln am Imbissstand koexistiert. Ich habe hier Freunde gefunden und führe ständig Interviews mit Menschen aus der Stadt.

Wenn es um Sachsen-Anhalt vor der Landtagswahl geht, laufen meine Gedanken allerdings immer wie automatisch zuerst nach Wernigerode – in das Arbeitszimmer meines Vaters. Heute sind wir zum Facetime verabredet, denn wir planen eine Veranstaltung in Wernigerode, die in wenigen Tagen stattfinden soll. Mein Vater sitzt an seinem Schreibtisch, und seine brillenglasvergrößerten Augen suchen die Frontkamera. Ich denke an das Blechschild mit dem Bild von Helmut Schmidt, das ich ihm geschenkt habe und das ihn jetzt von der Wand seines Schreibtischs aus anschaut. Darauf steht: „Wer Visionen hat, der soll zum Arzt gehen.“ Vielleicht hätte ich ihm etwas Erbaulicheres schenken sollen, denke ich, als er mir von einer Situation erzählt, die er neulich beim Fußball erlebt hat. Ein Teamkollege hatte ihm seinen Wunsch nach einem radikalen politischen Wandel erklären wollen, weil „alles den Bach runtergeht“. Danach gefragt, ob dessen gut laufende Firma denn plötzlich Probleme bekommen hätte, habe er aufgebracht geantwortet: „Noch nicht.“

Mein Vater reibt sich erschöpft die Augen. „Ich kann mich irgendwie nicht mehr diskutieren hören“, sagt er. Seit Monaten häufen sich die Geschichten, in denen Menschen meinem Vater gegenüber ein ganz anderes Bild von ihrer Heimat präsentieren als das, das er wahrnimmt.

Mein Vater ist seit fünf Jahren im Stadtrat von Wernigerode und als Fraktionsvorsitzender der SPD tätig. Er besucht so gut wie jede Sitzung, aber auch unterwegs lassen ihn die Spannungen in der Stadt nicht los. Als ich letztes Jahr in den USA gelebt habe, hat mich mein Vater besucht, und wir waren zusammen bei einem Vortrag einer indigenen nonbinären Person. Ich war genervt davon, dass er die ganze Zeit auf sein Handy schaute, bis ich sah, dass er dort das Wort „queer“ googelte.

„Eigentlich geht es denen nur darum, in Frieden zu leben“, sagt er später. Diese Erkenntnis wollte er in den Stadtrat von Wernigerode



Aron Boks und sein Vater André in der Altstadt von Wernigerode Foto: Stefan Sobotta

rode einbringen, da sich dort Leute gegen einen städtischen CSD aussprechen. „Du könntest Ally sein“, schlage ich vor. Er seufzt und sieht mich entschuldigend an. „Aron, ich unterstütze das gern, aber ich kann doch nicht in noch mehr Vereinen mitwirken!“

Mein Vater ist Präsident des größten Sportvereins der Stadt, aber auch im Förderverein der Kinderklinik und im Kunst- und Kulturverein. Hauptberuflich führt er hier als Rechtsanwalt eine Kanzlei. Obwohl er zum Studium wegzog, blieb Wernigerode sein ganzes Leben lang Bezugs- und Fluchtpunkt. „Ich habe eigentlich die ganze Zeit Verbundenheit gespürt“, sagt er. Während seiner Besuche in den 1990ern prügeln sich Linke und Neonazis durch die Stadt, während viele ihrer Eltern Arbeit suchen. Doch die Stimmung ist eine andere. „Selbst zu die-

„Ich bin mir gar nicht so sicher, ob es darauf ankommt, wie die Wahl ausgeht“

André Boks, Vater des Autors und Stadtratsmitglied in Wernigerode

ser Zeit hat das nicht gleich zu so einem Zweifel an der politischen Klasse geführt“, sagt er.

Die Veranstaltung, die wir planen, soll diesem Missmut auf den Grund gehen – und Wernigerode aus dem Sumpf der schlechten Laune befreien. Hier sollen sich alle Bürger:innen treffen, sich als Nachbar:innen erkennen und merken, wie wenig gespalten die Gesellschaft im Kern eigentlich ist.

Der Planungsstart lief ziemlich holprig. Während wir vor einigen Wochen tagelang da-

rüber debattierten, wie man einerseits eine breite Masse erreichen, aber auch „die Scheiß-AfD verhindern“ könnte – wie man queere Aktivist:innen einladen müsste, „um ein Zeichen zu setzen“, aber auch diejenigen zur Veranstaltung bekommen würde, die sonst nie kommen, bekamen wir keine Einigung hin. Dafür aber eine Absage vom Verein, mit dem wir das Fest austragen wollten. Dieser wollte politisch neutral bleiben, so die Begründung. „Ich kann diesen ganzen Mist nicht mehr hören“, sagte mein Vater daraufhin resigniert am Telefon.

Ein paar Tage später sitze ich nach dem Anschlag auf den Berliner CSD auf der Trauerkundgebung am Brandenburger Tor und höre der Aktivistin Luna Möbius zu, die auch über ihr Heimatland Sachsen-Anhalt spricht. Sie erklärt, wie besorgt sie ist. Ihre Rede berührt mich. „Schaut euch die Städte an, und redet wirklich mit den Leuten!“, ruft Möbius.

Während viele gerade vor dem Faschismus im Osten warnen, erklären andere, dass man in einer Demokratie auch Machtwechsel akzeptieren müsse. Meist sind das jene, die gerade kaum selbst von rechter Politik betroffen sind. Aus Berlin-Charlottenburg lässt sich schnell eine Theorie über ein neues Zusammenleben entwickeln, denke ich. In Wernigerode ist das schwieriger.

Nach der Kundgebung telefoniere ich mit meinem Vater. „Jeder, der AfD wählt, ist unfrieden mit dem Gang der Dinge und will irgendwie einen Richtungswechsel“, sagt er. Ab sofort wolle er deshalb aufhören, Leuten zu erklären, wie gut es ihnen im Vergleich zu Menschen in anderen Ländern geht. „Ich habe das ja alles versucht“, sagt er. „Ich glaube, wir müssen das Ding neu denken!“

Wir teilen uns auf. Mein Vater versucht, die konservativen Kreise der Zivilgesellschaft zu aktivieren, ich bin für die linke

Bubble zuständig. Wir wollen Menschen zusammenbringen, die sonst immer weniger miteinander reden. Es bringt schließlich nichts, immer nur zu behaupten, die Gesellschaft sei gar nicht so gespalten, wie viele denken, wenn es nie zu Gelegenheiten kommt, das Gegenteil zu erfahren. Was genau etwas bringt, weiß ich ehrlich gesagt auch nicht. Nur scheint es mir keine gute Idee, würden wir weiter zwar „Alle zusammen gegen den Faschismus!“ rufen, aber jeweils unter uns bleiben.

„Hatten wir auch nicht vor“, sagt Ivonne an einem Dienstagabend im Zoom-Chat, in dem ich meine Gedanken teile. Ivonne heißt eigentlich anders, möchte ihren richtigen Namen aber nicht in der Zeitung lesen. Sie ist wie fünf andere Frauen um die 40 Jahre alt, in einem Wernigeroder Demokratiebündnis aktiv und mit mir in einem virtuellen Plenum. Während ich referiere, hat sie schon einen Titelvorschlag für die Veranstaltung gefunden: „Wernigerode – Unsere Heimat“. Das Logo des Demokratiebündnisses solle aber nicht auf die Veranstaltungsflyer. „Wir wollen ja keinen abschrecken“, sagt sie.

Mittlerweile stehen ein Marktplatz, eine Bühne mit Gästen und Musik sowie ein Getränkewagen bereit. In mehreren Slots werden Gastronom:innen mit Unternehmer:innen, Aktivist:innen, Künstler:innen und dem Publikum über den kleinsten gemeinsamen Nenner diskutieren, den sie haben: ihre Stadt. Es ist der Versuch einer versöhnlichen Begegnung. Zurück im Facetime-Gespräch mit meinem Vater. „Ich bin mir gar nicht so sicher, ob es darauf ankommt, wie die Wahl ausgeht“, sagt er, kurz bevor wir auflegen.

Im ersten Moment klingt das ziemlich resigniert, aber je länger ich darüber nachdenke, entdecke ich darin Hoffnung. Denn unabhängig von jeder politischen Zukunft in diesem Land

gibt es Verletzungen in der Gesellschaft dieser Stadt und in diesem Land, die sich mit großer Wahrscheinlichkeit auch in anderen Ecken Deutschlands zeigen. Begegnungen und Gespräche, in denen Menschen sich gegenseitig nicht nur als AfD- oder Grünen-Wähler:innen wahrnehmen, die für Remigration oder Wärmepumpen stehen, sondern als Nachbarn mit Ängsten und Hoffnungen begreifen, werden immer unwahrscheinlicher. Gerade diese Begegnungen können aber helfen, einander nicht nur als Parteiprogramme wahrzunehmen und Verletzungen zu heilen.



Wetten, dass ... die Demokratie gewinnt?

Nach den Wahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern droht erstmals eine AfD-Regierung. Die taz berichtet, was auf dem Spiel steht – und wer jetzt die Demokratie verteidigt. Alle Texte zur Serie finden Sie unter taz.de/ltw26

Sicher, jedes Bestärken auf Demos und jeder Safe Space ist wichtig, damit sich Verbündete Mut machen und von Bedrohungen und Meinungen abgrenzen können, die ihnen nicht passen. Aber um die andere Seite zu verstehen, braucht es Begegnungen.

Es so wieder hinzubekommen, darauf setzen mein Vater und ich am letzten Augustsams- tag in Wernigerode. Es steht viel auf dem Spiel: Wenn Bier, Gespräche und Musik nicht mehr für einen kleinsten gemeinsamen Nenner sorgen, dann wäre es wirklich mit allen Gewissheiten der Gegenwart im Harz vorbei.

Aron Boks ist Autor, Slam-Poet und Moderator. Als Teil des PEN Berlin tourt er gerade mit der Diskussionsreihe „Ist das nochl'schon mein Land?“ durch Sachsen-Anhalt. Letztes Jahr erschien sein Buch „Starkstromzeit“. Die Veranstaltung „Wernigerode – Unsere Heimat“ findet am 29. August von 14 bis 16 Uhr auf dem Marktplatz in Wernigerode statt. Der Eintritt ist frei.



forum



Foto: picture alliance/dpa | Danny Gohlke

AUSGEBUCHT! SCHAUEN SIE IM STREAM VORBEI.

Sachsen-Anhalt
Wetten, dass ...
die Demokratie gewinnt?!

Bei der Wahl am 6. September in Sachsen-Anhalt könnte die rechtsextreme AfD laut Umfragen die absolute Mehrheit erreichen. Es steht also viel auf dem Spiel.

Die taz diskutiert bei einer Veranstaltung in Magdeburg mit Vertreter:innen der Zivilgesellschaft und den Spitzenkandidat:innen der demokratischen Parteien.
Infos & Anmeldung unter: taz.de/talk

Live und im Stream

25. August 2026, ab 18:30 Uhr
Moritzhof, Moritzplatz 1, **39124 Magdeburg**
Eintritt frei

Die Toten finden keine Ruhe

In rund 60 besetzen Grenzdörfern in Südlibanon hat Israels Armee auch Friedhöfe zerstört. Dabei sind Grabstätten völkerrechtlich besonders geschützt. Vertriebene vermuten hinter dem Vorgehen eine Strategie

Aus Beirut **Julia Neumann**

Die Eltern von Tarek Mazraani liegen auf dem Friedhof in Hula im Süden Libanons. Oder: lagen begraben? Der Sohn weiß nicht, ob die Gräber noch existieren. Hula liegt an der Grenze zu Israel. Das Dorf ist seit fast drei Jahren von der israelischen Armee besetzt, so wie 59 andere Dörfer in Südlibanon. Mazraanis Haus ist zerstört, die Straße dorthin ebenfalls. „Kein Stein steht mehr auf dem anderen“, sagt der Ingenieur der taz am Telefon. Selbst den Friedhof kann er nicht besuchen. „Israel hat viele Friedhöfe angegriffen. Die meisten wurden bombardiert, Gräber ausgegraben und geschändet. In vielen der besetzten Dörfer gibt es überhaupt keine Friedhöfe mehr“, erzählt Mazraani. Er hat eine Bürgerinitiative gegründet. Sie fordern von Libanons Regierung, zurückkehren zu

können, Hilfe beim Wiederaufbau und den Stopp der Gespräche mit Israel – bis die Zerstörung wirklich aufhört. Wann sie wirklich zurückkönnen, wissen die über 360.000 Kriegsvertriebenen nicht. Mazraani schickt Fotos der Grabsteine: Ein weißer für seine Mutter und ein schwarzer für seinen Vater; „Ruhevolle Seele, kehre zu deinem Herrn zurück“, steht darauf. „Wir haben sie regelmäßig besucht“, sagt er, „besonders an Feiertagen.“ Am Grab rezitierte Mazraani die Sure Al-Fatiha, um der Verstorbenen zu gedenken. Seine Kinder habe er damals mitgenommen, damit sie sich an ihre Großeltern erinnerten. „Unter Schiiten ist es Tradition, Gräber zu besuchen.“

Die Erinnerung auslöschen
Laut Tarek Mazraani ist die Zerstörung systematisch. „Neben Denkmälern und Statuen werden auch öffentliche Plätze verwüstet, Wahrzeichen, Straßen, Symbole. Sogar uralte Bäume

werden gefällt und gestohlen“, erzählt er. „Als ob es einen Plan gäbe, die Erinnerung auszulöschen, jede Verbindung zum Land und zur Geschichte zu kappen.“ Hussein Chaabane dokumentiert die Zerstörung. Er arbeitet bei der libanesischen Organisation Legal Agenda und spricht von israelischen Kriegsverbrechen. Das zeige sich anhand des ersten Dorfes, das 2024 gesprengt und völlig zerstört wurde: Mhaibib. Israels Armee behauptete damals, sie habe nicht das Dorf selbst gesprengt, sondern einen Tunnel darunter. Chaabane hat Videos der israelischen Armee analysiert und das Dorf während eines Waffenstillstands im November 2024 selbst besucht. „Unsere Untersuchung konnte zweifelsfrei belegen, dass die Häuser selbst gesprengt wurden. Wäre ein Tunnel darunter gesprengt worden, wäre das gesamte Haus mit Fundament eingestürzt.“

In diesem Dorf stellte Chaabanes Team auch fest, dass die Friedhöfe dem Erdboden gleichgemacht wurden. „Die Gräber wurden vollständig mit Bulldozern eingeebnet.“ Das entwickelte sich zu einem Muster, sagt Chaabane. „32 Dörfer sind mittlerweile vollständig zerstört.“ Israels ultrarechte Regierung behauptet, sie wolle in der Region eine Pufferzone einrichten, um Nordisrael vor Angriffen der Hisbollah zu schützen. Mittlerweile spricht Verteidigungsminister Israel Katz ausdrücklich von einer Politik der Zerstörung ganzer Dörfer. Aus Chaabanes Sicht geht es um die dauerhafte Vertreibung der Bevölkerung: Die vollständige Zerstörung von Friedhöfen spiele dabei „eine entscheidende Rolle“, sie ermögliche ethnische Säuberung. „Für Schiiten sind Gräber nicht bloß Ruhestätten der Verstorbenen“, erklärt er. „Sie sind davon überzeugt, dass die Toten sie hören und nicht gänzlich verschwunden sind.“

Wenn Israels Armee die Friedhöfe vernichtet, tilgt sie nicht nur die Toten aus, sondern auch die Bedeutung des Ortes für die Lebenden, sagt Chaabane. „Sie sehen in den Gräbern ihre Wurzeln, die Ruhestätte ihrer Liebsten, ein Zeugnis ihres Daseins im Dorf. Es ist eine Verbindung zu den Generationen, die vor ihnen dort gelebt haben.“

Keine rechtliche Handhabe
Aufgrund ihrer religiösen und kulturellen Bedeutung sind Gräber völkerrechtlich besonders geschützt. Tarek Chaabane hofft, das Beweismaterial des israelischen Vorgehens in der Region vor Gericht bringen zu können. Doch Libanon ist kein Mitglied des Internationalen Strafgerichtshofs. Dieser hat deshalb keine Erlaubnis, Kriegsverbrechen in dem Land zu untersuchen. Hinzu kommt: Libanons Regierung hat im Abkommen mit Israel unterschrieben, auf Strafverfolgung zu verzichten.

Während Libanons Regierung noch mit Israel verhandelt, verwüsten israelische Truppen weiter die Dörfer. Täglich gibt es Berichte über Sprengungen, Demolierungen und Feuer. In dem Grenzdorf Yaroun hat Israels Armee diesen Monat ganze Olivenhaine verbrannt. „Es scheint, als sei nichts mehr von unseren Olivenbäumen übrig“, sagt Bürgermeister Adib Ajaka der taz. Selbst der Bürgermeister weiß nur durch Satellitenbilder, wie es um das Dorf bestellt ist. „Soweit wir wissen, ist unser Dorf völlig zerstört.“ In Yaroun wohnten schiitische Muslime und katholische Christen. Es gab zwei Moscheen und eine Kirche. Zwischen Dezember 2024 und Ende Februar 2025 besetzte die israelische Armee das Dorf zum ersten Mal. „Damals hat das israelische Militär die Kirche zerstört, auch die Moscheen und das Gemeindehaus. Sie haben sogar unseren Eichenwald vernichtet. Und jahrhundertealte Häuser sowie Friedhöfe beschädigt“, sagt er. Am 2. März dieses Jahres hat Israels Armee Yaroun erneut besetzt. Fotos und Satellitenbildern zufolge wurden ein Kloster und eine von Nonnen geführte Schule mit einer Planierraube zerstört. Seitdem wartet Adib Ajaka sehnsüchtig auf die Möglichkeit zurückzukehren. Selbst wenn sein Haus, ein weiteres Haus seiner Familie und der Garten mit seinem geliebten Zitronenbaum nicht mehr stehen. Ajaka möchte alles wieder aufbauen, so schnell, wie es geht. Das will auch Tarek Mazraani. Er erzählt, dass nicht nur die Lebenden zurück in die Dörfer möchten. Auch die Toten würden darauf warten. „Diejenigen, die jetzt sterben, werden auf sogenannten provisorischen Friedhöfen beigesetzt.“ Sie würden dort nur vorübergehend begraben. „Falls wir jemals zurückkehren können, müssen wir das Grab ausheben, den Leichnam bergen und ihn in unserem Dorf wieder beerdigen.“ Die gesamte Situation sei qualvoll, sagt Mazraani. Viele Menschen sehnten sich nach ihrem Land und danach, ihre Angehörigen dort zu bestatten. „Viele sterben an gebrochenem Herzen, weil sie von ihrer Heimat getrennt wurden.“



Zerstörter Friedhof in Kham. Für schiitische Muslime sind Gräber nicht bloß Ruhestätten. Sie verleihen Orten Bedeutung
Foto: Emilie Madi/reuters

Stadtgespräch Natalie Mayroth aus Mumbai



In Indiens Wirtschaftsmetropole sollen alle Taxifahrer:innen jetzt nachweisen, dass sie die Lokalsprache Marathi beherrschen

Die Straßen sind dicht befahren in Westindiens Wirtschaftsmetropole Mumbai. Es ist laut und man hört ein Sprachgewirr aus Marathi, Hindi, Englisch und anderen Sprachen. Mohammed Sharif wechselt am Steuer seines App-Taxis im Kopf ständig zwischen den Sprachen hin und her. Der 40-Jährige aus dem nordindischen Uttar Pradesh arbeitet hier seit 20 Jahren als Fahrer. Nun steht er wie Hunderttausende andere vor einer neuen Pflicht. Seit Mitte August sollen im Bundesstaat Maharashtra, dessen Hauptstadt Mumbai ist, neben den Fahrern regulärer Taxis auch die von App-Taxis Grundkenntnisse der Lokalsprache Marathi nachweisen. Sonst droht eine Sperre bis hin zum Entzug der Fahrerlaubnis. „Kein Marathi, keine Lizenz“, sagte Verkehrsminister Pratap Sarnaik von der lokalen hindunationalistischen Partei Shiv Sena-Shinde. Dem voran ging eine Kampagne zum Lernen von Marathi. Laut Sarnaik erwarben schon 165.000 Personen ihr Sprachzertifikat.

Bisher kam App-Taxifahrer Sharif mit Hindi zurecht: „Ich verstehe Marathi, aber das Sprechen fällt mir schwer.“ Marathi und Hindi sind in etwa so ähnlich wie Deutsch und Niederländisch. Doch wer die eine Sprache spricht, kann nicht automatisch die andere. Verweigern wolle er sich nicht, so Sharif: „Langsam lernt man es schon.“ Im Alltag brauche er Marathi aber kaum, das meiste laufe über die App. Machten die neuen Anforderungen aber zu viele Probleme, überlege er, „einen anderen Job zu machen.“ Die meisten Fahrer:innen kommen aus ärmeren Teilen Indiens. Maharashtras Regierung aus den hindunationalistischen Parteien BJP und Shiv Sena-Shinde begründet die Sprachregel mit besserem Austausch. Kritiker:innen sehen darin einen Eingriff in die Lebensgrundlage von Migrant:innen. Die 26-jährige Praktiksha Jaya Prabhakar unterstützt den Vorstoß. Die Regionalpartei Shiv Sena und ihre Abspaltungen entstanden aus einer Bewegung, die sich in den 1960ern

für Privilegien der Maharashtrier gegen Einwanderung einsetzte. Die Sozialarbeiterin weist darauf hin, dass man für Riksha- oder Taxilizenzen seit mindestens 15 Jahren in Maharashtra leben muss: „Wenn man so lange hier ist und die Sprache trotzdem nicht lernt, ist das bedauerlich.“ Ihr gehe es nicht um Identitätspolitik, sondern um den Schutz ihrer Sprache. Dabei ist Mumbai linguistisch vielfältig: Neben Marathi und Hindi werden auch Gujarati, Englisch, Urdu, Tamil, Telugu und Kannada gesprochen. Im Alltag hilft man sich oft mit einzelnen Wörtern und Gesten. Aus dem gemischten Wortschatz entstand der verkürzte und direktere Umgangsslang „Bambaiya Hindi“. Der Mittdreißiger Francis räumt ein, dass ohne Marathi der Umgang mit den lokalen Behörden manchmal schwierig sei. Viel ändern werde sich aber wohl nicht: „Selbst wenn es zu einer Marathi-Pflicht kommt, werden Leute in der Sprache sprechen, in der sie sich wohlfühlen.“ Ihn sorgt eher ein Fahrermangel.

Doch trotz der politischen Kontroverse findet es der 38-jährige Fotograf Yash gut, wenn Menschen, die in Mumbai leben, Marathi lernen. Sich diese Mühe zu machen, sei eine Form von Respekt: „Es gibt einen gewissen Stolz auf unsere Sprache, der manchmal mit Arroganz verwechselt wird.“ Doch bezweifelt er, dass es dafür eine Vorschrift braucht. Der Vorstoß ist Teil einer Debatte darüber, welchen Platz Marathi künftig einnehmen soll. Gerade, da die Zentralregierung in Delhi das nordindische Hindi fördert. Eine Befragung von knapp 400 Pendler:innen zeigte, dass die Mehrheit die Regel ablehnt, vermutlich, da andere Probleme auf der Agenda des Verkehrsministers wichtiger erscheinen. Für die Regionalpartei Shiv Sena-Shinde ist es dagegen wichtig, ihr Profil auch gegenüber Abspaltungen und anderen Hindunationalisten zu schärfen, die sich für die lokale Bevölkerung einsetzt. Die Partei mobilisiert seit Jahrzehnten für Marathi-Rechte und ist berüchtigt für ihren harten Umgang mit Migrant:innen.

Am 23. Dezember 1991 explodierte nahe dem Budapester Flughafen eine Autobombe. Verantwortlich zeichnet die „Bewegung zur Befreiung Jerusalems“ mit Verbindungen zur RAF. Das Ziel: ein Bus mit sowjetischen Jüdinnen und Juden

Foto: Sandor H. Szabo/ap/ picture alliance



Antisemitische Ressentiments, die notdürftig kaschiert werden

In den Siebzigern und Achtzigern agierten große Teile der radikalen Linken in ihrem Antizionismus oft offen antisemitisch, zeigt Jan Gerbers „Fluchtpunkt Entebbe“. Offen bleibt, warum Antizionismus heute so identitätsstiftend ist

Von Wolf-Dieter Vogel

Am 23. Dezember 1991 explodiert nahe dem Budapester Flughafen eine Autobombe. Gelegt haben sie Terroristen der „Bewegung zur Befreiung Jerusalems“. Das Ziel: ein Bus mit sowjetischen Jüdinnen und Juden, die über Ungarn nach Israel ausreisen wollen. Einer der Täter ist Horst Ludwig Meyer, der wahrscheinlich der Roten Armee Fraktion (RAF) angehört, auf jeden Fall aber zu deren Umfeld zählt. 22 Jahre zuvor, am 9. November 1969, platzen die links-radikalen Tupamaros West-Berlin im jüdischen Gemeindehaus der Stadt eine Bombe. Sie soll während der Gedenkfeier zum Jahrestag der Reichspogromnacht explodieren. Beide Anschläge hätten Dutzende von Todesopfern zur Folge haben können, verfehlen aber zum Glück ihr Ziel. In Budapest werden zwei Polizisten verletzt, in der Charlottenburger Fasanenstraße kommt niemand zu Schaden, weil der Zünder versagt.

Die beiden Attentate markieren einen Zeitraum, in dem militante, bewaffnete Organisationen in der BRD eine gewisse politische und gesellschaftliche Relevanz besaßen: die RAF, die Revolutionären Zellen (RZ), die Bewegung 2. Juni, diverse autonome Gruppierungen. Zugleich erinnern die Anschläge daran, dass große Teile der radikalen Linken palästinensischen Bewegungen politisch nahestanden und in ihrem Antizionismus oft offen antisemitisch agierten. Heute sind RAF, RZ und Co Geschichte, doch das ideologische Fundament, das sie mit geschaffen haben, erscheint in den Mobilisierungen um den israelisch-palästinensischen Konflikt präsenter zu sein als damals. Das Problem endete nicht mit dem Budapester Anschlag. Im Gegenteil.

Deshalb ist das Thema des Buches „Fluchtpunkt Entebbe – der linke Terrorismus und Israel“ von Jan Gerber, das jüngst in der Edition Tiamat erschienen ist, auch heute noch sehr aktuell. Bei der Flugzeugentführung durch ein palästinensisch-deutsches Kommando,

an der zwei RZ-Mitglieder beteiligt waren, wurden Israelis und andere Jüdinnen und Juden von den übrigen Passagieren getrennt und als Geiseln festgehalten. Der Historiker und Politikwissenschaftler Gerber hat eine klare These: Für ihn ist die Selektion von Entebbe nur ein Schnittpunkt, in dem das Verhältnis bewaffneter deutscher Linker zu Israel kulminiert.

Gerber erinnert an die gemeinsamen Kommandos deutscher Militanter mit palästinensischen Organisationen und die Ausbildung, die militante Linke wie auch deutsche Rechtsradikale in deren Lagern erhielten. Der Autor zitiert Äußerungen der Stadtguerilla, die keinen Interpretationsspielraum lassen. Etwa Ulrike Meinhof, die vor dem Sechstagekrieg 1967 den jüdischen Staat verteidigte, dann aber das Attentat des „Schwarzen Septembers“ auf die israelische Olympia-Mannschaft 1972 in München als „antiimperialistisch, internationalistisch und antifaschistisch“ feierte. Bei dem Anschlag starben unter anderem elf israelische Sportler.

Wesentlich umfangreicher als Gerbers Sammlung der RAF-Aktivitäten fällt die der RZ aus. Ein regelrechtes Gruselkabinett: Immer wieder führen RZ-Mitglieder terroristische Aktionen mit der palästinensischen PFLP oder dem Venezolaner Ilich Ramírez Sánchez, bekannt als Carlos, durch. So beteiligen sie sich etwa am Panzerraketenbeschuss einer El-Al-Maschine auf dem Flughafen Paris-Orly. In Deutschland greifen Revolutionäre Zellen Firmen an, die israelische Waren vertreiben, fabulieren von „weltweiten Angriffen der amerikanisch-israelischen Herrenrasse“ und sprechen 1979 vom „faschistischen Genozid“ am palästinensischen Volk.

Auch Aktionen gegen Heinz Galinski, den damaligen Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde Berlins, werden seitens der RZ erwogen. „Keine deutsche Stadtguerillagruppe verband antizionistische Ideologie und praktische Kooperation mit palästinensischen Organisationen so vehement wie

die Revolutionären Zellen“, resümiert Gerber.

Zu Recht führt der Autor diese Haltung auf ein antiimperialistisches Weltbild zurück, das damals auch von den meisten der übrigen radikalen Linken geteilt wird, von Autonomen ebenso wie von kommunistischen Splitterparteien. Mangels revolutionärer Subjekte im eigenen Land habe man sich auf den fernen Befreiungsnationalismus konzentriert, Herrschaft sei vor allem als Fremdherrschaft imperialistischer Mächte über unterdrückte Völker analysiert worden. Gehe es dann um den Nahen Osten, kämen schnell antisemitische Muster ins Spiel. Das bestätigen aktuelle Verlautbarungen, in denen antiimperialistische und postkoloniale Fragmente oft Hand in Hand gehen.

Ulrike Meinhof feierte das Attentat auf die israelische Olympia-Mannschaft als „antifaschistisch“

So weit, so schlecht. Allerdings entwirft Gerber ein recht statisches, eindimensionales Bild der damaligen Linken. Es waren die Revolutionären Zellen, die bereits 1981 die nationalistischen, antiamerikanischen Ansätze der Friedensbewegung kritisierten. Seit Entebbe gab es unter den RZ-Gruppen heftige Debatten über das Verständnis von Internationalismus, was in einer politischen Spaltung mündete. Auch daraus resultierte Mitte der 1980er Jahre eine Kampagne sozialrevolutionärer Zellen gegen rassistische Flüchtlingspolitik, in der sie das klassische Verständnis antiimperialistischer Politik kritisierten. Es ging darum, ein freies Aufenthaltsrecht von Flüchtlingen und Migranten durchzusetzen, Abschiebungen zu verhindern und Netzwerke zur Unterstützung zu schaffen – Themen, die damals in der

Linken nicht so selbstverständlich waren wie heute.

Nicht zuletzt setzten sich Gruppen der RZ in ihrem Papier „Gerd Albartus ist tot“ 1991 kritisch mit der Kooperation mit palästinensischen Organisationen auseinander und kritisierten „antisemitische Ressentiments“, die „notdürftig mit nationalrevolutionären Definitionen kaschiert werden“. Sie hätten Israel nicht mehr aus der Perspektive des nazistischen Vernichtungsprogramms und als Zuflucht für die Überlebenden gesehen, heißt es in der Selbstkritik. Solche Aussagen mögen heute für viele selbstverständlich klingen. Damals waren sie Ausgangspunkt für Debatten, die auch dazu beitrugen, dass nun zumindest ein Teil der Linken mit einem Antisemitismuskritischen Blick auf den palästinensisch-israelischen Konflikt schaut. In den meisten Weltregionen ist das nicht so.

Hier soll nicht sehnsüchtig den RZ oder „guten alten Zeiten“ nachgetrauert werden, wie Jan Gerber es mit Blick auf einige „Altautonomie“ formuliert. Die von ihm aufgezeigten antisemitischen Exzesse sind durch nichts zu rechtfertigen und werfen einen Blick auf das gesamte Elend vieler Linker: auf binäre Weltbilder, die einen fundierten Begriff von Herrschaft und Macht vernebeln, auf Verschwörungstheorien, die einfache Lösungen versprechen oder auf einen Kulturrelativismus, der sogar islamistische Terrorregimes legitimiert. Allerdings sind seit der Veröffentlichung der letzten RZ-Texte 35 Jahre vergangen, und der Blick auf linken Antisemitismus hat sich dank dieser Diskussionen geschärft – auch wenn heute „Globalize the Intifada“-Rufe auf der Straße en vogue sind.

Gerber setzt sich zwar mit den selbstkritischen Texten wie der Albartus-Erklärung auseinander, kommt allerdings zu dem Schluss, dass es sich dabei lediglich um eine „Modernisierung des Antizionismus“ handele. Daran mag manches wahr sein. Aber er ignoriert, dass die kritische Auseinandersetzung über das Thema gerade erst begon-

nen hatte. Im Duktus des Autors erscheinen diese ersten selbstkritischen Auseinandersetzungen jedoch als Erklärungsversuche, die an einem antiimperialistischen Weltbild festhielten, das antisemitisch durchsetzt war und jegliche Dynamik zum Besseren ausschließt. Das mag die eigene Analyse bestätigen, aber hilft es auch weiter?

Natürlich stellt sich trotzdem die Frage: Was haben RAF, RZ und Co dazu beigetragen, dass eine antisemitisch konnotierte Haltung im israelisch-palästinensischen Konflikt heute so stark präsent ist? Gerber liefert zahlreiche Parallelen zu damaligen Positionen – die heute massiv in Erscheinung treten als zu Zeiten, als sich militante Linke in Libanon am Gewehr ausbilden ließen.

Dass der Antizionismus, wie der Autor schreibt, damals der kleinste gemeinsame Nenner der außerparlamentarischen Linken gewesen sei, mag sein. De facto spielte er aber bis zum Fall der Mauer nie die große Rolle, die er heute spielt. Dass dem so ist, hängt natürlich auch mit dem brutalen Agieren der israelischen Regierung zusammen. Jedenfalls fällt es Demagogen leicht, die komplexe Geschichte des Zionismus darauf zu reduzieren. Damit lässt sich aber kaum erklären, warum seit dem Hamas-Terror vom 7. Oktober 2023, wie Gerber zu Recht schreibt, der Antizionismus noch identitätsstiftender geworden zu sein scheint als in den 1970ern. Immerhin bezog man sich damals auf palästinensische Organisationen wie die PFLP, die sozialistische Ziele vertrat. Heute verkörpert etwa die Hamas den radikalen Gegenentwurf zu jeglichen emanzipatorischen und linken Ideen.

Gerber geht nicht ausführlich auf diesen Wandel ein, und natürlich lässt sich Antizionismus nicht auf diesen Kontext reduzieren. Aber sowohl damals als auch heute dient er als Rechtfertigung – oder auch als Vorwand – für jüdenfeindliche Angriffe. „Fluchtpunkt Entebbe“ zeigt in erschreckender Weise auf, dass hier auch Linke keine Grenzen kannten.



Jan Gerber: „Fluchtpunkt Entebbe. Der linke Terrorismus und Israel“. Edition Tiamat, Berlin 2026, 160 Seiten, 20 Euro

EXKLUSIVES ANGEBOT

für taz-Abonnent:innen

39,60 Euro für ein Jahr

Le Monde diplomatique auf Papier:

Jetzt bestellen und jeden Monat
LMd direkt zugeschickt bekommen



**MEHR
ERFAHREN**

taz 

Deutsche Ausgabe

+ LE MONDE *diplomatique*



Gaby Coldewey
übrigens

Bunt sind schon die Wälder – und der Herbst beginnt?

Wenn sich diese Wetterentwicklungen fortsetzen, werde ich die Lage weiter beobachten“, verkündete Friedrich Merz auf seiner Sommerpressekonferenz im Juli. „Und gegebenenfalls auch etwas dazu sagen.“ Hat er bislang aber noch nicht.

Ich beobachte auch Dinge. Anders als der Bundeskanzler möchte ich mich dazu aber gerne äußern. Vor unserem Wohnhaus stehen zwei große Kastanien. Seit Jahren verursachen Miniermotten hässliche braune Flecke an deren Blättern. Das ist schon lange kein Medienthema mehr. Jetzt kommt die Trockenheit dazu, sodass die Bäume schon im Hochsommer beginnen, ihr Laub abzuwerfen. Klimawandel, you name it! Doch viele Menschen scheint das gar nicht zu wundern. „Bäume ver-

Dass wir überhaupt im Hochsommer Laub harken – normal, ganz normal

lieren doch immer ihr Laub“, oder „Es ist ja auch schon August!“, sagen Passanten, mit denen man beim Laubharken ins Gespräch kommt. Sie finden es auch ganz normal, dass wir im Hochsommer Laub harken und Kinder bei 35 Grad im Schatten fröhlich durch die Blätter rascheln. Bald wird eine Generation herangewachsen sein, für die fallende Blätter quasi die Sommerferien einläuten. Und die im Juli schon die ersten Kastanien sammelt. Unlängst suchte tatsächlich eine etwa Sechzigjährige mit ihrer kleinen Enkelin Kastanien vor unserem Haus – an einem glühend heißen Tag Mitte August. Ob es nicht noch etwas früh dafür sei? Na ja, sagte sie, die Früchte seien ja leider wirklich etwas klein. Sie habe gehofft, noch welche vom vergangenen Jahr zu finden. Die Vorjahreskastanien, wer kennt sie nicht?

Was kommt wohl als Nächstes? Sommerrodeln von den Sanddünen an der Ostsee? Schlittschuhlaufen in gekühlten Hallen an heißen Tagen? An Spekulation in den Supermärkten ab August haben wir uns längst gewöhnt. So wie an den Klimawandel, den wir so locker in unser Leben integrieren. Hitze? Gab's doch immer im Sommer. Trockenheit? Nur ein Problem der Landwirte.

Und so setzen wir uns also bald an den heißen Spätsommertagen mit einer Packung Spekulation ins abgedunkelte Zimmer und basteln mit den Kids Kastanienmännchen. Weil die Freibäder eh zu voll sind und sich in den Seen überall diese lästigen Blaualgen gebildet haben. Klimawandel? Man muss halt das Beste draus machen.

Grüße gehen raus an Friedrich Merz.

Gaby Coldewey
ist Redakteurin
in der taz-Auslandsredaktion.

Kommentar von **Christian Rath** zur neu aufgeflammten Debatte über den Umgang mit der Rechtspartei

Die richtige Zeit für ein AfD-Verbotsverfahren ist nicht jetzt

Wenn ein Verbotsverfahren zu früh beantragt wird, wird es zu lange dauern. Denn solange sich die AfD ausdrücklich zum Grundgesetz bekennt, muss sich ein Verbotsantrag auf Tausende Äußerungen von AfD-Funktionär:innen stützen, die beweisen sollen, dass die AfD eigentlich doch die freiheitliche demokratische Grundordnung bekämpft. Die AfD wird dann bei jedem einzelnen Zitat behaupten, dass es falsch interpretiert wurde. Es werden Tausende Seiten Anträge und Erwiderungen geschrieben. Und natürlich wird auch das Bundesverfassungsgericht viele Fragen haben, bis es irgendwann entscheidet. Das alles wird Jahre dauern.

Selbst wenn ein Verbotsantrag am Ende Erfolg hat, wird bis dahin die Akzeptanz der Demokratie massiv gefährdet. Wie kann man der AfD vorwerfen, dass sie die Demokratie abschaffen will, wenn man doch selbst versucht, die beliebteste Partei zu verbieten? Das werden sich auch viele neutrale Bürger:innen fragen. Dieser Vertrauensverlust wird schwer reparabel sein.

Klüger und auch weniger demokratiegefährdend ist es daher, zunächst keinen Verbotsantrag

zu stellen. Die Demokratie ist schließlich nicht schutzlos. Sollte die AfD in Sachsen-Anhalt regieren und das tun, was ihr unterstellt wird, nämlich verfassungsfeindliche Gesetze beschließen, so könnte gegen jedes einzelne grundgesetzwidrige AfD-Gesetz das Bundesverfassungsgericht angerufen werden. Wenn die AfD-Regierung etwa andere Parteien benachteiligt, die Gerichte

Der Vertrauensverlust eines Verbots wäre schwer reparabel

auf Parteilinie bringt und Deutsche mit Migrationshintergrund diskriminiert, kann in Karlsruhe jeweils eine abstrakte Normenkontrolle beantragt werden. Antragsberechtigt sind die Bundesregierung, ein Viertel der Bundestagsabgeordneten oder jede der anderen Landesregierungen. Mit einstweiligen Anordnungen kann das Verfassungsgericht sogar verhindern, dass

die verfassungswidrigen AfD-Gesetze in Kraft treten. Sollte die AfD-Landesregierung solche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts nicht akzeptieren, könnte die Bundesregierung (mit Zustimmung des Bundesrats) den Bundeszwang gemäß Artikel 37 Grundgesetz anordnen. Die Bundesregierung kann dann den Landesbehörden Weisungen erteilen oder eine Staatskommissar:in mit Weisungsrecht nach Sachsen-Anhalt schicken.

Sollte die AfD-Landesregierung auch gegen den Bundeszwang rebellieren, dann wäre das ihr Ende. Denn nun kann ein Antrag für ein Verbot der AfD gestellt werden, der kein aufwendiges Beweispuze mehr benötigt. Die Verfassungsfeindlichkeit der AfD wäre nun offensichtlich. Das Bundesverfassungsgericht könnte dann sofort ein vorläufiges Betätigungsverbot aussprechen. Und das Verbotsverfahren würde nicht mehr Jahre, sondern Wochen dauern. Auch die Akzeptanz in der Bevölkerung wäre höher. Denn mit dem Parteiverbot würde auf ein manifest verfassungsfeindliches Handeln der AfD reagiert, statt der AfD Ziele zuzuschreiben, die sie offiziell abstreitet.

karikatur der woche



Kommentar von **Leila van Rinsum** zu Reiche und der Aushöhlung des Lieferkettengesetzes

Wirtschaftspolitik nach Wunsch der fossilen Wirtschaftslobby

Wieder einmal und wenig überraschend richtet Wirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) ihre Politik nach den Wünschen der fossilen Lobby aus. Wie Recherchen von der Frankfurter Rundschau und FragDenStaat zeigen, nahm sie an mehreren Treffen mit einer Lobbygruppe teil, die die europäische Lieferkettenrichtlinie aushöhlen wollte. Zur Erinnerung: Das Gesetz verpflichtet Unternehmen dazu, entlang ihrer Lieferketten für die Einhaltung von Menschenrechten zu sorgen. In einem Schreiben fordern die Erdölkonzerne ExxonMobil, Chevron und Koch Industries die Ministerin dazu auf, die Richtlinie so zu ändern, dass sie nur Unternehmen mit einem Jahresumsatz ab 1,5 Milliarden Euro betrifft – wenn Reiche die Regeln schon nicht ganz absagen kann.

Dieser Wunsch schaffte es dann auch in die Neuauflage der Richtlinie der Europäischen Union, die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) veranlasste – und die der deutsche CSU Politiker Manfred Weber mit den Rechtsextremen Ende 2025 durchs Parlament brachte.

Das Lieferkettengesetz ist ein Paradebeispiel dafür, wie Deutschland immer wieder die Interessen der besonders mächtigen Wirtschaftslobby durchsetzt, der fossilen oder auch der großen Verbände der Industrie (BDI und DIHK), der Arbeitnehmer (BDA), der Autos (VDA). Die waren von Anfang an gegen das deutsche Lieferkettengesetz und die europäischen Regeln.

Auch bei Grünen-Politikern rennt die fossile Lobby offene Türen ein

Die Lobby der Großkonzerne rennt aber bei Weitem nicht nur bei FDP- und CDU-Spitzenpolitikern offene Türen ein. Auch ein Robert Habeck (Grüne), der sich eigentlich lieber an Küchentischen in deutschen Wohnzimmer inszeniert, stand Ende 2024 – noch als Vizepräsident und Wirtschaftsminister – auf großer Bühne vor CEOs und Managern und sagte, das Lieferketten-

gesetz könne nicht verbessert werden, da helfe nur noch, „die Kettensäge anzuwerfen und das ganze Ding wegzubolzen“. Unterstützung hatte er auch von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD).

Bereits unter Habeck, blockierte das Wirtschaftsministerium die Kontrollbehörde Bafa und zog Personal ab, dass zur Umsetzung des Lieferkettengesetzes arbeiten sollte. Habeck verschob die Berichtspflichten der Unternehmen per Weisung. Noch krasser geht es unter Merz und Reiche weiter, heute arbeitet nur noch die Hälfte der Mitarbeitenden bei der Bafa, das Wirtschaftsministerium hat angewiesen, Gesetzesverstöße nur noch in Ausnahmefällen zu sanktionieren und Berichtspflichten zu streichen.

Die EU-Richtlinie ist auch dank des deutschen Einsatzes so weit abgesägt, dass nur noch ein Kettenglied übrig ist, und es ist so klein, dass es in Friedrich Merz' Hosentasche passt. Es gilt nur noch für die allergrößten Konzerne, die ihre direkten Zulieferer überprüfen sollen – in Deutschland sind es dann 150 Unternehmen. Wie so häufig im Kapitalismus hat sich auch hier wieder das Prinzip durchgesetzt: Profit vor Menschenrechten.

Zölle können ein Stresstest sein

Die US-Zollpolitik setzt die globale Wirtschaft unter Druck. Darauf können die Unternehmen mit Preissteigerungen und Minilöhnen reagieren – oder mit ethischen Produktionsbedingungen und Lieferketten

Von Joleen Ong

Globale Lieferketten sind instabil – das zeigen die aktuellen geopolitischen Entwicklungen nur allzu deutlich. Nun sind ausgerechnet Unternehmen in sich ständig verändernden Branchen, etwa die Konsumgüterproduktion und die Mode, auf verlässliche Beziehungen zu Lieferanten angewiesen, sprich auf funktionierende Lieferketten. Die Pflege dieser Lieferketten ist für die Unternehmen ein hohes Gut, Lieferketten sind nicht nur aus strategischen Gründen für Unternehmen notwendig, sondern für nachhaltig agierende Firmen ebenso ein ethisches Gebot. Daher achten nachhaltige Unternehmen bei ihren Bestellungen auf ökologische, soziale und monetäre Aspekte. Durch die aktuell erratische Zollpolitik der US-Regierung stehen die Unternehmen allerdings stark unter Druck.

Davon ist vor allem die Modebranche betroffen. Hohe Zölle führen zu Verwerfungen innerhalb der Produktionsketten und erschweren es, festgelegte Klima- und Nachhaltigkeitsziele einzuhalten. Laut einer Umfrage der *United States Fashion Industry Association* beklagten 2025 nahezu alle führenden Bekleidungsmarken und Einzelhändler die Zollpolitik von US-Präsident Donald Trump. Mehr als die Hälfte der Unternehmen bezeichnete dadurch entstehende politische Unsicherheiten sowie Vergeltungszölle als überaus problematisch.

Darauf reagieren die global agierenden Großunternehmen auf ihre Weise. Anstatt mit kurzfristigen Kosteneinsparungen zu kontern, tätigen sie vor allem im Bereich der Konsumgüterproduktion strategische Investitionen, um sich gegen Marktveränderungen und höhere Preise abzusichern. So hatten 2025 beispielsweise die Einzelhandelsunternehmen Walmart und Target schon im Sommer ihre Lagerbestände aufgefüllt, um Zollschocks vor der Weihnachtssaison abzufedern. Der Technologiegigant Apple wiederum hatte Frachtflüge gechartert, um 1,5 Millionen iPhones aus Indien einzuführen. Das war jedoch nur möglich, weil bei wichtigen Lieferanten die Produktion kurzfristig massiv erhöht wurde. Das allein zeigt, wie wichtig Lieferketten insbesondere in unsicheren Zeiten sind. Dem Marktanalysetool Gartner zufolge hat fast die Hälfte der großen Unternehmen in den vergangenen Monaten Lieferantenverträge neu ausgehandelt oder ihre Beschaffungsstrategien geändert, um die mit den Zöllen verbundenen Risiken abzufedern.

Instrumente wie die sogenannte Lieferkettenfinanzierung, durch die Lieferanten beispielsweise früher bezahlt werden und Zahlungspflichtige später zahlen können, gelten daher zunehmend als Puffer gegen Marktunsicherheiten. Diese Trends sind Ausdruck einer wachsenden Einstimmigkeit: Resiliente, transparente und wertebasierte Lieferketten sind der Schlüssel, um größere Lücken in der Produktion zu vermeiden und die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten.

Die Modebranche hinkt an dieser Stelle leider hinterher. Sie erreichte im *Better Buying 2025 Garment Industry Scorecard*, einer Art Bewertungsskala zur Einkaufs- und Beschaffungspraxis von Unternehmen, nur 66 von 100 Punkten. In wichtigen Bereichen wie Kostenverhandlungen, Zahlungsbedingungen und Produktentwicklung sind im Vergleich zum Vorjahr sogar Rückschritte zu verzeichnen. Dies ist insofern besorgniserregend, weil sich das auf vorgelagerte Produktionsbereiche ausbreiten kann, sobald sich neue unerwartete Zölle oder andere Schocks ergeben.

Ohnehin müssen Produktionskosten oft neu verhandelt werden, ohne starke Beziehungen zu Lieferanten kann es dabei zu Verzögerungen und Änderungen der Produktion kommen, zu arbeits-

rechtlichen Risiken insbesondere für die Arbeiter:innen und zu Reputationsschäden.

Unabhängig davon schadet eine erratische Zoll- und Wirtschaftspolitik dem Klima. Setzt sich dieser Trend fort, kann das besorgniserregende Folgen haben, die Modebranche mit ihren komplexen globalen Lieferketten ist diesbezüglich besonders anfällig. Die US-Zölle wirken sich direkt auf Beschaffungszentren aus, die wiederum einen überproportionalen Einfluss auf den CO₂-Fußabdruck der Branche haben. Die Non-Profit-Allianz *Cascale*, die durch Kooperation in der Konsumgüterproduktion gegen den Klimawandel und für faire Arbeitsbedingungen kämpft, hat festgestellt, dass nur 1.800 Fabriken in neun Ländern für über 80 Prozent der gemessenen CO₂-Emissionen der Bekleidungs-, Textil- und Schuhindustrie verantwortlich sind. Sechs dieser Länder – China, Bangladesch, Vietnam, Indien, Türkei, Pakistan – sind direkt von neuen Zöllen betroffen. Würden die Modefirmen ihre Bestellwege ändern, könnten sie zwar kurzfristige Zollkosten vermeiden, aber dadurch laufende Bemühungen um verringerte CO₂-Emissionen weiter beeinträchtigen. Derartige konnte schon 2018 beobachtet werden, als

Zölle gegen China zu einem Produktionsanstieg in Vietnam führten.

Da es in der Regel durchschnittlich 14 Monate dauert, bis Firmen neue Lieferanten gewinnen können, lösen derartig rasche Veränderungen einen Dominoeffekt aus: Verstöße gegen Arbeitsrechte, längere Vorlaufzeiten, Qualitätsprobleme. Ohne koordinierte Planungen besteht die Gefahr, dass sowohl Klimaziele als auch Arbeitsbedingungen massiv leiden.

Obwohl es sich bei der Mode um eine 3 Billionen Dollar schwere Branche handelt, war sie auf der Klimakonferenz der Vereinten Nationen in Brasilien im vergangenen November (COP30) nur minimal präsent. Wie schon in den Vorjahren wurden Reisebudgets gekürzt und Teams verkleinert, da sich die Branche angesichts der Marktvolatilität verschlankt. Im Gegensatz zu klimafokussierten Konferenzen wie der *Climate Week NYC*, die in diesem September stattfindet, oder der *London Climate Action Week* im vergangenen Mai hat sich die COP30 mehr auf Anpassungsfinanzierung, den CO₂-Preis und naturbasierte Strategien konzentriert als auf neu gestaltete Handels- oder Beschaffungslinien.

Die Akteure der Modebranche sollten ein Gespür für das globale Interesse an nachhaltigen Finanzierungen und Investitionen bekommen. Diskussionen über die Bepreisung der CO₂-Emis-

sionen können einen größeren Einfluss auf den internationalen Handel und Wertschöpfungsketten haben als jede branchenspezifische Handelsreform. Da handelsbezogene Kosten immer bestehen bleiben, müssen die Branchenführer umdenken: Die Widerstandsfähigkeit ihrer Unternehmen wird nicht durch Diplomatie oder einen präsidentiellen Handschlag erreicht, sondern durch vertrauensvolle Beziehungen, faire Einkaufspraktiken und Innovationen sowie Nachhaltigkeit. Marken und Einzelhändler sollten Zölle nicht nur als Kostenbelastung betrachten, sondern als Stress-tests für ihre Lieferantenpartnerschaften.

Unternehmen, die standardmäßig auf preisorientierte Strategien setzen, laufen Gefahr, ihre Möglichkeiten hinsichtlich Qualität, Schnelligkeit und Innovation für verantwortungsbewusste Verbraucher von heute zu untergraben. Im Gegensatz dazu können Unternehmen, die auf Transparenz und Zusammenarbeit setzen – unter anderem durch Kontinuität, faire Arbeitsbedingungen und Zahlungsbedingungen – mit größerer Wahrscheinlichkeit arbeitsrechtliche Verstöße vermeiden und Investitionen in den Klimaschutz bewahren. In einer Zeit, in der Zölle und klimabedingte Veränderungen Beschaffungsstrategien über Nacht verändern können, stellen belastbare Partnerschaften mehr als nur operative Instrumente dar. Vielmehr sind sie strategische Un-



Illustration: Katja Gendikova

Da es monatelang dauert, bis Firmen neue Lieferanten gewinnen, lösen Zollschocks einen Dominoeffekt aus: Verstöße gegen Arbeitsrechte, längere Vorlaufzeiten, Qualitätsprobleme

terscheidungsmerkmale, die einer wachsenden Zahl von langfristig denkenden Stakeholdern Verantwortungsbewusstsein, Stabilität und ethische Führungsstärke signalisieren.

Copyright: Project Syndicate. Der Text ist redaktionell bearbeitet.

Project Syndicate mit Sitz in Prag ist eine Non-Profit-Organisation, die internationalen Medien Essays und Meinungsbeiträge von namhaften PublizistInnen und WissenschaftlerInnen anbietet.

Joleen Ong ist Senior Director bei Cascale, einem globalen gemeinnützigen Bündnis für Zusammenarbeit in der Konsumgüterindustrie, gegen den Klimawandel und für menschenwürdige Arbeit für alle.



Foto: privat



Chill mal, Merz, leck Wunden

Bundeskanzler Merz ist im XXL-Urlaub und lässt sich nicht von der brennenden Welt um ihn herum ablenken. Aber so unglücklich ist sein Volk über seine Abwesenheit gar nicht

Von Uli Hannemann

Seit dem 29. Juli befindet sich Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) in der Sommerfrische. Und zwar vier Wochen lang, bis am 26. August das Bundeskabinett erstmals wieder tagen wird. Der Urlaubsort ist geheim. Es kann das Planschbecken im sauerländischen Garten sein, das Haus am Tegernsee, oder der begeisterte Hobbypilot cruist mit seinem kleinen Flugzeug, wie es ja viele Mittelständler seiner Art besitzen, herum. Da sieht er Land und Leute dann auch, wie er sie am liebsten wahrnimmt: von oben herab und ganz weit weg. Das Bundespresseamt verlautete, Merz versuche „ein paar Tage auszuspannen“, sei aber „natürlich immer im Dienst“. So kannten wir das von Angela

Merkel: „Die Bundeskanzlerin erholt sich am sichersten während der Arbeit.“ Eine löbliche Einstellung, wie man sie sonst nur von freien taz-Autoren kennt. Merz hingegen ist weg. Abgetaucht. Verschollen. So richtig fett im Urlaub. Lange hörte man nichts von ihm, zu keinem Thema. Keinen Piep, völlige Funkstille am Kanzlerpool.

Der stellvertretende Regierungssprecher Sebastian Hille, der, ein struwwelpetereskes Szenario sondergleichen, ganz alleine in der riesengroßen Hauptstadt die Stellung hält, beruhigt die Kritiker: „Der Kanzler beobachtet immer, egal wo er sich aufhält, was in Deutschland, in Europa und der Welt passiert.“

Nur: „Beobachten“, indem man zum Aperol Spritz auf der Terrasse die News durchscrollt,

ist das eine. Sich äußern, handeln – früher hätte man gesagt regieren – ist noch mal was anderes. Oder gar den Urlaub unterbrechen, wenn es irgendwo daheim auf einmal lichterloh brennt. Und zwar buchstäblich. Der größte Waldbrand, den Nordrhein-Westfalen je erlebt hat? Draufgeschissen, vielleicht erstickt das Feuer dann. Ein Wort

Den Haag mit seinem gemäßigten Klima und seiner Kombination aus Sehenswürdigkeiten, Kultur und weitläufigen Stränden gilt übrigens zurzeit als äußerst angesagtes Urlaubsziel. Doch dies hier nur als Ferientipp am Rande.

Uns einfachen Arbeitnehmern trat der ranghöchste Urlaubser der Bundesregierung bereits im Mai 2025 in den Popo: „Mit Viertageweche und Work-Life-Balance werden wir den Wohlstand dieses Landes nicht erhalten können.“ Für seinen eigenen Wohlstand gilt das offenbar nicht. Im Merzen der Bauer mal gründlich ausspannt. Oder, um in der Landwirtschaft zu bleiben: Quod licet iovi non licet bovi.

Aber, ganz großes Aber mit Schlagsahne, Schlagabers: Laut Arbeitsforschern ist die ständige Erreichbarkeit im Urlaub, wie sie gerade Führungskräften zugemutet wird, einer nachhaltigen Erholung abträglich und wirkt sich letztlich kontraproduktiv auf ihr Leistungsvermögen aus.

Akzeptieren wir diese Erkenntnis, muss sie auch für jemanden gelten, der sie in unserem Fall mit Füßen träte. Denn „when they go low, we go high“, wie schon Michelle Obama sagte. Auch der Kanzler braucht echte Entspannung. Vielleicht wäre er anschließend nicht mehr so fies und träfe sogar bessere Entscheidungen. War ja bestimmt immer nur der Stress.

Also chill mal, Merz, leck Wunden. Denn so unglücklich ist sein Volk ohnehin nicht über seine Abwesenheit. Da kann er wenigstens vier Wochen lang mal keine Scheiße bauen. Und ebenso lang nicht verhöhnt, beschimpft oder ausgegrenzt zu werden, ist für uns Bürger ja auch eine große Erholung. Singend tanzen wir ums Feuer. Das ist noch besser als ein Urlaub am Tegernsee.

zu den Hitzetoten? Erspart er uns instinktsicher, sonst wäre ihm doch bloß ein peinlicher Spruch über Alte und Kranke, sprich unnütze Esser und Arbeitsscheue, rausgerutscht – der grundehrliche Mann trägt sein tiefschwarzes Herz auf der Zunge. Hybride Kriegsführung mit sprengstoffbestückten Drohnen auf deutschen Flughäfen? Ach, dieser Herr Putin wird schon wissen, was er macht.

„Miau! Mio! Miaul! Mio! Wo sind die armen Eltern? Wo?“

Erst jetzt, eine Woche vor Urlaubsende, kommt – nicht wenige hatten schon gehofft, er wäre für immer verschwunden – doch noch ein unerwartetes Lebenszeichen: Merz ließ, erneut über den *last man standing* Hille, ausrichten, er halte die kriminellen Mordpläne des israelischen Sicherheitsministers Ben-Gvir im Gazastreifen für „menschenverachtend und völkerrechtswidrig“. Darauf zu kommen, war sicher nicht leicht, allzumal im Kaltstart.



Doris Akrap Geraschel

August-Rekorde vor Schicksals-September

Vor einem Monat hatten wir an dieser Stelle den deutschen Juli als äußerst schwierigen Patienten unter den Julis der Weltgeschichte verhandelt – wenn andere ihre Nationswerdung feiern, feiern Deutsche ihre Niederlagen der Demokratie. Deutschland, einig Sonderweg.

Nun sind wir inzwischen richtig im August angekommen, und bis auf die Bayern sind nun alle wieder am Start: die Talkshows im Fernsehen (außer Caren Miosga), die Bundesregierung (außer der Bundeskanzler), die Wale (außer Timmy), der Herbst (außer im Südwesten) und natürlich die Waldbrände (außer Brandenburg, da brannte es schon Anfang Mai).

Mitte August ist traditionell Saisonhöhepunkt für Feuerwetter. In diesem August aber reißt Europa alle Rekorde, wobei das wie immer avantgardistische Frankreich damit schon im Juli begann: Sein geschicktes Marketing der Tour de France – spektakuläres Sportevent als Rahmen für spektakulären Tourismuswerbung – wurde erneut geschickt genutzt, in dem man die Tour erstmalig verkürzte: erst wegen extremer Hitze und dann um das Sicherheitspersonal zur Unterstützung der Brandbekämpfung nach Bordeaux schicken zu können.

Frankreich sorgte auch für das spektakulärste Foto dieses Brandsommers: Ein Pärchen sitzt auf zwei Klappstühlen am Sandstrand von Mouthic unter einem Sonnenschirm und guckt auf den großen Lacanau-See – er leger das eine Bein über das andere geschlagen, sie den Anblick mit dem Tablet filmend. Der Himmel ist dunkelorange, dicke Wolkenballen ziehen über den Horizont – ein Gemälde, das ohne Kenntnis der Umstände auch für die Darstellung eines romantischen Sonnenuntergangs gehalten werden könnte.

In der Tat schaut das Pärchen einem Untergang entgegen, seinem eigenen.

Das Bild des Fotografen Maximilien Lamy wurde zur Ikone des angesichts der Klimakatastrophe zur monströsen Absurdität gewordenen Strandurlaubs in Europa.

Mich erinnerte dieses Foto an die Stimmung in den Werken des berühmtesten Ma-

Wir haben die Dimension der mittelalterlichen Stadtbrände

lers deutscher Stimmungen, Caspar David Friedrich. Schauen Sie sich noch mal seine bekannten Bilder mit den Rückenfiguren aus dem Jahr 1818 an („Wanderer über dem Nebelmeer“, „Frau vor untergehender Sonne“) und dann sein „Das brennende Neubrandenburg“ (ca. 1835). Der geometrische Bildaufbau und die ästhetische Wirkung, die er durch die Überlagerung von Sonnenuntergang und Brandwolken erzielt, sind wie die Blaupause des – nach allem, was wir wissen – ohne KI generierten Fotos von Lamy aus dem Jahre 2026. Man sollte es caspardavidfriedrichhaft „Urlauber am brennenden Lacanau“ nennen.

Friedrichs Neubrandenburger Gemälde geht mutmaßlich auf die apokalyptische Realität des 17. Jahrhunderts zurück: Erdbeben smasht Lissabon, und die Stadtbrände legen selbst Metropolen wie London oder Aachen in Schutt und Asche. Diese Stadtbrandkatastrophen führten zu strengeren Bauordnungen, hohen Investitionen in die Feuerlöschstruktur und deren Neuorganisation.

Seit Jahren fordern Experten europäischer Kommunen die Investitionen in den Brandschutz zu erhöhen, an die existenzielle Notwendigkeit anzupassen. Angesichts der leer gelaufenen Seen und Flüsse wird es irgendwann auch eng mit dem Löschwasser, oder? Die europäischen August-Brände haben die Dimension der Stadtbrände aus dem Mittelalter mindestens erreicht.

Sämtliche Wahlkämpfer in Deutschland nutzen den anstehenden Schicksals-September, um sich über die Themen Flüchtlinge und Mieten zu profilieren. Warum nicht Waldbrandschutz?

Selbst schuld, wenn man die wirklich brennenden Themen liegen lässt und damit der AfD nur weiteres Material für ihren „Die etablierte Politik versagt“-Populismus liefert.

Hier erscheinen zwei Kolumnen im Wechsel. Nächste Woche: „Grauzone“ von Erica Zingher

Anzeige

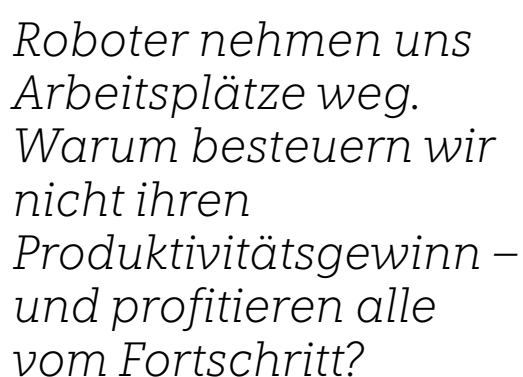


fernverbindung

Wiederaufbau, Kritik am Staat und mittendrin Shakira

Nach dem Erdbeben in Kolumbien geht es an den Wiederaufbau und die Regierung steht unter Druck. Wie reagiert die Bevölkerung und warum helfen Promis? Ein Gespräch mit taz-Kolumbien-Korrespondentin Katharina Wojczenko

Hier hören: taz.de/fernverbindung



Das ist alles nur geliehen

Die Kassen der Kommunen in Deutschland sind leer, ihre Schuldenlast steigt seit einigen Jahren stark an. Woran das liegt, wer besonders leidet und welche Lösungsansätze es gibt

Von **Malene Gürgen**

1 Wie stark sind die Kommunen verschuldet?
Die beiden größten Geldquellen für Deutschlands Gemeinden sind Steuereinnahmen und Zuweisungen vom Bund und von den Ländern. Wenn die Kommunen Schulden machen, bedeutet das, dass sie sich Geld bei Banken leihen, in der Praxis sind das vor allem öffentlich-rechtliche Banken wie die Sparkassen, aber auch private.

Seit drei Jahren geschieht das immer stärker, denn die Kommunen geben mehr Geld aus, als sie einnehmen. Und die Lücke wächst: Im Jahr 2023 machten sie zusammen knapp 7 Milliarden Euro Schulden, 2025 beliefen sich die Schulden schon auf rund 32 Milliarden Euro. Insgesamt haben die Kommunen von 2023 bis zum Ende des ersten Quartals 2026 rund 200 Milliarden Euro Schulden angesammelt. Das sind gut 7 Prozent der Verschuldung des öffentlichen Gesamthaushalts, also von Bund, Ländern und Gemeinden zusammen.

2 Also sind die Schulden der Kommunen viel kleiner als die von Bund und Ländern?

Richtig. Aber für die Kommunen gelten andere Regeln. Sie sind grundsätzlich zu einem ausgeglichenen Haushalt verpflichtet, ihre Ausgaben dürfen die Einnahmen also nicht übersteigen. Ihren Haushalt müssen sie vom jeweiligen Bundesland genehmigen lassen, es können auch Haushaltssperren verhängt werden.

Deshalb stehen Kommunen mit finanziellen Schwierigkeiten unter hohem Druck, Geld einzusparen. Und während der Bund in einem gewissen Ausmaß Schulden aufnehmen darf und selbst entscheiden kann, was er mit den so gewonnenen Mitteln macht, dürfen die Kommunen eigentlich nur für Investitionen

Schulden aufnehmen, etwa für Schulen oder Straßenbau. Laufende Kosten, zum Beispiel für Personal oder für wiederkehrende Ausgaben wie Sozialleistungen, dürfen die Kommunen nicht mit Krediten finanzieren. Eine Ausnahme sind die kommunalen Kassenkredite.

3 Was sind Kassenkredite, und wann werden sie zum Problem?

Kassenkredite sind dazu gedacht, kurzfristige finanzielle Engpässe zu überbrücken. Etwa, wenn im August Gehälter gezahlt werden müssen, aber die Steuereinnahmen dafür erst im Oktober erwartet werden. Doch Kommunen, in denen die Ausgaben immer wieder höher sind als die Einnahmen, nutzen Kassenkredite auch, um ihre laufenden Ausgaben zu finanzieren und so strukturelle Defizite auszugleichen.

Das Problem dabei: Die Kassenkredite haben nur eine kurze Laufzeit, müssen also immer neu verhandelt werden. Langfristige finanzielle Planung ist so nicht möglich, und steigende Zinsen bekommen die Kommunen direkt zu spüren. Das hat bereits Anfang der 2000er Jahre viele Kommunen hart getroffen, etwa im Ruhrgebiet oder Saarland. Zum Teil müssen diese Kommunen bis heute Tilgung und Zinsen für ihre Altschulden zahlen, auch wenn es mittlerweile in einigen Bundesländern dafür Entschuldungsprogramme gibt.

4 Ein Teil des Problems sind also Altschulden. Aber warum müssen die Kommunen jetzt wieder so viele neue Schulden aufnehmen?

Für die Kommunen sind mehrere ungünstige Entwicklungen zusammengekommen. Ihre Einnahmen steigen durch die schlechte wirtschaftliche

Lage in Deutschland besonders langsam, während ihre Ausgaben durch die Inflation, die höheren Personalkosten im öffentlichen Dienst und die wachsenden Sozialausgaben besonders schnell steigen.

Das liegt daran, dass die Kommunen einen Teil der Steuern bekommen, die in Deutschland erhoben werden. Manche Steuern erheben sie direkt, zum Beispiel die Gewerbesteuer. Außerdem bekommen die Kommunen einen Anteil von der Einkommensteuer und der Mehrwertsteuer. Ist die deutsche Wirtschaft in einer Krise, wirkt sich das auf die Steuereinnahmen aus: Die Unternehmen

machen weniger Gewinne und müssen deswegen weniger Gewerbesteuer zahlen. Auch die Angestellten verdienen weniger und zahlen weniger Einkommensteuer. Außerdem konsumieren die Menschen weniger, deswegen fällt auch weniger Mehrwertsteuer an.

Seit 2021 ist die Inflation in Deutschland deutlich gestiegen, alles wird immer teurer. Um das auszugleichen, wurden im öffentlichen Dienst die Gehälter erhöht. Dadurch steigen die Personalkosten der Kommunen. Auch bei allen anderen Ausgaben sorgt die Inflation dafür, dass die Kommunen mehr Geld ausgeben müssen: Es wird

teurer, Straßen zu bauen, ein Hallenbad zu betreiben oder eine Schule zu sanieren.

5 Und was ist mit den Sozialausgaben?

Eine ganze Reihe von sozialpolitischen Ausgaben wird von den Kommunen bezahlt. Diese Ausgaben sind seit 2023 stark gestiegen, wenn auch im letzten Jahr nicht mehr ganz so schnell. Dafür gibt es mehrere Gründe. Gesetzesänderungen haben neue Leistungen mit sich gebracht, die Geld kosten, zum Beispiel die Schulsistenz für Kinder mit Behinderung. Teilweise können die steigenden Kosten hier als Zeichen

gesellschaftlichen Fortschritts gelesen werden: Wir geben als Gesellschaft mehr Geld für Teilhabe aus. Es gibt aber auch Kritik daran, dass hohe Kosten vor allem durch Maßnahmen entstehen, die überhaupt erst notwendig werden, weil vorher an der Prävention gespart wurde.

Teilweise muss auch mehr Geld ausgegeben werden, weil Probleme zunehmen: Bei Kindern und Jugendlichen werden mehr psychische Erkrankungen diagnostiziert als früher. Und weil es in Deutschland immer mehr alte Menschen gibt, steigen auch hier Kosten, von denen ein Teil von den Kommunen gezahlt wird. Es sind zwar in einigen Bereichen auch Kosten für die Kommunen gesunken, etwa bei Ausgaben für Asylbewerber:innen, oder weil der Bund bestimmte Leistungen mittlerweile zum Teil übernimmt. Insgesamt trägt der Anstieg der Sozialausgaben aber einen wichtigen Teil zur zunehmenden Verschuldung der Kommunen bei.

6 Ist die Lage bei allen Kommunen gleich schlecht?

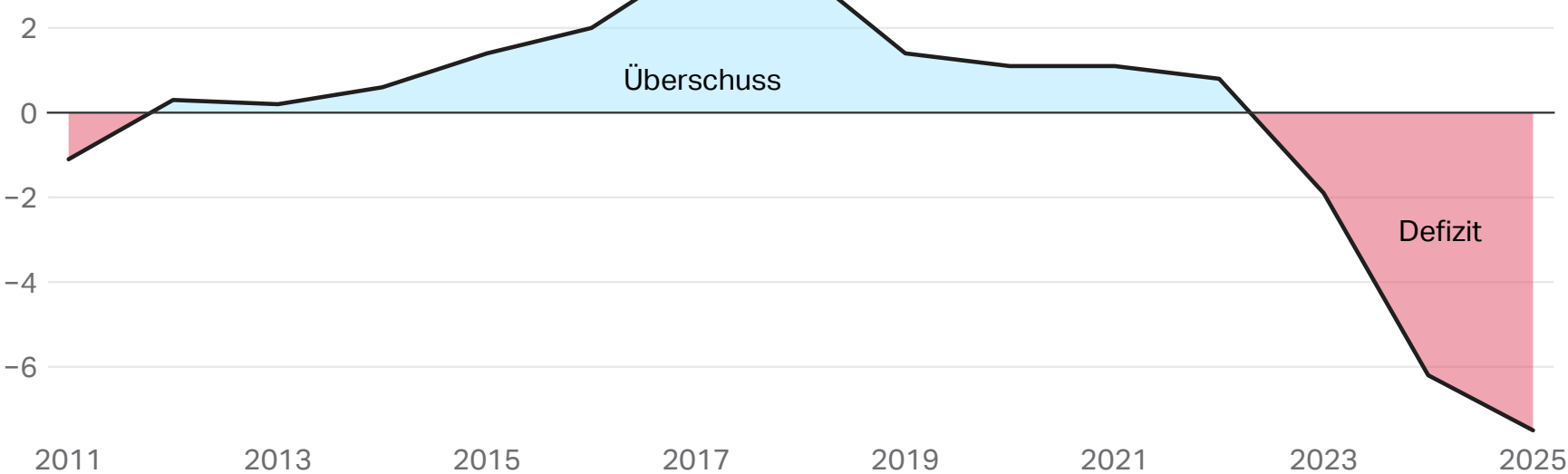
Nein. Zwar sind von der aktuellen Schuldenkrise sehr viele Kommunen betroffen, die bisher finanziell noch gut dastanden, das Problem hat sich also in die Fläche ausgebreitet. Aber nach wie vor gibt es große Unterschiede. In den ehemaligen Industriegebieten Westdeutschlands mussten viele Kommunen schon seit den 1970er Jahren Schulden machen, das Altschuldenproblem ist hier viel größer als im Ost-



Wenn Unternehmen das Geld fehlt, bleiben Werbetafeln und Gemeindekassen leer
Foto: Tania Reinicke/laif

Seit drei Jahren geben Kommunen mehr Geld aus, als sie einnehmen

Überschuss und Defizit in Milliarden Euro



Grafiken: sb; Quelle: Bertelsmann Stiftung/Statistisches Bundesamt

ten. Außerdem profitierten ostdeutsche Gemeinden teilweise stärker von Transfers aus Bund und Ländern sowie Förderprogrammen. Aber auch innerhalb West- und Ostdeutschlands gibt es große Unterschiede.

Der kommunale Finanzausgleich, also die Zahlungen der Länder an die Kommunen, soll zwar eigentlich strukturelle Unterschiede zwischen den Kommunen ausgleichen. Aber er wird in jedem Bundesland anders geregelt, und Soziallasten, wie zum Beispiel der Arbeitslosenanteil, werden nur in manchen Bundesländern überhaupt berücksichtigt. Das bedeutet, Kommunen, in denen viele arme Menschen wohnen und die deswegen in einer strukturell schwierigen finanziellen Lage sind, weil sie hohe Sozialausgaben und wenig Einnahmen haben, bekommen nicht automatisch mehr Geld aus dem Finanzausgleich.

7 Welche Folgen hat die Verschuldung konkret vor Ort?
Verschuldete Kommunen stehen unter hohem Spardruck. An einem Teil ihrer Ausgaben können sie aber kaum etwas ändern, nämlich an dem Geld, das sie für kommunale Pflichtaufgaben ausgeben müssen. Dazu gehören Aufgaben der öffentlichen Sicherheit, die Trinkwasserversorgung oder der Bau von Schulen, bei denen Kommunen gar keinen oder kaum Spielraum haben. Auch an den Sozialausgaben können die Kommunen kaum etwas ändern, weil die durch Bundesgesetzgebung bestimmt werden. Gespart wird deswegen vor allem bei den sogenannten freiwilligen kommunalen Aufgaben: bei Bibliotheken und Sportplätzen, bei Jugendzentren und Frauenhäusern, bei der Gestaltung des Stadtparks, dem Radwegenetz und in der lokalen Wirtschafts- und Tourismusförderung. Außerdem versuchen die Kommunen, Geld einzusparen, indem sie Investitionen auf-

schieben, Personal abbauen und kommunale Steuern und Gebühren erhöhen.

Die Lage ist dabei schlimmer, als man angesichts der Tatsache, dass die Kommunen bis vor drei Jahren noch keine neuen Schulden aufnehmen mussten, denken könnte. Denn die ausgeglichenen Haushalte oder sogar leichten Überschüsse in den 2010er Jahren kamen in vielen Kommunen bereits nur durch eine harte Sparpolitik zustande, weil die Kommunen ihr Geld darauf verwenden mussten, Schulden aus der Zeit davor abzubauen. Das heißt, auch in diesen Jahren war kaum Geld für Investitionen da. Bei der jährlichen Umfrage des Deutschen Instituts für Urbanistik bezifferten die Kommunen ihren Investitionsbedarf zuletzt auf einen Rekordwert von rund 231 Milliarden Euro.

8 Welche Lösungsvorschläge gibt es?
Die taz hat mit verschiedenen Expert:innen gesprochen, um herauszufinden, welche Ideen es gibt, um die Situation der Kommunen zu verbessern: mit dem Ökonomen Jens Südekum, der Finanzminister Lars Klingbeil (SPD) berät, mit Martin Junkernheiner von der Bertelsmann-Stiftung und mit Kämmerinnen und Kämmerern aus verschiedenen Kommunen, die sich in dem Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ zusammengetan haben.

Manche der Ideen setzen auf der Ebene der Kommunen selbst an. Die kommunale Verwaltung soll stärker digitalisiert und dadurch effizienter werden, wodurch Geld gespart werden könnte. Viele Kommunen klagen darüber, dass sie sehr viel Arbeit darauf verwenden müssen, Förderanträge zu stellen und abzurechnen. Dagegen könnte helfen, Förderprogramme zu streichen und das Geld stattdessen in die kommunale Grundfinanzierung zu stecken. Auch die Verteilung der

Mittel unter den Kommunen ist ein Thema: Eine Reform des kommunalen Finanzausgleichs soll dafür sorgen, dass strukturelle Unterschiede zwischen den Kommunen stärker berücksichtigt und die Gelder so fairer verteilt werden.

Wenn der Spardruck nicht nur die Ebene wechseln soll, landet man schnell bei den großen Fragen: Wofür soll der Staat Geld ausgeben, von wem soll er Geld einnehmen?

Die meisten Lösungsvorschläge aber zielen auf eine Neuverteilung von Geld zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Ein großes Thema dabei ist die Übernahme von kommunalen Altschulden durch den Bund und die Länder. In Hessen, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen gibt es bereits Programme, bei denen die Länder einen Teil dieser Schulden von den Kommunen übernehmen. Diese müssen sich im Gegenzug verpflichten, ihre Haushalte zu konsolidieren und keine neuen Kassenkredite aufzunehmen. Das bedeutet, die Kommunen werden zwar entlastet, weil sie weniger Zinsen für die Altschulden zahlen müssen, der grundsätzliche Spardruck bleibt aber bestehen.

Der Bundestag hat im Juli beschlossen, dass der Bund die finanzschwachen Flächenländer für diese Altschuldenübernahme bis 2029 mit jährlich

250 Millionen Euro unterstützt – das ist allerdings deutlich weniger, als Kommunen und Länder gefordert hatten.

Ein weiterer Vorschlag soll nun tatsächlich umgesetzt werden, wenn ab dem 1. September eine alte Forderung der Kommunen Realität wird: Wenn ein neues Bundes- oder Ländergesetz Mehrkosten für die Gemeinden verursacht, wird der Bund künftig 80 Prozent dieser Kosten übernehmen. „Wer bestellt, bezahlt“ wird dieses Prinzip genannt oder, komplizierter, Konnexität. Das bedeutet, dass die staatliche Ebene, die etwas beschließt, auch die Kosten dafür tragen muss.

Die Vertreter:innen der Kommunen begrüßen diese Neuregelung, allerdings mit Einschränkungen. Denn erstens ist noch nicht klar, ob diese nur für ganz neue Gesetze gelten soll oder auch für Gesetzesänderungen. Und zweitens kann die Regel nur dabei helfen, neue kommunale Schulden zu vermeiden – für die bereits angehäuften gibt es dadurch noch keine Lösung.

Auch das Sondervermögen reicht nicht, um diese Lücke zu stopfen. Denn daraus bekommen die Kommunen nur etwa 5 Milliarden pro Jahr über die nächsten 12 Jahre. Die Kommunen fordern deswegen außerdem eine Soforthilfe von mindestens 30 Milliarden Euro jährlich. Das könnte finanziert werden, indem die Kommunen vorübergehend mehr Geld aus der Umsatzsteuer erhalten.

9 Klingt doch gut! Wo ist das Aber?
Das Problem bei all diesen Vorschlägen: Geld wird dabei nur von einer Ebene auf die andere verschoben – was die Kommunen bekommen, fehlt dann im Bund oder bei den Ländern. Selbst ein Schuldenschnitt seitens der Banken, bei denen sich die Kommunen das Geld leihen, würde das Problem eher verlagern, weil der Großteil dieser Banken in öffentlicher Hand ist.

Letztlich müsste es also darum gehen, die öffentlichen Einnahmen insgesamt zu erhöhen oder Ausgaben zu senken, wenn der Spardruck nicht nur die Ebene wechseln soll.

Und so landet man bei den großen Fragen: Wofür soll der Staat Geld ausgeben, von wem soll er Geld einnehmen? Auf der Ausgabenseite springen vor allem die stark gestiegenen Rüstungsausgaben ins Auge: Deutschland wird fast 110 Milliarden Euro für Verteidigung ausgeben. Das sind 130 Prozent mehr als vor 5 Jahren und ein deutlich höherer Anstieg als bei den Sozialausgaben, mit denen der Bund die Kommunen bisher oft allein gelassen hat.

Auf der Einnahmenseite wird von linker Seite seit Jahren die Wiedereinführung der Vermögensteuer gefordert. Laut Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung könnte das rund 147 Milliarden Euro Mehreinnahmen bringen – das ist fast fünfmal so viel wie die Soforthilfe, die die Kommunen fordern.

Es gibt allerdings auch Befürchtungen, dass Vermögen bei einer solchen Steuer ins Ausland geschafft würden. Doch auch dafür gibt es eine Idee, nämlich vor allem bei Immobilien anzusetzen, die nicht einfach ins Ausland verlagert werden können. Aktuell entgehen dem Staat durch Schlupflöcher bei Immobilienverkäufen jedes Jahr Milliarden Euro Steuereinnahmen. Auch dieses Geld könnte verwendet werden, um die Kommunen zu entlasten, ohne an anderer Stelle einen neuen Spardruck entstehen zu lassen.



Kommunen sparen oft bei freiwilligen Ausgaben, etwa für Schwimmbäder und Sportplätze
Foto: Tania Reinicke/laif

„Demokratie. Getragen von Vielen“ **Kommen Sie nach Berlin!**

Einladung

zur ordentlichen Generalversammlung der taz, die tageszeitung, Verlagsgenossenschaft eG

Samstag, den 19. September 2026

Formaler Teil

- 9.00 Uhr** Einloggen & Einfinden
- 9.15 Uhr** Offizielle Eröffnung der Versammlung durch den Aufsichtsrat
- 9.25 Uhr** Begrüßung der taz Genoss*innen durch die Chefinnenredaktion, kurze Vorstellung **Ferenc Földesi** (Geschäftsleitung taz Genossenschaft)
- 9.35 Uhr** Bericht des Vorstands über das Geschäftsjahr 2025
- 9.50 Uhr** Bericht des Aufsichtsrats über seine Tätigkeit
- 10.05 Uhr** Aussprache
- 10.35 Uhr** *Kaffeepause*
- 10.55 Uhr** Erläuterung und Beschlussfassung zur Rechnungslegung und Bilanz für das Geschäftsjahr 2025
 - a) Vortrag des Prüfungsergebnisses und Beschlussfassung zur Kenntnisnahme über den Prüfungsbericht des Prüfungsverbandes
 - b) Feststellung des Jahresabschlusses 2025
 - c) Beschlussfassung über die Feststellung des Auseinandersetzungsguthabens der aus der Genossenschaft Ausgeschiedenen
 - d) Beschlussfassung über den Ergebnisverwendungsvorschlag 2025
 - e) Beschlussfassung über die Entlastung des Vorstands
 - f) Beschlussfassung über die Entlastung des Aufsichtsrats
- 11.35 Uhr** Wahl eines Kuratoriumsmitglieds der taz panterstiftung – **Konny Gellenbeck**
- 11.45 Uhr** Aussprache
- 12.15 Uhr** Keynote: Demokratie in Gefahr. Von Tech Bros, KI und Digitalem Faschismus, **Dr. Astrid Deilmann** (taz Aufsichtsrat und Geschäftsführende Vorständin bei Campact)
- 12.30 Uhr** *Mittagspause*

Öffentlicher Teil

- 13.45 Uhr** Vorstellung, Ziele und Projekte der Genossenschaft, **Ferenc Földesi**
- 14.15 Uhr** Aussprache
- 14.30 Uhr** Projekte der taz: Welche Videos zu den Landtagswahlen wir auf Social Media veröffentlichen (**Johanna Pichler**), wie wir mit KI umgehen (**Barbara Junge**), die wochentaz weiterentwickeln (**Jonas Waack**) und unsere neue Newsapp gestalten (**Jan Jasper Kosok**)
- 15.30 Uhr** Aussprache
- 15.45 Uhr** *Kaffeepause*
- 16.15 Uhr** Podium: Wetten, dass Widerstand? **Maximilian Schneller** (@maximal.demokratisch politischer Aktivist aus Sachsen-Anhalt), **Rachel Hanf**, (CSD-Organisatorin aus Mecklenburg-Vorpommern), Moderation: **Anne Fromm** (Ressortleitung Reportage & Recherche und taz Vorstand)
- 17.00 Uhr** Aussprache
- 17.30 Uhr** taz panterstiftung: „Lokal, konstruktiv und jung“ Nachwuchs-Lokaljournalist*innen stellen ihre Ideen zu konstruktiven Formaten / Veranstaltungskonzepte im Lokalen vor. Moderation: **Gemma Terés Arilla** (Leitung taz panterstiftung)

Ende der Versammlung

- ab 18.30 Uhr** Streetfood, Live Musik: Kreuzberger Klarinetten Kollektiv, Hate-Bingo

Alle Genoss*innen sind herzlich eingeladen, an der hybriden Versammlung vor Ort oder digital teilzunehmen.

Für den Vorstand:
Aline Lüllmann und Andreas Marggraf

Ort der Generalversammlung:
Festsaal Kreuzberg
Am Flutgraben 2, 12435 Berlin

 **weitere Infos:**
taz.de/genoversammlung



doppelblind

KI-Viren verbessern die Medizin, bergen aber auch neue Gefahren



Worum geht's?

Schon für sich genommen lösen die Begriffe KI, Viren und Genmanipulation bei vielen Unbehagen aus. Wirft man sie zusammen, landet man jedoch bei bahnbrechender Forschung. Und zwar zu KI-designten Bakteriophagen. Diese Viren nisten sich in Bakterien ein und können sie von innen töten.

Dass die Bakteriophagen nun von KI-Modellen entworfen werden, geht über den bisherigen Einsatz von KI-Modellen in der Biotechnologie hinaus. Bis dato wurde KI zum Beispiel verwendet, um Wirkstoffe zusammenzustellen oder herauszufinden, welches Molekül ein Medikament ansteuern muss, um Krankheitserreger zu bekämpfen.

Immer öfter lernen KI-basierte DNA-Sprachmodelle nun aber auch, DNA-Sequenzen wie einen Text zu lesen. Sobald sie den genetischen Code geknackt haben, sind sie in der Lage, selbst neue Sequenzen zu generieren. Das heißt, sie können Genome designen, die realistisch und funktionsfähig sind, aber in dieser Form in der Natur noch nie existiert haben.

Die Studie

Forschende der Universität Stanford haben nun zwei etablierte DNA-Sprachmodelle von 2024 und 2025 – Evo 1 und Evo 2 – mit knapp 15.000 Genomen von Bakteriophagen trainiert. Nach dem Training ließen die Forschenden Tausende neue künstliche DNA-Sequenzen für potenzielle Bakteriophagen generieren und versuchten jene herauszufiltern, die im Kampf gegen Darmbakterien vielversprechend schienen.

Das Ergebnis: 302 DNA-Sequenzen. In Labortests wurde dann ermittelt, ob die KI-Bakteriophagen überleben und Darmbakterien erfolgreich abtöten können. Und tatsächlich: Die KI hatte 16 lebens- und funktionsfähige Phagen designt.

Was bringt's?

Natürliche Bakteriophagen werden schon heute eingesetzt, um bakterielle Infektionen zu behandeln, vor allem solche durch multiresistente Bakterien. Wenn solche Bakteriophagen nun mit KI an das jeweilige Bakterium angepasst werden können, erweitert und beschleunigt das Behandlungsmöglichkeiten.

In der vorliegenden Studie ging es nur um Phagen mit extrem kleinen Genomen. Die KI-designten Phagen hätten zwar bisher nicht in der Natur existiert, durch sie seien aber auch keine gänzlich neuen biologischen Funktionen geschaffen worden, sagt Harald König vom Institut für Technikfolgenabschätzung in Karlsruhe. Gezielt komplexe Eigenschaften oder neue Organismen zu designen, sei noch nicht möglich.

Dennoch birgt die KI-basierte synthetische Genomik Gefahren. Eine der zentralen Befürchtungen ist laut König, dass sich durch KI-Modelle Krankheitserreger wie pandemische Viren gezielt verbessern oder sich gar völlig neue Erreger generieren ließen. Als biologische Waffen eingesetzt, könnten sie enormen Schaden anrichten.

Hannah Marlene Göschel

Neue wissenschaftliche Studien stellen wir jede Woche an dieser Stelle vor – und erklären, welchen Fortschritt sie bringen. Sie wollen die Studie im Internet finden? Jede hat einen Code, hier lautet er: doi.org/10.1126/science.aec2657

der anstoß

Mit Hausbesetzungen gegen Rassismus

Am Morgen des 29. Juni 1974 erlebt die Verwaltung eines Wohnblocks am Rande Amsterdams eine Überraschung.

Noch am Abend zuvor standen rund 100 Wohnungen in Bijlmermeer – auch Bijlmer genannt – leer, trotz zahlreicher Interessent*innen.

Doch die bekommen die freien Wohnungen nicht, denn die Hausverwaltung möchte nicht an surinamische Migrant*innen vermieten.

Also nimmt ein Kollektiv aus Surinamer*innen die Sache selbst in die Hand. Den Rassismus, den sie in den Niederlanden erfahren, lassen sie sich nicht mehr gefallen. Über Nacht besetzen sie 80 der freien Wohnungen. Ihre Fenster dekorieren sie mit Plakaten und Protestschildern, ihre Balkone richten sie mit Bannern ein. Sie nennen sich Bijlmerkrakers, also Bijlmer-Hausbesetzer.

Dabei sollte die Nachbarschaft ursprünglich ein Vorzeigeprojekt sozialer Stadtplanung werden, eine „Stadt der Zukunft“ für nicht weniger als 100.000 Menschen. Das Neubaugebiet aus gigantischen Wohnblocks war an den Ideen des Architekten Le Corbusier orientiert. „Die Leitvorstellung war: Jeder ist gleich, und jeder sollte die gleichen Möglichkeiten haben“, erzählte der Architekt Guus Peters 2017 der taz.

1968 begann der Bau, 1975 wurde das letzte Gebäude fertiggestellt. Im gleichen Jahr wurde der südamerikanische Staat Suriname von den Niederlanden unabhängig, nach 300 Jahren Kolonialherrschaft. In diesem Zeitraum hatten die Niederlande über 550.000 Surinamer*innen versklavt und verkauft.

Um die Befreiungsbewegung in Suriname zu besänftigen, hatte der niederländische Staat noch in den 1950ern allen Bürger*innen der Kolonie die Staatsbürgerschaft zugestanden. Die Surinamer*innen hatten so das Recht, frei in die Niederlande ein- und auszureisen und sich dort niederzulassen. Kurz vor der Unabhängigkeit erreichte die Einwanderung ihren Höhepunkt – viele hatten Angst, danach nicht mehr in die Niederlande kommen zu dürfen.

Theoretisch hatten die Surinamer*innen alle durch die niederländische Staatsbürgerschaft garantierten Rechte. Doch die Praxis sah anders aus. „Wenn man eine Wohnung mieten wollte, war sie plötzlich belegt, während sie für andere weiterhin frei war“, sagt



Frisch eingezogen: Drei Kinder sitzen Ende Juni 1974 in einer besetzten Wohnung in Bijlmermeer, Amsterdam. Foto: piemags/imago

der Aktivist und Filmemacher André Reeder, der selbst in den 1970ern in die Niederlande kam. „Oder man musste plötzlich eine exorbitant hohe Miete zahlen.“ Eine Gruppe von Aktivist*innen beschrieb die systematische Diskriminierung als „Apartheid“.

„Wenn man eine Wohnung mieten wollte, war sie plötzlich belegt, während sie für andere weiterhin frei war“

André Reeder, Aktivist und Filmemacher

In Bijlmer stehen unterdessen viele Gebäude leer. Die Abgeschiedenheit der Nachbarschaft, die gigantische Architektur, die wenigen Geschäfte, die schlechte Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr – die Utopie ließ sich nicht an die verkaufen, für die sie gebaut worden war: junge weiße Familien aus der Mittelschicht.

Einige der Wohnungsgesellschaften vermieten zwar an Surinamer*innen. Doch viele andere haben Angst, dass sie weiße Familien abschrecken könnten und verhängen einen Aufnahmestopp für nicht-weiße Personen. Mit der Besetzung stehen die Bijlmerkrakers für ihre Rechte ein. „Die Surinamer“, sagt Just Maatrijk, der Sprecher der Bewegung, damals der Zeitung *De Tijd*, „werden sich dieses Mal nicht unterwerfen. Wir werden nicht zulassen, dass sie uns in die Knie zwingen.“

Als sich der Amsterdamer Bürgermeister Gesprächen verweigert, greift die Bewegung erneut zum zivilen Ungehorsam. Im Rathaus der Stadt orchestrieren sie ein Sit-in, bleiben einfach sitzen und beharren auf ihren Forderungen. Am 21. August 1974 erklärt sich der Bürgermeister zu einem Gespräch bereit. Nach weiteren Auseinandersetzungen tragen die Proteste Früchte: Der besetzte Wohnblock wird in ein „Sozialwohnungsprojekt“ umgewandelt. Alle Hausbesetzer, die seit über einem Jahr in den Niederlanden leben, erhalten einen Mietvertrag.

Pauline Ruprecht

Wie beginnt Veränderung?
An dieser Stelle erzählen wir jede Woche von einem historischen Moment, der etwas angestoßen hat.

taz rad Gewinnerin

„Wir brauchen unabhängigen und guten Journalismus, der für alle Menschen zugänglich ist, gerade in einer Zeit, die von Populismus und Fake News geprägt ist. Nicht jeden Artikel in der taz finde ich gut und ärgere mich auch mal über eine aus meiner Sicht einseitige Berichterstattung. Aber genau das gehört für mich dazu: Die taz bringt mich dazu, über Themen noch einmal anders nachzudenken. Durch die genossenschaftliche Struktur bleibt die taz unabhängig von renditeorientierten Investoren, das möchte ich unterstützen!“

Anja Hawlitschek ist Gewinnerin des taz-Rades. Sie arbeitet an der Uni Magdeburg. Sie unterstützt Hochschullehrende in Sachsen-Anhalt im Bereich Digitalisierung in der Lehre.



Foto: Privat



Übrigens: Schon mit einem Einmalbetrag von 500 € können Sie taz Genoss*in werden.

taz genossenschaft

genossenschaft.taz.de
E-Mail: geno@taz.de
Telefon: 030 - 25 90 22 13

Die Ann-Arbor-Brücke kann auch bei Eis und Schnee mit dem Fahrrad befahren werden
Foto: Dennis Duddek/Eibner
Pressefoto/ imago

Strampelstadt am Neckar

In Tübingen gibt es eine beheizte Fahrradbrücke, viele Radwege und auch viele Radfahrende. Warum gelingt in Sachen Verkehrswende dort, was anderswo große Konflikte auslöst?



Aus Tübingen **Nanja Boenisch**

Das Tandem fährt sich meistens mühelos, beim Anstieg auf der Ann-Arbor-Brücke wird es dann doch kurz anstrengend. In bis zu zehn Metern Höhe schlängelt sich Tübingens längste Fahrradbrücke über die Gleise Richtung Westen. Sie ist 365 Meter lang, die Steigung liegt bei höchstens sechs Prozent, sagt Jakob Stein, etwas außer Atem. Wäre sie kürzer, hätte sie steiler gebaut werden müssen. Stein sitzt hinten auf dem Tandem, Baujahr 2008, burgunderrot; die Reporterin der taz darf vorne auf dem Liegeradsitz mitfahren. Er ist Entwicklungsingenieur bei einer Fahrradfirma und beim ökologischen Verkehrsclub VCD in Tübingen aktiv. Es ist ein milder Frühlingsabend in der Universitätsstadt. Auf den blau markierten Fahrradwegen nahe der Brücke radeln Kinder mit Schul- oder Sporttaschen, Erwachsene mit Rucksäcken oder Fahrradtaschen in den Feierabend. Die Brücke, benannt nach Tübingens Partnerstadt im US-Bundesstaat Michigan, ist der erste Überweg über die Schienen, die die Stadt durchtrennen. Und sie ist ein Symbol dafür, wie Tübingen zur Fahrradstadt wurde, Hügeln und historischem Kopfsteinpflaster zum Trotz. Zwischen 2020 und 2025 investierte Tübingen pro Einwohner:in mehr Geld in den Radverkehr als jede andere deutsche Stadt, baute Radwege, Fahrradstraßen und vier Fahrradbrücken mit Fahrbahnheizung, passte Kreuzungen und Ampeln an, schränkte den Autoverkehr teilweise ein und errichtete gegenüber dem Hauptbahnhof eine Fahrradtiefgarage mit rund 1.100 Stellplätzen, Dusche, Servicestation und Café. Ein Großteil des Geldes dafür kam aus Fördermitteln von Bund und Land. 2008 wurden knapp 20 Prozent, 2023 immerhin 30 Prozent aller Wege im innerstädtischen Verkehr mit dem Fahrrad zu-

rückgelegt. In der Landeshauptstadt Stuttgart, rund 30 Kilometer nördlich von Tübingen, waren es 2023 nur 9 Prozent; in der Fahrradhochburg Münster 47 Prozent. Im Tübinger Gemeinderat hat die Fraktion Alternative Liste/Grüne, die den inzwischen parteilosen Oberbürgermeister Boris Palmer unterstützt, die meisten Sitze. „Fahrradfahren ist durch die bessere Infrastruktur viel entspannter geworden, langsam entwickelt sich ein richtiges Radwegenetz“, sagt Jakob Stein. Vor der Neuen Aula der Uni hat er das Tandem auf den Gehweg gelenkt und Halt gemacht. Trotzdem sei noch nicht alles perfekt. Nur ein paar Hundert Meter weiter, auf der Schnarrenbergstraße zum Beispiel: rechts parken, links fahren Autos, dazwischen gequetscht verläuft ein Radfahrschutzstreifen. Die Straße führt aus Richtung Altstadt einen Hang hoch zu den Unikliniken. „Schutzstreifen sind eine Unart“, sagt Stein, die Hände auf den Lenker gestützt. Sie verleiten Autofahrende dazu, zu eng zu überholen. Weiter nach links ausweichen können die Autos nicht, weil ihre Spur dort durch einen Grünstreifen von der Gehwegrichtung abgetrennt ist. Radfahrende führen dann gerne weit rechts auf dem Schutzstreifen, seien dann aber wiederum besonders weit in der Dooring-Zone – also in dem Bereich, in dem aufschwingende Türen der parkenden Autos zur Gefahr werden. Geht es nach Stein, könnten für mehr Sicherheit ruhig ein paar Parkplätze auf der Schnarrenbergstraße gestrichen werden. Das ist jedoch umstritten – durch das Klinikpersonal seien die Parktaschen tagsüber stark ausgelastet, sagt Johannes Schaal. Schaal ist seit 2022 Verkehrsplaner der Universitätsstadt, mit Schwerpunkt Radverkehr. Aktuell sieht seine Planung so aus, dass der Radweg verbreitert und der Grünstreifen in der Mitte der Straße umgestaltet wird. Das löse das Do-

oring-Problem nicht, sagt Jakob Stein, aber immerhin mache die Verwaltung was. Am Fuß des Hügels lehnt einen Tag später Gernot Eppler auf dem Gehweg an einem Ampel-seines roten Rennrads. Eppler schwäbelt sanft und ist beim ADFC Tübingen der Ansprechpartner für Verkehrspolitik. Auch in der Vergangenheit habe es Gegenwind gegen neue Radinfrastruktur gegeben, wenn der Autoverkehr Privilegien opfern musste, sagt er. „Aber wir haben nun mal das Glück, dass wir eine rot-grüne Mehrheit im Gemeinderat haben.“ Und wenn die politischen Verantwortlichen nicht pro Radverkehr sind? Bei Radentscheiden wie in Frankfurt am Main sei es Bürger:innen oder Initiativen gelungen, das Thema voranzutreiben, sagt Uta Burghard, Radverkehrsforscherin an der Hochschule Karlsruhe. Aber auch dann brauche es Personen auf politischer Ebene, die den Entscheid oder vereinbarte Maßnahmen umsetzen. Städte und Gemeinden hätten noch „oft Nachholbedarf bei der Frage, wen sie mit ihren Radverkehrsmaßnahmen erreichen“. Menschen mit niedrigem Einkommen etwa hätten manchmal schlicht kein eigenes Fahrrad. Die baden-württembergische Landesregierung hat im Jahr 2016 eine Radstrategie auf den Weg gebracht, darin zum Beispiel seien einkommensarme Menschen und ihre Hürden auf dem Weg zur Fahrradmobilität nicht wirklich mitgedacht worden. Und: Viele Kommunen sind klamm. Fördergelder vom Land oder vom Bund, zum Beispiel aus dem Nationalen Radverkehrsplan, können sie aber oft erst beantragen, wenn sie personelle Ressourcen, etwa einen Radverkehrsbeauftragten haben. Sonst fehle die Kapazität für Konzepte oder Anträge, sagt Burghard. Laut der Landesregierung haben in Baden-Württemberg zwischen 2020 und 2025 rund 450 Kommunen För-

dermittel für rad- oder fußverkehrsfreundliche Maßnahmen abgerufen – etwa 40 Prozent der 1.101 Einzelgemeinden. Tübingen hat seit einigen Jahren außer Johannes Schaal noch zwei weitere Verkehrsplaner. Wenn Städte den Radverkehr verbessern wollen, gelinge das, wenn Mitarbeiter:innen der Stadt das Radfahren „genauso selbstverständlich mitdenken, wie es beim Autoverkehr seit Jahrzehnten praktiziert wird“, sagt Schaal. „Oft können kleine und kostengünstige Maßnahmen eine große Wirkung haben“, zum Beispiel eine neue Beschilderung. Menschen mit niedrigem Einkommen haben manchmal schlicht kein eigenes Fahrrad Auch in Tübingen war der Radverkehr nicht immer so tief in der Stadtverwaltung verankert, erzählt Gernot Eppler. Als sich Boris Palmer, bekannt für pragmatische Kommunalpolitik genauso wie für rassistische Aussagen und Eigenwilligkeit, 2006 erstmals zur Wahl des Oberbürgermeisters stellte, versprach er, viel für den Radverkehr zu tun. Palmer war damals noch grünes Parteimitglied, die Fahrradinfrastruktur in Tübingen schlecht, sagt Eppler. Trotz der schlechten Bedingungen fuhren schon vergleichsweise viele Menschen Rad, besonders Studierende, die günstig und umweltfreundlich unterwegs sein wollten. In Palmers ersten Jahren dann sei erst mal „radikal nichts“ für den Radverkehr passiert. Es folgte Kritik von Verbänden wie ADFC und VCD, dann eine Zeit schlechter Kommunikation zwischen Verwaltung und Bevölkerung, wenn es um Maßnahmen

für die Radinfrastruktur ging. Inzwischen sei das besser, die Verwaltung dem Radverkehr grundsätzlich wohlgesinnt, die Planer:innen in Tübingen recht mutig und kreativ, meint Eppler. Weil Palmer selbst gerne S-Pedelec, ein bis zu 45 Stundenkilometer schnelles E-Bike fährt, seien auf den Tübinger Radwegen zum Beispiel S-Pedelecs erlaubt. Ein entsprechendes Verkehrsschild wurde einfach neu eingeführt. „Das wirkt dann manchmal ein bisschen gebastelt, mit allen Vor- und Nachteilen“, Eppler steigt aufs Rad und fährt auf der Wilhelmstraße Richtung Altstadt. Wenn er bremst, signalisiert er ein „Stopp“ mit der Hand. An seinem Helm klemmt ein kleiner Rückspiegel, sein rotes Radtrikot passt farblich zum Rahmen seines Rennrads. Nahe den Fachwerkhäusern der Altstadt zeigt Eppler einen blauen Radweg auf der Fahrbahn. Der führt so links um eine Bushaltestelle herum, dass Radfahrende nicht hinter einem haltenden Bus warten müssen. Eine unorthodoxe Lösung, findet er. Es komme immer wieder zu Konflikten mit Busfahrer:innen, die den Radweg queren müssen. Trotzdem helfe die Markierung. Seit es mehr sichtbare Radwege und mehr Radler:innen gibt, führen die Tübinger Autofahrer:innen „vergleichsweise diszipliniert“, sagt Eppler. Im Tübinger Gemeinderat habe sich außerdem eine „Kultur des Miteinanders“ etabliert. Auch konservative Parteien wie die CDU unterstützen den Radverkehr, Beschlüsse würden

häufig einstimmig gefasst. Ein Vorbild für andere Städte? Vielerorts erhitzen Verkehrswendemaßnahmen schnell die Gemüter. In Dresden etwa erhielt Verkehrsbürgermeister Stephan Kühn 2024 wegen eines teilweise eingerichteten Radwegs Morddrohungen. Bei den Kommunalwahlen 2025 in Bonn und Aachen machte die CDU offensiv Kampagne gegen die fahrradfreundliche Politik der jeweiligen Vorgängerregierung – und gewann in beiden Städten knapp. Dass es so etwas in Tübingen bisher nicht gegeben hat, könnte auch an der Stadtgeschichte liegen, sagt Eppler am Rande der Altstadt. Dort sitzen an diesem Abend vor allem junge Leute draußen vor Restaurants und Kneipen. In Tübingen, dem historischen Zentrum des Protestantismus, war Protz verpönt, sagt Eppler. Und anders als das nahegelegene Stuttgart oder Reutlingen hatte Tübingen kaum Industrie, die der Stadt zu Reichtum verhalf. Dementsprechend breiteten sich auch Symbole des Reichtums – wie teure Autos – weniger aus. Reich ist Tübingen noch immer nicht, seit Kurzem gilt eine Haushaltssperre für die Stadtpolitik. Verkehrsplaner Johannes Schaal ist deshalb froh, dass die großen Projekte zur Radförderung schon geschafft sind. Trotzdem habe er noch viel auf dem Zettel: Schulwegsicherheit, Radabstellanlagen, Lückenschlüsse im Radnetz. Je mehr Leute Fahrrad fahren, desto höher seien die Ansprüche an seine Verkehrsplanung, sagt Schaal.

Anzeige

Dein Zukunftsbriefing, jeden Donnerstag

TEAM **taz** ZUKUNFT

Abonniere den Newsletter zu Klima, Wissen, Utopien taz.de/teamzukunft

„Was wären denn die gesellschaftlichen und politischen Folgen eines erfolgreichen AfD-Verbots?“

Karl Heinz, wochentaz-Leser

wortwechsel

Zwischen Verbot und Culture Crash

Die politischen und gesellschaftlichen Folgen nach einem AfD-Verbot scheinen unabsehbar. Der Umgang mit religiös legitimierter Homophobie fordert heraus



Deutschland erwartet gespannt, wie die Wahl in Sachsen-Anhalt verläuft
Foto: Daniel Biskup

Hass

„Und dann sagte er: Schwule sind Schweine“, wochentaz vom 1.–7. 8. 26
Über „islamistische Homophobie“ liest man eher selten in der taz.
Ein Schüler, der im Deutschkurs schreit: „Seit zwei Jahren will diese Schule mich schwul machen!“
Und: „Deutschland ist scheiße!“ Da ist die Lehrerin wahrlich nicht zu beneiden und guter Rat nicht einfach. In seinem Heimatland wäre der afghanische Schutzsuchende vor der von ihm befürchteten „Verqueerung“ vermutlich sicher.
Max Steinacher, Tübingen

Culture Clash

„Und dann sagte er: Schwule sind Schweine“, wochentaz vom 1.–7. 8. 26
Wir denken immer, in Mitteleuropa wäre alles frei, locker, und jeder könnte nach seiner Façon selig werden. Aber das ist ein trügerisches Selbstbild.
Wir haben sehr präzise und kleinteilige Vorstellungen von dem, was „geht“ und „sagbar“ ist, und dem, was auf jeden Fall unhaltbar ist. Und mit Sicherheit sind wir diesbezüglich strenger als Demokratien in Westafrika oder Indien. Man sollte nur so ehrlich und cool sein, einzuräumen, dass auch wir eine sehr klar definierte Kultur haben und es anderen damit eben auch nicht immer leicht machen.
hedele auf taz.de

Prüfverfahren

„Soll die AfD verboten werden?“, wochentaz vom 15.–21. 8. 26
Letzten Endes bestätigt der Politologe Wolfgang Merkel mit seinem letzten Satz, der das Interview auch beendet, selbstgewollt oder ungewollt –, dass die AfD gewaltbereite Strukturen vorhält, indem er schlussendlich äußert, wonach es ziemlich unwahrscheinlich sei, „dass

die AfD-Kader nach einem Verbot aus Respekt vor dem Bundesverfassungsgericht brav nach Hause gehen“. Und außerdem auch im Interview die Frage unbeantwortet lässt, wann er denn das von ihm zitierte schärfste Schwert ziehen würde, um die Demokratie zu schützen. Die durch den Bundesverfassungsschutz sowie die Gesellschaft für Freiheitsrechte gesammelten verfassungsfeindlichen Belege sind mehr als genug und unser Grundgesetz sieht zum Schutz unserer Demokratie genau das vor: ein Prüfverfahren.
Wann, wenn nicht jetzt?
Anke Hofmann, Sasbach

Stabilisierung

„Soll die AfD verboten werden?“, wochentaz vom 15.–21. 8. 26
So sehr ich mir auch wünschte, dass es diese rechtsnationale Partei nicht gäbe, bleibt doch in jedem Fall das Problem, dass sich selbst im Fall eines erfolgreichen Parteienverbots die 40 Prozent der Bevölkerung, die dieser Partei ihre Stimme geben, nicht in Luft auflösen.
Der Schlüssel für die Stabilisierung unserer Demokratie liegt meiner Meinung nach nicht beim Bundesverfassungsgericht, sondern bei den gegenwärtig regierenden Parteien. Seit ich denken kann, ist die Rede von der Verteilung von unten nach oben, davon, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht.
Bürger L. auf taz.de

Mündige Mitgliedern

„Soll die AfD verboten werden?“, wochentaz vom 15.–21. 8. 26
Ob es sich um Klimawandel, Migration oder AfD handelt, es wird ständig an Symptomen gebastelt, ohne zu begreifen, dass Ursachen beseitigt werden müssen.
Im Klartext: Klimaanlagen allein reichen nicht, die Umweltverschmut-

zung muss sofort aufhören. Kriege und Hungersnöte müssen bekämpft werden. Und auch da spielt die Bekämpfung des Klimawandels eine Rolle. Gegen die AfD hilft nur eine bessere Politik und als Basis eine Erziehung zu mündigen Mitgliedern der Gesellschaft.
Heinz Mundschau, Aachen

Legitimation

„Soll die AfD verboten werden?“, wochentaz vom 15.–21. 8. 26
Ich verstehe noch immer nicht, wie man in einer Demokratie (so nennt man unsere Gesellschaft immerhin) das Verbot einer Partei, die von um die 40 Prozent des Wahlvolks an die Regierung gewünscht wird, erwägen kann. Die regierenden Parteien verlore dann doch das letzte bisschen Legitimation.
Mal Nombre auf taz.de

Reaktionäre Kräfte

„Mit Anti kommen wir nicht weiter“, wochentaz vom 1.–7. 8. 26
Sie verkennen, Herr Unfried, dass unser „anti“ nur so wahrgenommen wird, weil es von reaktionären Kräften, als solches deklariert wird, damit sie sich nicht mit unseren Vorstellungen auseinandersetzen müssen.
Wir sind für soziale Gerechtigkeit, weltweiten Frieden und Menschenrechte, Umwelt- und Klimaschutz. Da bleibt es nicht aus, dass die Vertreter von Wirtschaftswachstum und kapitalistischer Ausbeutung und Umverteilung uns als „anti“ empfinden und verurteilen. Dagegen müssen wir sogar sein, weil diese Haltung unseren Werten widerspricht, deswegen müssen wir Antifaschisten sein, denn sie treten die Menschenrechte nicht nur mit den Füßen. Dieses Land ist selbstverständlich mein Land, aber es soll ein besseres werden, und ich will nicht kollaborieren, um des lieben Friedens willens.
Meine Erfahrung in der politischen Arbeit zeigt, dass es in der Regel nicht um das Wohl aller geht, sondern oft um Partikularinteressen, beeinflusst durch Lobbyismus und Nähe zu den Vorstellungen dieser Gruppe. Macht und Einfluss sind wichtiger als die Zustimmung zu guten Vorlagen oder Gesetzesvorschlägen.
Michael Beck, Wolfenbüttel

Bequem und praktisch

„So nicht, lieber Mark“, wochentaz vom 15.–21. 8. 26
Hätte sich das Internet so gesund und normal entwickelt wie sich das die Begründer mal vorgestellt hatten, müssten wir heute nicht an den Lippen eines Herrn Zuckerberg hängen und darauf warten, ob er seinen Daumen hoch oder runter tut.
Doch eine übergroße Mehrheit der User hat sich dafür entschieden, auf wenigen Plattformen unterwegs zu sein, die zwischenzeitlich zum Megakonzern Meta verschmolzen sind. Und gerade über dessen beliebtesten Messenger (Whatsapp) wird eine toxische KI gefüttert.
Es gab und gibt immer wieder Mahner und Warner davor, die aber leider ungehört bleiben. Der Mensch ist halt bequem und Whatsapp so schön praktisch.
Ulrich Herzau, Berlin

meinungsstark

Recht auf Respekt

„Was tun? Die Debatte über Danger Dan und Antifa-Praxis“, wochentaz vom 25.–31. 7. 26
Habe mir aufgrund dieses Artikels den Song von Danger Dan auf Youtube angehört – toller mutiger Song, der dort gut ankommt und anscheinend wirklich Leuten Mut macht. Kritisch sehe ich, dass es außer konkreten praktischen Aktionen, zu denen aufgerufen wird, auch noch andere Möglichkeiten des Aufstehens gegen rechts gibt – positiv gewendet, die eigene (andere) Haltung konsequent klar und deutlich zu machen, wo es nötig ist, klar und öffentlich zu Toleranz, Menschlichkeit und dem Recht auf Respekt und Menschenwürde zu stehen, Parteien zu wählen, die diese Werte wenigstens vertreten. Die AfD ist in ihrem Programm und ihren Kontakten gesichert rechtsextrem, also in einer demokratischen Gesellschaft nicht wählbar.
Mein zweiter Punkt ist ein psychologischer: „Keine Angst“ – darum geht es nicht, jeder und jede hat Angst, wenn sie oder er sich konkret öffentlich zeigt, vor Polizei- und Staatsgewalt und rechter Gegengewalt, vor der wir leider kaum noch geschützt werden. Es geht darum, sich trotz und mit dieser Angst zu wehren, Haltung zu zeigen, etwas zu tun, unsere Werte einer bunten und offenen Gesellschaft zu verteidigen – und das geht nur gemeinsam. Inge Wessels, Wilhelmshaven

In der DNA

„Die Zeit nach dem großen O“, wochentaz vom 8.–14. 8. 26
Neues liegt nicht in unserer DNA? Wir haben zum Glück inzwischen doch ein berechtigtes, gesundes Selbstbewusstsein ohne soziale Arroganz und nehmen uns nicht zu wichtig. Die Souvenirs und Anspielungen gibt es nicht immer noch, die stehen für den heute entspannten Umgang mit dem Bergbau. Eines meiner Lieblingsbeispiele ist der Salonname „Glück auf dem Kopf“.
Laut IW-Studie ist das Ruhrgebiet deutschlandweit die lebenswerteste Metropole. Wir ernähren uns von exzellenten Hochschulen, Gesundheit, Medizin, IT-Sicherheit und Tourismus – mit Jobs auf vielfältigem Niveau. Und wo es noch nicht passt, wird es passend gemacht. Das liegt nun wirklich in unserer DNA! Petra Große-Stoltenberg, Bochum

Trumps Krieg

„Katastrophale Zustände und Ablenkung mit Eis“, taz vom 16. 8. 26
Schon seit dem 28. Februar 2026 führt US-Präsident Donald Trump seinen Krieg gegen Iran. Seine ursprünglichen Ziele waren, einen Regimewechsel in Iran herbeizuführen, Iran daran zu hindern, Atomwaffen zu entwickeln, Irans Raketenkapazitäten zu dezimieren und Irans Terrormilizen erfolgreich zu bekämpfen. Dabei wurde Trump mehrfach von Experten vor einem Angriff in Iran gewarnt, weil sie die Sperrung der für die Weltwirtschaft so wichtigen Straße von Hormus befürchteten.
Doch Trump war wieder einmal beratungsresistent und hat nicht auf die Ratschläge von Experten gehört. Jetzt haben ihm die iranischen Revolutionsgarden ein „zweites Vietnam“ beschert: Die Straße von Hormus ist gesperrt, und Trumps Kriegsziele sind in weite Ferne gerückt. Trumps Irankrieg kann wegen der Schließung der Straße von Hormus zu einer Weltwirtschaftskrise führen. Roland Klose, Bad Fredeburg

Fragen über Fragen

„Gerüchte und außenpolitische Spielchen“, taz vom 2. 8. 26
Viel wichtiger als die Frage, wie es dazu kam, dass sich so viele Menschen auf den Weg machten, um vielleicht ein besseres Leben anzufangen, ist die Frage, wieso sie so widerstandslos zurückgegangen sind! Darüber wird nichts berichtet. wenn es eine „Schleusermafia“ gegeben hätte, die das organisiert hat, dann wäre die critical mass mächtig genug gewesen, ihr Ziel zu erzwingen!
Da hätte das Militär schießen können – alle Welt wäre er-bost gewesen und letztendlich und mit vielen Toten wäre GEAS bezwungen worden. Ich denke da an Ungarn 1989.
Thomas Warnken, Bremen

taz die tageszeitung,
friedrichstraße 21
10969 berlin, briefe@taz.de

Die Redaktion behält sich Abdruck und Kürzen von LeserInnen-briefen vor. Die veröffentlichten Briefe geben nicht unbedingt die Meinung der taz wieder.

korrekturen und klarstellungen

Ungleiche Straßen Berlins

Am Montag, dem 17. August, ging es im Berlinteil um „Berlins ungleichsten Bezirk“. Mitte. In Mitte befinden sich unter anderem Regierungs- und Nobelviertel, aber eben auch die im Text beschriebenen sozialen Brennpunktgebiete. Verwirrung gibt es in Mitte jedenfalls zuverlässig um die Oranienburger Straße, die gerne und oft mit der Kreuzberger Oranienstraße verwechselt wird, wie leider auch bei uns. Und die dortige „Ruine des Kapitals“ – das ehemalige Kunsthaus Tacheles – liegt nur einige Hundert Meter (und nicht Kilometer) von der Mall of Berlin entfernt.

„Man muss nicht auf dem Arsch landen“

An diesem Samstag finden in Hessen die 2. Eltviller Arschbombenmeisterschaften statt. Sigrun Breithaupt sitzt in der Jury und weiß, worauf es ankommt

Interview **Leonie Gubela**

taz: Frau Breithaupt, was ist eine richtig gute Arschbombe?

Sigrun Breithaupt: Eine richtig gute Arschbombe soll erst mal einfach nur Spaß machen. Dem, der sie macht, und denen, die zuschauen. Wir als Jury gucken: Ist die Körperhaltung gut, der Aufprall, der Splash? Wie viel wird gespritzt? Besonders wichtig sind uns Kreativität und Showfaktor, wer im Kostüm kommt, hat schon gute Karten. Letztes Jahr hatten wir einen Spiderman dabei und einen Hasen, das war sehr wit-

zig. Und dann haben wir natürlich die Publikumsreaktion im Blick. Wie viel klatschen die, wie laut sind sie, wie viel feiern sie an?

taz: Es fließen also mehrere Faktoren in die Bewertung ein, der Splash ist ja aber nicht unwichtig. Wie setzt sich da ein Fliegengewicht gegen ein Schwergewicht durch?

Breithaupt: Wir haben eine eigene Kategorie für Jugendliche, würden uns da aber mehr Anmeldungen wünschen. Vor Ort sind es dann doch überwiegend Väter, die antreten, weil ihre Kinder unbedingt möchten,

dass sie mitmachen. Teilnehmer unter 18 brauchen eine Einverständniserklärung, die gibt es auf unserer Website. Wir versuchen die jungen Leute wirklich zu erreichen, auf Social Media, mit Plakatwerbung und so weiter, aber es ist nicht so einfach. Wenn sie dann am Tag selbst spontan antreten wollen und keine Unterschrift haben, dann rufen sie ihre Mutter an und hören: „Ich bin gerade nach Wiesbaden zum Einkaufen, ich komm doch jetzt nicht nach Eltville gefahren, damit du an der Arschbombenmeisterschaft teilnehmen kannst.“ Wir

bemerken aber auch grundsätzlich, dass es schwierig ist, junge Leute zu etwas zu motivieren, das Spaß macht.

taz: Wie erklären Sie sich das?

Breithaupt: Vielleicht haben sie Angst, sich vor ihren Freunden zu blamieren, bei den Frauen sind auf jeden Fall Bikinis ein Problem, die sind schnell weg, wenn man vom Drei-Meter-Turm springt. Eine Möglichkeit wäre, dass sie Kostüme tragen, da gibt es Extrapunkte.

taz: Wie muss ich mir das eigentlich vorstellen, sitzen Sie da mit Klemmbrett?

Breithaupt: Der Schwimmbadleiter, zwei seiner Kollegen und ich, wir haben Punktekarten bis 5, die wir hochhalten. Bei Gleichstand geht es ins Stechen. Es gibt da ja Figuren, einfache und schwierige ...

taz: ... aber landen muss man immer auf dem Arsch.

Breithaupt: Nein, nein, es heißt zwar Arschbombenmeisterschaft, aber man muss nicht auf dem Arsch landen. Es gibt zum Beispiel den Ripper (*Füße zuerst, Körper langmachen, Anm. d. Red.*), Small Cat (*klein zusammenrollen, Knie nah am Körper*), Big Cat (*Arme und Beine*

weit machen), Yoga (*in einer budhaähnlichen Pose eintauchen*). Aber am Ende geht es einfach um den Showfaktor, den Splashfaktor und die Freude. Das ist ganz wichtig.

taz: Was kann man gewinnen?

Breithaupt: Einen Pokal. Da steht unten drauf: 2. Arschbombenmeisterschaft Eltville am Rhein.

Sigrun Breithaupt, 58, ist Veranstaltungsleiterin der Stadt Eltville. Es ist ihr erstes Mal in der Jury, vergangenes Jahr hat sie moderiert.

die kinderfrage

Wie viele Häuser gibt es auf der Welt?

Wir wollen von Kindern wissen, welche Fragen sie beschäftigen. Jede Woche beantworten wir eine. Diese Frage kommt von Edda, 4 Jahre alt.

So ziemlich in allen Ecken unserer Erde leben Menschen. Und wo sie siedeln, bauen sie auch Häuser. Nicht nur zum Wohnen, auch zum Arbeiten und Lernen, zum Einkaufen und Feiern, zum Versammeln und Verstauen. Ständig entstehen neue Gebäude. Viele werden wieder abgerissen, wenn man sie nicht mehr braucht. Daher weiß niemand so ganz genau, wie viele Häuser es eigentlich insgesamt gibt.

Eine Gruppe Forscher der Universität in München hat aber versucht, es herauszufinden. Dabei wurden von Satelliten aus dem Weltall Hunderttausende Fotos der ganzen Welt gemacht. Damit hat die Gruppe eine Weltkarte erstellt und nachgezählt – natürlich mit Hilfe eines Computers. Insgesamt hat sie so ungefähr 2,75 Milliarden Bauten entdeckt. Das sind 2.750.000.000.

Es gibt also sehr viele Häuser auf der Welt. Die Fotos stammen jedoch aus dem Jahr 2019. Es kann gut sein, dass sich die Zahl der Häuser seitdem schon wieder verändert hat, vermutlich ist sie gestiegen. Was man sicher weiß: Die Gebäude sind sehr ungleichmäßig verteilt. Allein in Asien steht etwa die Hälfte aller Häuser. In China soll es mehr Gebäude geben als in Europa und Nordamerika zusammen.

Es gibt übrigens noch dreimal mehr Menschen als Häuser auf der Welt. Denn viele Menschen teilen sich ein Zuhause – wie viele, das ist sehr verschieden. In Deutschland wohnen im Schnitt nur gut zwei Menschen in einem Haushalt zusammen. In manchen Ländern Afrikas sind es neun: Eltern, Kinder, Großeltern, Tanten und Onkel leben dann unter einem Dach.

Wobei auch nicht jede Familie ein eigenes Haus hat. Viele leben in Wohnungen. Gerade in großen Städten gibt es riesige Häuser mit sehr vielen Wohnungen darin. Da leben dann mitunter mal Hunderte Menschen in einem Haus. Und umgekehrt gibt es eben Häuser, in denen niemand wohnt, wie Schulen, Bahnhöfe, Supermärkte. Du siehst: Das ist alles sehr kompliziert.

Andere Forschende haben vor ein paar Jahren übrigens etwas Erstaunliches ausgerechnet. Sie sagen: Alles, was Menschen jemals gebaut haben, ob Häuser, Straßen oder Brücken, wiegt zusammen mehr als alle Lebewesen der Erde, mehr als alle Frauen, Männer, Kinder, Bäume, Tiere. Der Mensch hat inzwischen also mehr auf der Erde erschaffen als die Natur selbst. Darum wird das Zeitalter, in dem der Mensch die Erde verändert, auch Menschen-Zeitalter genannt. Das Fremdwort dafür ist Anthropozän.

Philipp Brandstädter

Hast du auch eine Frage? Dann schreib sie uns an kinderfragen@ taz.de

das ding der woche

Was ist das?
Ein letztes Fitzelchen Klopapier, mit dem man nicht mehr viel anstellen kann.

Was soll das?
Nicht nur in Privathaushalten sorgt ein solcher Anblick regelmäßig für Auseinandersetzungen, auch in der tschechischen Politik streitet man sich über leere Rollen. Parlamentspräsident Tomio Okamura gab an, dass er immer wieder Beschwerden erhalte, weil in Zügen der tschechischen Staatsbahn das Klopapier fehle. Deshalb drohte der dem Bahnchef jetzt mit Konsequenzen, und auch der Verkehrsminister habe sich der Sache gefälligst anzunehmen. Klopapier auf Platz 1 der Staatsbahn-Mängelliste. Ein Traum!



Foto: imago

der comic



starke gefühle

Antidepressiva werden noch immer verteufelt. Dabei können sie Leben retten

Ob ich es schon mit Vitamin D probiert habe, fragt mich die Apothekerin mit mitleidigem Lächeln, nachdem ich meine Chipkarte ins Lesegerät gesteckt habe. Das könne die Laune auch heben! Auf meinem Rezept steht derzeit etwas völlig anderes. Escitalopram, ein vergleichsweise gut erforschtes Antidepressivum, das vor allem bei Depressionen und Angsterkrankungen zum Einsatz kommt. Ich nehme es gegen psychosomatisch bedingte Kopfschmerzen, die mich seit meinem 16. Lebensjahr begleiten. Bis 2024 hatte ich sie fast jeden Tag, trotz Achtsamkeit, Sport, Psychotherapie. Ich wachte mit ihnen auf und ging mit ihnen ins Bett. Wie ich in diesem Zustand mein Studium, meinen Job, meinen Alltag hinbekommen habe, frage ich mich bis heute. Dank des Medikaments habe ich inzwischen deutlich weniger Schmerzen und bin immer wieder über längere Zeit komplett beschwerdefrei. Ob Placeboeffekt oder nicht – das Antidepressivum hat mir ein zweites Leben gegeben. Freundlich winke ich also ab, als die Apothekerin auf die Vitamin-D-Packungen auf der Verkaufsfläche zeigt. Innerlich koche ich.

Schätzungen zufolge sind jedes Jahr mehr als ein Viertel aller Erwachsenen in Deutschland von einer psychischen Erkrankung betroffen. Neben Gesprächstherapie und psychosozialen Interventionen zählen Medikamente zu den gängigen Behandlungsmethoden. Antidepressiva gehören zu den am häufigsten verschriebenen Psychopharmaka. Die Zahl der Verordnun-

gen steigt sogar, was nicht alle Expert*innen gut heißen. Gleichzeitig wird die Einnahme bis heute tabuisiert.

14 Jahre dauerte es bei mir, bis ich mich zum ersten Mal wieder gesund fühlte. Das lag nicht daran, dass es kein Medikament gab. Studien hatten längst bewiesen, dass Antidepressiva bei chronischen Schmerzen helfen können. Trotzdem rieten mir alle um mich herum von einer medikamentösen Behandlung ab. Menschen wie die Apothekerin. Menschen, die Medizin oder Pharmazie studiert haben und es eigentlich besser wissen müssten. Dass die Seele krank werden kann. Dass das auch körperliche Ursachen oder Auswirkungen haben kann. Dass neben Therapie und einem gesunden Alltag auch Medikamente helfen können. Und vor allem: Dass Vitamin D und Escitalopram nicht das Gleiche ist.

Freundlich winke ich ab, als die Apothekerin auf Vitamin D verweist. Innerlich koche ich

Ob beim Hausarzt, in der Psychotherapie, im Schmerzzentrum oder in der Tagesklinik – überall signalisierte man mir, Antidepressiva seien etwas Böses und dass ich auch ohne die Tabletten meine Kopfschmerzen in den Griff bekommen könne. „Wir müssen einfach schauen, dass Sie entspannter werden“, sagte ein Psychologe. Als ginge es bei mir nur um ein paar Verspannungen, die ich

wegatmen könnte. Als müsste ich einfach nur ein bisschen mehr chillen, um das dauerhafte Brennen, Ziehen und Drücken auf und um meinem Kopf loszuwerden.

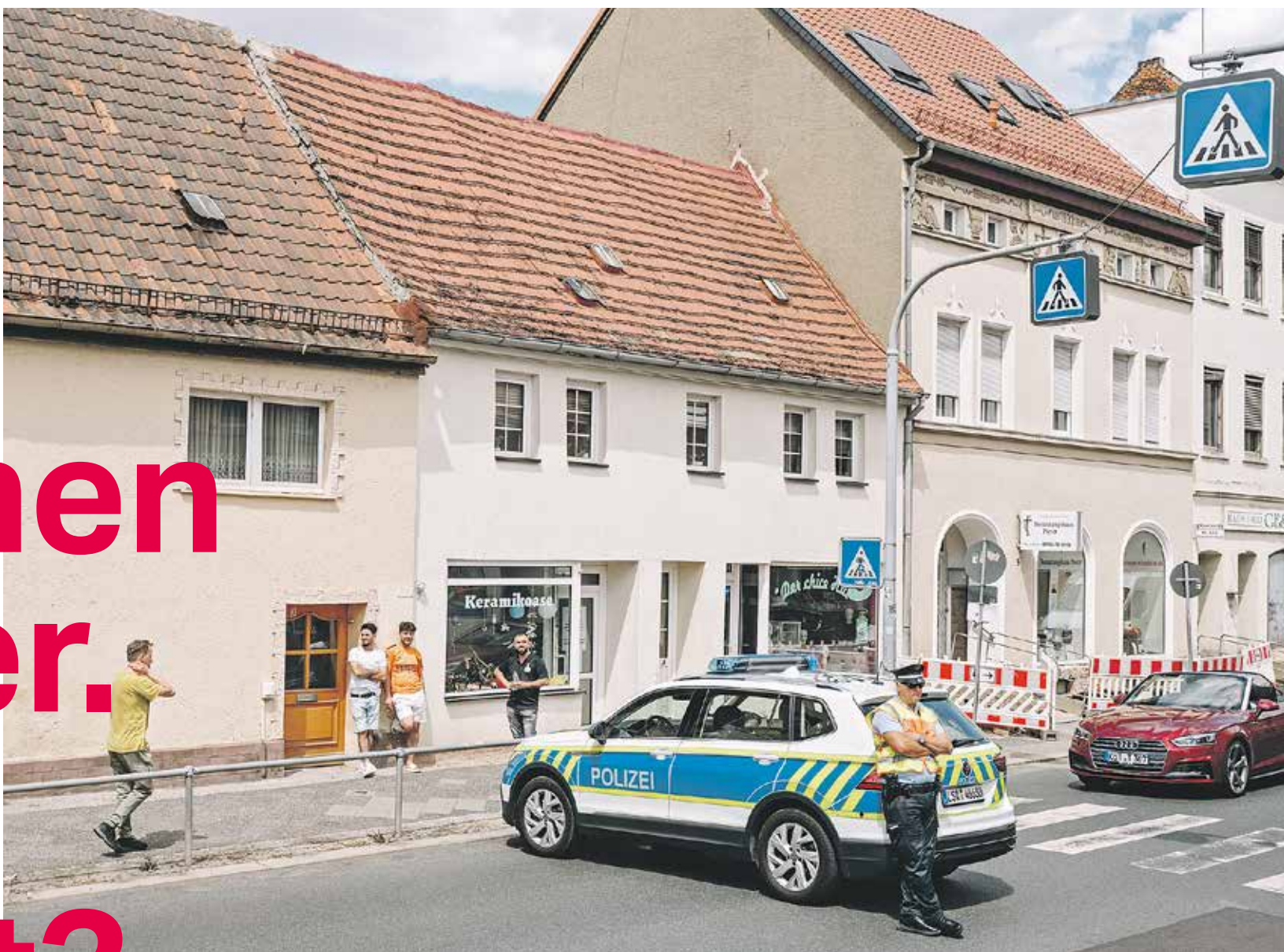
Auch im persönlichen Umfeld hörte und höre ich oft, dass Antidepressiva abhängig machen, dass sie alle Gefühle unterdrücken und einen wie sediert durch die Straßen irren lassen. Wer sie nehme, halte das Leben nicht aus. Was bei Betroffenen ankommen kann: Wer Pillen für die Psyche schluckt, hat sich nicht genug angestrengt.

Natürlich gibt es Psychopharmaka, die abhängig machen, mit deren Einnahme man sich nicht ans Steuer setzen sollte, die gar keine Wirkung zeigen oder Beschwerden sogar verschlimmern. Vieles davon gilt jedoch auch für Medikamente für körperliche Erkrankungen. Tabletten gegen Bluthochdruck oder gegen einen Infekt ballern die meisten ohne Bedenken. Niemand schämt sich dafür, und die wenigsten würden in Frage stellen, ob es diese Medikamente wirklich braucht. Hinter dieser Doppelmoral steckt nichts als die Stigmatisierung von psychischen Erkrankungen, die wir trotz der Berichterstattung der letzten Jahre und aller Instagram-Accounts zu Mental Health immer noch nicht überwunden haben.

Antidepressiva sind kein Allheilmittel und ersetzen keine Therapie. Doch sie grundsätzlich zu verteufeln, bringt niemandem etwas, am allerwenigsten den psychisch Erkrankten. Sie verdienen eine sachliche Aufklärung über Behandlungsoptionen, die in manchen Fällen lebensrettend sein können.

Laura Catoni

Sie machen weiter. Was sonst?



Polizei am Rande des CSDs in Köthen Mitte Juli

Falko Jentsch, Julian Miethig und Diana Pelzer organisieren CSDs in Sachsen-Anhalt – gegen alle Widerstände von rechts. Gerade erst feierten sie zusammen in Köthen, dann kam der Anschlag in Berlin. Und mit ihm die Frage, was das für die Paraden bedeutet, die noch vor ihnen liegen

Aus Köthen **Franziska Schulteß** (Text) und **Stella Weiß** (Fotos)

Zeit finden, das schafft Falko Jentsch. Für alle Anfragen und Stichpunkte auf seiner To-do-Liste. Für Unvorhersehbares. Mit der taz spricht er via Video-call, während er zu einer Bushaltestelle in Magdeburg hastet. Sein Gesicht ist schräg von unten zu sehen, eine Haarsträhne wippt beim Gehen auf und ab. Der Hintergrund ist unscharf: das Grau von Häuserwänden, das Grün der Baumkronen. Es ist ein Nachmittag Ende Juli. Eigentlich hätte das Gespräch vom Christopher Street Day, kurz CSD, in Köthen handeln sollen, bei dem die taz vor Ort war und das Orgateam in seinen Vorbereitungen und über den Tag der Demo hinweg begleitet hat. Ein Fazit wollte Falko Jentsch geben. Sich freuen, dass in Köthen – einer Kleinstadt in Sachsen-Anhalt südlich von Magdeburg – alles so gut über die Bühne gegangen ist. Stattdessen spricht er über die noch ausstehenden CSDs im Bundesland: Magdeburg, Halle, Stendal. Und darüber, wie sicher sie sind.

Am Abend des 25. Juli raste der 21-jährige Islamist Abdul B. in eine Menschenmenge beim Berliner CSD. Eine Frau wurde getötet, 31 andere verletzt, zum Teil schwer. Der Christopher-Street-Day Sachsen-Anhalt e. V., in dem Falko Jentsch sich engagiert, hatte in diesem Jahr wieder einen Wagen auf der Prideparade in Berlin. Als der Anschlag passierte, war Jentsch gerade im Backstagebereich angekommen, neben der großen Bühne am Brandenburger Tor. Es wurde angestoßen, ganz entspannt. „Auf einmal hieß es: Alle hier raus.“ Der Platz wurde evakuiert, ein Hubschrauber kreiste über ihnen.

Als Jentsch davon erzählt, entscheidet er, doch noch nicht in den Bus zu steigen. Er setzt sich auf eine Bordsteinkante. In Interviews, sagt er, müsse er derzeit aufpassen. „Damit da nicht eine

Träne kommt.“ Jentsch, 43, lebt gemeinsam mit seinem Mann in Magdeburg. Als im Dezember 2024 hier ein Attentäter einen Anschlag auf den Weihnachtsmarkt verübte – und ebenfalls mit einem Pkw in die Menschenmenge fuhr –, stand Jentsch in unmittelbarer Nähe, hörte hinter sich Krachen, Schreie. Der CSD Sachsen-Anhalt hatte an diesem Tag einen Stand auf dem Weihnachtsmarkt. „Das kommt natürlich jetzt alles wieder hoch“, sagt Jentsch. Was ihm helfe: ins Tun zu kommen. Und Gelegenheit dazu gibt es genug. Gerade jetzt.

Der islamistische Anschlag in Berlin machte erneut schmerzhaft deutlich, wie gefährdet Veranstaltungen sind, auf denen die queere Community sich feiert, sich zeigen kann. Organisator*innen von CSDs in Sachsen-Anhalt kämpfen seit jeher mit Drohungen, Angriffen, steigender Queerfeindlichkeit: Die Präsenz rechtsextremer Gruppen ist spürbar, gerade in kleineren Städten. Hinzu kommt der Aufstieg der AfD, die der Verfassungsschutz für das Bundesland als gesichert rechtsextrem einstuft. Und die aus ihrer Verachtung für LGBTQI* keinen Hehl macht. Bei der Landtagswahl am 6. September könnte die Partei auf 41 Prozent kommen. Dies hat Folgen, auch schon vor der Wahl. Rechte Störer fühlen sich ermutigt, Stadtverwaltungen sind verunsichert.

Was bedeutet diese Bedrohungslage für diejenigen, die CSDs auf die Beine stellen? Die mit Behörden verhandeln, Konzepte ausarbeiten, unzählige Stunden ehrenamtlichen Engagements investieren – und dabei selbst Gefahr laufen, Opfer von Angriffen zu werden? Was motiviert sie, trotz allem weiterzumachen?

Einige Wochen vor dem Berliner CSD, Mitte Juni, findet sich das Orgateam des CSD Köthen zusammen. Es ist das letzte Treffen, um die CSD-Aktionswoche in Köthen vorzubereiten. Die Gruppe ver-

sammelt sich in den Räumlichkeiten des SPD-Ortsvereins. Hinten gibt es ein paar Sofas, vorne nimmt ein ovaler Holztisch den gesamten Raum ein. Darauf stehen Wasser und Apfelschorle, Schalen mit Erdnussflips. Und ein Stapel Flyer liegt dort, der die Aktionswoche bewirbt. Er zeigt eine Collage aus Gesichtern, mit KI erstellt, in Pastelltönen. Darüber steht das diesjährige Motto des CSD Köthen: „Trotz Widerstand – Vielfalt gewinnt!“

Nach der Buttersäure-attacke am Bahnhof stank die Stadt tagelang

Köthen liegt in Sachsen-Anhalt, knapp 24.000 Menschen leben hier. Wer sich unbeliebt machen will, spricht die Einheimischen auf „Familie Ritter“ an. Diese war Gegenstand von Reportagen auf SternTV, die seit 1994 ausgestrahlt wurden und ein Bild von Armut, Kriminalität und rechtsextremem Gewalt zeichneten. Die Website der Stadtverwaltung präsentiert Köthen als kulturell bedeutenden Ort: als „Geburtsstadt der Homöopathie“ und Wirkungsstätte von Johann Sebastian Bach, der hier mal Hofkapellmeister war. „Bachstadt Köthen“ steht im Bahnhofsgelände groß an der Wand.

Bei dem Orgatreffen ist Falko Jentsch mit dabei, stellvertretend für den CSD Sachsen-Anhalt. In dem Dachverband sind Gruppen aus neun Orten im Bundesland vernetzt: von Halle bis Harz, von Salzwedel bis Sangerhausen. Neben Jentsch sitzt Julian Miethig. Er hat vor drei Jahren den CSD in Köthen ins

Leben gerufen, gemeinsam mit dem CSD Sachsen-Anhalt und der Partnerschaft für Demokratie Köthen.

Die Prideparaden gehen auf die Ereignisse in der New Yorker Christopher Street 1969 zurück, als Schwule, Lesben, trans Personen und andere aus dem LGBTQI*-Spektrum für ihre Rechte auf die Straße gingen. Aktuelle Tendenz in Deutschland: Es gibt immer mehr CSDs. Vor allem in kleineren Orten, Kleinstädten und auf dem Land kommen jedes Jahr neue hinzu. Die Pridedemo durch Köthen fand in diesem Jahr am Samstag, dem 11. Juli, statt. Ein Datum mit Symbolkraft: Ebenfalls am 11. Juli hielt die AfD Sachsen-Anhalt ihren Landesparteitag in Magdeburg ab, etwa eine Autostunde entfernt.

Anwesend bei dem Orgatreffen sind elf Personen. Bevor die SPD hier einzog, war der Raum ein Blumenladen. Daran erinnert noch die Zimmerdecke, an der riesige weiße Teichrosen aus Plastik hängen. Heute teilt man sich die Toilette mit dem Barbershop nebenan. Hauptsache, es funktioniert, findet Julian Miethig. Das allererste Treffen zum CSD im November 2023 hatte er in einem Köthener Jugendclub angesetzt. Mittags – abends sollte die Zusammenkunft stattfinden – teilte dessen Leiter jedoch mit: Bitte nicht kommen. Die Jugendlichen seien sonst in Gefahr. In der Nacht zuvor hatten Unbekannte queerfeindliche Sprüche auf die Straße vor dem Jugendclub geschrieben. „No Homo“ oder „Defend the cross“. In der Nacht vor dem ersten CSD Köthen 2024 kippte dann jemand Buttersäure auf den Bahnhofsvorplatz und den Marktplatz. Die Stadt stank tagelang.

Miethig unterbricht das Gemurmel, hebt die Stimme. „Ihr Lieben, willkommen zum letzten offiziellen Vorbereitungstreffen.“ Die anderen klopfen mit den Fingerknöcheln auf den Tisch. Manche sind wie Falko Jentsch aus um-

liegenden Orten angereist, um zu unterstützen. Und natürlich kommen viele aus Köthen. Miethig, 28, ist hier geboren und in einem kleinen Nachbardorf aufgewachsen. Das sei in Ordnung gewesen, sagt er. Allerdings habe er sich damals noch nicht geoutet. „Solange du so warst wie alle anderen, war alles wunderbar.“ Heute steht er mit seinem Queersein in der Öffentlichkeit. Seinen eigenen Kanal Queer4mat mit Beiträgen auf Youtube, Instagram oder TikTok betreibt er seit sechs Jahren. Im Netz bekommt er seitdem viele Hassnachrichten. Er habe sich ein dickes Fell zugelegt, was er hilfreich finde – aber auch „traurig, dass es so ist“.

Von draußen, vor dem SPD-Büro, hört man eine Lautsprecherdurchsage, begleitet von pfeifen und trommeln, noch etwas entfernt. Es ist ein Montag, das heißt: rechte „Montagsdemo“ in Köthen. Einer der Anwesenden steht auf und dreht den Schlüssel in der Eingangstür. Die anderen blicken auf, dann wieder einander an oder auf die Laptops. Nicht irritieren lassen. Miethig reißt noch eine Tüte Chips auf.

Schräg gegenüber von ihm hat Diana Pelzer Platz genommen. Sie ist 46, ihr langes dunkles Haar hat sie zu einem Zopf geflochten. Auch sie ist in Köthen geboren. Zwischendurch war sie mal zwei Jahre weg, in Hannover. Da habe es ihr aber nicht gefallen, zu unpersönlich, zu kalt irgendwie. Hier kenne sie jeden Zweiten auf der Straße. Neben Julian Miethig gehört sie zum langjährigen Kernteam und ist seit dem ersten Treffen mit dabei.

Miethig startet mit der wichtigsten Nachricht: Es gibt Post vom Amt. Pelzer und andere verdrehen die Augen, halb genervt, halb erleichtert. Von Beginn an hatte der CSD Köthen mit Angriffen von rechts zu tun. Außerdem, vor allem ab dem zweiten Jahr, mit den Behörden.

Fortsetzung auf Seite 26



„Genau das wollen die doch, dass wir alle abhauen“, sagt Julian Miethig

Fortsetzung von Seite 25

Oberbürgermeisterin in Köthen ist Christina Buchheim – eine Politikerin der Linken. Ausgerechnet mit ihr geriet das CSD-Köthen-Team in einen langwierigen Konflikt wegen Auflagen der Stadt. Die Versammlungsbehörde beim Kreis Anhalt-Bitterfeld hatte damals entschieden, dass die CSD-Demo und das dazugehörige Fest am Köthener Marktplatz unterschiedlich zu behandeln seien. Die „Versorgung“ der Teilnehmer*innen, das heißt alles von Toiletten über Strom bis Essen, gehöre nicht zur Demo und müsse als „Sondernutzung“ beantragt werden. Eine große bürokratische Hürde, die zu Auseinandersetzungen mit dem Stadtordnungsamt Köthen führte.

Die Frage, was CSDs eigentlich sind, wird weit über Köthen hinaus gestellt. In Dresden unternahm die Landesdirektion Sachsen im Frühjahr den Versuch, dem zum CSD gehörenden dreitägigen Straßenfest die Eigenschaft als Versammlung zu entziehen. Das Fest sei nicht politisch, sondern eine „kommerzielle Veranstaltung mit Unterhaltungscharakter“. Dagegen wehrte sich der CSD Dresden e. V. erfolgreich vor Gericht. Die Sorge: Ein Großteil des Programms hätte nicht oder nicht wie geplant stattfinden können. Relevant ist die Einstufung auch in puncto

viele andere. Obwohl die Zahl der CSDs steige, sei die Zahl der Teilnehmer*innen in den letzten Jahren zurückgegangen, sagt Falko Jentsch. Er vermutet als Grund erhöhte Vorsicht. „Wir bekommen Mails von Jugendlichen, die sagen: Meine Eltern erlauben mir nicht mehr, auf den CSD zu gehen.“

Feindbild CSD: Der tödliche Angriff in Berlin reihe sich ein in eine Kontinuität islamistischer Anschläge auf queeres Leben weltweit, schreibt die Berliner Amadeu Antonio Stiftung. 2016 ermordete ein Attentäter im queeren Club Pulse in Orlando 49 Menschen, am Vorabend der Pride 2022 in Oslo schoss ein Islamist in einem Pub um sich und tötete zwei Menschen, weitere geplante Anschläge auf Paraden in London und Wien wurden vereitelt.

In Deutschland gehen die meisten Angriffe auf CSDs aktuell auf das Konto rechtsextremer Gruppen. In ihrem Sicherheitsreport „Queerfeindlichkeit sichtbar machen“, der 2025 erschien, dokumentiert die Amadeu Antonio Stiftung erstmals systematisch rechtsextreme Übergriffe auf Prideveranstaltungen. Ergebnis für 2025: Von den 245 bundesweit geplanten CSDs wurden mindestens 110 angegriffen oder gestört. In mindestens 53 Fällen standen dahinter keine Einzelpersonen, sondern rechtsextreme Gruppen oder Parteien. In ostdeutschen Bundesländern fanden mehr Angriffe statt als in Westdeutschland – wo es diese aber ebenso gab. Für Sachsen-Anhalt registrierte die Polizei im Jahr 2023 noch 18 Straftaten im Zusammenhang mit CSD-Veranstaltungen. 2025 waren es 51.

Dass die Lage angespannter ist, spüren auch die Veranstalter:innen von CSDs im Bundesland, die sich, wie Jentsch und Miethig, Gedanken darüber machen müssen, wer ihr Gesicht oder ihre Adresse kennt. Falko Jentsch arbeitet in einem kleinen Unternehmen, vertreibt Mess- und Regeltechnik. Die Wochenstunden, die er daneben in sein Engagement stecke, könne er kaum zählen, sagt er. Wie die meisten CSD-Organisator:innen arbeiten er, Miethig, Pelzer und die anderen ehrenamtlich.

Den ersten Köthener CSD hatte Satiriker Jan Böhmermann noch mit einer Spendenaktion unterstützt. Der Geldsegen war eine Ausnahme, in den Folgejahren stand dem Team in Köthen nur ein geringes Budget zur Verfügung – wie den meisten anderen kleineren CSDs in Deutschland. Über Sponsoren kommen keine großen Summen herein. Unterstützt wird aber dennoch, im Kleinen und jeder, wie er kann. In Schönebeck servierte die freiwillige Feuerwehr in diesem Sommer Würstchen an einem Grillstand. Auf dem ersten CSD in Sangerhausen im Juni, bei 38 Grad Außentemperatur, verteilten Frauen des interkulturellen Zentrums Oase Baklava. Und in Köthen? Hier hilft zum Beispiel der lokale Irish Pub, The Shamrock, wo die CSD-Abschlussparty steigen kann.

Diana Pelzer kennt den Pub als inoffiziellen Treffpunkt für die Community. Hier fand sie Anschluss, nachdem sie sich, mit achtzehn, als bisexuell geoutet hatte. „Das war gar nicht so spektakulär“, erinnert sie sich. Ihre damalige Freundin kam mit zu ihr nach Hause, überreichte den Eltern einen Blumenstrauß. Seit zehn Jahren hat Diana nun einen Freund. Sie arbeitet in einem Seniorenpflegeheim, spricht gerne mit Menschen, kann Russisch noch aus der Schule in der DDR, und durch ihren Freund hat sie etwas Arabisch gelernt. Für die CSD-Aktionswoche hat sie sich extra Urlaub genommen.

Der Morgen des 11. Juli, Samstag, Tag der CSD-Demo in Köthen. Rund um den Marktplatz in der Altstadt stehen die Absperrgitter bereit, im Hintergrund erhebt sich die Kirche St. Jakob mit ihren spätgotischen Türmen. Bereits ein paar Stände sind aufgebaut, auch die Bühne steht schon da wie ein schwarzes Raumschiff. Eine aus dem Orgateam geht zu den Wasserfontänen am Platz, taucht die Hände hinein und bespritzt ihr Gesicht.

Eine ältere Dame und ein Herr sitzen auf einer Bank vor der Bäckerei, beobachten das Treiben. Sie sind aus Köthen, waren letztes Jahr schon da. Da habe man sein eigenes Wort nicht verstanden, sagt die Frau und zeigt in Richtung

der Bühne. Aber dass es notwendig ist, dass die Polizei alles absperren muss, das sei „schon traurig“. Am Wochenende zuvor hatte die neonazistische Kleinpartei Der III. Weg einen Stand auf dem Marktplatz und verteilte Flyer, auf denen „Familien schützen! Homo-Propaganda stoppen!“ stand. Am Montag wurden Mitglieder der CSD-Organisationsgruppe auf ihrem Nachhauseweg beleidigt und bespuckt.

Auch Miethig, Jentsch und Pelzer sind seit frühmorgens vor Ort. Sie sei aufgeregt jetzt, sagt Pelzer, während sie eine Regenbogenfahne mit dem Europastern darauf an einem Metallzaun befestigt. Die Fahne schwankt. „Bitte noch einen Kabelbilder.“

Eine Stunde später, um 12 Uhr, ist der Aufbau komplett. Pelzer rückt noch schnell die Liegestühle vor der Bühne zurecht. Sie hat sich umgezogen, trägt ihr Haar nun in zwei Zöpfen, in die sie Schnürsenkel in Regenbogenfarben eingeflochten hat. Dazu große, herzförmige Ohrhänge. Pelzer liebt bunte Sachen. In der DDR, so erinnert sie es, sei alles grau gewesen. Graue Häuser, graue Schuluniform. Hier auf den CSD kommt sie genau so, wie es ihr gefällt. Miethig trägt eine Sporthose, dazu eine Sonnenbrille mit verspiegelten Gläsern, die er in den Nacken geschoben hat – als wollte er nach vorne und hinten zugleich blicken. Er hastet hin und her über den Platz, mal mit Handy am Ohr, mal ohne. Fernsteams stehen bereit und warten auf einen Moment seiner Zeit.

Am Köthener Marktplatz tritt Sabrina Repp ans Mikrofon – SPD-Europaabgeordnete und diesjährige Schirmherrin des CSD Köthen. Sie wisse, dass die Umfragewerte zur Landtagswahl „total hart“ seien, sagt sie auf der Bühne. Man dürfe nicht ohnmächtig sein. Sondern müsse zusammenstehen, weiterkämpfen.

Pelzer, die sich in die Menge gestellt hat, vorne bei den bunten Liegestühlen, nickt. Was es bedeuten würde, falls die AfD ab September wirklich die Landesregierung stellt – das hat sie deutlich vor Augen. Die Partei lehnt Gleichstellung und Queerpolitik klar ab und wandte sich im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2025 beispielsweise gegen Genderforschung, Antidiskriminierung oder medizinische Hilfe für trans Personen. Sexualität, die nicht der Heteronorm entspricht, nennt die AfD Sachsen-Anhalt in ihrem Programm „abseitig“ und „deviant“, wertet gegen eine angebliche „Translobby“ und „Regenbogenideologie“. Würde die Polizei weiterhin am CSD-Tag anrücken, die Straßen rund um den Marktplatz absperren?

„Ich bin nicht der Mensch, der wegläuft“

Diana Pelzer, eine der Organisator*innen vom CSD in Köthen

Seit 2024 gilt in Sachsen-Anhalt ein Beschluss, der CSDs und CSD-ähnliche Veranstaltungen unter besonderen Schutz stellt. Schon lange vor dem Anschlag in Berlin seien die Sicherheitsmaßnahmen verschärft worden, sagt Grit Merker. Sie ist „Ansprechperson für die Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans* und intergeschlechtlichen Menschen LSBTTI“ bei der Polizei in Sachsen-Anhalt. Eine Stelle, die sie selbst mit aufgebaut hat. Bei den Polizeibehörden der meisten Bundesländer gibt es solche Ansprechpersonen, die eine Brücke zwischen Polizei und queeren Communitys bilden sollen. Die Beamten:innen, die diese Rolle übernehmen, sind oft selbst LGBTQI*. Und wissen zum Beispiel, dass sich viele queere Menschen, die zum CSD kommen, nicht einfach so „tarnen“ können, um nicht angegriffen zu werden – weil sie auch ohne Regenbogenfahne am Rucksack als queer zu erkennen sind.

Bei größeren CSDs wie in Halle oder Magdeburg sichert mittlerweile mehr als eine Hundertschaft die Demo. Vor ein paar Jahren, erinnert sich Falko Jentsch, war das noch nicht nötig. Beim CSD in Magdeburg fuhr vorne ein Poli-



Same, same und schöner leben ohne Nazis: innehalten abseits der Parade

Sicherheit – etwa dahin gehend, ob die Polizei Kräfte bereitstellt oder ob private Securitys bezahlt werden müssen.

Im SPD-Büro in Köthen wird noch die Aktionswoche durchgesprochen, die pickepackevoll ist, vom Flaggenhissen am Montag über Minigolf und Pubquiz bis zum Straßenfest und der Demo am Samstag. Und am Sonntag der queere Gottesdienst. Diana Pelzer organisiert den mit, obwohl sie persönlich mit Kirche nichts am Hut hat. Der Vorschlag, Kerzen für queere Menschen anzuzünden, kam in diesem Jahr von ihr. Für jene, die Suizid begangen haben, die Angst haben, sich zu outen, oder die verfolgt werden. Auch ein Lied soll gemeinsam gesungen werden. Kerstin Ott? Pelzer hebt die Brauen. Lieber Lady Gaga! Julian Miethig macht Notizen auf dem Laptop, wer wann wo sein kann. Bänke aufbauen, Zelte, Deko. „Buttersäure wegspritzen“, ergänzt jemand. „Was man in Köthen halt so macht.“ Viele lachen. Ein Schuldiger für den Anschlag damals wurde nicht gefunden, die Ermittlungen hat die Staatsanwaltschaft Dessau eingestellt.

Der erste CSD in Sachsen-Anhalt fand vor dreißig Jahren statt: am 8. Juni 1996, in der Landeshauptstadt Magdeburg. Lange blieb es bei diesem einen und einem weiteren in der zweitgrößten Stadt, in Halle. Ab 2021 folgten Schönebeck, Stendal, Salzwedel und



Diana Pelzer hat zwischen- durch mal zwei Jahre in Hannover gelebt. Zu unpersönlich, zu kalt sei es da gewesen

zeiwagen, einer hinten. Nicht mehr. „Da ist schon gewaltig etwas ins Rutschen gekommen“, sagt Jentsch.

Seit dem Anschlag auf den Magdeburger Weihnachtsmarkt greift die Polizei auch bei CSDs mehr auf Zufahrtssperren zurück. Anders als einfache Absperrgitter können sie Autos aufhalten. Sie sind aber teuer, und so viele hat das Bundesland gar nicht. Zum Teil müssen sie von den Polizeien anderer Länder ausgeliehen werden.

Zentral wichtig, findet Julian Miethig, dass es Verständnis bei Polizei und Behörden für die speziellen Belange der queeren Community gibt. „Wir sind total froh, dass wir unsere Ansprechpersonen haben“, sagt Miethig. Dies könnte sich aber ändern, käme die AfD in die Regierung. LGBTQI* und deren Schutz könnten dann kein eigenes Themenfeld in der Polizei mehr sein.

Egal wie die Wahl ausgeht – umziehen wolle sie nicht, betont Diana Pelzer. „Ich bin nicht der Mensch, der wegläuft.“ Seit vielen Jahren engagiert sie sich in Köthen im sozialen Bereich, versucht die Stadt besser zu machen. In der Flüchtlingshilfe oder eben jetzt beim CSD. Einmal war ihr Gesicht schon in der Zeitung, als über den CSD berichtet wurde. Ihre Mutter schnitt den Artikel aus und hob ihn auf.

Auch Julian Miethig beschäftigt die Wahl. Bald wird er seinen Master in Unternehmensführung machen, im September fängt er einen Job bei der Jugendweihe in Dessau an. Im letzten Winter, als die Umfragen mehr und mehr Besorgnis erregten, habe er mit dem Gedanken gespielt, aus Köthen wegzuziehen. Bei den Europawahlen 2024 holte die AfD hier 30,7 Prozent, bei der Bundestagswahl 2025 37,8 Prozent der Zweitstimmen. Dann aber war Miethig auf den ersten CSDs in diesem Jahr, in Schönebeck, Wernigerode. Auf denen gesagt wurde: „Genau das wollen die doch, dass wir alle abhauen.“ Da habe er sich entschieden zu bleiben. Erst mal. Köthen sei seine Heimatstadt und der CSD sein Herzensprojekt.

Langsam versammeln sich Leute mit dem Frontbanner des CSD Köthen vor dem Truck. Dahinter sammelt sich der Rest des Demozugs. Viele junge Gesichter, viele Fahnen und selbst gemalte Banner. „Schlecht angebunden – trotzdem da. Provinzielle Antifa“, steht auf einem. Jetzt stelle sich Euphorie ein, sagt Diana Pelzer. Auf diesen Moment hat sie gemeinsam mit den anderen das ganze Jahr lang hingearbeitet. Sie springt über die Rampe auf die Ladefläche des Trucks. Dann beginnt sie zu tanzen. „Sexy and I know It“ von LMFAO erklingt aus den Boxen, als sich der Lautsprecherwagen in Bewegung setzt. Es riecht nach Benzin, der Bass dröhnt über die Pflasterstraße. Der Zug führt am Halleschen Turm vorbei und von dort in einem Kreis durch die Altstadt. Ein Mann schaut oben aus einer Dachluke, reckt beide Daumen nach oben, als wolle er sagen: Weiter so!

Diese Momente seien es, sagt Diana Pelzer, die sie motivierten weiterzumachen. „Wir müssen uns zeigen!“

Die Regenbogenflagge würde die AfD in Sachsen-Anhalt als Erstes abschaffen wollen. Noch ist es nicht so weit

Selbst zu sehen und anderen zu zeigen, wie viele queere Menschen es „hier gibt“, sagt Julian Miethig, das sei, was ihn bei der Stange halte. „Wenn Menschen zu mir sagen, es habe sie befreit, beim CSD mit dabei sein zu können – dann ist das eine Wiedergutmachung für den Stress, den ich das ganze Jahr lang hatte.“ Falko Jentsch kann sich ein Leben ohne sein Engagement gar nicht mehr vorstellen. Früher war er Einzelgänger, fuhr gerne allein mit dem Fahrrad, wenn er sich entspannen wollte. Heute gelinge ihm das am besten „unter Menschen“. Was ihm Kraft gebe: nach einem erfolgreichen CSD mit dem Team zusammenzusitzen wie zum Beispiel in Köthen am Abend des 11. Juli im The Shamrock. „Was mir immer mehr auffällt, ist dieser überbordende Hass“, sagt Jentsch. „Dem möchte ich mich nicht beugen.“

Nach dem 25. Juli 2026, dem Anschlag auf den Berliner CSD, sagen Jentsch und Miethig, dass ihre größte Sorge bisher gewesen sei, die Menschen sicher zur Demo und zum Straßenfest zu bringen und wieder zurück. In Köthen hatten sie noch spontan einen Abholservice vom Bahnhof organisiert. Jemand stand mit einem Schild am Bahnsteig und versammelte die CSD-Teilnehmer*innen, die mit dem Zug aus Halle, Leipzig oder anderen Orten kamen. Sobald die Veranstaltung losging – vor allem, sobald sich die Pride-demo in Bewegung setzte, sich laut und selbstbewusst die Straße nahm –, war die Stimmung anders. Das Gefühl: Sobald wir viele sind, kann uns niemand mehr was. Seit Berlin, sagt Falko

Jentsch, habe sich das leider etwas verändert. „Ich habe immer gesagt: Passt auf dem Hin- und Rückweg auf. Aber auf dem CSD seid ihr sicher.“ Diesen Satz bringe er nicht mehr so leicht über die Lippen wie früher.

Mehr Sicherheit dürfe nicht weniger Spielraum bedeuten, betont Falko Jentsch. „Ich möchte keinen CSD einmauern“

Sowohl Jentsch als auch Miethig organisieren den CSD in Magdeburg mit. Beim Alten Markt, wo dieser bisher stattfand, gibt es eine vierspurige Straße. Bereits vor dem Anschlag in Berlin verlegte das Team ihn deshalb auf den Domplatz.

Nach einem guten Gespräch mit den beteiligten Behörden ergäben sich nun für das Orgateam einige Hausaufgaben: „Wir müssen sehr detailliert planen, wann welches Fahrzeug auf dem Platz benötigt wird, welche Zufahrten möglich sein müssen und welche Bereiche des Domplatzes wir überhaupt nutzen können“, sagt Jentsch. Durch die notwendigen Sicherheitsabstände und die Sperren rund um den Platz können

nicht alle Flächen so genutzt werden, wie sie es ursprünglich vielleicht vorgesehen hatten. Das koste aktuell zusätzliche Kraft, aber die Zusammenarbeit mit den Behörden erlebe er als sehr konstruktiv.

Mehr Sicherheit dürfe nicht bedeuten, dass die CSDs immer weniger Spielraum hätten, betont Falko Jentsch. „Ich möchte keinen CSD einmauern.“

Der nächste CSD in Sachsen-Anhalt, nach dem in Magdeburg, wird der in Halle sein. Besonders brisant: Er findet am 12. September statt, nur eine Woche nach der Landtagswahl. Martin Thiele arbeitet bei der AIDS-Hilfe Halle/Sachsen-Anhalt Süd, die den CSD Halle gemeinsam mit dem BBZ Lebensart und dem Jugendnetzwerk Lambda Mitteldeutschland organisiert. Im Team hätten sie lange über das Datum diskutiert, erzählt er der taz. Und sich dann entschieden, trotz allem an ihm festzuhalten. „Als ein kleiner Hoffnungsschimmer nach der Wahl.“

Die Sicherheitsmaßnahmen habe die Polizei bereits im vergangenen Jahr erhöht, als Folge der Attacke auf den Magdeburger Weihnachtsmarkt. Die Demoroute war weiträumig abgeriegelt. Beklemmend, fand Thiele damals. „Erst mal fühlt man sich gar nicht sicherer, weil einem bewusst wird, was alles passieren könnte.“ Nach den jüngsten Ereignissen in Berlin sei er aber froh, dass klar ist: Soundso wird abgesperrt. Die Polizei habe zudem versprochen, mit noch mehr Einsatzkräften vor Ort zu sein als in den vergangenen Jahren. „Wir sind gut aufgestellt und guter Dinge, dass unser CSD

wie geplant und sicher wird ablaufen können.“

Nichtsdestotrotz befürchtet Julian Miethig kurz nach dem Anschlag in Berlin, dass zu den noch ausstehenden Prideparaden „weniger Menschen kommen, weil sie Angst haben“. Wenige Wochen später zeichnet sich ab, dass seine Sorge unbegründet sein könnte: Am 1. August, zum CSD in Naumburg in Sachsen-Anhalt, kamen laut Polizei etwa 700 Menschen – nicht weniger als im Vorjahr. Sieben Tage später, zum CSD in Braunschweig, erschienen sogar mit um die 6.000 Besucher:innen deutlich mehr als sonst. Viele auch nichtqueere Unterstützer:innen waren gekommen. Nach dem Motto: Jetzt erst recht. Und an den CSDs am 15. August in Peine, Plauen, Leer nahmen jeweils mehrere Hundert Personen teil.

Für den CSD in Magdeburg erwartet Falko Jentsch um die 10.000 Menschen – mehr als in den vergangenen Jahren. Er, der ja immer wieder Mails von Jugendlichen bekommt, die darüber klagen, dass ihre Eltern ihnen aus Sicherheitsgründen die Teilnahme an CSDs verweigern, nimmt aktuell eher einen gegenläufigen Trend wahr: Familien, die zwar eine gewisse Verunsicherung spürten, aber auch bewusster Haltung zeigen wollen. Und die sagen: „Dann gehen wir eben gemeinsam hin.“

Franziska Schulteß, 41, arbeitet in der Chefredaktion des „L-Mag“, des Magazins für Lesben. Vorher war sie für das queere Berliner Stadtmagazin „Siegestsäule“ tätig.



taz reisen in die Zivilgesellschaft

Gruppenreisen für Individualist:innen

TAZ-REISEN IM HERBST

Die taz-Reiseleiter:innen sind Türöffner für fremde Kulturen; sie ermöglichen Treffen mit engagierten Menschen und interessanten Projekten.

10. bis 18. Oktober 2026

ISTANBUL

mit Bosporus-Fahrt bis zum Schwarzen Meer

mit Nihat Gencosman und Derya Türkmen

Istanbul ist eine der ältesten Metropolen Europas, herrlich am Bosporus gelegen, vielschichtig und widersprüchlich. Die größte und wichtigste Stadt der Türkei ist der kulturelle und politische Puls des Landes. Wir durchstreifen völlig unterschiedliche Stadtteile, neben traditionell islamisch geprägten Vierteln ist die Stadt auch eine Hochburg der Opposition. Ihre Sicht auf die Entwicklung des Landes werden wir bei verschiedenen Treffen erfahren.

1.330 € (DZ/3 x HP+5 x ÜF/ohne Anreise)

Alle Infos (Programme, Preise und Leistungen, Reiseveranstalter etc.) zu den taz-Reisen unter: www.taz.de/tazreisen oder unter Telefon (030) 2 59 02-117

17. bis 29. Oktober 2026

PER BUS BIS OST-ANATOLIEN

Kappadokien – Diyarbakır – Mardin – Urfa – Konya

mit Nihat Gencosman

Die 11-tägige Busreise führt von Istanbul bis nach Diyarbakır, der inoffiziellen Hauptstadt der Kurden, und zum Ilisu-Staudamm bei Hasanköy am Tigris. Auf dem Hinweg sehen Sie als weitere Highlights die Hauptstadt Ankara und die Tuffstein-Landschaft in Kappadokien, auf dem Rückweg Göbekli Tepe, die ältesten bekannten Tempel der Menschheit bei Urfa (dem Edessa der Antike), sowie Konya, die Stadt der tanzenden Derwische.

2.170 € (DZ/HP/ ohne Anreise nach Istanbul)

die beiden Reisen sind verbindbar, mit Preisnachlass

Anzeige

taz Verlags- und Vertriebs-GmbH, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin



Sarah Wiener
Die Zutat

Ich pflüge mich
lustvoll nach unten

Wenn ich einen Spitzkohl vor mir auf dem Brett liegen habe, kann ich nicht anders: Ich muss unbedingt die Spitze von oben nach unten feinsäbeln. Nie fange ich an, den Kohl vorher zu teilen (es sei denn, das Rezept verlangt Viertel), nie fange ich unten an, wo er dick ist. Ich beginne immer oben, beim Zartesten, Einfachsten, Weichsten, und dann pflüge ich mich lustvoll nach unten, zu den größeren härteren Stielen. Allein der Haufen hellgrüner feiner Streifen macht mir Appetit aufs Kochen.

Für einen einfachen Spitzkohlsalat vermenge ich die Blätter kurz mit etwas Zitronensaft und -zeste, wenig Sojasoße, etwas Olivenöl und Kampot-Pfeffer und richte sie auf einem großen flachen Teller an, darüber kommen hauchdünne Parmesanstreifen und ein paar Pinienkerne. Wenn der Salat noch mehr hermachen soll, schmore ich kleine Pfifferlinge, mische sie mit grob geschnittener Petersilie und streue sie über den Kohl.

Wer's bunter mag, mischt die Spitzkohlstreifen mit längs und fein geschnittener roter Paprika und Karotte und einigen Frühlingszwiebelringen und macht ein Dressing aus Sesamsamen, ein paar Esslöffeln Sojasoße, sehr wenig Reisessig, etwas mehr geröstetem Sesamöl und Knoblauch, Ingwer und Chili nach Lust und Liebe. Dazu passen gegrillte Garnele oder angebratene Tofustücke.

Kommen mehrere Freunde zum Abendessen, mache ich ein köstliches Spitzkohlrisotto. Dazu hobele ich den Kohl sehr fein, ebenso eine Zwiebel, röste beides glasig an, lösche mit einem guten Weißwein ab und gebe nach und nach Gemüsebrühe hinzu, bis alles sämig ist und der Reis durch (aber nicht zu durch!). Ich schmecke alles mit Zitronenzeste, geriebenem Biobergkäse und einer Prise Muskatnuss ab. Salz und Pfeffer dürfen natürlich auch nicht fehlen. Das Risotto hübsche ich mit frittierten Kohlblättern oder mit gebratenem oder gedämpftem Lachs auf.

Vor lauter Wasser im Mund habe ich fast vergessen zu erwähnen, dass Spitzkohl auch noch supergesund ist. Er enthält etwa sekundäre Pflanzenstoffe, die entzündungshemmend sind und nicht in fernen Ländern wirken. Und: Er hat wenig Kalorien. Na bitte!

Außerdem ist Spitzkohl ausnahmsweise mal eins der wenigen Gemüse, die bei uns geboren worden sind und nicht in fernen Ländern. Es gibt frühe Sorten schon an den ersten Sommertagen und späte, die bis in den Winter geerntet werden können und gut lagerfähig sind. Die Franzosen lieben den Spitzkohl übrigens auch, besonders im Elsass haben sie wunderbare Rezepte. Aber das vielleicht Beste ist: Im Gegensatz zu anderen Kohlsorten ist der Spitzkohl leicht verdaulich. Guten Appetit!



Foto: Waldemar Boegel/Imago

Die Köchin Sarah Wiener stellt hier jeden Monat eine ihrer Lieblingszutaten vor. Heute: Spitzkohl.

herzensort

Singen, jodeln,
wrestlen, leben

Es ist der letzte Schritt auf meiner Liste „Anleitung gegen depressive Episoden“. Wenn ich vergessen habe, wofür ich eigentlich lebe, gehe ich auf Youtube und suche ein Video, das bereits zehn Jahre alt ist und hoffentlich niemals gelöscht wird: die beste aller Carpool-Karaoke-Folgen. Denn **im Auto mit den Red Hot Chili Peppers** ist es unmöglich, traurig zu sein.

Üblicherweise werden in diesem Format die Songs der anwesenden Musiker abgespielt und alle Insassen singen mit. Aber hier wird nicht nur gesungen – es wird auch gejodelt (im Nonsens-Song „Heemi Lheemy“, den Anthony Kiedis und Flea mit 15 Jahren erfunden haben), gewrestlet (auf einem Rasen vor einer Villa) und so viel Energie versprüht, dass normale Menschen mehrere Wochen davon leben könnten.

Am schönsten ist es aber, Flea dabei zuzusehen, wie er ganz und gar in der Musik versinkt. Seine Finger greifen in imaginäre Saiten, sein Mund formt die dazugehörigen Töne: Pom pom, pom pom pom. Flea ist kein Bassist, er ist der Bass, schreibt jemand in den Kommentaren. Und mir fällt wieder ein, dass es eigentlich ganz einfach ist: Ich lebe, um zu leben.

Franziska Seyboldt



Sag mir, was du liest

Urlaubszeit ist Bücherzeit. Unsere Autorin arbeitet als Buchhändlerin – und hat über die Jahre ganz verschiedene Lesende kennengelernt. Eine Typologie

Von **Luciana Ferrando** (Text) und **Yvonne Kuschel** (Illustrationen)

Eine Stimme reißt mich aus den Welten der frisch eingetroffenen Bücher, in denen ich seit einer halben Stunde blättere. Ich war so vertieft, dass ich die Kundin nicht gehört habe, als sie die Tür öffnete. Sie ist eine der wenigen Menschen, die an diesem heißen Samstagnachmittag in die Buchhandlung kommen und die alle das selbe sagen: „Kühl hier.“ Wenn es draußen nicht 34 Grad hätte, wäre mehr los, dann könnte ich nicht so lange in einer dunklen Ecke sitzen und lesen – außer vielleicht im Winter bei minus 15 Grad und Schneesturm. Dann würden die Leute beim Reinkommen wahrscheinlich sagen: „Warm hier.“

An normalen Tagen passiert es leider ziemlich selten, dass ich viel Zeit zum Lesen habe. Jedenfalls nicht so oft, wie ich es mir vorgestellt hatte, als ich schon als Teenagerin davon träumte, Buchhändlerin zu sein. Vor meinem inneren Auge sah ich mich auf einer Fensterbank liegen, mit einer Tasse Kaffee in der einen Hand und einem offenen Buch in der anderen. Um mich herum Büchertürme und eine in der Sonne schlafende Katze.

Ein ähnliches Bild scheinen viele Kund*innen im Kopf zu haben, wenn sie an diesen Beruf denken. Oft höre ich Sprüche wie: „Schön, den ganzen Tag lesen und so ...“, „Schön wäre es“, denke ich, nicke aber nur, denn ich möchte ihre Fantasie nicht zerstören.

Umgekehrt romantisiere ich sie als Lesende. Ich ordne sie alle der selbsterfundenen Kategorie der Genussleser*innen zu und, weil ich von ihnen gelernt habe, dass „jedes Wetter Lesewetter ist“, stelle ich sie mir lesend in jeder Lebenslage vor:

am Kaminfeuer, mit den Füßen im See oder an einem regnerischen Tag in einem Café. Als müsste niemand von ihnen arbeiten, als hätten sie keine Sorgen oder als wollten sie in ihrer Freizeit nichts anderes tun als zu lesen.

Dabei gibt es genauso viele Arten von Leser*innen und Buchkäufer*innen wie Bücher, Buchläden und Buchhändler*innen. Einige der prägnantesten Typen habe ich

nach Jahren intensiver Beobachtung in zwei Buchhandlungen folgendermaßen kategorisiert:

Die Ernstern

Sie lieben die bunten Bände der edition suhrkamp-Reihe zu politischer Bildung, linker Theorie, Philosophie und literarischen Debatten. Sie bleiben an den Sachbuchtischen und -regalen, setzen ihre Brille auf, machen handschriftliche Notizen und

brauchen fast nie Tipps oder Hilfe. Sie wissen immer genau, was sie wollen. Am Ende kommen sie mit ihrem Bücherstapel zur Kasse: „Die“, sagen sie, und fragen nach der Quittung. Sie sind nett, aber distanziert. Sie unterhalten sich nur so viel wie nötig. Manche kommen direkt mit einem Zeitungsausschnitt in der Hand zur Kasse und sagen: „Ich möchte das.“ Oder ohne Zeitung: „Ich hätte gerne das neue Buch von Illies.“ Die





Romanabteilung besuchen sie normalerweise nicht.

Die Wieder-Lesenden

„Jetzt habe ich Urlaub und kann endlich wieder lesen“, ist einer der Sätze, die ich in dieser Jahreszeit am häufigsten höre. Genauso wie: „Bitte etwas Leichtes, Fröhliches, ohne allzu viele Tiefschläge.“ Ich empfehle dann oft außergewöhnliche Liebesgeschichten wie „Jahre mit Martha“ von Martin Kordić, unterhaltsame Bücher wie „Iowa“ von Stefanie Sargnagel oder kluge, absurde Geschichten wie „Auf allen vieren“ von Miranda July. Einige Kund*innen lesen im Alltag weniger, weil sie zu viel arbeiten müssen, erzählen sie mir. Andere geben zu, zu viele Stunden mit dem Handy, auf Instagram oder in den sozialen Medien zu verbringen. Wieder andere haben stapelweise Bücher zu Hause. Sie fangen eines an, kommen nicht weiter, kaufen ein neues. Aus verschiedenen Gründen spüren sie alle denselben Wunsch: wieder in die Welten der Bücher einzutauchen und so auf dem Balkon oder am Strand für eine Weile ihren Realitäten zu entfliehen.

Die Tourist*innen

Mit grünen Getränken in der Hand kommen sie herein: sehr junge Menschen in kleinen Gruppen. Sie tragen einen langen Rock über einer breiten Hose und Crocs, unterhalten sich auf Englisch und hören auch beim Betreten des Ladens nicht auf zu reden. Wenn ich „Hallo“ sage, bekomme ich irgendwann ein leises „Hi“ als Antwort. Oft setzt sich eine*r von ihnen in den Sessel und scrollt durch das Handy, während die anderen herumspazieren. Manchmal kommen sie

nur kurz rein, und sind im nächsten Augenblick schon wieder verschwunden, als ob sie sich verirrt und gedacht haben, die Buchhandlung sei einer der vielen Secondhandläden der Straße. Oft vergessen sie, die Tür wieder zu schließen.

Die Insta-Tiktok-Crew

Ungefähr gleich alt wie die Tourist*innen, aber ohne Getränke, dafür in weißem Hemd und Schnürschuhen aus Leder, sind jene jungen Menschen, die sich erstaunlich gut mit Büchern – vor allem mit Sachbüchern – auskennen. Sie geben sich gegenseitig Tipps und erzählen, was sie darüber gehört, gelesen oder auf Instagram oder Tiktok gesehen haben. „Hey, hast du ‚Dieser Drang nach Härte‘ von Eva von Redecker schon gelesen?“ „Nein, noch nicht. Aber ich hab das andere von ihr gelesen, ‚Revolution für das Leben‘. Fand ich super.“ Lange habe ich mich gefragt, woher dieses Interesse und das viele Wissen kommen. Dann erzählte mir jemand von Booktok und Bookstagram, wo Bücher empfohlen, diskutiert und zu Trends gemacht werden. Dabei gehe es nicht nur, aber oft um Bücher, die große Emotionen auslösen, schön gestaltet sind und sich gut in Videos präsentieren lassen. Ich bewundere ihre Begeisterung, auch wenn sie mich oft gar nicht brauchen. Falls ich doch mal eine Empfehlung geben darf, antworten sie mit einem „Ja, safe, safe!“ auf jeden Vorschlag.

Die Schenkenden

Welche Menschen besonders oft mit Büchern beschenkt werden? Die Freundin, die fünfzig wird und „alles“ liest. Arbeitskolleg*innen, die den

Job wechseln oder in Rente gehen. Das gerade eingeschulte Kind. Mit großem Abstand an der Spitze meiner ganz persönlichen Statistik stehen aber Mütter. Sie zufriedenzustellen, scheint eine Herausforderung. „Meine Mutti liest gern Klassiker“, fängt ein Kunde an. „Aber nicht Klassiker-Klassiker. Keinen Thomas Mann oder Max Frisch. Klassiker aus den 70ern oder 80ern, von Autorinnen.“ Ich versuche es mit Elfriede Jelinek, Simone de Beauvoir oder Sylvia Plath. Überzeugt wirkt er aber nicht. Er müsse in sich gehen. Konkrete Beispiele für die Lieblingslektüre seiner Mutter habe er auch nicht parat.

Ein anderer Kunde sagt: „Ich brauche eine Mutti für meine Mutti“, und bestellt ein Buch über Angela Merkel. Und eine Kundin meint, sie brauche ein Buch für ihre Mutter, die nach dreißig Jahren als Witwe zum ersten Mal wieder frisch verliebt sei. Die Geschichte berührt mich, und ich will mehr wissen. „Sie hat ihn auf einer Reise kennengelernt und ist gerade zu ihm gezogen.“ Die Kundin entscheidet sich für Isabel Allende. Nicht, weil sie die Autorin besonders möge, aber diese komme aus Chile – dem Land, in dem ihre Mutter gerade mit ihrer neuen Liebe lebt. Außerdem gebe es bei Allende Kitsch und Epos, „was gerade gut zu meiner Mama passt“.

Die Stammkund*innen

Es gibt auch diejenigen, die alles kaufen, was wir im Schaufenster oder auf unserem Neuheiten-tisch präsentieren. Sie vertrauen blind unseren Tipps und sind immer auf dem neuesten Stand. Und es gibt jene, die es auf Titel abgesehen haben, die manchmal nicht einmal antiquarisch

zu bekommen sind, oder die wir bei Universitätsverlagen außerhalb Europas bestellen müssen. Es gibt Mütter mit vielen Kindern, die regelmäßig unseren Pixi-Ständer plündern, Südostasienspezialist*innen, die jedes Jahr Zeit dort verbringen und Bücher zu den unterschiedlichsten Ländern und Themen suchen, Kund*innen mit einer Leidenschaft für Pädagogik oder Psychologie, für Punk oder für die DDR, Nachbar*innen und sogar einige tazler*innen.

Manche unterhalten sich gern über Literatur und lassen sich beraten. Andere stöbern lieber stundenlang und lesen in aller Ruhe die ersten Seiten ihrer Vorauswahl auf einem Sessel neben der Lampe. Sie alle sind unterschiedlich.

Was sie verbindet: Sie kommen immer wieder und bestellen und kaufen ihre Bücher lieber bei uns als bei Onlineplattformen. Sie sind Stammkund*innen – also das Herz jeder Buchhandlung. Ohne sie gäbe es kleine Buchhandlungen schon längst nicht mehr.

Die Genießer*innen

Und ja, auch wenn längst nicht alle Leser*innen zu dieser Kategorie gehören – es gibt sie natürlich auch. Eine Standardantwort auf meine Frage: „Soll ich es als Geschenk einpacken?“, lautet: „Es wird sofort gelesen.“ „Also to go“, sage ich, und die Kund*innen lachen. Oder: „Nein, danke, das ist für mich.“ Dann ziehe ich ein Ass aus dem Ärmel und biete an,

das Buch trotzdem in Papier einzuschlagen. Die meisten lachen überrascht, winken dann aber ab: „Nein, danke, das ist Verschwendung“, oder: „Behalten Sie das schöne Papier lieber für andere.“

Die Kundin, die ich nicht hereinkommen gehört hatte, reagiert auf mein „Ich kann das auch für dich einpacken“ mit einem Lächeln. Sie überlegt einen Moment lang. „Ja! Warum nicht?“, antwortet sie schließlich. Also packe ich das Buch besonders schön ein: mit Schleife, Lesezeichen und allem, was dazugehört. Sie bedankt sich und dreht sich auf dem Weg zur Tür noch ein paar Mal nach mir um. Das Buch hält sie fest an ihre Brust gedrückt, ihre Augen glänzen.

Unterstützen Sie ...

Nachwuchs – lokal, konstruktiv, kritisch

Seit 2008 organisiert die taz panterstiftung jährlich Workshops für angehende Journalist:innen in Deutschland. In diesem Jahr liegt der Fokus auf der Förderung des Lokaljournalismus bundesweit.

... mit einer Spende

taz.de/spenden
GLS-Bank Bochum / BIC GENODEM1GLS
IBAN DE97 4306 0967 1103 7159 00

taz panterstiftung

Foto: Luan A. Evans



„Wir bekommen derzeit enormen Gegenwind“

Elisabeth Kaiser wurde in der Platte in Gera groß, heute ist sie Ostbeauftragte der Bundesregierung. Ein Gespräch über Prägungen im Elternhaus, Nachwirkungen der Wende und die Lage der SPD vor den Wahlen

Von **David Muschenich** (Gespräch) und **Jens Gyarmaty** (Foto)

Vor dem Finanzministerium in Berlin fällt leichter Regen. Elisabeth Kaiser, Ostbeauftragte der Bundesregierung, hat hier ihr Büro. Auf dem Weg durch das Gebäude erzählt sie von dessen Geschichte. Der monumentale Baustil aus der NS-Zeit ist unverkennbar. 1949 wurde hier die DDR gegründet, ein riesiges Wandbild an der Außenfassade erinnert daran. Nach dem Ende der DDR zog die Treuhandanstalt ein, die staatliche Betriebe privatisierte, ohne Rücksicht auf Arbeitsplätze. Im Büro angekommen setzt sich Kaiser ans Kopfende eines hellen Konferenztischs.

taz: Frau Kaiser, Sie sind im Plattenbau des Geraer Stadtteils Lusan aufgewachsen. Vermissen Sie es, dort zu leben?

Elisabeth Kaiser: Ich habe gern in Lusan gewohnt, aber nein, ich vermisse es nicht.

taz: Warum?

Kaiser: Lange habe ich mir in unserer 2,5-Zimmer-Wohnung ein Zimmer mit meinem Bruder geteilt. Als Teenager war das aber doch zu eng. Ich war 12 oder 13, da sind wir umgezogen im Karree. 5-Zimmer-Wohnung in der Platte, das war richtig toll. Wir hatten jeder ein eigenes Zimmer und ein Arbeitszimmer. Nachdem mein Vater gestorben ist, haben wir uns wieder verkleinert, wir sind nach ganz oben gezogen, ohne Fahrstuhl. Meine Mutti wohnt da bis heute. Gera-Lusan ist sehr grün, sehr ruhig und hat sich gut entwickelt. Aber ich vermisse es trotzdem nicht direkt. Die Infrastruktur ist mir heute wichtiger: Bin ich nah an der Bahn, wie nah sind die Kita und Schule meiner Kinder?

taz: Wie leben Sie jetzt?

Kaiser: Auch wenn ich viel in Berlin bin, wohne ich weiterhin auch in einer Mietwohnung in Gera.

taz: Und wie fühlt es sich an, sich heute als Ostbeauftragte der Bundesregierung die Platte in Lusan anzugucken?

Kaiser: Da habe ich ein positives Gefühl, weil ich das mit meiner Kindheit

verbinde, das ist Heimat für mich. In der Regel bin ich da aber nicht als Ostbeauftragte unterwegs, sondern um bei meiner Mutti vorbeizuschauen.

taz: In Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern stehen im September Landtagswahlen an. In Sachsen-Anhalt könnte die AfD den aktuellen Umfragen zufolge sogar die Regierung stellen. Würden Sie als Ostbeauftragte mit einem Ministerpräsidenten von der AfD sprechen?

Kaiser: Ich gehe fest davon aus, dass die demokratischen Parteien der politischen Mitte die Mehrheit erreichen. Ein Großteil der Menschen in Sachsen-Anhalt möchte keine AfD-Regierung. Da bin ich mir sicher. Aber sollte der Fall doch eintreten, wäre das für die notwendige Zusammenarbeit in den politischen Gremien eine schwere Last.

taz: Viele wollen offenbar einen Wechsel. Wie würde eine AfD-Regierung Sachsen-Anhalt verändern?

Kaiser: Wenn ich mir das Wahlprogramm der AfD angucke, sehe ich nicht, dass das am Ende den Interessen der Menschen dient. Im Wahlprogramm steht, dass sie die Schulpflicht aufheben wollen. Wir haben in Ostdeutschland jetzt schon viel zu viele junge Menschen, die die Schule ohne Abschluss verlassen. Das schadet erst ihrer persönlichen Entwicklung und dann der wirtschaftlichen Entwicklung in der Region. Für die Wirtschaft hat zudem eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung ergeben: Ein Zuwanderungsstopp würde in Sachsen-Anhalt einen Verlust von 1.600 Euro Einkommen jährlich pro Kopf bedeuten.

taz: In Gera hat die AfD zuletzt bei Wahlen immer den höchsten Stimmenanteil bekommen. Wie sprechen Sie mit Menschen in Ihrem Umfeld, die AfD wählen?

Kaiser: Grundsätzlich versuche ich, allen Menschen mit Respekt und einem offenen Ohr zu begegnen. Ich versuche erst mal zu verstehen: Warum vertritt die Person diese Überzeugung? Es ist wichtig, die Menschen nicht gleich zu verurteilen, ansonsten hat man schon

verloren. Wenn das allerdings ins Menschenfeindliche abdriftet, wird es schwierig. Wo es bei mir aufhört, das ist der Austausch mit einschlägig rechtsextremen Personen.

taz: Die treten in Gera immer wieder in Erscheinung. Am 1. Mai demonstrierte die Neonazipartei Dritter Weg mitten in der Stadt. Ebenso wie im Jahr zuvor die NPD-Nachfolgepartei Heimat.

Kaiser: Ja, Rechtsextreme finden in Ostthüringen eine Bühne. Aber es gibt in Gera auch Widerspruch. Ich erinnere mich an große Demonstrationen, nachdem Correctiv über das Treffen in Potsdam berichtet hat, wo es um „Remigration“ ging. Wenn man sieht, dass die Menschen eine klare Haltung haben, ist das für mich Anlass zur Hoffnung.

taz: Die Demonstrationen gegen das „Remigrations-Treffen“ sind mehr als zwei Jahre her. Eine Person, die bei dem Treffen dabei war, ist Sachsen-Anhalts AfD-Spitzenkandidat Ulrich Siegmund. Dessen Veranstaltungen sind alle gut besucht.

Kaiser: Dass Herr Siegmund an diesem Treffen teilgenommen hat, ist doch ein Beweis dafür, dass er kein Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt werden sollte. Davon abgesehen merkt man, dass sich der gesellschaftliche Diskurs um die Demokratie verschärft hat.

taz: Wie merken Sie das?

Kaiser: Die Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer bekommen derzeit enormen Gegenwind ab. Das kenne ich auch, wenn ich an Türen klopfe. Aber dann treffe ich auch Menschen, die sagen: „Gut, dass ihr da seid. Wenn ihr uns aufgebt, dann gute Nacht, Deutschland.“ Und man muss betonen: Auch in Westdeutschland gewinnt die AfD hinzu. Je mehr Unsicherheiten entstehen durch Krisen und Herausforderungen, desto eher suchen Menschen Antworten im Populismus. Da ist Ostdeutschland eher der Seismograf für Entwicklungen, die ganz Deutschland betreffen.

taz: Es gab schon Zeiten, wo Rechts extremismus in Ostdeutschland noch



Elisabeth Kaiser im Finanzministerium in Berlin. Das Gebäude hat eine lange Geschichte, ein Wand

sichtbarer und gewalttätiger war, die „Baseballschlägerjahre“ nach dem Ende der DDR. Sie sind 1987 geboren. Wie war es, als linke Jugendliche in Gera aufzuwachsen?

Kaiser: Ehrlich gesagt habe ich mich als Jugendliche nicht direkt politisch engagiert. Ich war kulturell aktiv und habe unter anderem Theater gespielt, das hat mich interessiert. Trotzdem hat man das im Alltag wahrgenommen. Es gab eben die rechten Skins, die ihre Springerstiefel mit weißen Schnürsenkeln gebunden haben, und dann gab es die Skater, die eher links unterwegs waren. Zwischen den Gruppen gab es Reibung und auch Gewalt. Wenn wir auf die Schriftstellerin Manja Präkels hören, ist die Situation heute nicht vergleichbar mit den 1990er Jahren oder den Nullerjahren, sondern schlimmer.

„Mein Vater hat wirklich daran geglaubt, ein sozial gerechtes Land aufzubauen. Am Ende war er sehr enttäuscht vom DDR-System. Er kam immer grauer nach Hause“

taz: Wenn Sie früher nicht politisch aktiv waren, wie kam es dann, dass Sie in die SPD eingetreten sind?

Kaiser: Durch mein Elternhaus war ich schon tendenziell eher links. Dann habe ich Staatswissenschaften in Erfurt studiert und am Lehrstuhl für vergleichende Regierungslehre gearbeitet. Einige Dozenten hatten eine klare

politische Haltung – und das hat mich geprägt. Einer hat irgendwann zu mir gesagt: Du musst jetzt auch mal Farbe bekennen. Zudem war ich Stipendiatin der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung, habe viel mit den Jusos an der Hochschule gemacht, mich auf politische Kommunikation spezialisiert. Damals habe ich noch überlegt, ob ich in den journalistischen Bereich gehe. Ob da ein Parteibuch so klug wäre? Als ich dann 2012 in die Unternehmensberatung gegangen bin, habe ich mir gesagt: Jetzt will ich mich parteipolitisch engagieren.

taz: Wieso das?

Kaiser: Ich hatte meinen Job, mein Privatleben, aber gemeinsam Dinge voranbringen und gestalten, das fehlte mir komplett. In dem Moment habe ich mich entschieden, Mitglied der SPD zu werden.

taz: Ihre Eltern haben in der DDR beide für die SED-Zeitung Volkswacht gearbeitet. Ihr Vater war stellvertretender Chefredakteur, Ihre Mutter Redakteurin. Wie war es, mit ihnen über die Arbeit bei der SED-Zeitung zu sprechen?

Kaiser: Das war gar nicht so einfach. Mein Vater ist gestorben, als ich gerade 17 Jahre alt war, er war 25 Jahre älter als meine Mama, im Zweiten Weltkrieg war er als 16-Jähriger noch beim Volkssturm. Von meiner Mutter weiß ich, dass er wirklich daran geglaubt hat, ein sozial gerechtes Land aufzubauen, frei von Faschismus und Unterdrückung. Am Ende war er sehr enttäuscht vom DDR-System.

taz: Was heißt am Ende?

Kaiser: In den 80ern. Er kam immer grauer nach Hause, als er gemerkt hat, dass das nicht funktioniert. Da wurde sich in den Parteigremien die Situation in der DDR schöngeredet – völlig fern von der Realität. Zu mir hat er mal gesagt, dass er immer im falschen System gelebt hat. Das musste ich erst mal verstehen lernen.



Bild erinnert an die Gründung der DDR

taz: Und wie war es für Ihre Mutter?
Kaiser: Mit ihr konnte ich später besser darüber reden. Als ich jünger war, war sie noch zu nah dran. In der DDR habe sie mehr Zusammenhalt im Kollegium gespürt. Sie hat dann vor allem von den krassen Veränderungen durch die Wiedervereinigung erzählt, die Redaktion wurde ausgedünnt, die Belastung für die Redakteure stieg. Für meine Mutter war das negativ. Gleichzeitig hat sie die vielen Freiheiten gelobt, die sie vor der Wende nicht hatte: Du kannst reisen, frei entscheiden, was du machen willst.

taz: Manche Ostdeutsche haben einen widersprüchlichen Blick auf die DDR. Auf der einen Seite werden sie nostalgisch, sie sagen, dass es schön gewesen sei. Auf der anderen Seite sehen sie auch den Unrechtsstaat.
Kaiser: Ja, ich glaube, diese Perspektive haben viele Menschen mit Ost-Biografien. Sie wissen, dass es Unrecht war, was in der DDR passiert ist. Aber wenn man selbst nicht von Repressionen betroffen war und sich angepasst hat, konnte man eigentlich ein ganz gutes Leben führen. Vielleicht muss man das trennen und sagen, es gab beide Erfahrungen. Das anzuerkennen, ist sicher nicht für alle gleich einfach. Ich fand es auch krass in den Auseinandersetzungen mit meiner Mama, dass man damals vieles einfach so hingenommen und akzeptiert hat. Es wurde nicht hinterfragt. Das zeigt, wie gut die Sozialisation und die Propaganda des Regimes gewirkt haben.

taz: Nach Ihrem Eintritt in die SPD haben Sie nur wenige Stationen gebraucht, bis Sie Teil der Bundesregierung wurden. Wenn Sie jetzt als Ostbeauftragte auf die anstehenden Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern schauen, was erwarten Sie da?
Kaiser: In Mecklenburg-Vorpommern gibt es eine sehr starke Ministerpräsidentin, die unheimlich viel für ihr Land erreicht hat ...

taz: ... Ihre Genossin Manuela Schwesig.
Kaiser: Trotz großer Herausforderungen verzeichnet sie ein Wirtschaftswachstum. Das zählt sich aus, auch wenn es weiterhin Probleme gibt. Vor allem in den sogenannten strukturschwachen Gebieten zweifeln Menschen am Funktionieren von Politik.

taz: Warum ist das so?
Kaiser: Wenn in einem Ort weniger Menschen leben, gibt es auch weniger Infrastruktur. Wenn der Bus oder der Jugendklub wegfällt, fühlen sich die Menschen benachteiligt. In Ostdeutschland ist das noch mal stärker, weil viele dort schon mal eine negative Erfahrung mit Wandel gemacht haben. Das wirkt sich auf die politische Einstellung aus. Der Osten ist aber nicht nur das. Hier gibt es zum Beispiel mit der Medizintechnik, der Halbleiterindustrie oder der Mikroelektronik wichtige Wirtschaftszweige, da müssen wir investieren. Der Osten ist eine Zukunftsregion. Dieses Bild, da sei nur Abstieg, alles schwierig und schlecht, davon müssen wir wegkommen.

taz: In Sachsen-Anhalt steht die SPD bei 7 Prozent. Spitzenkandidat ist Wissenschafts- und Umweltminister Armin Willingmann, der seit 10 Jahren in der Landesregierung ist. Gerade lässt er den Spruch „Erfahrung statt Experimente“ plakatieren. Klingt das nach Veränderung?
Kaiser: Erfahrungen sind sehr wichtig in Zeiten des Wandels. Die Erwartungen an Politik sind hoch: Menschen wollen, dass Politik zuhört, Probleme löst, Sicherheit und Verlässlichkeit bietet, dass ihre Lebensleistung und Erfahrungen gesehen werden. Um den Wandel zu gestalten, braucht es Sicherheit, das bedeutet für mich: faire Löhne, gute Bildung und einen starken Sozialstaat.

taz: Laut dem aktuellen Sachsen-Anhalt-Monitor schätzen nur 2 von 10

Menschen die wirtschaftliche Lage als gut ein. Warum kommt die Erzählung der Zukunftsregion offenbar bei vielen Leuten nicht an?
Kaiser: Weil Aufbruch und Verunsicherung gleichzeitig stattfinden. Viele insbesondere in den ländlichen Regionen sorgen sich um ihren Arbeitsplatz. Wenn ein Unternehmen mit 500 Beschäftigten oder mehr zu schließen droht und man hört, dass auch Industrieunternehmen pleitegehen, verunsichert das die Menschen. Seit 2020 leben wir in einer krisengeprägten Zeit. Corona hat das Vertrauen in Institutionen geschwächt, das wirkt bis heute nach, auch bei der Jugend. Es ist schwieriger, einen Ausbildungsplatz zu bekommen, weil Unternehmen mit Blick auf ihre eigene Zukunftsperspektive überlegen, ob sie überhaupt ausbilden. Hinzu kommen die Kriege in der Ukraine oder in Iran. Wir haben nach wie vor hohe Energiepreise. Gerade in Regionen, die schon einmal mit kompletter Wucht Transformationen negativ erlebt haben, sind die Menschen empfänglicher für populistische Antworten auf komplexe Fragen.

taz: Wer schon mal eine große Veränderung erlebt hat, fühlt sich nicht besser gewappnet für die nächste?
Kaiser: Es hängt mit den Erfahrungen und Ressourcen zusammen. Ist man finanziell gut ausgestattet, kann man eher ein Risiko eingehen. Dann sind Menschen veränderungsbereiter. Aber gerade in den sogenannten strukturschwachen, ländlichen Regionen ist die Bereitschaft für Veränderung nicht so stark ausgeprägt.

taz: Stimmt das denn? Diese Woche hat mir ein AfD-Sympathisant erzählt, er werde die Partei nur deshalb wählen, weil sie als einzige echte Veränderung verspricht.
Kaiser: Die Frage ist: welche Veränderung? So wie ich das in Gesprächen mit AfD-Wählerinnen und -Wählern

wahrnehme, geht es ihnen häufig um einen kompletten Systemwechsel. Man erhofft sich danach etwas Besseres, ohne konkret sagen zu können, was eigentlich. Die Rechte von Migrantinnen und Migranten sollen beschränkt werden, damit sie das Land verlassen. Das suggeriert eine sehr einfache Antwort auf viele Problemlagen, ohne etwas zu verbessern. Aber die Probleme im Gesundheitssystem, mit dem Lehrermangel, mit dem Zustand der Schulen sind sehr konkret. Die müssen angegangen werden. Da braucht es jetzt Zeit und Investitionen. Deswegen war es richtig, das Sondervermögen für Investitionen aufzunehmen, und jetzt dauert es, bis sich die Wirksamkeit zeigt.

taz: Als Ostbeauftragte verfolgen Sie das Ziel, die Lebensverhältnisse anzugleichen. Was muss sich in Ostdeutschland dafür noch ändern?
Kaiser: Zum einen müssen wir von dieser Erzählung wegkommen, dass sich der Osten dem Westen anpassen muss. Die verschiedenen Erfahrungen mit der Wiedervereinigung sollten wir viel mehr wertschätzen, wir brauchen mehr Repräsentanz von Ostdeutschen in Führungspositionen, mehr Austausch und ein gegenseitiges Verständnis. Ich habe lange gar nicht wahrhaben wollen: Viele im Westen haben immer noch eine veraltete Vorstellung von Ostdeutschland. Da ist alles grau, alles arm und viele Neonazis. Damit versuche ich aufzuräumen. Aber es ist wichtig, dass auch Ostdeutsche anerkennen, dass es Wandel braucht und man den mitgestalten kann. Wir müssen offen sein, wenn wir Zukunftsregion sein wollen.

taz: Ost- und Westdeutschland unterscheiden sich auch stark in der Vermögensverteilung. Sie bringen ja die ostdeutsche Perspektive in die Bundesregierung ein. Wie ist es, mit Bundeskanzler Friedrich Merz, CDU, über

die Verteilung von Renten und Vermögen zu sprechen?
Kaiser: Also, Bundeskanzler Friedrich Merz ist auch den ostdeutschen Themen gegenüber aufgeschlossen und regelmäßig bei der Ministerpräsidentenkonferenz-Ost zu Gast. Die Unterschiede, unter anderem bei Renten und Vermögen, sind ihm bewusst und wir diskutieren dazu Lösungen. Ein Beispiel ist hier die Frühstart-Rente, die junge Menschen bei der Vermögensbildung unterstützt.

taz: Sie sind sicher, dass Merz zuhört?
Kaiser: Ja.

taz: Wenn ich mit Wahlkämpferinnen der CDU und SPD in Sachsen-Anhalt spreche, beschweren die sich, dass sie unter den schlechten Beliebtheitswerten der Merz-Regierung leiden. Hören Sie das auch?
Kaiser: Dass bei Landtagswahlen die Bundesthemen reinspielen, das hört man immer wieder. Natürlich sind die schlechten Beliebtheitswerte da nicht hilfreich. Unsere Aufgabe ist jetzt, als handlungsfähig wahrgenommen zu werden. Wenn wir zeigen, dass wir verlässlich sind, dass wir den Menschen die Möglichkeit geben, sich einzubringen, dann kann auch in schwierigen Zeiten Vertrauen gewonnen werden. Aber das ist kein einfacher Weg.

taz: Zuletzt hat die Bundesregierung Vertrauen verloren.
Kaiser: Ja. Wenn Reformvorschläge vorgelegt und diese sofort von allen Seiten zerpfückt werden, hilft das nicht.

taz: Vor allem von den fünf ostdeutschen Ministerpräsident:innen ...
Kaiser: Gerade deren Punkt kann ich wiederum auch sehr gut nachvollziehen. Hier geht es auch nicht um parteipolitische Profilierung. Die Rente nach 45 Beitragsjahren ist eine wichtige Anerkennung für die Lebensleistung. Bestimmte Themen muss man noch mal diskutieren. Mir geht es darum, dass wir am Ende der Debatte gemeinsam zu unseren Beschlüssen stehen. Sonst bekommen die Leute das Gefühl, dass wir wichtige Reformen nicht hinkriegen.

taz: Was glauben Sie: Wo stehen wir heute in zehn Jahren, was die Angleichung der Lebensverhältnisse betrifft?
Kaiser: Hoffentlich sind wir weiter als heute. Es wäre viel gewonnen, wenn wir den demografischen Wandel abbremsen könnten, eine wirtschaftliche Dynamik erleben und die Vermögensunterschiede nicht mehr so groß sind.

taz: Und wo leben Sie dann?
Kaiser: Ich werde weiter in Ostdeutschland leben, hoffentlich in Thüringen, vielleicht in Gera.

David Muschenich ist taz-Korrespondent in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Er hat wie Kaiser in Erfurt Staatswissenschaften studiert, allerdings zehn Jahre nach ihr.

.....

Elisabeth Kaiser

Die Person

1987 im thüringischen Gera geboren und aufgewachsen, studierte Elisabeth Kaiser ab 2005 in Erfurt Staatswissenschaften und ab 2009 in Potsdam Politik- und Verwaltungswissenschaften. Sie hat zwei Kinder.

Die Politikerin

2012 trat Kaiser in die SPD ein, zwei Jahre später arbeitete sie bereits als Pressesprecherin der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag. 2017 zog sie in den Bundestag ein und wurde Sprecherin der SPD-Arbeitsgruppe „Strategien gegen Rechtsextremismus“. Seit Mai 2025 ist sie Ostbeauftragte der Bundesregierung.

.....

Ein Freund hat einen Freund hat einen Freund



Roland Manz mit einem Stein aus den Ruinen des größten Kinderkran-kenhauses in Kyjiw

Roland Manz betreibt am Bodensee ein Lottogeschaft, in seiner freien Zeit fahrt er mit einem Hilfskonvoi immer wieder in die Ukraine. Sich selbst sieht er als „Gemeinschaftsmenschen“

Von Waltraud Schwab (Text) und Jörn Lorenz (Fotos)

Ob sein Engagement für die Ukraine etwas mit der Fluchterfahrung seiner Mutter zu tun hat, die, Kind noch, am Ende des Zweiten Weltkriegs aus dem Osten von ihrem Gutshof floh? Roland Manz verneint, stockt dann aber und sagt: „Jetzt, wo wir darüber reden, bringt mich das zum Nachdenken.“

Draußen: Die Kemptener Straße, die von Oberreutin nach Niederhaus bei Lindau am Bodensee führt, ist schwer befahren. Auf halber Strecke liegt eine Villa, gebaut um die letzte Jahrhundertwende. Dort im Erdgeschoss wohnt Roland Manz mit seinem jüngsten Sohn zur Miete. Von der Straße ist das Haus durch eine hohe Hecke und Rasen getrennt. Irgendwann soll eine Lärmschutzwand gebaut werden. Ob das was bringt, die Villa steht doch am Hang? Manz bleibt optimistisch, dass neue technische Entwicklungen das schon in den Griff bekommen werden.

Dinnen: Manz kommt gerade von der Arbeit. Er verkauft Autovignetten und Lottoscheine bei der Tankstelle an der Autobahn. Durch den Garten und über die Terrasse bittet er direkt ins Wohnzimmer. Eine ausladende Couch ist der Blickfang im Raum. Auch die weiße Ikea-Vitrine, das Klavier und

die Gitarre fallen auf. „Ich will wieder anfangen zu spielen“, sagt er und deutet auf die Instrumente. Es ist aufgeräumt, auch die Küche tipptopp. „Was du am Putzen bist, das ist abnormal“, soll ein Freund mal gesagt haben. „Aber ich brauche es ordentlich“. Am Fenster in der Küche steht ein gerahmtes Foto mit einer Gruppe Menschen, darauf in Kinderhandschrift: „Wir haben dich lieb.“ Ob es irgendetwas in der Wohnung gibt, was ihm wichtig ist? Er zeigt auf die Püppchen in der Vitrine im Wohnzimmer neben anderem farbenfrohen Nippes. „Alles Geschenke aus der Ukraine“, sagt er und holt einiges raus. Auch eine Patronenhülse. „So was kriegt man dort von Soldaten geschenkt.“

Ukraine: Warum Souvenirs aus der Ukraine? Weil kurz nachdem Russland die Ukraine angegriffen hat, ein Freund, „Chef der Bundespolizei“, zu ihm kam: „Kannst du mir helfen?“ Seine Frau, sie sei Ukrainerin, wollte Hilfsgüter ins Land bringen. „Du bist lustig, wo soll ich jetzt einen Transporter herkriegen?“, fragte ich. „Da fiel ihm ein, dass er einen anderen Freund mit Transporter hat. Einen Monat später führen sie mit Lebensmitteln, Kleidung, Medikamenten, Verbandsmaterial und vielen anderen Dingen los. Die Sachen haben sie über eine Anzeige in der Zeitung bekommen. „Lindau hilft“. Seither gibt

es die Initiative. 19 Mal waren sie schon dort, Konvoi Nummer 20 ist für den Herbst geplant.

Nah dran: Manz hat in seinem Leben schon einiges erlebt, Armut etwa, der Vater Maurer und Kranführer, die Mutter Verkäuferin, sechs Kinder, „es war immer knapp“. Aber jetzt seien es die Fahrten in die Ukraine „die tief gehen“. Zwei Tage brauchen sie für eine Strecke. „Ein Waisenhaus in Korosten fahren wir immer an. Das wird von einer 82-Jährigen geleitet.“ Die Kontakte zu den Einrichtungen in der Ukraine stellt die ukrainische Frau seines Freundes her. „Im Frühjahr haben wir eine ganze Frauenarztpraxis bekommen. Wir mussten sie ausräumen. Das haben wir natürlich gemacht.“ Es gebe viele Ehrenamtliche, die bei solchen Aktionen helfen. Die Praxiseinrichtung wurde ins Krankenhaus nach Winnjzja gebracht. Auf die Frage, wie die Stimmung in der Ukraine sei, meint er: „Unterschiedlich.“

Die ganze Wahrheit: Er habe schon einiges gesehen, was er nicht sehen wollte, sagt Manz. „Aber wenn schon, dann will ich die ganze Wahrheit.“ Im Krankenhaus in Winnjzja seien sie gefragt worden, ob sie mit Soldaten sprechen wollen. „Einer hatte nur noch Kopf und Rumpf, aber du hast kein böses Wort gehört.“ Einmal hätten sie ein ausgerangiertes Feuerwehrauto in die Ukraine gebracht und mit-

bekommen, wie hinterm Krankenhaus ein Lkw mit 25 Gefallenen stand. Einer wurde gerade abgeholt. Einmal hätten sie Sachen zu einer Schule gebracht. Dort war eine Zeremonie für die Gefallenen. Der Lieblingsbaum von jedem Toten wurde gepflanzt. „Da haben wir natürlich auch mitgemacht.“ Die Leute seien wahnsinnig freundlich. Das Zwischenmenschliche sei so groß.

Gemeinschaftsmensch: „Sozial eingestellt war ich schon immer.“ Er sei in Zech groß geworden, „dem Scherbenviertel“. Bis heute fühlt er sich dem Ort verbunden. „Ich war im Fußballverein, im Kirchenchor, da bin ich mit 18 Jahren rein, erster Bass. Raus erst in der Coronazeit.“ Als Stadtverordneter hat er sich für Spielplätze eingesetzt, gegen die Streichung von Buslinien gekämpft, war Sprecher im Zecher Bürgerforum. Er ist bei den Freien Bürgern/Freien Wählern Lindau, „aber das hat nichts mit Aiwanger zu tun“. Er habe Zech nie aufgegeben, obwohl da zuletzt 50 Prozent AfD gewählt haben. Er hat sein Mandat bei den Wahlen im Frühjahr verloren, es ging an die AfD. „In all den Jahren habe ich nicht erlebt, dass sich mal ein AfDler vor Ort zeigt.“ Vorsitzender des sozialen Treffpunkts Zech war er auch jahrelang. „Ich bin ein Gemeinschaftsmensch.“ Und immer das Positive sehen, das gehöre dazu. „Ich bin ein grundfreundlicher Mensch.“

Haltung: Mit dieser Einstellung meistert er Rückschläge. Er wäre etwa gerne Koch geworden, habe sich aber zu spät beworben. Er ist 1961 geboren, „ein starker Jahrgang halt.“ Deshalb wurde er Verkäufer, „ein Traumberuf“. Auch die zwei Scheidungen brachte er mit dieser Haltung einvernehmlich über die Bühne. Die erste Frau ist Französin mit einem Vater aus Madagaskar. „Sie hat es in Deutschland nicht mehr ausgehalten.“ Die zweite Frau ist Perserin. Mit beiden versteht er sich bis heute. „Als Fischegeborener kann ich mich gut einfühlen.“

Astrologie: Ob er denn an Horoskope glaubt? Er hält es zu-



Ein Werk der ukrainischen Künstlerin Olha Kolodii. Für Manz ein Bild der Hoffnung

mindest nicht für abwegig. „Meine Mutter konnte Karten legen“, jetzt leg mir doch auch mal, habe er sie gebeten. Sie ließ sich überreden. „Und, was siehst du?“ „Du wirst viele Reisen machen.“ So sei es dann auch gekommen. Ein Freund fragt ihn, ob sie gemeinsam einen Katamaran aus Mallorca zu einer Regatta nach Marmaris in die Türkei bringen. In der Folge segeln die beiden so oft es geht. Das sei in der Zeit zwischen den beiden Ehen gewesen. „Der Klaus, der war eine Seele von Mensch. Der ist zu früh an Krebs gestorben.“ Damals arbeitete Manz nicht als Verkäufer, sondern managte vier Häuser für Asylbewerber und Kontingentflüchtlinge im Landkreis. Das Bild in der Küche mit der Widmung in Kinderhandschrift stammt von Freunden, die er im Heim kennenlernte. „Alle zehn Jahre mache ich halt was Neues“, sagt er. Wobei, den Lottoladen hat er jetzt schon eine ganze Weile. Er nennt den Laden „Geschäft“.

Das Geschäft: Roland Manz kannte die alte Frau, der der Laden bei der Tankstelle früher gehörte. Sie wollte unbedingt, dass er ihn übernimmt. „Nee, also danke, das mach’ ich nicht.“ Ein Jahr später habe sie zu ihm gesagt: „Komm, ich geb dir mein Geschäft und du musst nichts bezahlen.“ Da lässt er sich weichkochen. „Ich habe es aus Mitgefühl übernommen, ich wollte, dass die Frau endlich in Rente gehen kann.“ Anfangs verkaufte er ADAC-Versicherungen. Das habe er dann eingestellt. Jetzt lebt er von Lotto

und Vignetten. Ob das ausreiche? „Wenn man genug Kunden hat, schon.“ 30 Cent verdient er an einer Zehn-Tages-Vignette nach Österreich. Aber da alle zum Tanken ins Nachbarland fahren, „ich ja auch, ist 20 Cent billiger“, brauchen sie die eben. Und Lotto, das sei eine Kunst für sich.

Lotto: „Da musst du so viel wissen. Und die Leute kennen. Wenn jemand am Dienstag kommt, aber du weißt, der spielt immer nur am Samstag, da kannst du den Tippschein nicht für Mittwoch buchen.“ Millionengewinne gab es in seinem Büro noch nicht, „aber mehrere Hunderttausender“. Alles über 2.500 Euro wird in der Zentrale ausbezahlt nicht bei ihm. Ob er Gewinner kenne? „Schon, aber wir haben Schweigepflicht, top secret.“ Es seien zwei Welten in denen er sich gerade bewegen, das Geschäft und „Lindau hilft“. Und nach einer kurzen Pause sagt er noch: „Dass ein Mann so schlimm agiert.“ Er meint Putin.

Wieder Ukraine: „Nach über vier Jahren Krieg, wenn du durchs Land fährst, da siehst du nur Frauen. Sie machen alles“, sagt er. Letzten November waren sie bei Soldaten, 30 Kilometer von der Front. „Wir haben mit denen gegessen, geschlafen, sie sind alle motiviert.“ Er holt einen Stein aus einer gläsernen Schatulle. Es sei ein Stein aus den Ruinen des zerbombten größten Kinderkrankenhauses in Kyjiw. „Da habe ich gedacht, den nehm ich mit.“



Im Erdgeschoss dieser Villa aus der Jahrhundertwende lebt der 65-Jährige zur Miete



Kamin- und Grillanzünder aus Abfallholz, Toilettenpapierrollen und Kerzenwachs-resten. Kleinholz zum Anzünden wird damit unnötig. Hergestellt in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung in Berlin, in Lizenz mit der Lebenswerkgemeinschaft. Brenndauer: ca. 15 Minuten.
Inhalt: 16 Stück.
Artikel-Nr. 10315, 7,80 €



Küchenwerkzeug aus Olivenholz. Hand- und Augenschmeichler aus Olivenbäumen, die bis zu 500 Jahre alt sind und keine Früchte mehr tragen. Olivenholz ist besonders hart und dicht, da die Bäume sehr langsam wachsen. Es nimmt keine Gerüche an und verträgt problemlos Säuren, heißes Fett und Geschirrspülmittel. Handgefertigt und mit Sonnenblumenöl behandelt. Von Cilio. Länge: jeweils ca. 30 cm.
Artikel-Nr. 12619 Salatbesteck, 25,00 €



Curryketchup aus Kürbissen (bio). Mal was anderes: Diese Rezeptur ohne Tomaten basiert auf Hokkaidokürbissen mit Schönheitsfehlern, die über den Handel nicht vermarktet werden können. Seit dem Start der Zero-Waste-Initiative von Georg Thalhammer im Jahr 2012 wurden auf diese Weise viele Tonnen Kürbis gerettet und verarbeitet. Mit sensationell geringem Zuckergehalt, frei von Geschmacksverstärkern und künstlichen Aromen. Alle Zutaten stammen aus kontrolliert ökologischem Anbau. Vegan. Von Georgs Bio-Bauern. DE-ÖKO-0037.
Inhalt: 450 ml. Auch in fruchtig (ohne Abbildung).
Artikel-Nr. 13699, 4,55 €



Pfeffermühle. Würz bald? Die Pfeffermühle aus nachhaltigem Buchenholz ist die Wunderwaffe gegen langweiligen Einheitsbrei – auch optisch. Mit leistungsstarkem Mahlwerk aus Stahl und individueller Mahlgradeinstellung. Hergestellt in Frankreich. 25 Jahre Garantie auf das Mahlwerk, 5 auf den Korpus. Von Peugeot. Maße: Ø 5,4 cm, H 21 cm.
Artikel-Nr. 13471 Altrosa, 13470 Rauchblau, jeweils 44,90 €

NEU
Folge uns
auf Instagram



Sonne für den Gaumen



Grober Senf (bio). Von Hand zubereitet, ohne Zusätze oder Antioxidantien. Die Zutaten stammen aus kontrolliert biologischem Anbau. Am besten bei Zimmertemperatur genießen. Vegan, glutenfrei, laktosefrei. Hergestellt von der Lebensmittelmanufaktur Kebe in Berlin. DE-ÖKO-007. Jeweils im 140-ml-Glas.
Artikel-Nr. 12779 Feigensenf, 12780 Aprikosensenf mit Chili, 13444 Waldbeersenf, jeweils 6,90 €



Saucen (bio). Was mit dem Verkauf von Onigiri – also japanischen Reissnacks – in einem kleinen U-Bahn-Kiosk in Berlin-Kreuzberg begann, ist heute eine feste Größe in den Regalen vieler Bio-Supermärkte in ganz Deutschland. Vegan, glutenfrei. Von RICE UP onigiri. DE-ÖKO-070. Inhalt: jeweils 95 ml.
Artikel-Nr. 13772 Smoked Tamari Sauce. Diese Umami-Bombe lässt jede handelsübliche Sojasauce alt aussehen. 4,90 €
13773 No Fish-Sauce. Komplexer, fischiger Geschmack, der aus Algen und Shiitakepilzen handgearbeitet auf den Punkt kommt. 4,50 €
13771 Liquid Smoke. Flüssiges Rauchsatz für Fleisch, Gemüse oder Marinaden. Mit praktischer Sprühfunktion. 8,50 €

Frühstückssalz (bio). Endlich wieder Montagmorgen! Die Mischung aus aromatischem Meersalz, Kräutern, Verveine und Zitronenschale macht Lust auf den Tag – und aufs Frühstücksei. Auch wunderbar zum Würzen von Kräuterbutter und Kräuterquark geeignet. Die Gewürze stammen aus kontrolliert biologischem Anbau. Vegan, glutenfrei, laktosefrei. Hergestellt von der Lebensmittelmanufaktur Kebe in Berlin. DE-ÖKO-007. Inhalt: 80 g.
Artikel-Nr. 13447, 7,50 €

Butterbrotsalz (bio). Mit gerösteten Zwiebeln, Majoran, Petersilie, Pfeffer, Thymian, Koriander und Lorbeer. Die Gewürze stammen aus kontrolliert biologischem Anbau. Hergestellt von der Lebensmittelmanufaktur Kebe in Berlin. DE-ÖKO-007. Inhalt: 80 g.
Artikel-Nr. 12786, 7,50 €



Öle von Ölwerk (bio). Vergessen Sie Lebensversicherungen – ein hochwertiges Öl ist die beste Investition in eine lange und glückliche Zukunft. Dieses Olivenöl wird in Griechenland nicht umsonst „flüssiges Gold“ genannt: Es stammt aus Methoni, einem Ort auf der griechischen Halbinsel Peloponnes und ist ein sogenanntes Agouro-Öl, das aus der ersten Frühernte gewonnen und als das beste Öl überhaupt gehandelt wird. Die Nüsse und Saaten der aromatischen Speiseöle stammen aus kontrolliert biologischem Anbau und werden in der Berliner Manufaktur Ölwerk schonend kaltgepresst.
Artikel-Nr. 12768 Olivenöl, 500 ml. 15,00 €
12769 Orangenöl, Versetzt mit 1 % natürlichem Orangenöl. 250 ml, 11,50 €



Natives Olivenöl extra (bio). Liebe Grüße vom Mittelfinger des Peleponnes! Klingt unappetitlich? Im Gegenteil: Was das Öl aus der griechischen Region Mani so kostbar macht, ist die dort heimische Koroneiki-Olive. Das frische, mild fruchtige Bio-Öl zeichnet sich durch ein angenehmes Aroma von Kräutern und Wildblüten und eine leicht pikante Würze aus. Mehrfach prämiert. Von Mani. GR-BIO-03. Inhalt: 750 ml.
Artikel-Nr. 13472, 22,40 €

Essigspezialitäten (bio). Unschlagbares Duo aus besten Biozutaten von der Lebensmittelmanufaktur Kebe in Berlin. DE-ÖKO-070.
Artikel-Nr. 13445 Dattel-Balsam-Creme. Die exquisite Mischung aus süßem Dattelsirup und aromatischem Balsamico verfeinert Obst, Salate und Deftiges – und gibt angebratenem Gemüse beim Ablöschen das gewisse Etwas. Inhalt: 200 ml. 12,90 €
13446 Weißer Balsamico. Wenn es geschmacklich Wumms braucht, aber Farbe im Salat unerwünscht ist: ein fruchtiger, heller Essig mit runder und weicher Säure (5,7 %). Inhalt: 500 ml. 27,90 €



Pesto (bio). Nicht erhitzt, dadurch bleiben der volle Geschmack und die wertvollen Inhaltsstoffe erhalten. Bio und vegan. Von Georgs Bio-Bauern. DE-ÖKO-0037. Inhalt: jeweils 140 g.
Artikel-Nr. 13697 Bärlauch-Tomate. Tomatig-intensiv und würzig. Idealer egleiter für mediterrane Gerichte wie Tomate-Mozzarella-Salat oder Bruschetta.
13700 Puszta mit Bärlauch. Die perfekte Basis für ungarische Grillsoße. Würzig-scharf dank Paprika und geräuchertem Knoblauch. Glutenfrei.
Jeweils 5,40 €

Grünkernburger (bio). Grünkern ist unreif geernteter Dinkel, der geröstet und getrocknet wird. Durch seinen nussig-rauchigen Geschmack und die hohe Bekömmlichkeit ist er die perfekte Grundlage für fleischlose Burgerbratlinge. Zur Fertigmischung einfach Wasser hinzufügen, quellen lassen, formen und goldbraun braten. Von Bauckhof. DE-ÖKO-007. Für 6 große oder 12 kleine Bratlinge. Bio und vegan. Inhalt: 160 g.
Artikel-Nr. 13225, 2,19 €



press-schlag

Abseitige
Machenschaften



Selbst das WM-Finale steht unter schwerem Manipulationsverdacht. Der Fußball braucht eine KI-Debatte

Die unangenehme letzte Männer-WM wird noch etwas unangenehmer. Eine Recherche der SZ weckt Zweifel an Entscheidungen beim Finale Spanien gegen Argentinien. Spaniens zweites Tor, das wegen Abseits aufgehoben wurde, soll laut Analyse-Experten kein Abseits gewesen sein. Die Grafik der Fifa sei falsch. Ob absichtlich oder unabsichtlich, ja, das ist nur eine der Fragen. Die Grafik, die ungewöhnlich spät kam, sei „nicht deckungsgleich mit dem Ausgangsfoto“, so der Vorwurf der Experten. Zum Beispiel seien Hand- und Armhaltungen der Spieler dort anders als in echt. Eine „vertikale Verzerrung“ sei falsch berechnet. Der Vorwurf geht über den Einzelfall hinaus: Die Fifa arbeite bei der halbautomatischen Abseitserkennung mit einem undurchsichtigen System und suggeriere eine Präzision, die es nicht gebe. Das dritte spanische Tor nach angeblichem Foul nebenbei soll auch zu Unrecht aberkannt worden sein. Nun kann man sich fragen, wo der Fußball falsch abgebogen ist, dass ein Medium seitenlang über Armhaltungen und vertikale Verzerrungen diskutiert. Die Vorwürfe sind aber auf zwei Ebenen hoch spannend. Zunächst einmal, gewiss, stellen sie die Glaubwürdigkeit der WM weiter infrage, die schon durch Trumps Telefonintervention massiv beschädigt ist. Die SZ behauptet keine klare Manipulation. Dass aber bei einem Turnier in Messis Wahlheimat, bei dem Argentinien ständig nachweislich bevorzugt wurde, auch noch im Finale wohl zwei Fehlentscheidungen zugunsten Argentinien fielen, hilft der Sache der Fifa jedenfalls nicht. Ihr Schweigen ebenso wenig. Und grundsätzliche Messfehler auch nicht.

Spannender noch ist die zweite Ebene. Denn heftig wackelt hier ein Credo: Dass Toptechnologie den Fußball objektiver mache. Zwar ist der VAR allseits verhasst, aber Fans neigen dazu, zumindest Abseitslinien für objektiv zu halten. Dabei sind die Grafiken nur Nachbildungen mit offenbar zwangsläufigen Ungenauigkeiten und Messfehlern. Auch ist etwa der Zeitpunkt einer Ballabgabe überhaupt nicht objektivierbar. Nicht zuletzt kann der VAR eingreifen und zum Beispiel eine Abseitslinie selbst ziehen, wenn die andere ihm nicht genügt. Der Fußball muss also dringend eine KI-Diskussion führen. Eine Abseitslinie ist so viel oder wenig verlässlich wie Ergebnisse von ChatGPT. Hinter ihrer „Intelligenz“ stecken überaus menschliche Programmierungen. Technik hat den Fußball präziser gemacht, aber auch leichter manipulierbar – weil Interessen hinter einer angeblich unfehlbaren „Intelligenz“ verschwinden. Sie ist damit mitnichten schlecht. KI wird nicht verschwinden (jedenfalls nicht bis zum absehbaren Klimakollaps mit heftigem Wassermangel und instabilem Stromnetz). Es hilft, klüger damit umzugehen. Fans sollten erstens ihre Medienkompetenz stärken. Verstehen, wie Instrumente im Fußball arbeiten und dass sie nicht „die Realität“ zeigen. Zweitens: Transparenz bei der Gestaltung verlangen. Zum Beispiel die Debatten im VAR-Raum zeigen, wie das beim Football teils schon passiert. Und drittens, am wichtigsten: Die Fußballbranche sollte KI für klügere Aufgaben nutzen als nur die verzweifelte Suche nach dem richtigen Pfiff. Zum Beispiel: Wie kann man einen kaputten Wettbewerb so neu gestalten, dass er langfristig einer bleibt? Welche Reformen senken am wirksamsten Emissionen, ohne den Zauber zu mindern? Wie strukturiert man demokratischere Verbände? Welche neuen Ziele kann sich Fußball setzen, damit er nach dem Wachstumssystem lebensfähig ist? In solche Hilfsmittel sollten Verbände dringend investieren. Aber Menschen fragen die Technik ja nur nach Antworten, die sie hören wollen.

Alina Schwermer

Ganz große Gefühle

Die hässliche und korrupte Fußball-WM ist passé. Endlich startet kommenden Freitag wieder die Bundesliga. Warum man jeden einzelnen Klub einfach nur lieben kann

Von Alina Schwermer, Johannes Kopp und Ruth Lang Fuentes

FC Bayern: Für viele Fans ein schwieriger Fall. Doch der kluge Vincent Kompany ringt selbst eingefleischten Hatern Gefühle ab. Fußball zum Dahinschmelzen, es gibt die Götter Kane und Olise, und Bayern kann jetzt sogar Rassismuskritik. Ja, selten war der FCB so liebenswert!

Borussia Dortmund: Echte Liebe fühlt Dortmund für die neuen Griechen Karetas und Konstantelias. Niemand erweitert den Ligahorizont so wie der BVB. Im unsteten Geschäft ist dieser Klub eine Konstante: ewig junge Wunderstars, ewig Klopp-Nostalgie und Mentalitätsdings. Die beste Unterhaltung der Liga!

RB Leipzig: Der Klub, den Fans zu hassen lieben. Doch die Dummheiten der letzten Jahre haben Leipzig nahbarer gemacht. Sie zeigen: Geld kauft keine Titel (außer bisschen Pokal), Anti-Ballbesitzfußball kann nix. Und manchmal sieht man hier sogar Kicker zum Verlieben. Warum ist Diomande schon weg?

VfB Stuttgart: Wenige Klubs können aktuell so viel Fußballromantik wie Stuttgart. Dank herausragender Arbeit in die Champions League, Stars-wie-du-und-ich wie Undav und Leweling, intern fast *cheezy* Harmonie. Der Klub, für den alle ein bisschen Herz entdecken.

TSG Hoffenheim: Die wahre Größe der Hoffenheimer liegt im Stoizismus. Während bei der TSG Machtkampf und Chaos toben, wird einfach weitergekickt. Und das gar nicht mal schlecht. Ein schwer korrektes Team. Jetzt braucht es nur noch ein bisschen Liebe.

Bayer 04 Leverkusen: Die Werkself – was für eine coole Bezeichnung, auch wenn sie nicht mehr richtig der Realität entspricht – ist die einzige

Mannschaft, die es in den letzten 14 Jahren geschafft hat, den FC Bayern München von Platz 1 zu kicken. Wenn das nicht Grund genug ist, diesen Verein trotz des bösen Konzerns wenigstens ein bisschen zu lieben!

SC Freiburg: Ja, am Ende konnten sie gegen Aston Villa nicht mehr mithalten, aber was für ein krasser Erfolg war das trotzdem, bitte? Europa-League-Finale für den bodenständigen Verein aus dem Badnerland. Dem finanziell stabilsten Verein der Liga, der sich über Jahre langsam, aber solide an die Spitze arbeitet. Ohne Investor. Das ist wahrer Fußball.

Eintracht Frankfurt: Zuerst hat sie Nathaniel Brown verlassen. Und dann noch die 7:0-Niederlage im letzten Testspiel gegen den FC Brentford! Die SGE-Generalprobe ist schon mal komplett misslungen. Aber heißt es nicht, dass eine schlechte Generalprobe eine großartige Premiere verspricht? Bei der Eintracht ist alles möglich, das macht sie ja so sympathisch.

FC Augsburg: Sie haben wirklich die schönsten Trikots der Liga, das muss man ihnen lassen. Mit einer Typo, die darauf hinweist, dass die Stadt mal Augusta Vindelicum hieß statt Augsburg. Anyway, seit dem Aufstieg in die 1. Liga vor 15 Jahren hält sich der FCA stabil irgendwo im unteren Mittelfeld. Und vergangene Saison waren die Schwaben die einzigen, die die Bayern bezwingen konnten. Muss man mögen.

1. FSV Mainz 05: Was ist das für ein Verein? Bei dem der neue Bundestrainer seine Karriere als Spieler beendete und eine erfolgreiche als Trainer startete? Auf jeden Fall ein Karnevalsverein! Und zwar selbsternannt. Man versteht zwar nicht im-

mer, was die Fans da so singen, aber sie saufen viel und sind meist gutgelaunt. Darauf ein dreifach donnern-des: „Helau! Helau! Helau!“

1. FC Union Berlin: Vielleicht liebt sich in der Liga kein Verein so sehr selbst wie Union. Nur mit der Gegenliebe hat es nicht so recht geklappt. Wenn bislang über hässlichen Zerstörerfußball geklagt wurde, war meist Union beteiligt. Mit dem neuen Trainer Mauro Lustrinelli soll nun attraktiver Fußball gespielt werden. Da gehen gewiss reihenweise die Herzen auf.

Borussia Mönchengladbach: Die Gefühle der Borussia-Fans sind zuletzt wieder vor harte Prüfungen gestellt worden. Zu passiv, mut- und ideenlos trat das Team auf. Was derzeit den Fans Hoffnung macht, ist eher recht unkonkret: Gefühlt kann es doch eigentlich nur besser werden. Die Klubführung verkündete, mittel- und langfristig wolle man wieder ein Topklub werden. Man muss den Klub einfach liebhaben!

Hamburger SV: Ein gestandener Bundesligist würde man künftig gern einmal sein. Süß! Auf diesem Weg trifft der HSV unorthodoxe Entscheidungen. Kathleen Krüger, die langjährige Teammanagerin des FC Bayern, wurde als Sportdirektorin geholt. Chapeau! Die Emotionen der Fans werden gewiss im September in Wallung kommen, wenn der vier Jahre lang doppinggesperrte Mario Vuskovic ins Training zurückkehrt. Einfach nur herzig!

1. FC Köln: Dieser Verein wird auch diese Saison jede Menge Jeföhle auslösen – sogar religiöse. Die Fanandacht im Kölner Dom war vergangene Woche wie immer bestens mit Menschen im Vereinstrikot besucht. Werden die ersten beiden Spiele ge-

wonnen, wird unweigerlich dieses Jeföhl aufkommen, es könnte doch dieses Mal für ganz oben reichen, zumal Liebling Said El Mala verlängert hat. Das wird bestimmt toll werden!

Werder Bremen: Wann wird alles wieder so schön wie früher? An der Weser holt man sich leihweise die Vergangenheit zurück. Die einst bei Werder spielenden Stürmer Niclas Füllkrug und Eren Dinkci wurden für diese Saison ausgelorgt. Nostalgie wird bei Werder sowieso großgeschrieben. In die Vergangenheit dieses Klubs kann man oder frau sich leicht verlieben.

FC Schalke 04: Die Liga kann sich nur freuen auf diesen Verein. Egal wie schlecht die Elf von Trainer Mirron Muslic spielt, die Fans werden deutschlandweit nicht nur den Gästeblock füllen. Mehr erfolgsunabhängige Liebe kann es kaum geben. Selbst einen erneuten Abstieg würde keiner verpassen wollen. Das rührt doch jedes Herz.

SV Elversberg: Wer hätte es gedacht? Okay, Präsident Frank Holzer hat da mit seinem Pharmaunternehmen auch einiges Geld reingepumpt, aber ein bisschen cooler Underdogstatus bleibt dem Verein trotzdem. Zum Beispiel hat er mehr Mitglieder als die Gemeinde Einwohner. Und ins Stadion würden die auch fast alle passen. Das Saarland ist jetzt in der Bundesliga vertreten, das kann man doch mal feiern!

SC Paderborn: Wer das Fußballmärchen dieser Saison schreiben könnte? Co-Aufsteiger Schalke und Elversberg taugen nicht recht als Underdogs. Aber Paderborn! Mit limitierten Mitteln Bundesliga, dazu mutig und oft mit fußballerischem Anspruch statt bloß Maloche – wer das nicht liebt, hat ein Herz aus Stein.



Starke Liebesbeziehung: Die Schalker Fans sind auch in der Vorbereitung beim Trainingslager in Tirol zahlreich vertreten
Foto: RHR-Foto/imago

Isabell Werth zeigt Ehrgeiz und Siegesfreude, Zuchtstute Wendy eher weniger
Foto: Bildbyran/imago

Tierisch schräge Beziehung

Auch anlässlich der WM in Aachen lohnt es sich, das Verhältnis zwischen Mensch und Pferd im Reitsport zu begutachten. Einerseits werden die Tiere vermenschlicht, andererseits wird ihnen teils mit Gewalt Leistung abverlangt

Von Jennifer Stange

Halla lacht! Man merkt es bis zu uns herauf.“ Hans-Heinrich Isenbart sitzt am 17. Juni 1956 in einer Kommentatorenkabine über dem Springparcours von Stockholm und fühlt ein Pferd. Unten galoppiert Halla mit Hans Günter Winkler auf dem Rücken durch den Sand. Winkler ist verletzt. Morphinum soll die Schmerzen einer Muskelverletzung dämpfen, die er sich im ersten Umlauf zugezogen hat. Das ist krass. Dieser Ritt wird deutsche Sportgeschichte schreiben. Aber auch dort oben in der Sprecherkabine passiert Erstaunliches: Reporter Isenbart beginnt, die Gefühle der Stute in menschliche Sprache zu übersetzen. „Halla sagt: Was? Über den Oxer? Da lach ich doch nur.“ Gleichzeitig soll sie auch den Ernst der Lage erkannt haben. „Die hat eine Ahnung, warum es sich hier handelt.“ Es sind die Olympischen Spiele. Der verletzte Winkler wird zur Nebenfigur, die Stute zur Heldin. Am Ende gewinnt Winkler Gold für die deutsche Mannschaft. Ein Sportwunder, das bis heute gern so erzählt wird, wie Isenbart die Geschichte damals angelegt hat: Halla springt den Parcours eigentlich allein. Sie spürt, dass Winkler angeschlagen ist, weiß, warum es geht, und läuft fehlerfrei durch den Parcours. Die Geschichten darüber, was Pferde denken, wurden damals im Eifer des Gefechts erfunden. Heute gehören sie in der Pferdewelt zum Alltag. „Ich glaube, zu Just Be Gentle in den letzten drei Jahren eine tolle Beziehung aufgebaut zu haben. Und ich glaube, sie hat mir das am Ende verziehen.“ Das sagt Christian Kukuk, Reservereiter des deutschen WM-Kaders in Aachen, Ende 2025 auf einer Pressekonferenz. Wenige Wochen zuvor war ein Video aufgetaucht, das den deutschen Olympiasieger am Rande eines Turniers in Spanien beim Training mit sogenannten Schlaufzügeln zeigt. Sie begrenzen die Kopf- und Halsbewegungen des Pferds massiv. Ihr Einsatz ist deshalb nur eingeschränkt erlaubt; in bestimmten Situationen sind sie sogar verboten. Aber Just Be Gentle soll ihm verziehen haben. Peter Höffken von der Tierrechtsorganisation Peta hat seine

Zweifel. Höffken ist bei Peta für den Bereich Pferdesport zuständig. Die Organisation veröffentlicht regelmäßig Aufnahmen von Turnieren und zeigt Reiterinnen und Reiter wegen des Verdachts auf Tierquälerei an. Zuletzt mit Erfolg: Nach Anzeigen von Peta untersagten die Behörden in Berlin und Hamburg den Einsatz von Zungenbändern im Trabrennsport, ein sogenanntes Hilfsmittel, das die Pferdezeuge während des Rennens fixiert. „Mein Maßstab ist immer: Was würde das Pferd jetzt am liebsten ohne Menschen machen?“, sagt Höffken. Seine Antwort: Mit anderen Pferden zusammen sein, spielen, laufen, grasen – aber sicher nicht vor Publikum auftreten. Der Schweizer Tierethiker Andreas Brenner ist sich auch ziemlich sicher, dass es dem Pferd nicht um Medaillen geht. Aber ob die Reiterei immer eine Qual für das Tier ist, können wir nicht wissen.

Rührende Abschiedsbriefe an verstorbene Pferde sieht man auf Instagram

Die Pferd-Mensch-Beziehung ist heikel und sehr alt. Der Fluchtreflex des Pferds sei im Verlauf eines langen Lernprozesses umkodiert und gebrochen worden. „Nicht zufällig sprechen die Amerikaner bis heute vom *breaking a horse*“, sagt Kulturhistoriker Ulrich Raulff. Raulff nennt diese Beziehung den „kentauren Pakt“. Kentauren sind Mischwesen aus der griechischen Mythologie: halb Mensch, halb Pferd. In seinem Buch „Das Jahrhundert der Pferde“ beschreibt er diese Beziehung als eine Entwicklungsgeschichte von Mensch und Pferd. Pferde beschleunigten Handel, Landwirtschaft und Kommunikation. Sie zogen mit den Menschen in den Krieg und veränderten deren Leben grundlegend. Gleichzeitig veränderte der Mensch das Pferd. Er formte es für seine Bedürfnisse. Über Jahrtausende war das vor allem eine Arbeitsbeziehung. „Pferde leisten Erstaunliches. Aber nicht, weil sie sich

beliebig zwingen lassen, sondern weil sie dem Menschen vertrauen“, sagt Raulff. Wenn Pferde schlecht behandelt werden, zahlen sie es ihrem Menschen irgendwann heim. Sie werden widerspenstig. Sie reagieren auf Menschen, erinnern sich, kooperieren – oder eben nicht. Der Reitsport heute wird von seinen Protagonistinnen und Protagonisten als Liebesgeschichte inszeniert. Auf Instagram gibt es Videos vom gemeinsamen Training, Geburtstagsgrüße und rührende Abschiedsbriefe an verstorbene Pferde. Aus dem Arbeitstier ist ein Partner geworden. Die Leistungserwartung ist allerdings geblieben. Das zeigt sich gerade in Aachen bei der WM. Es geht um Titel, Prestige und viel Geld. Gleichzeitig wird in der Szene so intensiv wie nie darüber gestritten, wie weit die Anforderungen an das Pferd gehen dürfen. Kaum eine Regeländerung hat den internationalen Pferdesport in den vergangenen Monaten so beschäftigt wie die sogenannte No-Blood-Rule. Rund zehn Jahre führte Blut im Einflussbereich des Reiters automatisch zur Disqualifikation. Seit Anfang 2026 entscheidet stattdessen ein Gremium aus Tierarzt, Steward und Ground Jury im Einzelfall. Bis Anfang August verzeichnete die FEI, der Weltreiterverband, allein im Springen 276 „Recorded Warnings“ bei 191 Turnieren sowie 13 Suspendierungen. Eine Auswertung des Deutschlandfunks zeigt: Die meisten Verwarnungen entfallen auf das Springreiten. Dahinter folgen die Vielseitigkeitsrunden. Dort stehen andere Vorwürfe im Vordergrund: „Dangerous Riding“ und „Abuse of Horse“, also etwa das Weiterreiten trotz deutlicher Ermüdungsanzeichen oder ein übermäßiger Einsatz von Gerte und Sporen. Deutlich weniger Verwarnungen gibt es in der Dressur. Zu den deutschen Reitern, die in diesem Jahr eine Verwarnung erhielten, gehört der Springreiter Richard Vogel, der zum deutschen WM-Aufgebot in Aachen zählt. Seine Verwarnung wurde als „Abuse of Horse“ („Pferdemisshandlung“) eingestuft. Auf eine Anfrage der taz reagierte Vogel nicht. Für Otto Becker, Bundestrainer der deutschen Springreiter, sind solche Ein-

träge keineswegs bedeutungslos. Sie würden im Team besprochen und könnten im Einzelfall sogar Konsequenzen haben. Gleichzeitig wehrt sich Becker gegen den Eindruck, Tiererschutz und Spitzensport stünden im Widerspruch. „Auch wir sind Tierschützer. Auch wir wollen das Beste für das Pferd.“ Die Pferde seien „Athleten“. Die würden gerade im Spitzensport professionell betreut. „Das ist auch das Kapital der Reiter.“ An diesem Begriff stört sich Tierethiker Andreas Brenner. Auch „Athlet“ sei eine menschliche Zuschreibung. Wer Pferde als Athleten bezeichne, unterstelle ihnen etwas: Ehrgeiz, den Wunsch, zu gewinnen. Dafür, sagt Brenner, gebe es keine Belege. Auch Isabell Werth, die erfolgreichste Dressurreiterin aller Zeiten, benutzt eine Sprache, in der Fürsorge und Leistung selbstverständlich zusammengehören. „Unsere Pferde sind nun einmal das wichtigste Gut. Sie sind danach selektiert, um zu performen“, sagte sie kürzlich in einem Interview mit der *Welt am Sonntag*, gemeinsam mit der Dressurreiterin Lisa Müller. Die beschreibt den Alltag ihrer Pferde so: „Sie werden zig Mal am Tag rausgeholt, geputzt, von Physiotherapeuten umgarnt, Magnetfeld hier, Aquatrainer da, Laufband hier, Führanlage da. Sie werden wie Topathleten, wie die Fußballspieler den ganzen Tag hoch und runter gepampert.“ Weshalb man, und das sagt wiederum Werth, nicht bereit sei, sich den Spaß von irgendwelchen „Hanswürsten“ verderben zu lassen. Christian Kukuk sagte 2025 auf einer Pressekonferenz, es sei „gefährlich“, wenn die Öffentlichkeit den Profireitern vorschreiben wolle, wie sie mit ihren Pferden umzugehen hätten. Ausgerechnet dort muss er sich für den Einsatz eines Hilfsmittels entschuldigen, dessen Verwendung innerhalb des Reitsports nicht grundsätzlich sanktioniert wird. Interessant ist, wie Kukuk den Einsatz der Schlaufzügel begründet: als Beziehungsarbeit. Mit dem normalen Zügel habe er eine „zusprunghafte Verbindung“ gehabt. Es sei „ganz wichtig, mit dem Pferd wirklich kontinuierlich zu kommunizieren“. Die Beziehung zwischen Mensch und Pferd ist nicht nur

Vertrauen, Freundschaft und Liebe. Sie ist ein Aushandlungsprozess. Es gibt unzählige Videos, in denen Pferde sich vor einem Hindernis verweigern, sich gegen die Hilfen des Reiters wehren oder in der Dressur bocken. Die Verhaltensbiologin Vivian Gabor unterscheidet zwischen sehr unterschiedlichen Formen von Fehlern. Da ist der Mensch, der die Beherrschung verliert. „Wenn ein Mensch unter Druck gerät – ob auf einem Turnier oder durch Erwartungen von außen –, dann gibt er diesen Druck oft an das Tier weiter“, sagt sie. Mit Gertenhieben oder aggressiven Korrekturen. Daneben gibt es die systematische Härte: das Barren, Schlaufzügel oder andere Trainingsmethoden, die innerhalb des Sports zumindest toleriert werden. Und es gibt ein drittes Problem: mangelndes Wissen. Gabor beschäftigt sich seit Jahren damit, wie Pferde ler-

nen, fühlen und mit Menschen kommunizieren. Sie bildet Trainerinnen und Trainer aus. Sie wünscht sich, dass Menschen lernen, ihre Pferde besser zu lesen. Ob Spitzensport einem Pferd schade, lasse sich wissenschaftlich nicht beantworten. Entscheidend sei das einzelne Pferd und der einzelne Mensch. Gerade deshalb dürften Pferde weder vermenschlicht noch als bloße Sportgeräte betrachtet werden. Sie seien Partner – aber weiterhin Tiere. Menschen müssten für Tiere mitentscheiden. Das sei ihre ethische Verantwortung. 1956 wusste Hans-Heinrich Isenbart genau, worüber Halla angeblich lachte. Die Wissenschaft ist heute deutlich vorsichtiger. Die entscheidende Frage, sagt Vivian Gabor, sei nicht, ob ein Pferd springen, piaffieren oder gewinnen könne, sondern ob dieses Pferd in genau diesem Moment noch mitmachen wolle.

anzeige

taz FUTUREZWEI
Magazin für Zukunft und Politik

NACHSPIELZEIT

Die offene Gesellschaft liegt schwer im Rückstand. Wie drehen wir das Ding noch?

Was wäre, wenn wir mutig sind?
das neue Buch von Luisa Neubauer

mit Abo-Prämie

LUISA NEUBAUER
WAS WÄRE, WENN WIR MUTIG SIND?

JETZT ABONNIEREN!
Vier Ausgaben für 38 €
tazfutura2.de/abo

taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin

traueranzeige

»Du bist nicht mehr da, wo Du warst,
aber Du bist überall, wo wir sind.«



Gundula Wolter
4. Februar 1951 – 6. August 2026

In Liebe und Dankbarkeit
Rainer Pabst-Wolter
Berit und Jonte Wolter
Felix Wolter und Cécile mit Anouk
und Familie

Die Trauerfeier mit anschließender Urnenbestattung findet
am Donnerstag, dem 10. September, um 11.00 Uhr
auf dem Friedhof Lichterfelde, Moltkestraße 41a, 12203 Berlin statt.

reisen

Südmarokko-Reise

vom **02. bis 14. Mai 2027** • **1.850 Euro** (Ohne Flug).
Begleitet von Dr. Abderrahmane Ammar, ehemals
Leiter der Taz-Reisen nach Marokko.
Mit inspirierenden Begegnungen mit der Zivilgesellschaft.
Kontakt: abderrahmane.ammar@gmail.com • **0176 323 033 50**

Weitere Informationen:
www.marokko.com/reisen/zwischen-atlas-und-atlantik-eine-reise-durch-das-herz-marokkos

Theater

vorschau

	ufoFabrik	75 50 30
Sa.,	22. 08.	18:00 FALK & Freunde
So.,	23. 08.	19:00 Lauscherlounge "In extrem kurzer Zeit um die Welt" (Jules Verne)
Mi.,	26. 08.	20:00 Ton und Kirschen Wandertheater
Do.,	27. 08.	20:00 Berlin Premiere WOYZECK - von Büchner
Do.,	27. 08.	20:00 Ton und Kirschen Wandertheater
Fr.,	28. 08.	20:00 WOYZECK - von Büchner
Fr.,	28. 08.	20:00 Ton und Kirschen Wandertheater
Fr.,	28. 08.	20:00 WOYZECK - von Büchner

Der gesamte Spielplan auf: www.ufafabrik.de

Werben auch Sie in unserem Theaterkasten!
Fon: 0 30 - 259 02 314 | anzeigen@taz.de

sonstiges



Vererben & schenken

Anzeigenschluss:
Freitag, 28.08.2026
Erscheinungstermin:
Samstag, 12.09.2026

Gutes bewirken. Jetzt und über das Leben hinaus. Mehr dazu im taz Thema Vererben & schenken:

Entwicklungszusammenarbeit: Kürzungen und deren Folgen
Engagement: Macht zufrieden und stärkt die Demokratie
Digitaler Nachlass: Zu Lebzeiten regeln
Recht: Erbschaft, Vermächtnis, Testament- u. Testamentsspende

Weitere Informationen und Leserschaftsdaten:
[taz-Anzeigenabteilung](mailto:taz-Anzeigenabteilung@taz.de) | Anke Fest
T (0 30) 2 59 02-940 | anzeigen@taz.de

stellenmarkt

taz

Die taz sucht eine neue
EDV-Abteilungsleitung

Deine Aufgaben

- Strategische Leitung des Bereichs EDV
- Personalverantwortung und Abteilungsorganisation
- Entscheidungsprozesse und Arbeit im Team strukturieren
- Vertretung der EDV in Gremien und gegenüber der Geschäftsführung
- Verbindliche Strukturen schaffen und einfordern

Dein Profil

- Informatiker:in mit einschlägiger Erfahrung in den Bereichen Service & Administration, Betriebssystem-Plattformen, Software-Entwicklung, Apps und Online
- Fähigkeit zu Organisieren und Moderieren
- Transparente Kommunikation fördern
- Hartnäckigkeit & Frustrationstoleranz, Anpassungsfähigkeit, Flexibilität

Wir bieten

- Unbefristete Stelle in Vollzeit (36,5 Stunden)
- Homeoffice in begrenztem Umfang
- Bezahlung nach taz-Vergütungsvereinbarung mit Verantwortungszulage
- Arbeit in einem politisch motiviertem Umfeld mit vielfältig interessanten Menschen

Aussagekräftige Bewerbungen mit Lebenslauf bitte per E-Mail an edv-leitung@taz.de.
Weitere Informationen zur Stelle und Bewerbung: taz.de/edvleitung

taz

Die taz sucht für die Erstellung des Jahresabschlusses und allgemeine Beratung
eine*n neuen Steuerberater*in

Nach über 40 Jahren Tätigkeit für die taz geht unser Steuerberater Bernhard Brugger zum Jahresende in den Ruhestand. Wir suchen deshalb eine Nachfolge und würden uns freuen, wenn es dafür aus dem Kreis der Genossenschaft Interessent*innen gibt bzw. Hinweise auf möglicherweise geeignete Steuerberater*innen.

Die Aufgaben

- Erstellung der Jahresabschlüsse der Firmen der taz-Gruppe
- Unterstützende Begleitung der Wirtschaftsprüfung durch den Genossenschaftsprüfungsverband (Prüfung des JA taz Genossenschaft und taz Verlags- und Vertriebs GmbH) und Beratung zu aktuellen und strategischen Steuerfragen

Die Anforderungen

- gute Allrounderin mit besonderen Kenntnissen im Umsatzsteuerrecht, Besteuerung von Personengesellschaften, beste Buchführungskenntnisse, Bilanzgestaltung und -konsolidierung
- Beherrschung der einschlägigen DATEV Programme, DATEV Unternehmen Online, incl. zukünftiger Themen zur Automatisierung von Buchungen, Bilanzbericht, Anwendung von fachlicher KI sowie gute Excel-Kenntnisse
- ca. 3–4 Arbeitswochen Zeit in der Zeit von Januar bis Juni sowie entsprechende Sekretariatskapazitäten
- Bereitschaft und Fähigkeit, nicht nur mit der Geschäftsführung und dem Controller, sondern mit allen Mitarbeiter*innen im taz Büro und den verschiedenen Bereichen in der taz respektvoll zusammenzuarbeiten
- Gutes Verständnis der taz, sowohl was formelle, aber auch informelle Ebenen betrifft

Sollten Sie Interesse an der Position haben freuen wir uns über ein Bewerbungsschreiben mit einem Überblick über Ihre bisherige Steuerberatungserfahrung an die Geschäftsführung an gf@taz.de.

Eine ausführlichere Tätigkeitsbeschreibung finden Sie unter www.taz.de

sonstiges

tazpresso

Kaffee trinken und Zeitung lesen ist eine wunderbare Kombination.

taz.de/shop



wochentaz für Gefangene!

In Gefängnissen gibt es keinen Zugang zu digitalen Informationen.

Bitte spenden Sie ein Printabo der »wochentaz« an: Freiabonnements für Gefangene Sozialbank, IBAN: DE06 3702 0500 0003 0854 00
Kennwort: »wochentaz«
www.freibabos.de

40 JAHRE Information und Bildung für Menschen in Haft
Freiabonnements für Gefangene e.V.

Illustration © Mathias Hühn

MACHT'S EUCH UNBEQUEM

In festen Weltbildern lässt es sich zwar gemütlich einrichten, doch staubt man auch schnell ein. Deshalb Journalismus von links – unbestechlich, unbequem, unabhängig.





10x wochentaz für nur 10 Euro

Mo – Fr digital,
samstags gedruckt

Und am
Wochenende ist
Disco mit Peter

Die „Volksstimme“ ist Sachsen-Anhalts größte Zeitung. Die Lokaljournalisten kennen jedes neue Feuerwehrhaus und die meisten AfD-Politiker aus dem Sandkasten. Ihre Zukunft sehen sie von denen aber nicht bedroht

Aus Stendal und Barleben von **Doris Akrap**

Zu den weit verstreuten Dörfern Sachsen-Anhalts kommt man ohne Auto nur zweimal täglich per Bus und findet dort oft weder Bäcker noch Apotheke. Dafür sieht man hier überall an Zauntüren und Hauseingängen etwas, was anderswo längst verschwunden ist: Zeitungsboxen. Aufschrift: *Volksstimme*.

BRD- Sozialisierte zucken bei dem Namen („klingt irgendwie Nazi“). Dabei wurde die *Volksstimme* 1890 in Magdeburg als sozialdemokratische Tageszeitung gegründet, 1933 von den Nazis verboten und zwischen 1947 und 1990 als SED-Parteiblatt weitergeführt.

Wie ist die Stimmung in der *Volksstimme*? „Eigentlich prima“, sagt Chefredakteur Marc Rath. „Vielleicht sogar besser als in Berlin?“

Rath ist sympathisch, unideologisch und schwer aus der Fassung zu bringen. Digitale Medien haben die klassische Zeitung abgelöst, Sachsen-Anhalt ist das am stärksten schrumpfende Bundesland und möglicherweise das erste, das AfDgeführt werden könnte – woher seine gute Laune? „Wir sind für die Zukunft bestens aufgestellt“, sagt Rath. „Die *Volksstimme* wird die letzte gedruckte Zeitung Ostdeutschlands sein und der Lokaljournalismus das Letzte, was die KI ersetzen kann.“

Mit einer verkauften Auflage von über 115.000 Exemplaren ist die *Volksstimme* Sachsen-Anhalts größte Zeitung. Es gibt rührende Geschichten, wie die der 92-Jährigen, die seit 70 Jahren Abonnentin ist, zum Sohn „in die alten Bundesländer“ zog und sich bis heute die Zeitung dorthin schicken lässt. Aber auch die Auflage der *Volksstimme* sinkt, nur nicht so rapide wie anderswo. Andere Lokalzeitungen hätten sich aus der Fläche zurückgezogen, setzten auf große Geschichten. „Aber dass im Kulturhaus am Wochenende Disco mit Peter ist, erfährt der Leser dort nicht mehr. In der *Volksstimme* schon“, sagt Rath. Täglich erscheinen 18 Ausgaben: von der Salzwedeler über die Wolmirstedter bis zur Straßfurter. „Die Leute in Osterburg wollen wissen, ob der Markttag in Osterburg verschoben ist. Ob im 22 Kilometer entfernten Stendal ein Supermarkt eröffnet hat, ist ihnen schon egal“, sagt Rath.

Rath ist Wessi: 1966 in Solingen geboren, gelernter Verlagskaufmann und Absolvent der Journalistenschule in Köln. Gleich 1991 machte er rüber – „journalistisch konnte ich mir nichts Aufregenderes vorstellen“. Seitdem war er bei der *Volksstimme* Redakteur, Redaktionsleiter und Reporter und deckte einen folgenreichen Wahlfälschungsskandal der Stendaler

CDU auf. Rath ist Vollblutlokaljournalist (beide Kinder sind von Geburt an taz-Genossen) und Vollblut-Sachsen-Anhalter. Auf der Fahrt zwischen Tangermünde und Magdeburg erzählt er von Spargel, Zuckerrübenböden und Rotmilanen von der Altmark bis zur Börde. Sein Wochenendidyll mit Elbblick hat er natürlich über eine Anzeige in der *Volksstimme* gefunden, seine Frau nicht. Mit der Journalistin ist er genauso lange verheiratet und genauso lang kennt er die Stendaler Redaktionsassistentin Ines Beier, die ihn „mein Bester“ nennt und 1991 natürlich über eine Anzeige in der *Volksstimme* zur *Volksstimme* kam.

In Rath's Wochenenddidyll sitzen bei einem Nachbarn die Störche auf dem Dach, bei dem anderen weht die Reichskriegsflagge im Garten. „Ein Lokaljournalist ist ständig im Balanceakt“, sagt Rath. „Er muss es aushalten, den Bürgermeister zu kritisieren, dessen Kinder in die gleiche Schulklasse gehen. Er muss nah an den Leuten sein und dazu gehören auch Wähler und Politiker der AfD.“

„Man hat eher Angst davor, dass Wollen und Können bei der AfD nicht im Gleichgewicht sind“

Donald Lyko,
Redaktionsleiter Stendal

In dem hübschen Altbau in dem die Stendal-Redaktion sitzt, hocken an einem Vormittag im Juli zwei Reporter vor ihren Rechnern, ein weiterer ist unterwegs, der Chefreporter gerade nach Havelberg ausgehien. Einer der beiden Redaktionsleiter, Donald Lyko, ist mit Zoomkonferenzen beschäftigt, in denen sich dutzende Lokalredaktionen austauschen: „In Sangerhausen machen wir den finalen Aufschlag zur Wahl!“, „Die Jessener freuen sich über eine neue Gastronomie-Eröffnung“. Dessau bietet den Umbau eines Wohnblocks an, Naumburg eine sexuelle Belästigung bei den Maltesern. „Mit Aschersleben ist abgesprochen, dass wir den toten Korn-König und sein Waffenlager machen.“

Die AfD ist an diesem Tag kein Thema. „Kommt vor“, lacht Rath. Selbstverständlich würde die *Volksstimme* auch über das AfD-Grillfest in dem Häuschenhäufchen berichten, wo sich sonst keine Partei blicken lässt. „Wir gehen mit der AfD journalistisch um, wie mit jeder Partei. Aber die AfD ist keine normale Partei. Daher haben wir

auch mehr und anderes zu berichten wie rechte Strukturen auf dem Land oder rechtsradikale Strategien im Hintergrund.“

Redet Rath über die „Berliner Blase“, kriegt er einen zynischen Ton. Wie sie beispielsweise den Lokaljournalismus ignoriert, stört ihn: „Unser Interview mit Siegmund ist nicht schlechter als das von Lanz.“ Im Übrigen aber ist er der Meinung, dass diese Interviews überbewertet sind. Nicht mit einem Interview, sondern allenfalls mit Recherche könne man die AfD „stellen“.

Bewässerungsverbot, Pferdemarkt, Volksfest, Hochzeit – die Lokalzeitung lebt von Menschen, die darüber gern berichten wollen. Der Stendaler Redaktionsleiter Lyko, der von hier stammt, ebenfalls seit über 30 Jahren bei der *Volksstimme*, ist so einer.

Verändert habe sich der Lokaljournalismus: „Schreibe ich über einen neuen Sushi-Laden oder die ‚NVA-Feldsuppe‘ eines Lokalunternehmens, landet das schnell bei zehntausenden Klicks. Schreibe ich eine Kulturkritik, dümpelt die bei 800. Das muss man auch aushalten.“

Aushalten und Vertrauen – immer wieder fallen diese Wörter im Gespräch mit den *Volksstimme*-Journalisten, sie prägen den Alltag wie ansonsten die Wörter „Abdecker“, „Austausch“, „Blaulicht“, „Keller“ oder „Aufmacher“:

Eines der wertvollen Vertrauensstools: das Lesertelefon. Für die Redaktionsassistentin ist hier morgens Hochbetrieb: Leute beschwichtigen, die keine Zeitung bekommen haben, Fehler und Termine entgegennehmen. Eine Stunde am Tag sitzt auch ein Redakteur dort. „Lügenpresse“, „Ausländer“ und „zu wenig AfD-Texte“ höre man da gelegentlich schon. „Auch da muss man durch“, sagt Lyko.

Aushalten lässt es sich in der *Volksstimme* aber auch, weil die Bauer Media Group (*Bravo, Cosmopolitan, TV Movie*) mit der Übernahme der Zeitung 1991 entsprechende Bedingungen geschaffen hat. Eine davon steht in Barleben. Hier sitzt die Mantelredaktion und das Druckhaus. Davor eine Fahrzeugflotte mit der Aufschrift „Biberpost“, dem verlagsigenen Lieferunternehmen, das jeden Morgen die Post bis in die abgelegenen Häuschenhäufchen Sachsen-Anhalts bringt: private Päckchen, amtliche Wahlunterlagen, die *Volksstimme*. Wenn die Zeitung trotzdem mal nicht ankomme, fährt der Chef schon mal persönlich zu einem Häuschenhäufchen und bringt dem jungen Feuerwehrmann die Ausgabe mit dem neuen Feuerwehrhaus.

Alina Bach, Jahrgang 1999, Social-Media-Redakteurin der *Volksstimme*, sitzt in der Barlebener Redaktion und hat wie



Täglich erscheinen 18 verschiedene Ausgaben der „Volksstimme“ Foto: Jan Woitas/picture alliance

tanz Das Jahrbuch 2026

DIE BESTEN DER SAISON



**Jetzt im Buchhandel oder bestellen
unter tanz-zeitschrift.de**

Niemand tanzt allein. In der vorliegenden Publikation werden Bündnisse und Synergien erörtert, die eine Transformation des Tanzes bewirken und dessen Weiterentwicklung fördern. Diese Betrachtung erfolgt über die Kategorien Genres, Tanz-häuser, Generationen und Herkunftsorte hinweg. Die Beiträge fokussieren sich auf die Themen Diversität und Inklusion und untersuchen die Bedingungen echter Partizipation. Darüber hinaus werden postkoloniale Perspektiven diskutiert und die Auswirkungen von Künstlicher Intelligenz auf die choreografische Arbeit analysiert.

Mit den Ergebnissen der internationalen Kritiker*innenumfrage und dem Winner des diesjährigen Lifetime Achievement Awards.

«Komplizen» – das Jahrbuch 2026; 172 Seiten. 38,50€ (D)
Gedruckt und online: der-theaterverlag.de/tanz
Englische Ausgabe: der-theaterverlag.de/tanz-international
Herausgegeben von Der Theaterverlag – Friedrich Berlin GmbH

**DER
THEATER
VERLAG**



Peter Weissenburger
Der Kriminal-Fall

Liebe, Leichen,
Gartenzwerge:
mit der Ex auf Streife
in Waitote

Mihi hat Deb vor vielen Jahren sitzen-
gelassen und ist in die Großstadt
gegangen. Nun ist sie auf einmal
zurückgekommen ins beschauli-
che Waitote (die „Stadt der Gartenzwerge“).
Und nicht nur das, die beiden sollen ab so-
fort zusammenarbeiten: als Partnerinnen
bei der Kriminalpolizei. Mihi will dafür ihre
romantische Vergangenheit mit Deb hinter
sich lassen. Nur Kolleginnen also. Alles klar?
Kein Problem.

Doch Problem! Denn für Deb stellt sich die
Sache insgeheim anders dar: Sie will Mihi zu-
rückgewinnen. Dass Mihi inzwischen mit ei-
nem Mann verheiratet ist, findet Deb bloß ein
kleines Hindernis auf dem Weg zum Glück.

Die charmant-skurriale Serie, koproduziert
mit dem ZDF, ist kompakt genug, um sie an
zwei oder drei Abenden durchzugucken. Per-
fektes lesbisches Buddy-Cop-Weekende
also. Falls Sie die Ex einladen: Zeit für klä-
rende Gespräche zwischendurch einplanen,
also eher am Nachmittag anfangen.

Es startet alles einigermaßen harmlos: mit
einem tollpatschigen Bankräuber. Aber dann
werden die Fälle skurriler. Leichen verschwin-
den spurlos, Jungesellinnen liegen wie ange-
spült am Strand herum, Gartenzwerge tauchen
in Höhlen auf – und ein Killer killt jemanden,
der längst tot ist. In Waitote hängt alles mitei-
nander zusammen, und es kommt in der Regel
anders als man dachte. Die Grenzen zwischen
Thriller und Slapstick sind fließend.

Deb will Mihi
zurückgewinnen.
Dass Mihi
inzwischen mit
einem Mann
verheiratet ist, findet
Deb bloß ein kleines
Hindernis auf dem
Weg zum Glück

Die Fälle sind in ihrer Überdrehtheit zum
Glück kaum ernst zu nehmen. Ganz anders
das Beziehungs-drama zwischen Mihi und
Deb, das sich über die Folgen hinweg ent-
spinnt – mal leise, mal witzig, mal tieftrau-
rig. Selten in einer Polizeiserie fiel es mir so
leicht zu glauben, dass zwei Figuren ernsthaft
etwas aneinander gelegen ist.

Morgana O'Reilly spielt die verträumte Deb
so, wie Menschen eben sind, die an einer alten
Liebe hängen. Roimata Fox spielt den Gegen-
part der ernsthaften Mihi als eine, die alles
richtig machen will, weshalb sie ihre wahren
Gefühle nach Möglichkeit unterdrückt. Diese
Paarung von impulsiv mit kontrolliert ist ein
bewährtes Rezept sowohl in der romantischen
Komödie als auch im Buddy-Cop-Genre. Bei-
des zu kombinieren, ist ein genialer Kniff der
Schreiber*innen von „Back Up“.

Natürlich macht das Spaß: dieses ewige
Werden-sie-oder-werden-sie-nicht. Doch ist
auch klar, dass es kein Happy End geben kann.
Im Dreieck zwischen Deb, Mihi, und Mihis
sympathischem Ehemann (Arlo Green) muss
es einen Verlierer geben – wenn nicht drei.
Wer hat noch mal gesagt „Tragödie ist Liebe
plus Zeit“? Niemand? Stimmt aber.

Ein bisschen was von den leisen Tönen ist
leider in der deutschen Synchro auf der Stre-
cke geblieben – ebenso von Biss und Tempo
der witzigeren Dialoge. Wer möchte, kann
„Back Up“ in der ZDF-Mediathek im engli-
schen Original mit deutschen Untertiteln
sehen. Lohnt sich allein für den neuseelän-
dischen Akzent.

Und was machen wir mit der Ex? Natür-
lich in den Arm nehmen, immerhin ist sie
Teil der Familie. Und dann die nächste Folge
anmachen. Ist natürlich nur zu empfehlen
mit Exen, mit denen man halbwegs im Gu-
ten ist. Geht dafür aber mit Exen jedweden
Geschlechts.

„Back Up – Auf Streife mit der Ex“,
6-teilige Miniserie in der ZDF-Mediathek

filme

Früher war mehr RomCom

Bei HBO gibt es aktuell eine schön langsame Romantik-Trilogie

E s passierte nicht mit einem lau-
ten Knall, sondern ganz schlei-
chend: In den letzten Jahren
sind RomComs nach und nach
aus den Kinos verschwunden.
Und ich vermisse sie schmerz-
lich. Weniges entspannt mich so sehr, wie
in das fiktive Gefühlsleben anderer einzu-
tauchen. Wird dann doch noch einmal eine
romantische Komödie produziert, ist sie mir
oft zu knallig oder zu abgedreht. Einfache
Filme zum Schmachten, wie die Klassiker
„Notting Hill“, „When Harry Met Sally“ oder
„You’ve got Mail“, gibt es nicht mehr.

Ich konnte mein Glück also kaum fassen,
als mir HBO vor Kurzem einen Indie-Klassi-
ker vorschlug, von dem ich zwar schon viel
gehört, ihn aber noch nie gesehen hatte:
„Before Sunrise“. Denn alles, was ein Film
heute braucht, um erfolgreich zu sein, hat
dieser nicht.
Die Geschichte ist simpel: Der junge US-
Amerikaner Jesse (Ethan Hawke) und die
französische Studentin Celine (Julie Delpy)
lernen sich auf einer Zugfahrt kennen und
verstehen sich auf Anhieb so gut, dass Jesse
Celine bittet, mit ihm in Wien auszusteigen.
Sie sagt zu und die beiden spazieren stun-

denlang durch die österreichische Haupt-
stadt – wohl wissend, dass ihre gemeinsame
Zeit begrenzt ist.
„Before Sunrise“ arbeitet weder mit Cliff-
hanger noch mit einer tiefen Message, son-
dern setzt rein auf Dialog. Die beiden unter-
halten sich im wahrsten Sinne des Wortes
über Gott und die Welt – manchmal hören
wir dabei tiefe Lebensweisheiten, manch-
mal, gerade aus heutiger Sicht, vollkomme-
nen Quatsch. Doch das unterstützt nur das
wohlige Gefühl der Nostalgie, das sich beim
Gucken einstellt.

Auch die Optik des Filmes ist angenehm
zurückhaltend. Obwohl der Film in Wien
spielt, wird nicht in jeder Szene ein baro-
ckes Kulturerbe eingeblendet, sondern die
Stadt bleibt Kulisse für die zwei Verknallten.

Und obwohl die beiden mit ihren Besser-
wissereien auch mal nerven, habe ich sie
schnell in mein Herz geschlossen und bin
nicht bereit, sie nach knapp zwei Stunden
schon wieder zu verabschieden. Zum Glück
hat Regisseur Richard Linklater mit jeweils
neun Jahren Abstand noch einen zweiten
und dritten Teil geschaffen, und wir dür-
fen mit dem Paar noch einen Tag durch Pa-
ris und ein paar Wochen durch Griechen-
land spazieren.

Auch hier plätschert die Handlung fröh-
lich vor sich hin. Genau die richtige Unter-
haltung also nach einem langen Sommer-
tag.

Carolina Schwarz

„Before Sunrise“, „Before Sunset“,
„Before Midnight“, bei HBO Max



podcast

Abgründe der Abschiebung

Seit Juli schiebt Deutschland auch nicht straffällige Afghanen ab. Ein Podcast erinnert an frühere Fälle

D ie Taliban sind seit mittlerweile
fünf Jahren in Afghanistan wie-
der an der Macht, mit drastischen
Folgen für die Menschen vor Ort.
Trotzdem schiebt seit Juli dieses Jahres
Deutschland auch nicht straffällige Männer
nach Afghanistan ab, dafür muss Deutsch-
land mit den Taliban sprechen.

Höchste Zeit, daran zu erinnern, welche
Geschichte Abschiebungen in der deut-
schen Asylpolitik haben.

Bewegend nah kritisiert das der Podcast
„So nicht bestellt“. Der Titel ist eine Anspie-
lung auf Horst Seehofers Aussage, dass er
die Abschiebung von 69. Afghanen, ausge-
rechnet an seinem 69. Geburtstag 2018, „So
nicht bestellt“ habe.

Über 30 Episoden und Sonderfolgen gibt
es, veröffentlicht von 2021 bis 2023. Eine An-
wältin berichtet in einer Folge etwa darüber,
wie sie Abschiebungen verhindert, zwei So-
zialarbeiter*innen über ihre Arbeit in einem
Lager in Sachsen, die Hosts sprechen mit Ak-
tivist*innen der Organisationen Kabul Luft-
brücke oder Kirchenasyl. Teils sprechen die
Teilnehmenden anonym, weil sie Hass und
Anfeindungen fürchten.

Am bedrückendsten sind die Folgen, in
denen verschiedene Menschen ihre Erfah-
rungen mit Pushbacks oder ihre Eindrücke
aus der Abschiebehaftzelle teilen. In einer
Folge sprechen die Hosts mit Sardar V., der
in dem Abschiebeflugzeug an Seehofers Ge-
burtstag saß.

In einer anderen erzählt Mohammad
über Polizeieinsätze und Solidarität in ei-
nem Dresdner Lager. „Man kriegt hier keine
Luft“ sagt Jihed F. über die Abschiebehaft-
anstalt in Dresden, in der die Menschen iso-
liert in Zellen leben.

Beim Durchhören des Podcasts lernt man
viel über das deutsche Abschiebesystem,
etwa wie eine Abschiebung abläuft, oder
was am Flughafen passiert, oder wohin die
Menschen gehen, wenn die Maschine gelan-
det ist. Aber vor allem erinnert der Podcast
an eines: Jede Abschiebung ist eine zu viel.

Ann-Kathrin Leclère

„So nicht bestellt“, überall, wo es Podcasts
gibt

podcast

Im Auge des Bösen

Terrorbekämpfung durch totale Überwachung? Daran glaubt Palantir-CEO Alex Karp

D ie westliche Welt vor Autokratien
schützen. Nichts Geringeres soll Pa-
lantir-Mitgründer Alex Karp ange-
trieben haben, den Posten als Ge-
schäftsführer beim Tech-Unternehmen zu
übernehmen. Die Antwort, die Palantir da-
rauf hat: absolute Überwachung.

Was genau dahintersteckt, zeigt die
sechste Staffel des Podcasts „Wilde Wilde
Web“. Die Folgen hangeln sich an der Le-
bensgeschichte von Palantir-CEO Karp ent-
lang. Der war mal – zur allgemeinen Über-
raschung – ein strammer Linker.

Wie kann sich aber so jemand für die Ma-
chenschaften eines reichen Rechten wie Pe-
ter Thiel einspannen lassen? Thiel ist wie
Karp Mitgründer und besitzt Anteile an
Palantir. Die beiden kennen sich aus Uni-
tagen.

Im Podcast erfährt man viel über die Per-
son, die Karp damals wohl war, seine Faszina-
tion für Deutschland und die machtkriti-
sche Philosophie der Frankfurter Schule.
Und seinen Versuch, bei Jürgen Habermas
seine Doktorarbeit zu schreiben – ohne Er-
folg.

Wie die kritische Theorie beschäftigt wohl
auch Karp die Frage, wie es zur Machtergrei-
fung der Nazis kommen konnte. Er sagt, dass
er vermutlich eines der ersten Opfer sein
würde, falls jemand wie Hitler wieder an die



Peter Thiels Studienkollege: Alex Karp Foto: Benedikt von Loebell/imago

Macht käme. Nicht nur sei er Schwarz und
links, sondern auch jüdisch.

Der Podcast verdeutlicht den mentalen
Spagat zwischen sich widersprechenden Po-
sitionen von Karp. Immerhin ist sein Unter-
nehmen dafür mitverantwortlich, dass die
USA auf den von ihm gefürchteten Autori-
tarismus zusteuert. Die Palantirsoftware er-
möglicht sehr genaue Analysen und wird

beispielsweise von der US-amerikanischen
Behörde ICE genutzt, um Jagd auf Migran-
t:innen zu machen. Auch profitiert Palantir
von aktuellen Kriegen – die Ukraine setzt die
Software etwa ein, um Abschussziele zu be-
stimmen.

Clara Dünkler

„Wild Wild Web: Inside Palantir“,
ARD-Sound

Reportage & Recherche

Die Geschichte
hinter der Geschichte

.....

Ein Blick hinter die Kulissen der taz
Recherchen – exklusive Einblicke
in die Arbeit unseres Investigativ-Teams.

**Jeden zweiten Samstag
im Newsletter:**

taz.de/recherche

Vom
Nein
zum
Ja



Unser Autor hat als junger Mann den Kriegsdienst verweigert. Jetzt hat er sich freiwillig zur Reserve gemeldet – ebenfalls aus Gewissensgründen: Weil der Krieg auch zu uns kommen kann

Der ukrainische Soldat Leonid mit seinem Sohn in der Region Charkiw
Foto: David Gutfenfelder/NYT/ Redux/laif

Von **Stephan Anpalagan**

Das letzte Lied heißt „Was will ich mehr?“ Es ist der 20. Oktober 2022, acht Monate nach Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine. Ich bin auf einem Konzert in Oberhausen. Soweit ich sehen kann, ist die Arena ausverkauft. Der zweite Teil der Veranstaltung ist zu Ende, und das letzte Lied klingt nach. Was will ich mehr?

Gute Frage. Ich bin ein großer Bewunderer von Reinhard Mey. Wann immer es möglich ist, versuche ich, Konzertkarten in meiner Nähe zu ergattern.

Was will ich mehr? Das letzte Lied ist verklungen, Reinhard Mey geht von der Bühne. Das Publikum verlangt nach einer Zugabe. Es sind nicht wenige, die ein bestimmtes Lied einfordern. Als Stellungnahme zur aktuellen politischen Situation. Sie verlangen nach „Nein, meine Söhne geb’ ich nicht“. Reinhard Mey verwehrt ihnen diesen Wunsch. Er spielt stattdessen „Über den Wolken“ und schließt mit „Gute Nacht, Freunde“. Es ist ein wunderschöner Abend. Aber ich verlasse das Konzert mit einer Irritation. Lange habe ich „Nein, meine Söhne geb’ ich nicht“ als Liebeserklärung eines Vaters an seine Kinder verstanden. Als Pazifismus von Eltern, die ihre Kinder vor Krieg und Tod bewahren wollen.

„Nicht für euch hab’ ich manche Fiebernacht / Verzweifelt an dem kleinen Bett gestanden / Und kühl’ ein kleines glühendes Gesicht / Bis wir in der Erschöpfung Ruhe fanden / Nein, meine Söhne geb’ ich nicht.“

Noch vor Kurzem hätte ich den vielen Facetten über die Beziehung eines Vaters zu seinen Kindern und den politischen Bekundungen in diesem Lied zugestimmt. Ich höre das Lied immer noch gern. Aber ich bin mit seiner Aus-

sage nicht weiter einverstanden. Es ist ein Paradoxon, über das ich mehrere Texte und ein Buch geschrieben habe. Es tut mir in der Seele weh, anerkennen zu müssen, dass wir den Frieden in unserem Land nur mit Panzern und Soldaten aufrechterhalten können. Dass wir uns den Pazifismus, den Reinhard Mey hier besingt und dem ich auch selbst lange angehangen habe, nicht länger leisten können. Der bitteren Wahrheit ins Auge zu sehen: Wer seine eigenen Söhne nicht gibt, liefert die Kinder der anderen aus.

Dabei habe ich großes Verständnis für das, was Reinhard Mey hier beschreibt. Wer in seinem Leben das Privileg hatte, ein Kind zu bekommen, es aufzuziehen und zu behüten, der weiß, wie schwer diese Auseinandersetzung ist. Einem Menschen, der nächtelang am kleinen Bett gestanden, ein glühendes Gesicht gekühlt und beim Anblick seines Kindes in einem Krankenzimmer leise Stoßgebete in den Himmel gesandt, der sein Kind auf seinem Schoß getröstet und kleine Pflaster auf sein Knie geklebt, der das Aufwachsen dieses Menschen begleitet und dessen Freiheitsdrang und Persönlichkeitsentwicklung gestärkt hat, dem kann man nur schwerlich vorwerfen, dass er sein Kind schützen will. Vor allen Gefahren.

Am 15. Januar 2026 ist der österreichische Militäranalyst Franz-Stefan Gady zu Gast bei dem Interviewformat „Jung & Naiv“. Er spricht viel über Militärgeschichte, auch über einen möglichen Bündnisfall der Nato und die aktuellen Gefahren, in denen wir uns in Europa befinden. Irgendwann wird er persönlich. Er erzählt, wie er regelmäßig mit einer Gruppe von Militäranalysten in der Ukraine unterwegs ist. Wie sie mit ukrainischen Soldaten sprechen und die Lage analysieren. Wie der Gruppe eine verlassene leerstehende Wohnung ver-

mittelt wird. Man solle dort die Nacht verbringen, sich einen Schlafplatz suchen und morgen wieder am vereinbarten Treffpunkt einfinden. Gady erzählt, wie er die Wohnungstür öffnet, versucht, sich im Dunkeln zurechtzufinden, mit der kleinen Taschenlampe am Telefon durch die Räume leuchtet, irgendwo seinen Schlafsack ausbreitet und feststellt, dass er in einem Kinderzimmer gelandet ist.

Die Ukrainer wissen etwas, was wir in Deutschland noch lernen müssen. Wenn wir nicht kämpfen, haben wir verloren

„Im Kinderzimmer von zwei Kindern. Und diese Kinder müssen irgendwie zwischen drei und sechs Jahre alt sein, weil da waren so Zeichnungen. Und links von mir ist ein Stockbett. Was mir gleich auffällt, ist Bettwäsche. Das ist eine Bettwäsche mit Herzen. Die gleiche Bettwäsche, die meine Tochter auch hat, so eine Ikea-Bettwäsche. Und da ist offensichtlich jemand überstürzt rausgegangen, aus dieser Wohnung.“

Gady leuchtet weiter, schaut aus dem Fenster und sieht in der Ferne die Leuchtstreifen der russischen Artillerie. Die Front verläuft in Sichtweite.

„Es war eine klare Nacht. Und du hast in der Distanz, ich hab rausgeschaut, so am Stadtrand von Kramatorsk die Leuchtschwungmunition der Front ge-

sehen. Und es hat geboomt, und Einschläge hat man gehört in der Distanz. Und am Fensterbrett lag ein Stapel von Büchern. Und ich nehm das erste Buch hoch, und da ist ein Hase auf dem Cover. Ich schlag das Buch auf, und es ist ein ukrainisches Kinderbuch. Und das heißt ‚Der kleine Hase will schlafen gehen‘. Und auf der ersten Seite sind so Instruktionen für Eltern. Und da steht, um sicherzugehen, dass ihr Kind gut und fest schläft, müssen sie zuallererst eine sichere Umgebung für das Kind erschaffen. Und ich sehe das, lese das, denke an meine eigenen Kinder, sehe die Wohnung eben, wo offensichtlich Leute haben flüchten müssen, die Front in der Nähe.“

Auch andere Menschen haben Kinder. Kinder, die im Krieg aufwachsen. Kinder, die aus dem Fenster schauen und den Beschuss ihrer Stadt erleben. Kinder, die Angst haben. Kinder, denen eine sorglose Kindheit verwehrt bleibt.

Es gibt Eltern, die darauf hoffen, dass ihre Kinder heil aus einem Krieg wieder herauskommen. Es gibt Eltern, die mit ihren Kindern fliehen müssen. Es gibt Eltern, die bleiben und kämpfen, während sie von ihren Kindern getrennt sind. Die Deutschen können heute nur deshalb in Freiheit und Sicherheit leben, weil sowjetische, US-amerikanische, britische und französische Eltern ihre Kinder in die Befreiung Europas und in den Krieg entlassen haben. Hätten all diese Eltern an pazifistischen Überzeugungen festgehalten, würde es unser Europa und unser Deutschland in der heutigen Form nicht geben.

„Und eher werde ich mit ihnen fliehen / Als dass ihr sie zu euren Knechten macht / Eher mit ihnen in die Fremde ziehen / In Armut und wie Diebe in der Nacht.“

Nicht alle werden fliehen können. Nicht alle Kinder. Und auch nicht alle

Eltern. Darüber hinaus werden die Armen, Alten, Kranken und Schwachen zurückbleiben. Und jeder weiß, wie es mit ihnen ausgehen wird, wenn niemand mehr da ist, um sie zu verteidigen. Wenn niemand mehr da ist, um dem Rad in die Speichen zu fallen.

Das, so kann ich heute voller Überzeugung sagen, kann ich mit meinem Gewissen nicht vereinbaren. Dieses Land ist es wert, dass wir darum kämpfen. Dass wir seine Menschen verteidigen. Dass wir unseren europäischen Nachbarn beistehen.

Ausnahmslos alle Soldaten, mit denen ich gesprochen habe, erzählen mir, dass sie den Krieg verabscheuen. Nariman Hammouti, eine muslimische Soldatin mit marokkanischen Eltern, erklärt mir, dass sie in die Bundeswehr eingetreten ist, weil sie Krieg verhindern möchte. Franz-Stefan Gady sagt über die ukrainischen Soldaten etwas Ähnliches: „Die Soldaten sind müde des Krieges. Sie wollen nicht kämpfen. Nur die Alternative ist so schrecklich, was jetzt in den besetzten Gebieten passiert oder was eben tatsächlich die Absicht des russischen Gegners ist, dass es eben keine Alternative gibt.“

Es gibt einfach keine Alternative. Die Ukrainer wissen etwas, was wir in Deutschland erst noch lernen müssen: Wenn wir nicht kämpfen, haben wir bereits verloren.

Die alles entscheidende Frage aber bleibt: Würde ich Deutschland bewaffnet verteidigen? Würde ich töten und sterben?

Man muss sich, um diese Frage in ihrer Gesamtheit zu begreifen, im Klaren darüber sein, dass Deutschland zu den sichersten Ländern der Welt zählt. Diese Frage also in diesem Land zu stellen, während anderswo Krieg herrscht

Fortsetzung von Seite 39

und Menschen sterben, ist wohlfeil. Aber vielleicht ist sie nichtsdestotrotz wichtig. Weil der Krieg nicht immer nur die anderen trifft. Weil der Krieg auch zu uns kommen kann. Weil der Krieg auch zu uns kommen wird.

Mir muss niemand erklären, was der Krieg mit Menschen macht. Wie er Familien auseinanderreißt, wie er Biografien und Lebenswege durchtrennt. Ich selbst wurde in einem Kriegsgebiet geboren, meine Eltern mussten als Kriegsflüchtlinge ihre Heimat verlassen und sind nach Deutschland geflohen. Ich habe Angehörige im Krieg verloren und hautnah von der Zerstörung ganzer Landstriche erfahren. Der Krieg in Sri Lanka war durchzogen von Gräueltaten auf beiden Seiten. Die einen agierten mit Terror, die anderen mit Kriegsverbrechen. Ich weiß um die Komplexität, die Militarismus, Soldatentum und Aufrüstung mit sich bringen. Ich weiß, dass diplomatische Wege niemals außer Sicht geraten dürfen. Dass gesprochen und verhandelt werden muss, wenn es am Ende gut werden soll.

Ich weiß aber auch, dass uns in unserer Welt keine andere Wahl bleibt, als den Kampf gegen unsere Feinde aufzunehmen und uns zu verteidigen. Für unsere Werte zu kämpfen und unsere Mitmenschen zu beschützen. Aber auch unseren europäischen Nachbarn beizustehen und die tapferen ukrainischen Frauen und Männer, die gegenwärtig auch unsere Sicherheit verteidigen, zu unterstützen. Dass ich in meiner neuen Heimat überhaupt in Frieden und Freiheit aufwachsen konnte, hatte auch damit zu tun, dass vor nunmehr acht Jahrzehnten die alliierten Streitkräfte dieses Land mit militärischer Gewalt vom Faschismus befreit haben.

Wir werden, wenn wir unsere Verteidigungsfähigkeit vorantreiben, am Ende stärker und selbstbewusster aus alledem hervorgehen, weil wir auf dem Weg zum Ziel die Ressourcen und die Fähigkeiten herausbilden können, um in Zukunft für uns selbst zu sorgen. Ohne abhängig zu sein von vermeintlichen Freunden und vertrauten Feinden. Weil Deutschland ein starkes Land ist, tragen wir viel Verantwortung. In Europa, aber auch darüber hinaus. Wir werden niemals aufgeben, für Menschenwürde und Menschenrechte einzustehen.

Die Verteidigung von Heimat und Mitmenschen ist genau die staatsbürgerliche Verantwortung, die uns Deutschen aufgegeben ist. Ehrlich gesagt fällt mir eine Antwort noch immer nicht leicht. Aber es ist nicht mehr das klare Nein, das es so viele Jahre war. Es ist nunmehr ein nachdenkliches Ja.

Ich, der evangelische Theologe, der Kriegsdienstverweigerer, der ehemalige Zivildienstleistende und Pazifist, habe meine Kriegsdienstverweigerung widerrufen und mich zur Reserve bei der Bundeswehr gemeldet. Auch wenn ich nicht kämpfen will.

Stephan Anpalagan ist Autor, Unternehmensberater und evangelischer Theologe. Sein aktuelles Buch „Für den Frieden. Widerruf meiner Kriegsdienstverweigerung“ ist im S. Fischer Verlag erschienen.



Ermitteln auf eigene Faust und eigenes Risiko:
Staatsanwältin Seyo Kim (Chen Emilie Yan) in „Staatsschutz“
Foto: Plaion

Sie will nicht Ausländerin genannt werden

Im Justizdrama „Staatsschutz“ lässt Regisseur Faraz Shariat eine Staatsanwältin zum Opfer rechter Gewalt werden. Der Film stellt die unbequeme Frage, wie stark der Apparat selbst unterwandert ist

Von **Barbara Schweizerhof**

Kann ein Film zu aktuell sein? Im Fall von „Staatsschutz“ wird die Aktualität in der Tat von unangenehmen Gefühlen begleitet. Teile der Handlung sind zu nah dran an dem, was viele angesichts der zu erwartenden Wahlergebnisse für die nahe Zukunft befürchten oder bereits als Gegenwart sehen.

Die Handlung lässt sich an wie ein normaler deutscher Fernsehkrimi. Eine junge Staatsanwältin wird Opfer eines rassistischen Anschlags. An Meldungen dieser Art haben wir uns erschreckenderweise längst gewöhnt. Es sind die Geschehnisse, die „Staatsschutz“ darauf folgen lässt, die das Gemütlichkeitsgefühl, das deutsche Krimis ihren Zuschauer*innen gewohntermaßen vermitteln, empfindlich stören.

Dazu gehören Details wie ein Gespräch unter Redakteuren des Lokalfernsehens, die über den Anschlag berichten, aber nichts aufbauschen wollen und deshalb zunächst in angeblicher Neutralität von einem „Unfall“, in den die Staatsanwältin verwickelt sei, sprechen. Und die Trägheit, mit der die Polizei am Tatort zugange ist.

Aber dann reagiert die Justiz ebenso träge. Ermittlungen verlaufen im Sand und produzieren schließlich nur einen einzigen Verdächtigen, der den Tathergang aber ganz anders schildert. Von wegen er hatte nichts wirklich Böses im Sinn und eine kritische Haltung gegenüber Ausländern sei doch weit verbreitet. Seine Verteidigerin polemisiert einen Zacken schärfer gegen die „linken Verzerrungen“ der Nebenklage.

Das ist eine große Stärke von Faraz Shariats Film, der in diesem Jahr bei der Berlinale mit dem Panorama-Publikumspreis ausgezeichnet wurde:

Wie er die Quasi-Machtübernahme einer rechts-autoritären Gesinnung in den eigentlich zur Neutralität verpflichteten Institutionen wie der Justiz beschreibt. Es ist ein „Was wäre, wenn ...?“, das einem den Atem nimmt, weil es so nebenbei passiert. Und man sich die Augen reibt und fragt, ob diese Zustände nicht vielleicht schon in einigen Regionen der Bundesrepublik Realität sind.

Eben noch glaubte sich auch die frisch angetretene Staatsanwältin Seyo Kim (Chen Emilie Yan) gesichert in der „objektivsten Behörde der Welt“, wie man um sie herum behauptet. Wenn es nicht genug Beweise gibt, plädiert sie für Straffreiheit, auch im Fall eines rechten Störenfrieds. Dem Auftreten der engagiert linken Rechtsanwältin Alexandra Tiedemann (Julia Jentsch) setzt sie demonstrativ die kalte Schulter entgegen. Wo käme man da hin, wenn man in der Justiz nach politischen Sympathien urteilt.

Doch dann passiert es. Sie fährt Fahrrad und muss in den Schatten einer breiten, dunklen Straßenunderquerung eintauchen. Jede Frau kennt das leicht unguete Gefühl, das einen dabei selbst am helllichten Tag erfasst. Zunächst ist weit und breit niemand zu sehen. Dann saust wie aus dem Nichts ein anderer Fahrradfahrer heran, der sie überholt und ihr von vorn den Weg abschneidet, sodass sie stürzt.

Als sie am Boden liegt, wird sie von oben mit einem brennenden Molotow-Cocktail beworfen. Ihre Jacke gerät in Brand. Während sie von oben das Johlen mehrerer Männer auf Mopeds hört, versucht sie verzweifelt, sich von der brennenden Jacke zu befreien. Es gelingt ihr; sie kommt mit kleinen Verbrennungen davon. Aber der Schreck sitzt tief.

Das Vertrauen in den Staatsapparat verliert die Staatsanwältin dann sehr schnell. Zu deutlich steht ihr vor Augen, wie anders Medien, Polizei

und Justiz reagiert hätten, wenn ihrem „biodeutschen“ Kollegen etwas Ähnliches widerfahren wäre. Deshalb ist es kein Wunder, dass Seyo es nicht lassen kann, selbst Nachforschungen anzustellen, obwohl man sie eindringlich davor warnt.

Hier verlässt „Staatsschutz“ das sichere Fahrwasser eines deutschen Gegenwartsdramas und erlaubt sich mehr und mehr Genre-Elemente. Seyo wird als taffe Einzelkämpferin charakterisiert, wie man sie eher aus düsteren HBO-Krimis denn von ARD und ZDF kennt. Zwar hat sie in ihrem koreanischen Vater (Haeng-Goo Peter Yeo) einen warmen Unterstützer

„Staatsschutz“ überzeugt besonders, wenn er nebenbei die aufgeladene Stimmung in der Gesellschaft darstellt

und in Min-su (Kotbong Yang) eine um ihr Seelenwohl besorgte Liebhaberin. Aber die Leere ihrer frisch bezogenen Neubauwohnung füllt sie einzig mit Kartons voller Recherchen.

An die breite Fensterwand klebt sie ein Beweisführungsboard, das den Verschwörungstheoretikern dieser Welt Ehre erweist. Fotografien und Zeitungsausschnitte verdunkeln nicht nur das Wohnzimmer, sondern ergeben ein Netz der rechten Unterwanderung, gegenüber dem die kleine Seyo sehr machtlos erscheint.

Als emotionaler Ausgleich zur unangenehmen Aktualität der Verweise auf NSU-Morde und Ähnliches funktioniert Seyo mit ihrem trotzigsten, störrischen Auftreten dennoch gut. Statt auf dem Fahrrad fährt sie nun mit einem fetten, mit Schutzglas ausgestatteten Sportwa-

gen durch die Gegend. Auch besorgt sie sich eine Waffe und trainiert das Schießen. Und sie ermittelt trotz aller Warnungen und Rückschläge weiter in eigener Sache. In der Behördenmitarbeiterin Ayten (Alev Irmak) findet sie schließlich eine Verbündete, die ihr Zutritt zu alten Akten beschafft.

Die Thrillerelemente beißen sich jedoch mehr und mehr mit der gegenwartsnahen Schilderung rechter Machtübernahme. Szenen wie die, in der Seyo von zwei Polizeibeamten auf der Straße drangsaliert und schließlich sogar in Haft genommen wird, scheinen wenig plausibel und zu effekthascherisch. Man hätte sich gewünscht, dass der Film die Verschwörung, der Seyo auf die Spur kommt – Staatsanwaltschaft und rechte Täter kennen sich persönlich –, nicht nur behauptet, sondern als gesellschaftliche Entwicklung zeigt.

„Staatsschutz“ überzeugt immer dann besonders, wenn er nebenbei die aufgeladene Stimmung in der Gesellschaft darstellt. Etwa wenn Seyo im Gericht darauf aufmerksam machen muss, das sie Deutsche ist und nicht als Ausländerin bezeichnet werden will. Oder wenn sie darum kämpft, dass ein Zeuge, der ein T-Shirt mit den verklausulierten Buchstaben HKN KRZ trägt, eine Jacke anziehen soll. Im Hintergrund hört man jemanden etwas murmeln wie: „Das sind doch nur Buchstaben, was hat die Fidschi da zu sagen.“

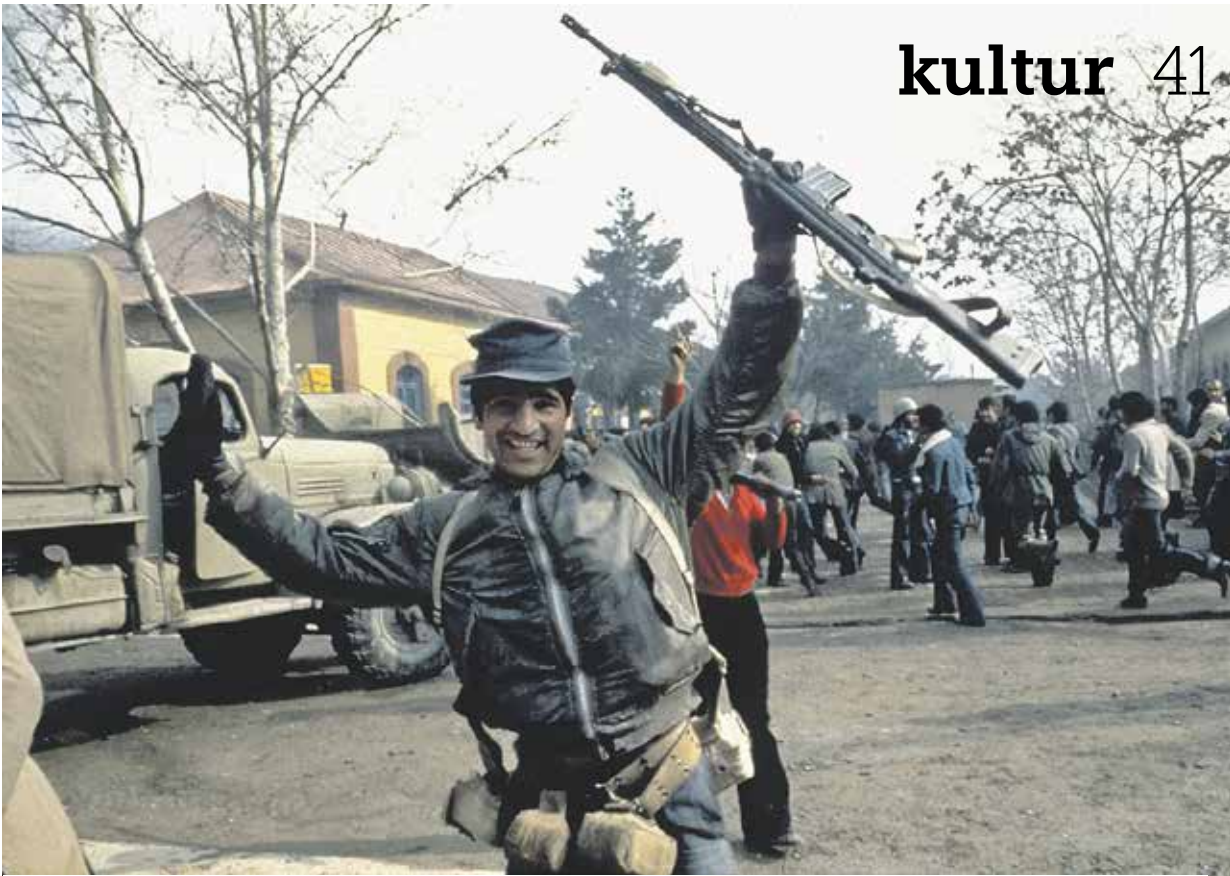
Die ebenfalls hoch aktuelle Frage, wie sehr man die Mittel des Rechtsstaats ausschöpfen muss oder gar verbiegen darf, um selbigen zu bewahren, stellt „Staatsschutz“ zwar, aber eine Antwort darauf versucht der Film nicht.

„Staatsschutz“, Regie: Faraz Shariat. Mit Chen Emilie Yan, Julia Jentsch u. a. Deutschland 2026, 113 Min. Ab 27. 8. im Kino

Projektionen eines Intellektuellen

Der französische Philosoph Michel Foucault, die Linke und der Orient

Von **Andreas Fanizadeh**



Teheran am 11. Februar 1979 – die Revolution hat gesiegt, doch was folgt darauf? Foto: Hatami/Polaris/laif

Im Jahr 1978 wird Michel Foucault zu zwei Recherchereisen in den Iran aufbrechen. Er hat dafür mit der italienischen Tageszeitung *Corriere della Sera* eine Serie von Artikeln verabredet. Das Interesse des französischen Philosophen an den revolutionären Vorgängen liegt im Trend der Zeit. Die Ereignisse in Iran galten den neuen Linken weltweit beispielhaft für einen nicht mehr überwiegend vom Ost-West-Gegensatz geprägten Typus politischer Auseinandersetzung. In Iran sah sich eine vom Westen gestützte und säkular orientierte Monarchie mit einer sich auf die vormodernen Werte des politischen Islam berufenden Kraft konfrontiert. Sie schien keinem der bislang analysierten Dispositive der Macht zu gleichen. Foucault war zudem wie viele andere auch vom Islam und dessen exotisch wirkender Spiritualität fasziniert, kapitalismuskritischen Kritikern schien es wie ein großer Sprung aus der Welt.

Eine Projektion mit negativen Folgen, insbesondere für den Iran, wie Foucault bald selbst erkannte. Doch da war es bereits zu spät, der Moment der Geschichte vorbeigezogen. Foucault war den Einschätzungen religiös inspirierter, konservativer iranischer Nationalisten

Demokratien des Abendlandes lockte vom Morgenland aus die Utopie eines vorgeblich egalitären, an den Regeln des Korans orientierten Gemeinwesens.

War Foucault in den frühen 1950er-Jahren noch Stalinist, verachtete er schon bald den Gulag-Kommunismus sowjetischer Prägung. Nach Stalins antisemitischer Hetzkampagne gegen eine angebliche jüdische Ärzteschwörung 1952/53 verließ Foucault die Kommunistische Partei Frankreichs. Ebenso aber misstraute der 1926 in Poitiers Geborene den in der Nachkriegszeit noch sehr autoritär verfassten und wenig liberalen Institutionen der bürgerlichen Demokratie. Auch deren Wissensproduktionen, auf deren Behauptungen zunehmend willkürlich erscheinende, paternalistische Disziplinar-, Kontroll-, Straf- und Normierungscodes gründeten. Der demokratischen Gegenwart stand der aus privilegierten Verhältnissen stammende Foucault – wie dann im Pariser Mai 1968 auch die rebellierende Nachkriegsjugend – skeptisch gegenüber.

Mit seiner Aufnahme ins Collège de France war Foucault 1970 allerdings selbst an der Spitze des extrem hierarchisch organisierten französischen Universitätssystems angelangt. Die Berufung fiel zeitlich mit ei-

nem auch Zusammensetzung der Bevölkerung in Frankreich eine andere als etwa in Deutschland oder Nordeuropa.

Nach Tätigkeiten zunächst im europäischen Ausland – als Lehrer und Kulturattaché an französischen Institutionen in Uppsala, Warschau und Hamburg – dann ab 1960 an der Universität von Clermont-Ferrand, lebte Foucault ab Herbst 1966 in Tunesien und lehrte an der Universität von Tunis bis zum Frühjahr 1968 Philosophie. Unklar bleibt, ob er in Tunesien von Agenten des postkolonialen Regimes wegen seiner Parteinahme für rebellierende Studierende oder aus homophoben Motiven überfallen und verprügelt wurde. Danach verließ er jedenfalls das nordafrikanische Land. Bereits der polnische Geheimdienst hatte ihm Ende der 1950er-Jahre in Warschau eine Falle gestellt und einen jungen Mann als Lockvogel auf den homosexuellen Philosophen angesetzt.

„Es gibt in der Welt weit mehr Ideen, als die Intellektuellen sich träumen lassen“, formuliert Foucault in einem Artikel für den *Corriere della Sera* im November 1978. Er legt darin seine Motivation für seine Reisen in den Iran dar. „Es gilt der Geburt der Ideen beizuwohnen und ihre explosive Kraft zu erleben, und dies nicht in den Büchern, in denen sie vorgestellt werden, sondern in den Ereignissen, in denen sich ihre Kraft zeigt, und in den Kämpfen, die für oder gegen sie geführt werden.“ Löblich scheint auch in der Nachbetrachtung Foucaults Engagement, sich 1978 auf die zwei Recherche-Reisen in den Iran (16.–24. September sowie 9.–15. November) überhaupt eingelassen zu haben. Doch die Gewissheit, mit der er in der Folge die dortigen Geschehnisse (mit dem ihm zur Verfügung stehenden eingeschränkten Mitteln) kommentieren wird, verblüfft heute noch.

In einem am 1. Oktober 1978 im *Corriere della Sera* veröffentlichten Beitrag schreibt Foucault: „Der gegenwärtige Todeskampf des iranischen Regimes bildet die letzte Phase einer Episode, die vor gut 60 Jahren ihren Anfang nahm, des Versuchs nämlich, die islamischen Länder nach europäischen Vorbild zu modernisieren.“ Der Schah „träumt den überholten Traum, sein Land durch Säkularisierung und Industrialisierung zu öffnen“. „Archaisch“ sei, so Foucault, „heute sein Modernisierungsprojekt“, und nicht etwa die Predigten seiner Kontrahenten, der bärtigen Männer mit den Turbanen. Denn, so Foucault in einem weiteren Artikel vom 22. Oktober 1978, „unter einem ‚islamischen Staat‘ versteht niemand im Iran ein politisches Regime, in dem der Kle-

rus die Leitung übernehme oder den Rahmen setze.“ Die im Koran formulierten Regeln interpretiert Foucault als vom Volke ausgehend, vergleichbar den „Grundformeln der bürgerlichen oder revolutionären Demokratie“ Europas des 18. Jahrhunderts. Mehr noch, wie sich Foucault von einem fiktiven Gesprächspartner versichern lässt: „Der Koran hat sie (die Grundformeln) schon lange vor euren Philosophen formuliert, und auch wenn der christliche und industrielle Westen ihren Sinn vergessen hat, wird der Islam an ihrer Bedeutung festhalten und sie zur Wirkung kommen lassen.“

„Es gibt in der Welt weit mehr Ideen, als die Intellektuellen sich träumen lassen“

Michel Foucault, 1978

Doch wie gelangte der Philosoph in der unbeweglichen, vordigitalen Zeit ohne eigene Kenntnisse des Persischen (Farsi) zu solchen Einschätzungen? Die Mullahs hatten über ihre Moscheenstruktur ein weit verzweigtes Netz im Land. Ihre Predigten wurden auch über Kassetten verbreitet, wodurch sie die Analphabeten noch im hintersten Winkel erreichten. Foucault war beeindruckt, selbst verstehen konnte er sie nicht und war auf Übersetzungen und Interpretationen anderer angewiesen. Laut seinem Biografen Didier Eribon stand Foucault in Paris in engerem Austausch mit Ahmad Salamatian. Dieser lebte seit 1965 im französischen Exil.

Salamatian war ein enger Mitstreiter von Abolhassan Banisadr, der seinerseits Vordenker der islamischen Revolution und Vertrauter Chomeinis war. Ebenso wie Mehdi Bazargan gehörten sie zur „Iranischen Freiheitsbewegung“, einem islamisch-konservativ orientierten Zusammenschluss, der aus der Nationalen Front Mohammad Mossadeghs hervorgegangen war. Das Ziel dieser Männer war es, das Regime des Schahs von Persien zu stürzen. Der Iran sollte durch eine gegen westliche Moderne und östlichen Kommunismus gerichtete islamisch-nationalistische Erweckungsbewegung zu neu-alter Größe geführt werden. Nach der Revolution von 1979 wurden sie von Islamistenführer Ruhollah Chomeini tatsächlich mit hohen Staatsämtern betraut, bevor sie im weiteren Prozess der Errichtung des klerikal-faschistischen Staates aussortiert wurden. Foucaults Berater Salama-

tian war Stellvertreter von Außenminister Ebrahim Yazdi im ersten von Chomeini eingesetzten Kabinett unter Premier Mehdi Bazargan.

Dies waren also die Denker, die Foucaults Texte 1978 in der vorrevolutionären Phase Irans wesentlich beeinflussten. „Ahmad Salamatian besorgt Foucault Bücher und Dokumentationsmaterial, er liefert Adressen, Kontaktstellen und eine Liste mit Personen, die aufgesucht werden müssen“, schreibt Eribon. Und in dem von Daniel Defert und François Ewald herausgegebenen Schriften Michel Foucaults „Dits et Ecrits“ findet sich in Band 3 zudem der Hinweis, dass ihm kein Geringerer als Mehdi Bazargan bei einer Zusammenkunft mit Großajatollah Kasem Schariatmadari als Dolmetscher 1978 diente. Schariatmadari war der geistliche Gegenspieler von Chomeini, der tatsächlich auf eine Trennung von staatlichen und religiösen Ämtern pochte. Chomeini aber hatte andere Pläne. Und siegte bekanntlich.

In seiner Hybris sprach Foucault in seinen Texten stets von „den“ Iranern, deren Volkes Meinung er nur wiedergäbe. Dabei waren es vor allem die Fehleinschätzungen einer einzigen, wenn auch wichtigen, jedoch bald unterlegenen politischen Strömung innerhalb der iranischen Revolution.

Foucault, den französischen Rassismus und das frühere Kolonialregime vor Augen, wollte nicht überheblich erscheinen, als er in einem offenen Brief bald unterlegenen Premierminister Mehdi Bazargan am 14. April 1979 im *Le Nouvel Observateur* voll Ehrfurcht heischend dem Respekt davon spricht: „Ich sehe nicht, im Namen welcher Universalität man die Muslime

hindern könnte, ihre Zukunft in einem Islam zu suchen, dessen neues Gesicht sie selbst zu gestalten hätten.“ Er homogenisierte auch hier nach völkischen und nicht politischen Annahmen, so er, „die Muslime“ als Gesamtheit definiert.

Dennoch war er bei all seiner exotistischen Schwärmerei für „andere“ Kulturen in der Lage, Menschenrechtsverbrechen als solche wie in dem Brief an Bazargan zu benennen. Bereits in Tunesien verurteilte er die antisemitischen Pogrome, nachdem es Israel gelungen war, die arabischen Armeen im Sechstagekrieg 1967 zu besiegen. Auch vom Gemetzel der iranischen Islamisten wandte er sich rasch und schauernd ab.

Eine Staats- und Institutionentheorie hatte Foucault allerdings nicht, mit der er sich Klerikalfaschismus oder auch völkische Bewegungen wie den Panarabismus hätte erklären können. Zu anderen Kräften der heterogenen iranischen Opposition hatte er keinen Kontakt.

Als Foucault Frauen im Tschador 1978 als Rebellinnen feierte, tat er dies jedoch noch in Unkenntnis einer sich bald (staats-)terroristisch etablierenden Herrschaftspraxis. Heutige Linke können eine solche Unkenntnis des Sendungs- und Machtbewusstseins der klerikal-faschistischen Strömungen des Islams nicht mehr für sich beanspruchen. Auch nicht deren antisemitisches und rassistisches Potenzial übersehen, welches Foucault in seinen Schriften um 1979 immerhin irritiert zur Kenntnis nahm.

Am 15. Oktober wurde Michel Foucault 100 Jahre alt. Aus diesem Anlass veröffentlicht die taz bis dahin monatlich einen Artikel zu seinem Wirken.



Michel Foucault kurz vor seinem Tod 1984 Foto: M.Bancillon/afp

gefolgt. Politikern, die zumeist im französischen Exil saßen und als Fraktion der „Gemäßigten“ Islamistenführer Ayatollah Chomeini den Weg zur absoluten Macht in Iran ebneten. Im Verlauf der Revolution von 1979 wurden sie dann selbst rasch aus dem Weg geräumt.

Der Theoretiker Foucault, der in den 1960er-Jahren noch ein distanziertes Verhältnis zu politischen Ableitungen pflegte, hatte sich Anfang der 1970er-Jahre radikalisiert. Wie ein Großteil der neuen Linken fahndete er nach dem „neuen revolutionären Subjekt“. Einem jenseits von weißer Arbeiterklasse, westlichem Kapitalismus und östlichem Kommunismus, jenseits des Widerspruchs von Kapital und Arbeit. Und statt den Niederungen der verhassten (reformistischen) „Realpolitik“ in den

nem sich radikalisierenden politischen Aktivismus des Intellektuellen zusammen. Mit anderen gründete Foucault 1971 die G.I.P. (Groupe d'information sur les prisons), um über die in jener Zeit unhaltbaren Zustände in den Strafanstalten aufzuklären. Die G.I.P. verstand es, die „Randgruppe“ der Inhaftierten in den sichtbaren Stand politischer Akteure zu erheben.

In seinem Werk hatte Foucault sich bereits früh mit unterschiedlichen kulturgeschichtlichen Traditionslinien von Okzident und Orient beschäftigt. Er spekulierte bereits in den 1960er-Jahren, welche abweichende Entwicklungsmöglichkeiten für Gesellschaften sich daraus ergeben könnten. Durch den Mittelmeerraum und die Auseinandersetzungen um die Kolonien waren Realität

Anzeige

LANGE NACHT DER MUSEEN

29.08.2026



CRIME IN BERLIN N° 44 CRIME IN BERLIN N° 44 CRIME IN BERLIN N° 44 CRIME

JETZT NOCH TICKET SICHERN! NUR 23€
Infos + Tickets: langenachtdermuseen.berlin ERMÄSSIGT 17€



Katharina J. Cichosch
High & Low

Mut zur
Hässlichkeit

Alles an diesem Buch ist *inconvenient*. Manche Textpassagen lassen sich ohne Lesebrille kaum entziffern, andere sind grell in Rot auf Schwarz gedruckt oder derart über die Seiten verteilt, dass man kaum weiß, wo der eine Text aufhört oder ein anderer schon wieder anfängt. Es gibt keinen ordentlich sortierten Überblick, keine neu hinzugefügten Essays, die im Rückblick noch einmal einordnen helfen, warum man sich heute wieder dafür interessieren sollte. Vor 25 Jahren erschien „Fucked Up + Photocopied“ zum ersten Mal in Buchform. Jetzt hat Ginkgo Press die Sammlung visueller Punk-Artefakte der US-Westküste in einer Neuauflage herausgebracht. Dem eher konventionellen Cover zum Trotz gibt es viel zu entdecken, das Freude macht.

Die Zeitzeugnisse, die es zu sehen gibt, taugen so auch keineswegs allesamt zur Verklärung. Die Szene war klein und rasch gelangweilt, so beschreiben es die AutorInnen im Buch. Die 1970er-Jahre waren furchtbar und gerade eben vorbei. Natürlich gibt es die legendären Flyer, Zines, Plakate mit hinreißend zusammenkopierten Collagen und Erpresserbrief-Layouts. Zeugnisse erster Auftritte von Bands wie Devo, NOFX, The Circle Jerks, The Cramps, The Exploited und so fort. Eine ganze Reihe ist allein Black Flag gewidmet. Aber auch geradeheraus Hässlichkeit und liederlich Hingekritzelteltes, das eventuell deshalb nostalgisch stimmen kann, weil man sich gerade überhaupt keine Mühe machte (machen musste, das Gefühl hatte, sich machen zu müssen). Und irgendwie erscheint das doch wie ein Gegenentwurf zum wohlkuratierten, gut aussehenden Punk, wie man ihn bis heute mit New York City oder eben auch London verbindet. Wie sagte Kim Gordon in ihrer Autobiografie über L. A., als sie den örtlichen Kunstmarkt und den in New York verglich? „There’s only Hollywood money, no Wallstreet money“, oder so ähnlich, und vielleicht macht diese ad-hoc-ökonomische Beobachtung ja auch Sinn, wenn es um andere Bereiche von Kultur und Subkultur geht – wo weniger zu holen ist, wird es interessanter?

Anzeige

8. 9. 2026, 19:00, Konzerthaus Berlin

Sinfoniekonzert:

Licht auf Parsifal

mit Werken von Karlheinz Stockhausen und Richard Wagner

DEUTSCHE

OPER

BERLIN

Punk ist seit einigen Jahren in allen erdenklichen Reinkarnationen wieder da. Sicher deutlich zahmer als seinerzeit, um nicht zu sagen spießig. Letzten Sommer sah ich die sehr gute Band Müll auf einem traditionell punkfreundlichen Stadtteilstadtteilfest, aber sie spielten zu selten Powerchords und hatten auch sonst zu krude Songfindungen für das versammelte Publikum. „Das ist doch kein Punk!“, lästerten einige Spießerpunks. Auch dazu hätte „Fucked Up + Photocopied“ manches zu sagen, zum Beispiel diese Erinnerung wider die musikalische Konformität: „Der gut gemeinte Gruppenzwang zielte nicht darauf ab, dass alle gleich klingen sollten; vielmehr war es eine Ermutigung für jeden Künstler, anders zu sein.“ Beziehungsweise: „Was heute Punk genannt wird, mag vertraut klingen, aber zu oft ist der Geist durch Regeln ersetzt worden – eine Art von Fundamentalismus, sogar.“

Aber auch seinerzeit schon wurde nicht nur ans Fuck You, sondern auch an so etwas wie Einigkeit einer zerstrittenen Szene erinnert. „Hey! We’re talking to you“, lässt Jamie Hernandez eine Gruppe Punker unterschiedlicher Ausdifferenzierung, von Oi-Skin bis Klassik-Punkerin, ihr Publikum adressieren. „Wenn diese Szene scheiße ist, dann liegt es daran, dass du scheiße bist.“ Mit sanftem Nudging, bitte selbst zu einem gelingenden Miteinander beizutragen.

Bryan Ray Turcotte und Christopher T. Miller: „Fucked Up + Photocopied. Instant Art of the Punk Rock Movement: 25th Anniversary Edition“. Ginkgo Press, Richmond 2026. 240 Seiten, 49,95 Dollar

Katharina Cichosch, freie Kunstkritikerin, lebt in Frankfurt am Main.

In Magdeburg kam es schon vorab zu Protesten gegen das Stück „Wunde Stadt“, die Rechtsextreme zu nutzen wussten

Foto: Kerstin Schomburg/Theater Magdeburg/dpa



Stärkt das die Identität?

Die AfD fordert in Sachsen-Anhalt eine Patriotismusklausel für die Kultur. Die Theater fürchten eine Kürzungsrunde nach der Wahl, wenn die Kulturbudgets neu verhandelt werden

Von **Torben Ibs**

Sie stehen da in Stein gemeißelt, die fünf Museen im Brunnen, und künden von der Schönheit der Künste. Heute bekommen sie Besuch. Zwei Performerinnen wuseln in Ratenskostümen mit langen dicken Schwänzen über den Platz und probieren Klamotten an. Ein Infostand bietet Flyer zur Kunstfreiheit, und an einem Glücksrad können Flanierende Freikarten für Kulturveranstaltungen gewinnen.

Die Menschen in der Fußgängerzone eilen vorüber, einige bleiben stehen, schauen und amüsieren sich an einem der heißesten Tage des Sommers nicht zulassen. In Halle veranstalten sie an wechselnden Orten, immer am Dienstagnachmittag, ihre „Kunstgebung“, um vor der Landtagswahl im September ein Signal zu setzen für die Freiheit der Kunst – die sie bedroht sehen, wenn die AfD in welcher Form auch immer an die Macht kommt.

Einen Vorgeschmack lieferte die AfD-Landtagsfraktion im Juni mit einem Antrag zur Kulturförderung. Demnach soll die Förderung von Kultur an ein Bekenntnis zur deutschen Nationalkultur gebunden sein. Deutschland dürfe nicht verächtlich gemacht werden, fordert die AfD. Geförderte Projekte sollten laut Antrag ein „Mindestmaß an Loyalität gegenüber dem demokratischen Gemeinwesen, dem Land Sachsen-Anhalt und der deutschen Kulturnation erkennen lassen“. Das Wort von der Patriotismusklausel machte die Runde. Der zweite Vorsitzende der Landes-AfD und für seine rechtsextremen Positionen bekannte Thomas Tillschneider forderte deutsche Kunst statt antideutscher Kunst. Die Theaterleute waren nun wach.

Dass die AfD bei einem Wahlerfolg entsprechende Gängelungen durchsetzen wird und sich selbst einen Hebel schafft, um missliebigen Projekten und Institutionen Mittel zu streichen, ist offensichtlich. Das Wahlprogramm ist unmissverständlich: „Deshalb werden wir mit Staats- und Steuergeld vorwiegend solche Kunst fördern, die einen Beitrag zu deutscher Identitätsfindung leistet.“

Inhaltlich ist das ebenso vage wie bedrohlich und sorgt für Kopfschütteln. „Mehr Identität wird hier in Stendal mit Sicherheit nicht geschaffen, wenn wir nur Schiller, Goethe und Botho Strauss spielen. Dann könnte man das Theater wegen geringer Zuschauerzahlen wahrscheinlich relativ schnell wirklich schließen“, befindet Dorotty Szalma, Intendantin des Theaters der Altmark mit Hauptsitz in Stendal. Sie kann mit dem Begriff der deutschen Identität nicht viel anfangen, hat aber beobachtet, wie die Fidesz-Partei in ihrem Heimatland Ungarn das Theater umgebaut und Theatermacher*innen eingeschüchtert hat. „Es entstand eine Atmosphäre der Angst, die Selbstzensur führte. Genau das dürfen wir hier nicht zulassen.“

In ihrer Spielplangestaltung setzt Szalma daher auch auf Kritisches aus der deutschen Geschichte wie „Jugend ohne Gott“ von Ödön von Horváth oder „Aus dem Nichts“ nach Fatih Akin. Film über einen rechtsextremen Terroranschlag. Sehr erfolgreich läuft auch „Mephisto“ nach dem Roman von Klaus Mann in der Regie von Andrea Maria Brunetti.

Bezieht das Theater also Position mit Stoffen, die wahrscheinlich nicht in den national-identitären Kanon der AfD-Kulturwüteriche fallen? „Natürlich positioniere ich mich – für eine bessere Welt, für all das, was eine Gesellschaft lebenswerter macht. Theater kann nicht grundlos existieren, es braucht eine Haltung, einen Anlass, eine Notwendigkeit“, so Szalma. „Aber dieser Grund darf dem Theater nicht von außen vorgegeben werden. Er muss aus der Kunst selbst entstehen – aus dem, was uns beschäftigt und was wir erzählen wollen.“

Ganz ähnlich sieht das ihr Magdeburger Intendantenkollege Julien Chavaz. Er befürchtet vor allem die Gefahr einer Spaltung der Kulturszene, wenn einige Akteure dem Druck solcher rechtswidrigen Auflagen nachgeben. „Was wäre denn überhaupt ein patriotischer Spielplan? Kann man sich das vorstellen? Ich habe da Schwierigkeiten.“ Sicher ist, dass mithilfe des Bühnenvereins schnell gegen ein entsprechendes Gesetz oder einen Förderpassus geklagt würde – bis vor das Bundesverfassungsgericht. Aber so ein Prozess dauert.

Denn neben allen diesen inhaltlichen Überlegungen gibt es ein Damoklesschwert, das nach der Wahl über allen Theatern von Sachsen-Anhalt hängt. Die Theaterverträge, in denen Kommunen, Landkreise und das Land die Finanzierung der Häuser festzurren, laufen 2028 aus und müssen spätestens ab Dezember neu verhandelt werden. Die Theater sitzen dabei noch nicht einmal mit am Tisch. Der Kürzungsdruck ist enorm, und eine AfD, welche die Kulturpolitik zum ideologischen Schlachtfeld erklärt, hätte auf einmal enorme Hebel in der Hand. Ungarn lässt grüßen.

Hinzu kommt die Mobilisierungsfähigkeit des rechten Milieus. Als es im November 2025 zu Protesten gegen das damals noch nicht einmal geschriebene Stück „Wunde Stadt“ am Theater Magdeburg kam, das

Die Theaterverträge laufen 2028 aus und müssen spätestens ab Dezember 2026 neu verhandelt werden

den Terroranschlag gegen den Weihnachtsmarkt verhandeln sollte, wussten Rechtsextreme diesen Protest gekonnt für sich zu vereinnahmen. Zwar hielt sich die AfD in Sachsen-Anhalt bisher mit politischen Anfragen zu Theatern oder orchestrierten Shitstorms zurück, aber das muss nicht so bleiben.

Wie die AfD im Land schon jetzt Einfluss nimmt auf die Kultur, um unliebsame Mitspielende zu verdrängen, zeigt das Beispiel Bitterfeld-Wolfen, wo die AfD im Stadtrat und im Kreistag jeweils die stärkste Fraktion stellt. Dort gibt es seit 2021 das OSTEN Festival für Kunst und gegenseitiges Interesse. Hier wird Theater gezeigt, das in Zusammenarbeit mit anderen Häusern entsteht, und es finden partizipative Projekte statt, die die Menschen zusammenbringen sollen: Dialogangebote aus der Kultur heraus.

Der Gegenwind ist spürbar, etwa bei der Vergabe von Räumen und Flächen, aber für Aljoscha Begrich, Teil der Festivalsleitung, ist das auch motivierend: „Wir haben natürlich, weil wir so prekär sind, auch eine größere Anpassungsfähigkeit.“

Also wird es wieder subversiver.“ Auf der anderen Seite gelten die Vorgänge in Bitterfeld als Blaupause, wie mit unliebsamen Kulturaktivist*innen umgegangen werden soll.

Die ohnehin prekär finanzierten freien Projekte haben es meist schwer genug über die Runden zu kommen. Neben der spärlichen Landesförderung – insgesamt stehen rund 800.000 Euro pro Jahr zur Verfügung – zapfen die meisten auch andere Töpfe an. „Wenn die AfD gewinnt, sehe ich die freie Szene in den nächsten vier Jahren im reinen Überlebensmodus“, sagt Regisseur und Schauspieler Simon van Parys, Teil des Konsortium Luft und Tiefe, einem Zusammenschluss freier Theaterleute aus Halle, Leipzig und Berlin. Er befürchtet eine Zersplitterung, kleinere Projekte und im schlimmsten Fall Abwanderung.

Schon für die aktuelle Sommertheaterproduktion hat das Konsortium elf Anträge gestellt, von denen neun bewilligt wurden. Die Landesebene spielt da eine Rolle. Und auch bei anderen Geldgebern der öffentlichen Hand drohen Stagnation und Kürzungen. „Beim Publikum zahlt sich Kontinuität aus, und es ist viel einfacher, etwas zu zerstören als aufzubauen“, so der gebürtige Belgier, der seit 1995 in Halle Theater macht.

„Wir sind Kämpfen gewohnt“, sagt auch Nicole Tröger vom WUK Theater Quartier, einer freien Spielstätte in Halle. Zwar wisse man aktuell nicht, wie es werde, aber besser werde es sicher nicht. Sie hat das Format der Kunstgebung mitentwickelt und tritt vor der Kirche als eine der Ratten auf: komisch, absurd, partizipativ. Stärkt das die deutsche Identität? Wer weiß. Aber es ist ein dadaistischer Moment des Freiseins, die gelebte Freiheit in der Kunst und ein Manifest für die Freiheit der Kunst. Diese Freiheit, da sind sich alle einig, gilt es zu bewahren, zu verteidigen. Komme, was da wolle. Wenn es so weit ist. Zurzeit aber fühlt es sich an, als säßen sie alle wie die Maus vor der Schlange.

Schaut man ins Wahlprogramm der AfD, findet sich übrigens tatsächlich ein klar benanntes deutsches Kulturgut: das private Silvesterfeuerwerk. Deutsch ist, wenn es pufft und knallt. Eine wahre Ode an die Freude.

Dafür kommen wir also auf die Welt ... für die Galeere

Erstmals in deutscher Übersetzung: „Renata wasweißich“. Catherine Guérard schrieb in den 60er Jahren über entfremdete Arbeit und den Wunsch, als Frau ein freies Leben zu führen

Von Fokke Joel

In den sechziger und siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts ging es vor allem um die Befreiung von allen möglichen gesellschaftlichen Zwängen. Dabei stand die Befreiung von entfremdeter Arbeit ganz oben auf der Agenda. Auch Catherine Guérards „Renata wasweißich“, 1967 im französischen Original erschienen, befindet sich in der Tradition dieser Zeit. Der Roman, von Olga Radetzka überzeugend übersetzt, liegt nun zum ersten Mal auf Deutsch vor. In einer Mischung aus Stream of Consciousness und direkter Rede erzählt darin eine junge Frau ihre Geschichte.

„Renata wasweißich“, wie sie später einmal sagt, arbeitet als Haushaltshilfe bei „Madame und Monsieur“. Als sie eines Tages kündigt, ist die Überraschung groß. Auf die erstaunte Frage ihrer Arbeitgeber nach

dem Warum gibt sie keine Antwort. Dem Einwand, man müsse doch Geld verdienen, außer man heiße Rothschild (aber auch die müssten ja schließlich arbeiten), erwidert sie, „dafür kommen wir also auf die Welt ... für die Galeere“. Am Ende hilft ihr Madame, ihre Siebensachen, darunter ein Stapel Liebesbriefe, in drei Kartons zu packen und mit Schnüren zu umwickeln, denn

Der Moment des Ausbruchs aktiviert in Renata Energien, die alle Überlegungen über die Grenzen der Freiheit über den Haufen werfen

einen Koffer will sie nicht. „Klar wäre ein Koffer besser, aber ein Koffer ist dafür da, dass man Sachen von einem Ort zum anderen bringt, und ich will meine Sachen ja von einem Ort zu keinem Ort bringen, da wäre ein Koffer nicht das Richtige.“

Der Moment des Ausbruchs, der Selbstbefreiung aus dem immergleichen (Arbeits-)Leben, aktiviert in Renata Energien, die alle Überlegungen über die Grenzen der Freiheit über den Haufen werfen. Ohne die Folgen zu bedenken, zieht sie einfach los. Nur die Fragen nerven sie. Sie beantwortet sie entweder gar nicht oder mit Lügen. „Wozu überhaupt die ganze Fragerei im Leben, dachte ich, wenn die Leute keine Fragen stellen würden, bräuchte man nicht zu lügen.“ Es sind banale Probleme, über die sie sich dann ärgert: dass es zu wenig Platz für ihre Kartons im Bus gibt oder der

Schaffner sie fragt, wohin sie fahren will. In einem Park, in dem sie für einen der Stühle bezahlen soll, die eine Frau vermietet, wird sie als Clochard beschimpft, der sie nicht sein will. „Also heißt frei sein, dass man ständig unglücklich ist, dass man beschimpft wird, und ich dachte, wer für einen Chef arbeitet und wer Geld verdient, der wird nicht beschimpft.“

Am Ende dann beginnt es zu regnen, und die Kartons fangen an, Feuchtigkeit aufzusaugen. Renata umwickelt sie mit Zeitungspapier, und spätestens ab diesem Punkt wird klar, dass es Catherine Guérard nicht nur um die Frage der Freiheit geht, sondern auch um die Frage, weshalb zum Beispiel sogenannte Bag Women, wie sie in den USA genannt werden, obdachlose Frauen, die mit einem Einkaufswagen voller gefüllter Tüten durch die Stadt ziehen, warum

diese Frauen – trotz aller Widrigkeiten ihres Alltags – ihr Leben nicht aufgeben wollen. Warum sie die Hilfe, die ihnen angeboten wird, meist ablehnen: weil Hilfe vor allem ihre Souveränität, ihre Freiheit infrage stellen würde.

Worauf Catherine Guérard hinaus will, wird in „Renata wasweißich“ schnell deutlich. Manche Wendung der Geschichte erscheint deshalb überflüssig, auch wenn die Übertreibung durch Wiederholung das Problem deutlicher werden lässt. Vielleicht könnte man „Renata wasweißich“ aber auch anders lesen. Denn das Letzte, was Renata hergeben würde, ist das Paket mit den Liebesbriefen. Das ist einerseits verständlich, weil sie offenbar die Verbindung zu einer großen Liebe darstellen; andererseits rätselhaft, denn der Leser erfährt über Renatas Geliebten außer seinem Namen

nichts. Zusammen mit der Widmung des Romans – „für François“ –, könnte man „Renata wasweißich“ deshalb auch als Brief lesen. Als Brief an François, hinter dem sich François Mitterrand verbirgt, dem zeitweisen Geliebten von Catherine Guérard, der später Präsident Frankreichs wurde. Ihm ist das Buch gewidmet.

Catherine Guérard: „Renata wasweißich“. Aus dem Französischen von Olga Radetzka. S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 2026. 224 Seiten, 25 Euro



Gilt als große Unbekannte der französischen Literatur: Catherine Guérard
Foto: Jean-Claude Deutsch/Paris Match/Getty Images

Ein Ding von Schönheit

Die DDR nebenan: Mirko Bonné kokettiert in „Kanzlerkino“ mit der Alternativweltgeschichte eines unvereinigten Landes

Von Konstantin Ames

Nicht nur ein Lied, wie es im Schlager heißt, kann eine Brücke sein, auch ein Motto kann den Zugang zu einem Kunstwerk erleichtern. Die Verwendung von Motti ist für den Romanautor Mirko Bonné dabei eher die Regel als die Ausnahme. Das Motto im neuen Roman „Kanzlerkino“ wirkt seltsam abgelesen und ist Somerset Maughams Literatursatire „Rosie und die Künstler“ (1930) entliehen: „Ich weiß nicht, ob die anderen Menschen so sind wie ich.“

Bei Somerset Maugham folgt auf die zitierte Feststellung seines Alter Egos Philip Carey, der bereits in dessen Hauptwerk „Der Menschen Hörigkeit“ (1915) auftauchte, worauf in Bonnés Roman auch angespielt wird, das Eingeständnis eines Makels: „Ich weiß genau, dass ich Schönheit nicht lange betrachten kann.“ Darauf folgt ein Verdikt der Eingangszeile des „Endymion“ (1818) von John Keats. Sein Übersetzer Mirko Bonné übertrug sie

so: „Ein Ding von Schönheit ist ein Glück für immer.“

Eine gewisse Empörungshaltung Bonnés gegenüber Maughams Philip Carey ist in „Kanzlerkino“ merklich. Die Handlung spielt 1994, die alte Bundesrepublik weicht der Berliner Republik. Wenn der Bonner Kanzlerbungalow eine Figur an ein „Glashaus“ erinnert, ist Wolfgang Koeppens „Das Treibhaus“ (1953) nicht weit. Bonnés Hauptfigur Bernd Vomturm hat es zu tun mit Kanzler Viktor Breugel, der Bernd den Spitznamen „Delatour“ verpasst und ihm beim Kennenlernen rät, schleunigst Französisch zu lernen. In der Figurenzeichnung folgt Bonné dem Stil Maughams: So ist Kanzler Breugel mit Helmut Kohl assoziiert; ebenfalls Pfälzer, der sich im Angesicht eines Ehekrachs innerlich auf seine Winzerkafferkunft zurückzieht: „Edenkoben, denkt er, Edenkoben.“ In Breugel steckt aber auch Cineast und Medienkanzler Schröder; er urlaubt in Norwegen, so wie Willy Brandt dies tat. Die Schrammeligkeit der Namen in „Kanzlerkino“ ist nicht

nur eine weitere augenfällige Parallele zwischen Bonné und Koeppen, sondern markiert deutlich, dass die Imagination das Zepter übernimmt: Ein deutscher Kanzler, der ernsthaft frankophil und obendrein frankophon orientiert ist: romanhaft. Anders als Koeppens Kanzler Knurrewahn und Sonderling Keetenheuve schafft es Bonnés Völkchen vom eigenen Kopfkino zu lassen. Manche Handlungsstränge wärmen altbekannte DDR-Klischees auf, etwa das von der Verheerung aller menschlichen Beziehungen durch die allgegenwärtige Stasi.

Unplausibel ist es aber nicht, dass sich Vomturm mit einem perfiden Verwirrspiel für einen Verrat rächt, der ihn den Studienplatz kos-

Mirko Bonné zeigt genüsslich alle Insignien der Macht, von Architektur über Staatskarossen bis hin zum Hauspersonal

tet und zur Flucht in den Westen drängt. Dort steigt er zum Günstling von Kanzler Breugel auf; er soll diesem und seiner Frau Harriet, der realen Kanzlergattin Hannelore entfernt ähnlich, einen Kanzlerbungalow in der Nähe Berlins bauen. Vomturm möchte mit dem TV-Rummel um das protzige Bauvorhaben auch eine Verfloresse und deren Mann düpieren: Die Pfarrerstochter und Mathematikerin Susanna, dezent an Angela Merkel angelehnt, ist ausgerechnet mit Bernd verräterischem Freund Lutz Reinmar verheiratet. Einen Kontrast zu dieser Unfreundschaft bildet die „Männerfreundschaft“ Viktor Breugels mit seinem Vizekanzler Kai-Volker Wenckstern, die sich im Privatkino des Kanzlers auch schon mal einen Bergmann-Film vorführen lassen.

Mirko Bonné zeigt genüsslich alle Insignien der Macht, von Architektur über Staatskarossen bis hin zum Hauspersonal, das parieren muss. Alle Abscheulichkeiten und die Muffigkeit der Dekade werden durch erlebte Rede, in gut sit-

zenden Dialogen, durch Songfetzen und durch larmoyante Briefe spannend vermittelt, Erzählerkommentare gibt es nicht.

Man hofft inständig, die Schlusszene, durchaus filmreif, möge ein Cliffhanger sein. Ähnlich dem Protagonisten Howard Roark, wie Bernd Architekturautodidakt, in Ayn Rands libertärer Schnulze „The Fountainhead“ (1943) brüstet sich Vomturm in Briefen und schmalzigen Sprüchen als ein vom Sozialismus befreiter neoliberaler Naturbursche. Da muss Ironie am Werk sein! Der Gegensatz von Kollektivismus und Individualanarchismus wäre sonst allzu plan. Der zur Selbstsabotage neigende, bramarbasierenden Kotzbrocken Bernd ist eigentlich nur erträglich, wenn er Susanna seine Französischlektionen beschreibt.

„Kanzlerkino“ ist ein Sommerroman und ein mit der Alternativweltgeschichte kokettierendes Mashup eines unvereinigten Landes. Rita Süßmuth ist Bundespräsidentin, die Fußballmänner scheiden gegen Bulgarien aus.



Mirko Bonné: „Kanzlerkino“. Schöffling Verlag, Frankfurt am Main 2026. 272 Seiten, 25 Euro

Der Geist des Llano rhenacado

Rheinreise mit Roswitha: Im Flussbett des deutschen Stroms können zur Trockenzeit nur noch Wüstenschiffe verkehren

Von Christian Bartel

Am erbarmungslos blauen Himmel kreisen Geier, während sich unsere Karawane durch das ausgetrocknete Wadi des Rheins quält. „Ruhig, Constellation 23B“, beruhigt unser Kapitän Egon Waldhof seine Leitstute. Zwar trägt der Binnenschiffer noch immer eine seemännische Prinz-Heinrich-Mütze, doch statt eines Schubverbands steuert er ein Kamel durch das sonnenverbrannte Mittelrheintal. Seine Stute hat Waldhof nach seinem Lieblingsfrachter benannt, den er im letzten Rekordsommer auf dem Riff vor St. Goarshausen an Strandräuber verloren hat.

Das durstige Tier wirft den Kopf zurück und röhrt zum Steinerweichen. Es wittert Wasser, denn der sengenden Sonne widersteht noch immer ein schmales, braunes Rinnsal in der Mitte des Flussbetts. Dort entdecken wir ein kühles Glas Rheinwein, das von einer Gloriole umflort wird. „Eine Fata Morgana!“, versucht uns Karawanenführer Waldhof zurückzuhalten. „Vielleicht sogar eine Falle!“

Die Passage durch das Leere Viertel zwischen Bingen nach Andernach gilt als gefährlichster Abschnitt der Flussreise. Nicht nur verwilderte Kegelklubs, die von den Badlands der Mosel an die letzten rheinischen Wasserlöcher gezogen sind, machen die Gegend unsicher. In die Burgruinen über den verdorrten Weinbergen sind wieder Raubritter eingezogen, die Reisende mit einem Riesling-Ersatz bewirten, den sie aus Kakteen fermentieren.

Die Warnung kommt zu spät. Wir haben das Glas schon an die rissigen Lippen geführt und anschließend eine

ganze Flasche bestellt. Von einem Bacharacher Fellachen unter Protest zurück in den Sattel unseres Kamels Roswitha verfrachtet, erleiden wir schlimmste Halluzinationen.

Wir wännen uns auf einem Weinfest, doch gibt es dort nur Diesel, Spezi und andere fossile Energieträger zu saufen. Die Weinkönigin will uns den Kopf abschlagen lassen, um an die Braunkohlereserven in unserem Dickdarm zu kommen. Wegen der Wasserrationierung hatten wir schon seit Wochen keinen Stuhlgang.

„Ned zurückbleibel!“, rheinfränkelt es, doch statt der Klöcknerin von Kreuznach watscht uns der Fellache von Bacharach ab. Der brave Landmann hat uns vor dem sicheren Tod bewahrt. Denn neben der untoten Weinkönigin soll der Geist von Katharina Reiche durch die leere Flussrinne wabern. Dort lockt die zu ewigem Raubbau verdamnte Ministerin als gasblaulodernder Wüstengeist einsame Wanderer in tückische Öltreibsandfelder oder zwingt arme Seelen, einen LNG-Tank rheinaufwärts zu schleppen, bis sie tot umfallen.

Am nächsten Morgen brennt uns die Sonne die Phantome aus dem Hirn, der Reisetag verläuft entsprechend er-

eignislos. Ein ungestümer Khamsin, der über den Hunsrück fegt, dreht uns ein Paar wirklich heißer Sandhosen an. Danach freunden wir uns mit der jungen Dame auf dem Schieferfelsen an. Sie will unbedingt unser goldenes Haar kämmen, findet unsere Sandhosen aber unkleidsam, worauf uns unerklärliche Traurigkeit ergreift. Wenigstens lassen die Halluzinationen nach.

Abends erreichen unsere Wüstenschiffe die Oase Boppard, in der uns Kapitän Waldhof eine günstige Karawanserei empfiehlt. Den Wassereimer zum Waschen müssen wir uns nur mit paar Dutzend Hökern aus Ludwigshafen teilen, die chemische Gefahrgüter und Kopfwehtabletten geladen haben. An den Lagerfeuern hören wir weitere Geschichten. Zehn Wolfsburger Ponyreiter transportieren einen Neuwagen des letzten deutschen Automobilherstellers. In Einzelteile zerlegt soll der Viertakter nach Fernost transportiert werden. „Chinesische Touristen kaufen solche Kuriositäten gern auf ihren Grand Tours“, weiß der Fellache von Bacharach. Die deutsche Wirtschaft verspricht sich einen rasanten Aufschwung vom Verkauf des Verbrenners.

Am nächsten Morgen drängt uns der Kapitän zur Eile. Eine einzelne Wolke ist am Himmel aufgetaucht. „Bald beginnt der Monsun“, erklärt er uns. „Was an Rheinwasser verdunstet ist, kommt dann blitzschnell wieder runter. Dabei steigt der Rheinpegel bis zur Oberlippe von Kaiser Wilhelm am Deutschen Eck.“

Der Flussschiffer gibt Constellation 23B die Sporen, doch als wir Roswitha erklettert haben, setzt schon Nieselregen ein. An der nächsten Rheinschleife



Zeichnung: Semi Eschmamp

geht der Regen in einen apokalyptischen Guss über, der die Marksburg von ihrer Klippe spült und die Wolfsburger Ponyreiter mitreißt. Wir verlieren unseren Sonnenhut sowie die Nachhut der Karawane. Immerhin erweist sich Roswitha als wackere Schwimmerin, die sogar die Wildwasser des Lahn-Billabongs meistert, der nun als reißender Mahlstrom in den Rhein mündet. Von den Ludwigshafener Chemiehändlern bleibt nur ein giftig schillernder Fleck in schäumender Gischt.

Am Zusammenfluss von Rhein und der mississippibreiten Mosel in Koblenz starrt uns das kaiserliche Reiterstandbild konsterniert an, bis die Fluten über seinem Haupt zusammenschlagen. Wir klammern uns an Roswitha fest, werden aber zusammen mit Bonn und Köln von einem Tsunami mitgerissen, der von der Ahr heranrauscht.

Erst in den niederrheinischen Mangrovensümpfen kommen wir wieder zu uns. Auf der Uerdinger Warft treffen wir Rheinschiffer Waldhof wieder. Sein untergegangenes Kamel hat er ge-

gen ein Flusspferd aus einem Meerbuscher Gestüt ausgetauscht. „Der Rhein reicht jetzt etwa von den Ardennen bis Münster“, klärt uns der Kapitän über die aktuelle Flussbreite auf.

Dann schwingt er sich auf seinen Dickhäuter. „Hü, Constellation 23C“, ruft er. Immerhin hat der Frachtführer noch immer eine Satteltasche Schüttgut zu transportieren, die am Emmericher Deich gegen die heranbrandende Nordsee gebraucht wird. Uns rät Kapitän Waldhof, auf den Winter zu warten. „Wenn der Jetstream wieder schwächelt, friert der Rhein zu und wird schiffbar – zumindest für die weiße Flotte.“

Wenige Wochen später sitzen wir in einer Eiswüste fest, bis uns das Klingeln des ersten Linienschlittens aus Basel erlöst. Doch unter das schwyzerdütsche Bellen der Bernhardiner mischt sich das rheinische Röhren eines Trampeltiers. Roswitha hat überlebt und als Schlittenhund angeheuert. Überglücklich schließen wir unser treues Kamel in die Arme, das uns schwanzwedelnd abschleckt.

gurke der woche

Vier Athleten des Vatikan nehmen an den Mittelmeerspielen im süditalienischen Tarent teil, wie der Vatikan jüngst bekannt gab. Die vier treten an in den modernen Sportarten Padel, Fechten und Radsport. Die Sportvereinigung des Heiligen Stuhls ist erst zum zweiten Mal bei dem Wettbewerb dabei, weil die traditionellen Sportarten der „Athletica Vaticana“ wie das Vor-Löwen-Weglaufen oder Tieftaufen von anderen Verbänden noch nicht praktiziert werden. Ave, Athletae Christi!

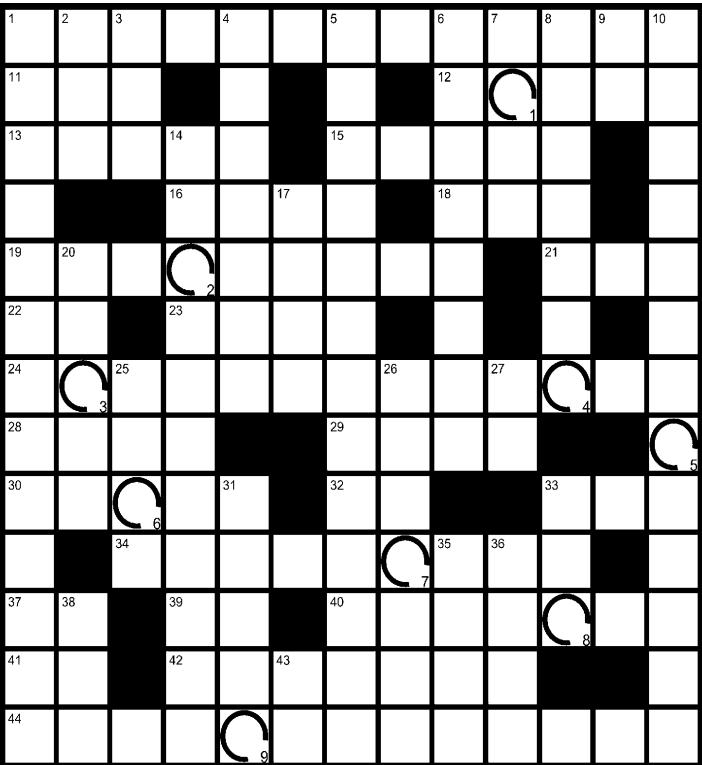


das wetter

Der Goldschatz

Nachdem die „Esmeralda“ geentert worden war, wollte Käpt’n Rossbart Käpt’n Ölbart kielholen lassen, um zu erfahren, wo das Gold ist. Aber der knorrige Pirat stand auf der Planke und bekam die Zähne nicht auseinander. Unter ihm die von der blutgetränkten See erregten Haie. Nur das Holzbein würden sie verschmähen und den stählernen Haken. Rossbart knurrte: „Spuck es schon aus! Wo ist das Gold?“ Doch Ölbart schwieg eisern,

und seine schwarze Augenklappe leuchtete in der sengenden Sonne. Der grinsende Maat zog die Schlinge enger um seinen Hals. Ölbart trat ans Ende der Planke. Dann bleckte er sein Zähne. Das Gebiss! Da war sein Goldschatz! Mit einem Ruck biss er das Tau durch, sprang in die See, funkelte grimmig die Haie an, die in Panik flohen, und schwamm zur nächsten Insel. Käpt’n Rossbart und Käpt’n Ölbart würden sich wieder treffen.



Wahres Rätsel 727 von RU

Die Ziffern hinter den Fragen zeigen die Buchstabenanzahl.

- Gelehrtensprache in kulinarischem Auftrag (13); Vernebelt Glasscheiben (13)
- Zentrum der Schweiz der verschworenen Gemeinschaft (3)
- usw. (3)
- Krempe (7)
- Sie führt durch Skandinavien und die Arktis (13)
- Belgische Alpen (8)
- Das fürs folgende kürzere Wort ... (4)
- ... für eine dieser Lücken in Wand und Gebäuden (7)
- Ohne Worte angesagt (2)
- Die Botschaft ist eine Woche nach Weihnachten angesagt (13)
- Topos und Stelle, oft tatkräftig (3)
- Baulicher Rest vergangener Größe (5)
- Verneint (5)
- Wassernahe Kaschemme mit Hans Albers als virtuellem Gast (11)
- Als berühmteste gelten die von King und Reuter (5)

- Im Faraday'schen Käfig eingesperrte rumänische Grenzmetropole (4)
- Grünzeug des Meeres (4)
- Altes Energiemaß (3)
- Haupttätigkeit der 12, wenn es nicht im Kopf passiert (9)
- u. (5)
- Idee im Affekt mit Effekt (3)
- Bedeutet ungefähr 13 fremdsprachlich (2)
- Provinz auf Papua-Neuguinea, könnte mit Normmaßendung in der Schweiz liegen (4)
- Der Dickste und Kürzeste auf der Uhr (13)
- Bewaffneter Reiter (4)
- Alter Bauberuf für die Herstellung toniger und lehmiger Baumaterialien (7)
- Der Drittgrößte um den Jupiter herum und von ihm verehrt (2)
- Auf dem geht es um fame in Film, Musik und Sport (4)
- Das Urmel? Tyrannosaurus Rex? Doch eher Kinderspielzeug (4)

- Der Steckenkräutervertreter wächst auch als Teufelsdreck (5)
 - Vormundschaft (5)
 - Wird erst durch Kontra möglich (2)
 - Schon heftig, wenn nicht sogar böswillig (3); Sie wird mit Arbor zur Stadt am Huron River (3)
 - Und noch mal ganz von vorn! (9)
 - Stadt auf den Philippinen (4)
 - Vögleins Kinderheim (4)
 - Halt derart (2)
 - Zu der trieb Schiller Freude an (3)
 - Berufsgruppe nebst Mint (Abk.) (2)
 - Teilt flüssig Lüneburg (7)
 - Mr. Sheeran vorne (2)
 - Heldenhafter Namensgeber der Sternschnuppen im August (7)
 - Norbert Blüm hatte recht: Sie ist sicher, nur die Höhe des Betrags nicht (Abk.) (2)
 - Wenn er erfolgt, sollte ein Pfiff auf dem Rasen zu hören sein (13)
- Umlaute sind nicht zugelassen. Die Buchstaben in den eingekreisten Zahlenfeldern ergeben in geänderter Reihenfolge das Lösungswort: **Abgehobene Furcht (9)**

Auflösung vom 15. 8. 2026: **ESELISOHR**
1 PFEIFENDECKEL, PFERDEKNECHTE; 2 EBENHEIT; 3 IRREN; 4 FEGE; 5 EVI; 6 NIEDERMETZELN; 7 DEKOR; 8 EROSION; 9 KAT; 10 EHEC; 11 LANDSTREICHER; 12 BREVIER; 13 AHA; 14 ENERGIEKOSTEN; 15 NEUTRON; 16 SENNA; 17 RENEE; 18 DOSE; 19 CD; 20 DUHN; 21 HERING, HANAU; 22 ETE; 23 LAR, LE; 24 ON; 25 ST, SEEN; 26 KRISENMANAGER; 27 AS; 28 GRASS; 29 NOT; 30 AES; 31 REE; 32 EN; 33 AKUT, AESOP; 34 KLOPP; 35 RANI, RUINE; 36 OEL, OPPIA; 37 ZEBUS; 38 ETAS; 39 BREI; 40 HYPSONOMETRISCH; 41 POP; 42 LAEN; 43 ETAPPENSIEGER
Gewinner: Elisabeth Brosche, Berlin; Wolfgang Leitz-Schöll, Tuttingen; Reiner Hagemann, Simonswald
Zu gewinnen gibt es je ein Buch eines taz-Autors oder einer taz-Autorin. Schicken Sie das Lösungswort bitte bis zum Einsendeschluss am 26. 8. 2026 (Datum des Poststempels) per Postkarte an: taz, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin, oder per E-Mail an: raetsel@taz.de. Der Rechtsweg ist wie immer und für alle Ewigkeit ausgeschlossen.



Foto: Maurizio Gambarini/Funke Foto Services/imag

Tierschutz: Schaut doch, wie er guckt! Vielleicht ein wenig traurig, dass sich wieder niemand findet, der mit ihm Gassi gehen möchte oder ihn gleich ganz mitnehmen, in ein neues Zuhause. Dass man sich aber um ihn kümmert, ist sein gutes Recht. Das steht so im Grundgesetz, Artikel 20a: „Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere ...“ Das muss doch auch für diesen Cocker

Spaniel gelten und die vielen anderen Tiere, die Unterschlupf in einem Tierheim suchen. Dort kommt man aber der Arbeit kaum noch hinterher, immer mehr Tiere müssen aufgenommen werden. Es fehlt an Platz. Es fehlt an Geld. Deswegen hat der Deutsche Tierschutzbund die Bundesrepublik Deutschland verklagt. In Osterode hat man sich der Klage angeschlossen. Ein Besuch dort in dem Tierheim am Rande des Harzes. **48–49**



momentaufnahmen

Alle Karten: OSM contributors

Wenn halt auch einmal Schluss gemacht sein soll



Berlin-Neukölln
163.200 Einwohner*innen. Der Reuterkiez im Norden des Ortsteils „ist lebendig, bunt – und sehr, sehr hip“, schreibt Berlin.de, das offizielle Hauptstadtportal: „Er ist zum Sehnsuchtsort geworden für die Jungen und Junggebliebenen, die Expats, Abenteuerlustigen und Nachteulen.“

Es stürmt an diesem Abend so heftig, dass die Sonnenschirme, unter denen wir Späti-Besucher*innen gerade noch unsere Getränke genossen haben, nurmehr dazu dienen, das Wasser in Strömen über uns zu schütten. Also suchen wir Zuflucht im Inneren des Ladens am Reuterplatz. Doch der Späti-Besitzer fängt sofort an zu schreien: „Raus, raus mit euch, habe ich gesagt! Raus!“ Er ist nicht zum ersten Mal unfreundlich, diesmal aber geht er zu weit, denke ich, und sage es ihm auch. Weil er darauf nicht reagiert, beschwere ich mich darüber, dass ich nach zehn Jahren als Kundin so behandelt werde. „Komm mir nicht mit deinem Zehn-Jahre-Müll“, sagt er. „Wie bitte?“, frage ich. Er schweigt. „Okay, fünf Jahre?“, entgegne ich, noch immer schockiert. Er lacht, während er etwas abkassiert. „Zehn Jahre“, wiederholt er kopfschüttelnd. Dann hebt er eine Hand, winkt zu mir und sagt: „Na dann, Bye-bye nach zehn Jahren. Tschüssi, Ciao!“ „Ja, Bye-bye ...“, antworte ich. Ich stehe noch eine Weile draußen im Regen. Es fühlt sich schlecht, aber auch seltsam an – als hätte er mit mir Schluss gemacht, obwohl ich ihn schon längst hätte verlassen sollen.
Luciana Ferrando

Wenn es doch ein wenig an Respekt fehlt



Hamburg-St. Pauli
22.400 Einwohner*innen. Die beiden Polizeiwachen in dem Stadtteil haben Wichtiges zu tun, als E-Roller-Fahrer zu verfolgen: 2025 zählte man hier immerhin über 13.000 Straftaten.

Sofort absteigen“, schnarrt es aus dem Lautsprecher des Peterwagens. „Auf dem E-Roller zu zweit zu fahren, ist verboten.“ War vielleicht auch ein bisschen dreist, so direkt vor der Polizeiwache. Aber die beiden Jugendlichen sind alles andere als schuldbewusst. Der Fahrer ruft zurück: „Ich bau kein’ Unfall, ich schwör’, ehrlich!“ Der Polizist, wieder verstärkt, antwortet: „Ihr könnt auch ein Bußgeld zahlen, wenn ihr wollt.“ Es dauert einen langen Augenblick, bis die beiden die Kräfteverhältnisse taxiert haben und das Mädchen betont widerwillig absteigt. Ihr Freund schiebt den schweren Mietroller, sie trittet nebenher. Aus irgendeinem Grund bleibe ich stehen und blicke ihnen hinterher. Und tatsächlich, sie sind noch nicht außer Sichtweite, da steigen beide wieder auf und fahren weiter. Der Polizist war ausgestiegen, hatte ihnen auch hinterhergeschaut. Jetzt hat er die Faxen dicke. Er schwingt sich wieder hinters Steuer, macht Blaulicht an und saust hinterher. Aber bevor er sie erreichen kann, sind sie schon hinter der nächsten Ecke verschwunden. Früher war mehr Respekt vor der Polizei. Aber vielleicht ist das auch gut so. *Jan Kahlcke*

Wenn es glücklicherweise mit der Rettung klappt



Gemünden
200 Einwohner*innen. Die Sehenswürdigkeit des Ortes in der Vulkaneifel ist natürlich das Gemündener Maar, ein 30.000 Jahre alter, kreisrunder See vulkanischen Ursprungs.

In Vulkensee. Zwei Jungs machen Arschbomben. Als die pubertären Körper das Wasser durchbrechen, spritzt es meterweit. Die Alten ziehen Bahnen, die Jüngsten planschen am Ufer, die dazwischen springen vom Fünfer, sitzen auf einer Schwimminsel im See, sonnen sich. Gekreische, Gelache, Geplätsche. Die ersten Schwimmversuche eines Kindes: Es strampelt, prustet, grinst. „Oma, guck mal!“ Die Oma steht daneben und filmt. Plötzlich wird sie abgelenkt: „Ein Hubschrauber!“ Und der fliegt immer tiefer. Am Ufer: Sirenen, Rettungswagen, Polizei. Plötzlich ist es ganz still. Nur die Propeller des Hubschraubers, der immer engere Kreise über den See zieht. Dann eine Lautsprecherdurchsage. „Bitte verlasst sofort das Wasser.“ Unglaublich, wie schnell sich so ein See leeren kann. Eine weitere Durchsage: „Marie, wenn du das hier hörst, komm zum Eingang. Hier ist der Christian.“ Die Stimme klingt verzweifelt. Am Ufer stehen bestimmt 400 Menschen, die stumm beobachten, wie der Hubschrauber über den verlassenen See fliegt. Dann, endlich, knacken die Lautsprecher ein drittes Mal: „Es ist alles gut ausgegangen. Sie dürfen wieder ins Wasser.“ Es dauert ein paar Sekunden, dann fangen 400 Menschen an zu applaudieren.
Amanda Böhm



Katrin Seddig
Zu verschenken

Wenn das Park-Mensch-Verhältnis stimmt

Dies ist ein Loblied auf den öffentlichen Park, der natürlich auch ein Geschenk ist, an mich, an uns. Der öffentliche Park ist die Natur für die Städter. Die Natur ist natürlich keine richtige Natur, weil sie nicht wild gewachsen ist, sondern angelegt, aber die Pflanzen, Bäume und Tiere sind echte Pflanzen, Bäume und Tiere und also doch Natur. Städtische Tiere, die oft erstaunlich cool sind, sich kaum bei ihrem Tagwerk stören lassen und die Menschen betrachten wie die Menschen sie, quasi auf Augenhöhe. Für die Parktiere sind Menschen ein gewohntes Umfeld, man teilt sich die Ressourcen. In Planten un Blumen, dem Park im Zentrum Hamburgs, sah ich einen Reiher im Wasserbecken herumstaksen, inmitten der ganzen Leute auf ihren Parkstühlen, er drehte seinen Kopf, beäugte uns und dachte, na ja, was soll's. Vielleicht dachte er auch was anderes. Aber er wunderte sich nicht. Er ist ein Parktier. Wir Menschen sind ja grundsätzlich auch Parktiere.

Ich mag natürlich die freie Natur, den Wald, die wilde Wiese, die Berge, das Meer, aber wenn man das miteinander vergleicht, dann tut man dem Park unrecht. Man vergleicht ja auch nicht Auto und Fahrrad oder Rucksack und Handtasche.

In der freien Natur mag ich Menschen nicht so sehr wie im Park, wo sie einfach etwas Liebenswertes bekommen

Im Park mag ich, zum Beispiel, auch Menschen. In der freien Natur mag ich Menschen nicht so sehr wie im Park, wo sie einfach etwas Liebenswertes bekommen. Für mich. Im Park sind sie, die liebenswürdigen Menschen, in ihrer Privatheit öffentlich ausgestellt. Sie lümmeln, essen, kuscheln, küssen, sie machen ein Nickerchen. Sie treffen sich mit ihren Familien und Freunden auf Decken und Klappstühlen, sie bereiten sich ihr Essen zu, unterhalten sich, lachen, streiten, die Kinder spielen. Natürlich machen sie Müll. Menschen können einfach nicht anders. Müll ist in den Parks ein großes Problem. Sowie Ausscheidungen. Im kleinen Wohlerspark in Altona, in dem ich meine Lauftrunden drehe, gibt es keine Toiletten. Wo gehen die Leute hin, wenn sie einen Tag lang in diesem Park herumlungern? Wo gehen sie denn hin? Ich denke oft darüber nach – und bin mir sicher und will es gar nicht sein –, sie gehen in die Büsche. Ich denke, die Büsche an der Parkmauer sind die große Toilette des Wohlersparks.

Das ist natürlich kein schöner Gedanke, den ich aber nicht unterdrücken kann. Manchmal denke ich, ich bin umgeben von einem Ring von – nun ja. Menschen in größeren Mengen in kleineren Parks sind oft lästig, weil das Park-Mensch-Verhältnis nicht stimmt. An den Grillsonntagen hüllt eine dicke Wolke den kleinen Park ein, die frische Luft wird undurchsichtig und so dick, dass die Augen tränen und die Lunge schmerzt.

Was mir an städtischen Parks so gefällt: Sie sind der Garten der Menschen, die keinen Garten haben. Jeder kann seine Tasche packen und in den Park gehen. Oft, wenn ich in Planten un Blumen saß oder im Botanischen Garten in Flottbek, dachte ich, was für ein Glück! Wie schön es hier ist! Was für ein Luxus! Ich darf hier sein.

Und das ist ja auch so. Das ist das Glück in den Parks. Das urbane Leben, wo der Platz im Grünen allen gehört und nicht dieser einen Familie, dem einen Besitzer, das ist es, was mir so gefällt, die Idee von Allgemeinbesitz, von Fürsorge für die Menschen, eine Schönheit und eine Großzügigkeit. Hier kannst du dein Stück Wiese nicht reservieren oder für dich abstecken. Hier bist du genauso viel wie die anderen und musst dich einfügen. Wir brauchen sie in der Stadt, wir brauchen unsere Parks, jetzt, mit all diesen Katastrophen, immer noch mehr.

Katrin Seddig
ist Schriftstellerin und lebt in Hamburg

die ortsbegehung

Als Preußen bis zur Weichsel reichte

Erinnerungsorte an den Kolonialismus in Afrika gibt es viele in Berlin. Was ist aber mit dem Kolonialismus in Polen? Die Preußische Seehandlung könnte viel erzählen, tut es aber nicht

Aus Berlin **Uwe Rada**



Viel Geschichte am Berliner Gendarmenmarkt, wo einst die Preußische Seehandlung ihren Platz hatte
Illustration: Jeong Hwa Min

Deutlicher hätte die Ansage nicht sein können. „Polnisch-Preußen wird besser nicht durch Waffen erobert, sondern im Frieden verspeist, in der Weise einer Artischocke, Stück für Stück.“

Preußens König Friedrich II. kündigte mit diesem Satz früh an, was er 1772 wahr machen sollte. Gemeinsam mit Habsburg und Russland machte sich Preußen in den polnischen Teilungen über die „Artischocke“ her, bis am Ende des 18. Jahrhunderts nichts mehr von Polen übrig blieb. Eine Adelsrepublik verschwand von der Landkarte Europas, und Friedrich, schon damals mit dem Beinamen „der Große“ verehrt, hatte ihren westlichen Teil verspeist.

Debatten, auch die um Kolonialismus und Dekolonisierung, brauchen, um ihre Wirkung zu entfalten, einen Ort. Am Beispiel der deutschen Kolonien in Afrika gibt es diese Orte. Einer davon ist die Berliner Anton-Wilhelm-Amo-Straße.

Die vormalige Mohrenstraße erinnert an den aus dem heutigen Ghana stammenden ersten Privatgelehrten Deutschlands. Und regte zur Debatte über die 1683 begründete brandenburgische Kolonie Groß Friedrichsburg im Westen Afrikas an.

Preußens früher Drang nach Osten hat einen solchen Debatteort nicht. Dabei existierte am Berliner Gendarmenmarkt eine Institution, die wie keine andere für die kühle und berechnende Umsetzung des preußischen Expansionsdrangs stand. An der

Ecke Jägerstraße residierte bis 1946 die Preußische Seehandlung. Heute ist in dem Bau die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften untergebracht.

Es ist natürlich kein Zufall, dass die Seehandlung 1772 gegründet wurde, just in dem Jahr, in dem Friedrich mit der Verspeisung Polens begonnen hatte. Fortan gehörte auch die Mündung der Weichsel in die Ostsee zu Preußen.

Die polnische Historikerin Agnieszka Pufelska, die über den preußischen Kolonialismus in Polen forscht, beschreibt das wirtschaftliche Interesse, das der Gründung der Seehandlung zugrunde lag, so: „Nach der Besetzung der Weichselmündung durch Preußen musste Polen für jedes Transitgut aus oder nach Danzig einen sogenannten Konventionszoll bezahlen, was der Preußischen Seehandlung erlaubte, den polnischen überseeischen Handel komplett zu kontrollieren.“

Was im 18. Jahrhundert als Wirtschaftskolonialismus begann, wurde hundert Jahre später zu einem Projekt aggressiver Germanisierung. In der Provinz Posen, die sich Preußen in der zweiten polnischen Teilung gesichert hatte, begann Reichskanzler Otto von Bismarck nach der Reichsgründung 1871 nicht nur den Kulturkampf gegen die katholischen Polen, zu dem auch das Verbot der polnischen Sprache in der Schule und als Amtssprache gehörte. Auch die Preußische Seehandlung, nunmehr eine Bank, hatte ihr Geschäftsgebiet ausgeweitet und finanzierte den Ankauf von Grundstücken, die an deutsche Siedler vergeben wurden. Der Hintergrund: 1871 waren auf ei-

nen Schlag 2,5 Millionen Polen deutsche Reichsbürger geworden. In der Provinz Posen bildeten sie, vor allem auf dem Land, die Mehrheit. Die Germanisierung Polens mit der Seehandlung als finanzpolitischer Schaltzentrale nennt Agnieszka Pufelska zurecht „Binnenkolonisation“.

Verdrängung statt Aufarbeitung

Der Gendarmenmarkt ist ohne Zweifel also ein kolonialer Ort. Markiert ist er als solcher aber nicht. Im Gegenteil. An der Tafel, die die Preußische Akademie der Wissenschaften am Gebäude der ehemaligen Seehandlung anbringen ließ, fällt weder das Wort „Kolonialismus“, noch ist an irgendeiner Stelle von den polnischen Teilungen die Rede, mit denen Friedrich II. im Jahr der Gründung der Seehandlung begonnen hatte.

Stattdessen wird die Seehandlung als eine Art von Entwicklungsbank dargestellt, die durch Straßenbau, neue Eisenbahnverbindungen und Schiffsverbindungen ehemals abgehangenen Regionen eine neue Perspektive eröffnete. „Sie förderte die Industrie und hatte eigene Fabriken“, ist auf der Tafel zu lesen. „Schiffe der Seehandlung brachten von ihren Handelsreisen zahlreiche Kunstschatze mit, die Eingang in preußische Museen fanden.“

Das ist zum Teil nicht falsch, wie Agnieszka Pufelska weiß: „Die Seehandlung war gefragt, wenn es um Fördermaßnahmen ging, die mit hohen Kosten und wirtschaftlichen Risiken verbunden waren“, sagt sie. Auf der anderen Seite habe die Seehandlung als preußisches

Staatsunternehmen aber „die teilweise koloniale Politik Preußens weitgehend getragen und aktiv umgesetzt“.

Einen neuen Namen braucht vielleicht nicht nur die Mohrenstraße. Umbenannt werden sollte auch der Gendarmenmarkt an der Ecke, an der sich die ehemaligen Seehandlung befand. Und welchen Namen sollte die Ecke bekommen?

Die Diskussion darüber wäre die Debatte, die der preußische Kolonialismus in Polen endlich braucht.

.....

Nix wie hin

Die Besonderheit

Das lärmende Schweigen an diesem Ort preußischer Kolonialgeschichte in Polen. Kein Wort zu Bismarcks Kulturkampf und Germanisierungspolitik. Stattdessen die Anekdote, dass der notleidende Alexander von Humboldt ein Darlehen der Seehandlung erhielt.

Das Zielpublikum

Menschen, die jetzt zum Gendarmenmarkt schlendern und ihn nicht länger nur als Ort der Kultur lesen wollen. Sie können sich auch mit dem Thema „Postpreußen“ vertraut machen, über das Agnieszka Pufelska und Felix Ackermann schon seit Jahren forschen.

Hindernisse auf dem Weg

Der fehlende Schatten. Seit seiner Sanierung 2025 ist der Gendarmenmarkt ein steinerner Ort. Vor allem im Sommer ist die Hitze schwer erträglich.

.....

Dorf mit Zukunft



Wie sich Spora im Süden Sachsen-Anhalts gegen den Untergang stemmt und damit einen Wettbewerb gewann

Aus Spora **Birger Stepputis** (Text und Fotos)

Die Straße nach Spora im Süden von Sachsen-Anhalt ist gesäumt von Birnbäumen. In der Ferne erheben sich die beiden Kühltürme eines Braunkohlekraftwerks, und irgendwann kommt die imposante Fachwerkkirche von Spora in den Blick.

Ein Feld weiter liegt Nißma, eines der Dörfer, die zu Spora gehören. Katharina Oswald, die Ortsbürgermeisterin von Spora, wartet an einer Kräuterspirale vor dem Jugendklub. Das Ehrenamt hat sie seit 2020 inne, als Politikerin sieht sie aber nicht: „Ich liebe einfach meine Heimat und habe Lust, hier mit anderen Menschen was zu bewegen“, sagt sie. Sie sei jetzt 40 und habe noch nie woanders gewohnt.

Die ehemalige Schule, in der der Nißmaer Jugendklub seit 30 Jahren sitzt, ist grau verputzt, hier und da bricht der Backstein durch. Auch die ältere Generation nutzt diesen Ort, etwa zum abendlichen Kartenspiel. Eine Dorf-kneipe gibt es nicht, das Lokal Cuba Caliente in Spora wird nur für Feiern oder Tanzkurse geöffnet. Auch ein Supermarkt fehlt, in Spora gibt es immerhin eine Bäckerei, die auch noch Lebensmittel verkauft.

Das ist die Lage, dennoch gelang es Oswald und der Dorfgemeinschaft 2024 im zweiten Versuch, den Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ auf Kreisebene zu gewinnen. 2025 folgte Gold auf Landesebene.

Für die nächste Stufe, den Bundeswettbewerb, ist Oswald bei dem Treffen im Jugendklub skeptisch, ob sie etwa gegen ein finanziell reich gesegnetes bayrisches Dorf eine Chance haben würden. Erklärtes Ziel ist darum erst mal Silber.

Die Ausgangslage sei allerdings „ausdrücklich zu berücksichtigen“, heißt es im Aufruf des ausrichtenden Landwirtschaftsministeriums, es gehe vor allem um Fortschritte in der Dorfentwicklung und das Engagement vor Ort.

Und Fortschritte konnten ja schon gezeigt werden: etwa der neue Sagenweg, drei lokalen Sagen nachempfundene Stationen aus Holz. Oder das vor zwei Jahren sanierte Gemeindezentrum, dessen künstlerisch gestaltete Fassade von Weitem ins Auge fällt und wo es einen „Meckerkasten“ für die Dorfbewohner gibt.

„Auch mit den Menschen konnten wir punkten, weil die alle Lust haben,

was zu machen und das auch gerne zeigen“, sagt Ortsbürgermeisterin Oswald. Mittlerweile nutzten viele Leute im Dorf ihre Talente und ihre Freizeit für die Gemeinschaft. Es habe sich vieles zum Positiven gewandelt.

Vor dem Jugendklub stoßen derweil weitere Menschen dazu, darunter der Ortschronist Kevin Hüfner, der eng mit Oswald zusammenarbeitet. Mit einem Augenzwinkern tadelt sie ihn, dass er ein Bier trinkt, obwohl gerade die Presse da ist. Das war Hüfner offensichtlich nicht bewusst, er ist aber gleich bereit, am Gespräch teilzunehmen.

unter die Erde gehen.“ Er zeigt zur Nißmaer Kirche auf der anderen Straßenseite. Das sei der Antrieb, es sich und jenen, die danach kommen, schön zu machen.

„Wenn wir es nicht versuchen, dann haben wir schon verloren. Dann haben wir diesen Teufelskreis akzeptiert.“ Deswegen seien sie ins Ehrenamt gegangen: „Es funktioniert nur, wenn du selbst etwas für die Gemeinschaft gibst.“

Die Möglichkeiten sind allerdings begrenzt, denn wie in so vielen Kommunen fehlen die Mittel: Die Ge-

zurückgreifen, eine Praxis, die Ortsbürgermeisterin und Ortschronist kritisch sehen. Bei den Anträgen müsse jedes Wort stimmen, sagt Oswald: „Es ist für mich schwer nachvollziehbar, dass ich Projekte in Spora einem Fördermittelgeber irgendwo in Berlin erklären muss.“

Hüfner sieht das ähnlich: „Ich würde lieber mit Projektideen zu direkten Ansprechpartnern gehen, die sehen, was in ihren Dörfern und Kleinstädten passiert. Die nah am Bürger sind.“

Hier kommt die AfD ins Spiel, die bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt

diese Menschen. Die sind nicht böse oder auf den Kopf gefallen.“ Überwiegend hätten sie schlicht von den etablierten Parteien „die Nase voll“. Eigentlich fehle eine demokratische Alternative zur Alternative, findet Oswald. Hüfner sagt: „Für uns ist der Demokratiegedanke immer im Vordergrund, das sich Einbringen und das gemeinschaftliche Entscheiden.“

Die fünfzehnjährigen Zwillinge Emma und Frieda Stephan sitzen auf den Tischtennisplatten hinter dem Jugendklub. Sie sind bereits die zweite Generation der für zwei Jahre gewählten Kinder- und Jugendbürgermeister von Spora. Das Ehrenamt hat Katharina Oswald zu Coronazeiten eingeführt, um junge Blickwinkel stärker einzubinden. „Wir haben dann einige Preise gewonnen und die Kinder konnten entscheiden, wofür wir die Preisgelder ausgeben.“ Emma und Frieda haben außerdem ein Kochbuchprojekt gestartet: Es geht darum, die Rezepte der Alten im Dorf zu bewahren und der jungen Generation zur Verfügung zu stellen.

Kevin Hüfner sagt, gerade weil die Gemeinschaft immer älter werde, müsse es heute darum gehen, die Frage nach einem lebenswerten Dorf mit den jungen Menschen direkt zu verhandeln. „Wie willst du die hier halten, wenn sie nicht gehört werden?“

Einige Wochen nach dem Treffen hat Spora beim Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ Gold auf Bundesebene gewonnen – als eine von acht Ortschaften in Deutschland. Die Siegerehrung im Januar ist bei der Grünen Woche in Berlin, eine Delegation aus Spora wird hinreisen.



Im Jugendklub: Ortschronist Hüfner, Ortsbürgermeisterin Oswald und die Kinderbürgermeisterinnen Frieda und Emma Stephan

Hüfner berichtet: Die heutige Gemeinde Elsteraue, zu der Spora und seine Ortsteile gehören, hatte 1964 eine Bevölkerung von mehr als 16.000 Menschen. 1990 waren es bereits 5.000 weniger, seitdem verlor die Gemeinde noch einmal 28 Prozent ihrer Einwohner. In den 70ern musste die Gegend das Ende des Braunkohleabbaus verkraften, später kamen der demografische Wandel und der Wegzug in den Westen oder in die Städte dazu.

Sie wollten dem Teufelskreis aus Abwanderung und Überalterung und dem daraus resultierenden Wegbrechen von Infrastruktur und Angeboten entkommen, sagt Ortschronist Hüfner. „Wir sind hier geboren, wir wollen hier alt werden und wir werden da oben auch

meinde kann sich Investitionen über ihre Pflichtaufgaben hinaus kaum leisten. Die kommunalen Haushalte seien nicht in der Lage, sich angemessen selbst zu verwalten, meint Kevin Hüfner. „Ich bin aber überzeugt: Es gibt kein Geldproblem, sondern ein Verteilungsproblem.“

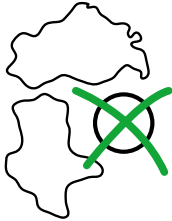
„Wir könnten jetzt sagen: Alles ist scheiße, Bundesregierung ist Mist“, sagt Hüfner. „Aber wir sind den anderen Weg gegangen.“ Nämlich gemeinsam Lösungen zu suchen und zu machen, was möglich ist. Bei der Renovierung des Jugendklubs etwa: „Die Gemeinde hat die Materialien gestellt und wir haben es in Arbeitsleistung umgesetzt.“

Für viele Vorhaben müsse man allerdings auf verschiedene Fördertöpfe

ein Rekordergebnis einzufahren droht. Wenn es in den Kommunen keine Spielräume gibt und die Leute denken, das Steuergeld kommt nicht bei ihnen an, dann profitiere die AfD, meint Hüfner. Denn dadurch seien die Menschen empfänglicher für die Erzählung, die Gelder gingen überwiegend ins Ausland oder kämen nur Bürgergeldempfängern oder Flüchtlingen zugute.

Gleichzeitig gebe es in jeder Kleinstadt ein Büro der AfD. Sie seien vor Ort, bürgernah. „Die etablierten Parteien dürfen nicht nur vor der Wahl mal hier vorbeischaun, sondern müssen echte Ansprechpartner sein“, meint der Ortschronist.

Über ihre AfD-wählenden Nachbarn sagt Katharina Oswald: „Wir kennen



Wetten, die Demokratie gewinnt? Nach den Wahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern droht erstmals eine AfD-Regierung. Die taz berichtet, was auf dem Spiel steht – und wer jetzt die Demokratie verteidigt. Alle Texte zur Serie finden Sie unter [taz.de/ltw26](https://www.taz.de/ltw26)

KLAPPE AUF FÜR ALLE!

Neue Spielzeit 2026/27

Start am 28. August

Wir freuen uns auf die neue Spielzeit!
Infos und Tickets unter:
www.grips-theater.de

GRIPS

NEU!

Instagram Facebook YouTube TikTok Twitter

CARBON NEGATIVE

A CO₂ performance by Flinn Works

ENGLISH THEATRE BERLIN

International Performing Arts Center

August 27 – 29

www.freiluftkino-kreuzberg.de

FREILUFTKINO KREUZBERG



Ob die Hunde,
die es doch
auch schwer
haben ...

Sind so viele Tiere

Das Tierheim Osterode würde gern mehr Tiere aufnehmen, denn es gibt immer mehr Anfragen. Aber es fehlt an Platz und Geld. Deswegen hat das Tierheim mit dem Tierschutzbund die Bundesrepublik Deutschland verklagt

Aus Osterode **Friederike Gräff**

Das Büro von Alanis Sieger ist voller Tische, voller Kisten und voller Hunde. Wie auch nicht, das ganze Tierheim platzt aus den Nähten, das ist ja das Problem. In 95 Prozent der Fälle, sagt Sieger, müssen sie ablehnen, wenn Anrufende ein Tier bei ihnen unterbringen wollen. Deshalb verklagt das kleine Tierheim Osterode, am Rande des Harzes in Niedersachsen gelegen, nun die Bundesrepublik Deutschland. Genauer, das Tierheim Osterode mit drei anderen Tierheimen und dem Deutschen Tierschutzbund.

Die Argumentation der Klage: Wenn im Grundgesetz stehe, der „Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere“, dann müsse er dafür auch ganz praktisch Geld geben. Die Kassen der Tierheime in Deutschland sind klamm und es wird nicht besser, sondern schlechter, weil immer mehr Tiere abgegeben oder gefunden werden, gleichzeitig steigen die Kosten immer weiter. Der Tierschutzbund spricht von „Kollaps“.

Im Büro von Alanis Sieger haben gerade vier Hunde Unterschlupf gefunden, ein Chihuahua

sitzt auf ihrem Schoß und wird ihn in der nächsten Stunde auch nicht wieder verlassen, ein weiterer Chihuahua, ein Border Collie und ein Schäferhundmix haben sich im Raum verteilt. Die Chihuahuas sind Hundegreise, 18 und 20 Jahre alt, und Alanis Sieger hat sie bei sich aufgenommen, obwohl sie schon zwei Hunde hat. „Alle, die hier arbeiten, nehmen Tiere bei sich auf, sagt sie.

Wer im Tierheim arbeitet – meist sind es Frauen – muss Idealistin sein. Natürlich fahren sie nachts los, wenn ihnen eine verletzte Katze am Straßenrand gemeldet wird. Es macht ja sonst niemand. Dabei verdienen die Mitarbeitenden gerade mal Mindestlohn, und selbst die Leitungen bekommen nur dann mehr, wenn sie gut verhandeln. Alanis Sieger bekommt nicht mehr, aber das Thema Lohn erwähnt sie gar nicht. Was sie sich wünscht, ist Geld für eine Trainer:innen-Stelle: eine Person, die mit schwierigen Hunden arbeitet, damit sie anschließend vermittelt werden können.

Schwierige Hunde sind solche, die aggressiv sind, wie Vicky und Jacky, mittelgroß, knopfüßig und unberechenbar, aber auch solche wie die schmale Atina, ein „Angsthund“,

sagt Sieger, „sie beißt nicht, aber Menschen sind nicht ihr Ding“. Als wir an den Räumen für die Hunde vorbeigehen, liegt ein junges Mädchen neben Atina und berührt vorsichtig deren Hinterläufe. Es gibt eine andere Ehrenamtliche, die sich stundenlang mit einem Buch zu den scheuen Katzen setzt, um sie an menschliche Nähe zu gewöhnen.

Damit argumentieren sie nun bei ihrer Klage: dass der Staat ihnen eine Aufgabe gegeben hat, für die er ihnen nicht das notwendige Geld gibt

„Die Ehrenamtlichen sind Gold wert“, sagt Maira Gebel, die Vorsitzende des Osteroder Tierschutzvereins. Sie sind Gold wert, aber natürlich können sie keine professionellen Trainer:innen ersetzen. Und manch-

mal ist die Vorgeschichte eines Tieres so schwierig, dass die Narben bleiben. Atina, Vicky und Jacky werden wohl ihr Leben im Tierheim verbringen und damit sind drei der fünfzehn Hundepplätze in Osterode dauerhaft belegt.

Und damit ist man bei dem Problem, dass das Tierheim Osterode umtreibt: Sie haben dort zu wenig Raum für all die Hunde und Katzen, die einen Platz bräuchten. Und der Raum, den sie haben, genügt nicht mehr den Vorschriften. Außerdem bröckelt er ihnen unter den Händen weg. Aber das Tierheim kommt gerade so über die Runden, woher sollte das Geld für einen Umbau oder sogar einen Neubau kommen?

Maira Gebel hat einen Zettel mitgebracht, auf dem die Finanzen aufgelistet sind. Das Tierheim bekommt pro Jahr eine Fundtierpauschale von 55.000 Euro von der Stadt Osterode und der Gemeinde Bad Grund. Aber diese Pauschale ist nicht kostendeckend. Die Hunde werden meist relativ schnell abgeholt und brauchen kaum medizinische Versorgung. Bei den Katzen sieht das anders aus: Viele haben keinen Besitzer, sind oft krank und bleiben über Monate im Tierheim. Gebel schätzt, dass eine

Katze pro Tag einen zweistelligen Betrag kostet.

Die Jahresausgaben liegen bei 200.000 Euro, die Hälfte davon sind Personalkosten. Der nächste große Posten sind die Tierarztkosten: 42.000 Euro, Tierheimbedarf 22.000 Euro und Energiekosten 11.000 Euro. Wenn man die 42.000 Euro Tierarztkosten denkt, muss man sich nicht wundern über die Freude, mit der Maira Gebel von der Katze mit den chronischen Darmproblemen erzählt, die glücklicherweise in einer Studie der tierärztlichen Hochschule unterkam. Sonst wäre der Preis für diese eine Behandlung schnell vierstellig geworden. Was man sich auch vorstellen muss: 40 Prozent seiner Kosten bestreitet das Tierheim ohnehin durch Spenden.

Daher die Tombolatüten fürs Sommerfest, die sich im Büro stapeln, daher die Boxen für Futterspenden in den umliegenden Supermärkten. In Osterode freuen sie sich über jeden Euro. „Der Spendenanteil macht mehr aus, als er sollte“, sagt Gebel, aber bei den anderen Tierheimen ist es das Gleiche. Und damit argumentieren sie nun bei ihrer Klage: dass der Staat ihnen eine Aufgabe gegeben hat, für die er ihnen nicht das notwendige Geld gibt.

Wahrscheinlich ging das so lange, weil der Tierschutz Menschen anzieht, die nicht wegen des Geldes arbeiten. Weil sie nicht nur in Osterode Zäune mit der Hilfe von Ehrenamtlichen aufstellen und die Risse in den Wänden selbst verputzen. Aber das hat Grenzen: Maira Gebel und Alanis Sieger haben bei einer Bauingenieurfirma angefragt, um der Ursache für das Auseinanderbröckeln des Hundetrakts auf den Grund zu gehen: Die Untersuchungen würden 5.000 bis 50.000 Euro kosten – und am Ende wüssten sie nicht einmal, ob sich die Ursache beheben ließe.

Das bröckelnde Haus ist ein greifbares, ein lokales Problem. Die Zahl heimatloser Tiere wächst bundesweit. Jedes Jahr werden rund 25 Prozent mehr Tiere abgegeben, schätzt Alanis Sieger. Woran das liegt? Tierhandel ist lukrativ und deswegen gibt es nicht mehr nur Züchter:innen, die sich an Standards halten, sondern auch Leute, die Sieger abfällig „Vermehrer“ nennt. „Es war noch nie so leicht, ein Tier zu bekommen“, sagt sie. „Und es war auch nie so leicht, sich vorher zu informieren.“

Das tun aber nicht alle. Hinterher sind das oft die Leute, die beim Tierheim anrufen.

... oder

Ihre Tiere sind chronisch krank oder aufwendiger in der Haltung als gedacht. „Die Leute sagen: Wir haben schon alles versucht“, meint Sieger. „Aber wenn ich dann frage: Waren Sie beim Tierarzt, um mögliche Schmerzen abzuklären? Waren Sie beim Hundetraining? – Nein.“ Kein Wunder, dass nach einer Umfrage des Deutschen Tierschutzbundes nur noch 18 Prozent der Tierheime Kapazitäten haben, fast die Hälfte ist voll oder sogar „übervoll“.

Die Mitarbeiter:innen geben ihr Bestes, um die Tiere zu vermitteln. Ein Trick: Manchmal tauschen sie Tiere mit anderen Tierheimen, damit die auch von anderen Interessent:innen entdeckt werden können. In Luke etwa, einen Hund mit Maulkorbauflage, haben sich die neuen Besitzer:innen beim Gassigehen „doll verliebt“, sagt Sieger, die sich an alle ihre Tiere zu erinnern scheint, und strahlt.

Aber wo ein Tier geht, warten bereits andere Tiere. Auch bei den Katzen ist nicht viel Platz. Der Tierschutzbund fordert schon lange eine Kastrationspflicht, aber noch ist sie nur in Schleswig-Holstein umgesetzt.

Auch das ist ein Punkt, den der Deutsche Tierschutzbund der Politik vorhält: dass sie weder die überforderten Tierheime unterstützt, noch die Ursachen der Probleme angeht. Viele halb verwilderte Katzen bekommen immer wieder Junge. „Es sind keine Wildtiere, die man sich selbst überlassen könnte“, sagt Alanis Sieger. Viele sterben,

viele sind nicht an Menschen gewöhnt. „Diejenigen, die gar keinen Bock auf Menschen haben“, kommen an die beiden Auswilderungsstellen des Tierheims, wo sie regelmäßig Futter bekommen und versorgt werden.

„Das größte Thema ist Verantwortungsgefühl“, sagt Alanis Sieger, und daran scheint es zunehmend zu mangeln. Der Hund mit den meisten Beißvorfällen, den sie in Osterode hatten, war kein Listenhund, also ein Hund der Rassen, die als potenziell gefährlich eingestuft werden, sondern ein Dackel – „eigentlich ein cooler Typ“, sagt Alanis Sieger. Im Tierheim wissen sie, dass es inzwischen Tierärzt:innen gibt, die Hunde einschläfern, nicht weil sie krank sind, sondern weil es soziale Probleme gibt, die die Tierbesitzer:innen nicht lösen können oder wollen.

Der Deutsche Tierschutzbund versucht, an den strukturellen Ursachen anzusetzen: Kampf gegen Qualzucht, einen bundesweit verpflichtenden Sachkundenachweis für künftige Tierhalter:innen. Aber jetzt will er die Bundesregierung, vertreten durch das Bundeslandwirtschaftsministerium, direkt zur Kasse bitten. „Der Beklagte wird verpflichtet, Investitionshilfen für Tierheime und tierheimähnliche Einrichtungen in Deutschland zur Verfügung zu stellen“, heißt es in der Klageschrift, die pikanterweise die Anwaltspraxis Röttgen, Kluge und Hund eingereicht hat. Nämlich jener Norbert Röttgen, der für die CDU/CSU Tierschutzbe-

richterstatter war und mit Landwirtschaftsminister Alois Rainer nun einen Parteifreund verklagt.

In Osterode könnten sie das Geld für den überfälligen Um- oder Neubau sofort brauchen. Denn sie haben nur eine Ausnahmegenehmigung bis 2027 für Teile ihres Hundetrakts: „Unsere Quarantänebox hat 3,8 Quadratmeter“, sagt Maira Gebel, „dabei müsste sie für einen kleinen Hund mindestens 6 Quadratmeter haben.“

„Wenn Geld kein Thema wäre, hätten wir längst eine Lösung“, meint Alanis Sieger. Dann hätten sie ein Katzenhaus für 700.000 Euro und ein Hundehaus für 1,8 Millionen errichtet, die Vorschriften umgesetzt und endlich mehr Platz für die vielen Anfragen. Aber von den Kommunen haben sie bislang keinerlei Zusagen für Gelder. Deswegen planen und verwerten sie nun schon seit Jahren.

Wann über die Klage des Deutschen Tierschutzbundes entschieden wird, ist nicht absehbar. „Wir sind darauf eingestellt, dass wir einen langen Atem brauchen werden“, schreibt Hester Pommerening, die Pressesprecherin des Tierschutzbundes. Bis dahin hat Alanis Sieger, die Eventmanagement studiert hat und nach einem Praktikum nicht mehr weg wollte vom Tierheim, wohl schon die Prüfung zur Tierpflegerin abgelegt. Danach kann sie selbst ausbilden – und dann ist schon mal eine Person mehr da, die sich um Tiere kümmert, um die sich sonst niemand kümmert.

Und das Kaninchen. Für so viele Tiere braucht es Platz im Tierheim. Ob in Osterode oder – wie hier bei den Bildern – im Tierheim Berlin
Fotos: Doro Zinn



„Die Gerichte sind der letzte Strohalm“

Wenn die Politik untätig ist beim Tierschutz, hilft oft nur der Weg über die Gerichte. Doch die Möglichkeiten zu klagen sind aufgrund von Lobbyinteressen nur begrenzt, sagt die Tierrechtlerin Barbara Felde

Interview **Friederike Gräff**

taz: Frau Felde, Tierschutz ist schon 2002 als Staatsziel ins Grundgesetz aufgenommen worden. Hatte das eigentlich wahrnehmbare praktische Konsequenzen?

Barbara Felde: Leider zu wenig. Tierschutz steht im Prinzip auf gleicher Stufe wie die menschlichen Grundrechte. Aber wenn der Tierschutz mit anderen Grundrechten wie Wissenschaftsfreiheit oder Religionsfreiheit kollidiert oder der Beruf des Tierhalters betroffen ist, darf man oft dennoch schreckliche Dinge mit Tieren machen.

taz: Woran liegt das?

Felde: Das liegt daran, dass die Staatszielbestimmung Tierschutz letztlich an den Staat gerichtet ist, der Gesetze machen muss, die Tiere wirksam schützen. Man kann das als Staat aber auch ignorieren. Und dann passiert nicht viel, weil es nicht einklagbar ist. Das ist eben das große Problem.

taz: Wie sieht das zum Beispiel bei der Genehmigung von Tierversuchen aus – wer vertritt da die Perspektive der Tiere?

Felde: Wer einen Tierversuch machen will, braucht dafür eine behördliche Genehmigung. Das heißt, im ersten Schritt ist eigentlich die Behörde zu der Abwägung zwischen Tierschutz und Forschungsgrundrecht verpflichtet, und ob hier den Tieren vermeidbares Leid zugefügt wird. Wenn die Behörde den beantragten Tierversuch einfach durchwinkt, dann ist tatsächlich keiner da, der etwas dagegen tun kann. Nur wenn die Behörde ablehnt, kann derjenige, der den Tierversuch machen will, sich gerichtlich dagegen wehren. Aber auf dem umgekehrten Weg kann keiner etwas tun. Ganz kleine und nicht effektive Ausnahme sind die Bundesländer, in denen die sogenannte tierschutzrechtliche Verbandsklage installiert ist.

taz: Was ist das?

Felde: Damit haben Tierschutzvereine die Möglichkeit zu klagen. Aber etwa im Bereich der Tierversuche ist es so, dass man nur eine Feststellungsklage erheben kann. Das bedeutet, dass am Ende nur ein Urteil herauskommt, bei dem

das Gericht feststellt, ob die Tierversuchsgenehmigung, richtig oder falsch war. Aber selbst, wenn das Gericht entscheidet, dass die Genehmigung falsch war, ist der Versuch längst durchgeführt und die Entscheidung bringt keinem Tier mehr etwas.

taz: Ist die Verbandsklage also ein stumpfes Schwert?

Felde: Man müsste sie in allen Bundesländern oder sogar auf Bundesebene einführen. Und man müsste ihre Möglichkeiten erweitern: Bislang sind nur ganz bestimmte punktuelle Klagegegenstände möglich. Außerdem müsste man in allen Bereichen auch Anfechtungs- und Verpflichtungsklagen zulassen – die führen nämlich zu konkreten Ergebnissen für die Tiere. Vielleicht haben Sie die Putenklage mitverfolgt?

taz: Leider nicht.

Felde: In Baden-Württemberg hat ein Tierschutzverband eine Klage gegen eine Puten-Massentierhaltung bis zum Bundesverwaltungsgericht hochgetrieben. Das hat im April 2026 entschieden, dass diese Masse an Tieren keine artgerechte Tierhaltung ist – da muss jetzt etwas passieren. Und das ist eine super Entscheidung, denn die Behörden, die eigentlich dazu verpflichtet sind, tierschutzgerechte Zustände in den Massentierhaltungsställen durchzusetzen, machen es oft nicht und im Fall in Baden-Württemberg war die Behörde auch untätig. Letztlich sind die Gerichte momentan der letzte Strohalm, von dem man sich wirklich Hilfe erhofft.

taz: Sie sagten, in bestimmten Tierschutzfeldern sei eine Verbandsklage gar nicht möglich. Was wäre ein Beispiel dafür?

Felde: Tiertransporte, die lange Strecken betreffen, etwa nach Libanon, und über acht Stunden dauern. Die müssen ja letztlich auch von einer Behörde genehmigt werden.

taz: Warum kann man nicht dagegen klagen?

Felde: Es wurde absichtlich raus gelassen. Die Gesetze sind so gestaltet, dass gewisse Wirtschaftszweige ungehindert weiter agieren können, auch bei den Tierversuchen, wo es eben nur die Feststellungsklage gibt.



Die Vögel, die gefüttert sein wollen



Foto: DUGT

Barbara Felde, 43, ist stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Juristischen Gesellschaft für Tierschutzrecht und Richterin am Verwaltungsgericht Gießen.

Biografien sind
ihr Beruf:
Katrin
Rohnstock in
ihrem
Unternehmen

Katrin Rohnstock ist Spezialistin für Erzählen. In ihrem Verlag veröffentlicht sie Autobiografien, in ihren Erzählsalons kommen die unterschiedlichsten Menschen zu Wort. Das, sagt Rohnstock, sei auch demokratiefördernd: weil Erzählen integriert und nicht entzweit



**„Erzählen
ermöglicht
Verständigung“**

Interview **Andreas Hergeth**
Fotos **Steffi Loos**

taz: Frau Rohnstock, Sie gelten als Wegbereiterin der Biografien für die sogenannten kleinen Leute, also nicht prominente Menschen. Wie viele „Bücher des Lebens“ hat Ihr Unternehmen Rohnstock Biografien bisher herausgegeben?
Katrin Rohnstock: Ungefähr 400. Die Auftraggeber kommen aus ganz Deutschland, Privatleute aller Couleur, darunter viele Unternehmer. Hier auf dem Tisch liegt gerade „Stiller Sand“ – die Geschichte eines Berliner Trainers, der in verschiedenen afrikanischen Ländern Fußballer trainiert hat.

taz: Was sind die Beweggründe für so ein Buch des Lebens?
Rohnstock: Das Leben an seinem Ende Revue passieren zu lassen und Erfahrungen festzuhalten. Und das Bewusstsein über die Bedeutung der Familiengeschichte wächst. Immer öfter beauftragen 50-, 60-jährige „Kinder“ uns, für ihre Eltern das Buch zu schreiben. Da will zum Beispiel ein Arzt von seiner Mutter alles wissen über die Familie. Für die eigene Identität werden familiäre Wurzeln immer wichtiger. Auch, weil die Berufsidentität und die regionale Identität mit zunehmender Mobilität fragiler werden.

taz: Haben Sie noch Zeit für Bücher, die nicht aus Ihrem Unternehmen kommen?
Rohnstock: Nur im Urlaub, da schaffe ich höchstens zwei Bücher. Zuletzt im Albanienurlaub habe ich Lea Ypi gelesen, eine albanisch-britische Politikwissenschaftlerin und Philosophin, die sich anhand ihrer Familiengeschichte mit der faschistischen, sozialistischen und postsozialistischen Geschichte Albaniens auseinandersetzt.

taz: Familiengeschichte – da sind wir mitten im Thema. Das Erzählen liegt Ihnen am Herzen. Was war zuerst da? Die Erzählsalons oder die Bücher des Lebens?
Rohnstock: Das Buch des Lebens. Rohnstock Biografien habe ich 1998 gegründet. Meine Idee war, die Geschichte der kleinen Leuten aufzuschreiben. Doch da gab es diesen Widerspruch: Eine Lebensgeschichte, die professionell geschrieben wird, schön gestaltet mit Fotos, kostet einiges. Das aber können sich viele Menschen nicht leisten.

taz: Aber die kleinen Leute haben interessante Geschichten zu erzählen, oder?
Rohnstock: Unbedingt. Und sie sind lebensklug, du kannst viel von ihnen lernen. Deshalb habe ich mich gefragt: Wie kriegst du es hin, diesen Geschichten einen Raum zu bieten? Ab und an probono arbeiten geht, aber nicht regelmäßig.

taz: Und so haben Sie sich vor 25 Jahren ein Veranstaltungsformat ausgedacht ...
Rohnstock: ... bei dem wir mehreren zuhören. So kamen wir auf das kollektive Erzählen. Ein Jahr lang habe ich experimentiert, weil wir nicht wussten, wie so eine Erzählrunde hierarchiefrei funktionieren kann. Denn unsere Philosophie ist, dass jede Geschichte gleich wertvoll ist. Die Geschichten werden nicht kommentiert, sondern es wird nur zugehört. So ein Format gab es damals nicht.

taz: Ein niedrigschwelliges Angebot, wo es also nicht um Diskussion geht?

Rohnstock: Es diskutieren ja vor allem die Leute, die darin geschult sind und sich gut ausdrücken können. Alle Ungeübten haben das Nachsehen. Ich habe deshalb nach einem Gegenentwurf gesucht. Eines Tages hat ein Freund, der gerade von einer Reise aus Israel zurückkam, erzählt, wie Juden nach dem Gottesdienst gemeinsam essen und trinken und dabei reihum erzählen, was jeder in der Woche so erlebt hat.

taz: Und alle anderen hören zu?
Rohnstock: Ja. Über die Vermittlung von Herrn Finkelstein, der in der jüdischen Gemeinde aktiv war, konnte ich an einer solchen Runde teilnehmen. Man merkte, dass alle erzählen und zuhören können, weil sie es gewohnt sind. Das war die „Vorlage“. Im Prinzip ist der Erzählsalon ein Import aus der jüdischen Kultur.

taz: Wer kann denn heute noch zuhören?
Rohnstock: Genau. Doch wenn keiner mehr zuhört, erzählt auch keiner. Ein Riesenproblem für den Einzelnen, aber auch für die Gesellschaft, das in Einsamkeit mündet.

taz: Sie haben eine Art Ventil für den Erzählstau geschaffen, die Idee wurde angenommen. Was waren das damals, vor 25 Jahren, für Themen?
Rohnstock: Sie haben über den ersten Schultag und ihre Lehrer erzählt, über die Kleidung, die sie zur Konfirmation oder Jugendweihe getragen haben. Doch die Kriegserlebnisse standen im Mittelpunkt.

taz: Wer kam da zu Ihnen zu der Gesprächsrunde?
Rohnstock: Es kamen von 1920 bis 1940 Geborene. Eine Jüdin, deren Familie in Auschwitz ermordet wurde, unsere spätere Köchin. Eine Kommunistin, die Tochter von John Heartfield, eine Botschafterwitwe. Ein ehemaliger Wehrmachtsoffizier aus Spandau. Eine Sudetendeutsche aus der Schorfheide. Ein früherer Kriegsphotograf aus Zehlendorf. Ein NVA-Offizier, der nach der Wende arbeitslos wurde. Sie kamen aus ganz Berlin, Ost und West.

taz: Per Zufall? Nicht gecastet?
Rohnstock: Nein, sie kamen, weil wir ihren Erinnerungen einen Raum gaben. Und sie haben sich verstanden. Sie trafen sich 15 Jahre lang. Bis fast alle gestorben waren.

taz: Sie haben viele Erzählsalons in der Lausitz durchgeführt.
Rohnstock: 2015 haben wir das erste große Erzählprojekt für die Lausitz gefördert bekommen – von der damaligen Ostbeauftragten Iris Gleicke. Da haben wir vierzig Erzählsalons veranstaltet. In der Lausitz sind in der Wendezeit 90.000 Leute entlassen worden. Ständig wurden von den Leuten neue Themen vorgeschlagen: „Wir wollen auch mal unsere Geschichte erzählen“, sagten die Kleintierzüchter, Existenzgründer und Heimkehrer. Danach haben wir in Cottbus in Kooperation mit dem LausitzLab ein Projekt mit Unternehmern gemacht, denn die müssen ja die Transformation auch verkraften; danach mit dem Landkreis Oberspreewald-Lausitz und Elbe-Elster zehn Erzählsalons für Existenzgründer, und 2023 hat uns Heike Jakobsen von der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus eingeladen, für das Projekt „Altersinnovationen“ in

Katrin Rohnstock

Der Mensch
Katrin Rohnstock, Jahrgang 1960, ist in Jena aufgewachsen. Sie studierte Germanistik in ihrer Heimatstadt und Berlin, wo sie heute auch lebt. Rohnstock ist Spezialistin für autobiografisches Erzählen und Schreiben.

Das Unternehmen
Rohnstock Biografien wurde 1998 gegründet. Mittlerweile sind dabei rund 400 solcher nach mündlichen Erzählungen zum Buch verfasster Memoiren



Ein paar „Bücher des Lebens“ erschienen. Die Anlässe sind verschieden: der 80. Geburtstag, die diamantene Hochzeit, ein Firmenjubiläum. Die Auflage schwankt zwischen einem einzigen, dem Testament beiliegenden Exemplar und 200 Exemplaren, der Durchschnit liegt bei 30 Stück.

Die Erzählsalons
Vor 25 Jahren veranstaltete Rohnstock ihren ersten Erzählsalon. Bisher haben 560 in verschiedenen Formaten vor allem in Ostdeutschland und in Berlin stattgefunden.

Spremborg und Guben Erzählsalons zu veranstalten, um Ideen zu entwickeln, wie eine gealterte Stadtgesellschaft sich selbst helfen kann. Aus den Geschichten sind schöne Publikationen entstanden.

taz: Wie viele Leute haben Sie in den 25 Jahren Erzählsalons wohl erreicht?
Rohnstock: Mehrere Tausend, wir haben sie nicht gezählt. Es gibt zwei Formen des Erzählsalons: Den geschlossenen, wie hier um den großen Tisch bei uns im Firmensitz in Berlin-Pankow, mit bis zu 20 Leuten. Und den offenen mit Publikum. Da sitzen vorne drei, vier Erzähler und es kommen 100 oder 200 Leute, die auch die Möglichkeit bekommen, ihre Stimme zu erheben.

taz: Die Themenpalette ist breit gefächert ...
Rohnstock: ... je nachdem, was man erreichen will. Man kann das Erzählen strategisch einsetzen, zum Beispiel um Brücken zu bauen. Im Dresdner Hygienemuseum zum Beispiel haben wir ein Erzählprojekt durchgeführt, dessen Anliegen es war, Wessis, Ossis und Migranten an einem Tisch zusammenzubringen.

taz: Das ist nicht einfach.
Rohnstock: Wir haben lange überlegt, was für die drei Gruppen verbindende Themen sein könnten, und haben uns auf Biografisches beschränkt. Das war spannend. Ein sogenannter Kontingentflüchtling hat mit gebrochenem Deutsch seine Familiengeschichte bis zurück zur Oktoberrevolution erzählt, und eine Westdeutsche, dass ihre Großeltern zur Leibstandarte

Adolf Hitler gehörten und bis zu ihrem Tod ein Porträt von Hitler in der Wohnstube hing. In Familiengeschichten steckt die Weltgeschichte wie der Ozean in einem Wassertropfen.

taz: Wie laufen die Berliner Erzählsalons ab?
Rohnstock: In unserem Büro gibt es jeden letzten Montag im Monat den Montagssalon. Da kann jeder kommen. Im Juni war das Thema: „Wie ich den Osten beziehungsweise den Westen kennenlernte“. Da haben wir viel gelacht.

taz: Wer kommt da zum Erzählen?
Rohnstock: Einige regelmäßig, zum Beispiel ein berenteter Polizist, ein Lehrer, ein früherer Abteilungsleiter vom VEB Kombinat Autotrans Berlin, eine Mathematikerin, die die Kraftwerke berechnet hat, die der DDR-Kraftwerksanlagenbau in alle Herren Länder exportierte, und die Erfinderin des Studienganges für künstlerisches Erzählen, Professorin Kristin Wardetzky von der Universität der Künste.

taz: Es ist gut, wenn sich verschiedene Menschen zum Erzählen treffen?
Rohnstock: Unbedingt, es erweitert den eigenen Horizont. Nur Jüngere kommen leider selten. Die erreichen wir noch nicht. Nur im Erzählsalon in der Gemeinschaftsunterkunft in Berlin-Marzahn, wo Nachbarn und Geflüchtete zusammenkommen, sitzen junge Männer dabei. Wenn man denen zuhört, wird einem mit Erschrecken bewusst, wie weit die Kindheiten in unserer Wohlstandsgesellschaft gegenüber denen der Flüchtlinge auseinanderklaffen. Afghanen, Syrier, Iraner mussten sich manchmal jahrelang durchkämpfen, ohne ein richtiges Zuhause.

taz: Ein Projekt, bei denen Leuten zugehört wird, die sonst keine Stimme haben. Geht das auf Deutsch oder wird übersetzt?
Rohnstock: Es wird zweimal übersetzt, einmal aus der jeweiligen Landessprache ins Englische, das machen die Flüchtlinge untereinander. Danach übersetzt der Chef des Wohnheimes, ein Südafrikaner, aus dem Englischen ins Deutsche, weil die meisten Nachbarn nicht gut Englisch können, ich ja auch nicht.

taz: Die Erzählsalons wollen Sie nun in andere Hände geben?
Rohnstock: Ich bin vergangenes Jahr 65 geworden und denke darüber nach, wie es mit der Firma und dem gesammelten Know-how weitergeht. Als nächstes möchte ich die Erzählsalons und die Ausbildung für das Salonieren dem gemeinnützigen Verein zur Förderung lebensgeschichtlichen Erinnerns und biografischen Erzählens übertragen. Der Vereinsvorsitzende Professor Otto Kruse ist der wichtigste Erzähldidaktiker im deutschsprachigen Raum und kann unser Tun wissenschaftlich einordnen. Gerade erarbeiten wir einen Essayband über die „Kraft des Erzählens“.

taz: Das klingt nach Wachstum.
Rohnstock: Ja, wir wollen Kampagnen machen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Es gibt viele weiße Flecken, die nach einer Aufarbeitung drängen. Selbst die Kriegs- und Nachkriegsgeschichte ist nicht abgehandelt. Jetzt stellen die Kriegsenkel Fragen, das zeigt gerade der Run auf die NSDAP-Daten-

banken. Sie nehmen die familiäre Tabuisierung nicht mehr hin, weil sie wissen, welche psychischen und physischen Folgen diese haben können.

taz: In den Familiengeschichten wird sicher nicht nur Schönes erzählt?
Rohnstock: Nein, auch das Scham- und Schmerzhafte. Dafür Worte und Narrative zu finden, ist manchmal schwer. Da hilft es, von anderen zu hören, wie sie ähnliche Erfahrungen formulieren. In einem Erzählsalon hat der Polizist zum Thema „Mein Vater“ von seinem erzählt, der im Krieg verletzt wurde und Alkoholiker wurde und ihn windelweich geschlagen hat. Doch er hat seinem Vater verziehen. Die Geschichte hat sehr berührt.

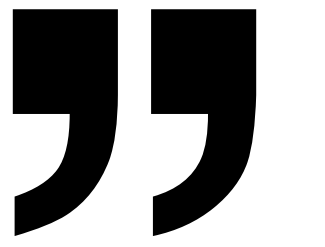
taz: Was braucht es, um die Erzählsalons zu erhalten und auszubauen?
Rohnstock: Wir brauchen Menschen, die uns unterstützen. Eine öffentliche Förderung zu erhoffen, ist illusorisch. Stichwort: Kürzungen in allen Bereichen. Wir haben mit dem Erzählsalon ein leises, feines Instrument.

taz: Und neue Ideen?
Rohnstock: Mir macht es Spaß, Konzepte für Erzählprojekte zu entwickeln. Denn durch einen guten Austausch ließe sich so manches Problem lösen.

taz: Probleme lösen durch Erzählen!
Rohnstock: Ja, sowohl gesellschaftlich als auch individuell. Wenn du ein Problem hast und davon erzählst, findest du meist jemanden, der erzählt, wie er das Problem bewältigt hat. Bewältigungsstrategien, auf die du allein niemals kommen würdest. Regelmäßige Erzählsalons zum Beispiel in Häusern, Kiezen oder Dörfern können Menschen zusammenbringen und Gemeinschaft stiften. Zum Austausch, aber auch, um sich gegenseitig zu unterstützen im Alltag. Kollektives Erzählen als Selbsthilfe.

taz: Und das ist demokratiefördernd.
Rohnstock: Absolut. Weil Erzählen integriert und nicht entzweit. Erzählen ermöglicht Verständigung.

taz: Wurde bei Ihnen zu Hause viel erzählt oder woher kommt Ihr Faible fürs Erzählen? Ihre Eltern haben beide im VEB Carl Zeiss Jena gearbeitet ...
Rohnstock: Ja, wir haben in der Familie erzählt – jeden Abend



„Wenn du ein Problem hast und davon erzählst, findest du meist jemanden, der erzählt, wie er das Problem bewältigt hat“

beim Essen, bei Familienfesten. Doch weil meine Eltern voll berufstätig waren, habe ich nach der Schule die Nachmittage bei meiner Großmutter verbracht, die unten im Haus wohnte. Sie hat mir ständig aus ihrer Kindheit erzählt, aus ihrer Konditorei, für die sie morgens die Brötchen austragen musste.

taz: Zum Schluss vielleicht noch ein Lesetipp aus Ihrem Verlagsprogramm?
Rohnstock: „Der große Schock – Ostdeutsche erzählen von den Folgen der Treuhandpolitik“, unser neues Buch, das im Bebra Verlag erschienen ist. Darin sind die Geschichten von 30 ehemaligen Mitarbeitern von fünf volkseigenen Betrieben versammelt – Kaliwerk Bischofferode, ESDA-Strumpffabrik Diedorf, Henneberger Porzellan Ilmenau, Möbelwerk Eisenberg und Relaiswerk Großbreitenbach. Die Leute erzählten über den Niedergang ihrer Betriebe infolge von Fehlentscheidungen der Treuhandanstalt und warum das für sie so schmerzlich war. Weil sie nicht nur ihre Arbeit, sondern auch ihre Gemeinschaft verloren haben.

taz: Da erzählen also Industriearbeiter:innen ...
Rohnstock: ... zu denen wir intellektuelle meist keinen Zugang haben. Die haben sich auf die Wiedervereinigung gefreut, glaubten an Investoren, die ihre Betriebe modernisieren würden. Doch dann kamen die Westberater, die oft keine Ahnung hatten. Millionen Ostdeutsche wurden nach der Wende arbeitslos. Da begreift man, woher der heutige Frust kommt, warum so viele nicht mehr an die Demokratie glauben, weder an Parteien, noch an staatliche Institutionen. Wenn du das liest, treibt es dir Tränen in die Augen.



10. CRADLE TO CRADLE CONGRESS 2026

17. & 18. Sept. 2026
TU BERLIN

Jetzt Tickets sichern

Innovate. Circulate. Celebrate.

#C2CC26

c2c-congress.org



bayern blues (2)

Von **Florian Bachmeier**
Die Tafel in Gmund versorgt Menschen im wohlhabenden Tegernseer Tal mit Lebensmitteln. Zwischen millionenschweren Seegrundstücken und steigenden Immobilienpreisen wächst auch hier die Zahl derer, für die das Leben kaum noch bezahlbar ist.

Der Fotograf Florian Bachmeier ist im bayerischen Oberland, in Schliersee, aufgewachsen. Für seine Bildserie will er hinter die Postkartenidylle blicken und vom gesellschaftlichen Wandel, von Brüchen und Widersprüchen erzählen.



großbraumdisco

Eine Antiabtreibungsparade stößt am Jungfernstieg auf Widerstand

Katholische Rechtsextreme demonstrieren in Hamburg gegen Schwangerschaftsabbruch. Und bekommen es mit jungen Frauen zu tun

in sonniger Freitagnachmittag am Jungfernstieg in Hamburg. Spaziergänger:innen flanieren zwischen Baustellen über die breiten Bürgersteige der Alsterpromenade. So weit, so normal. Doch etwas irritiert: Ein gutes Dutzend junge und zwei ältere Männer in Uniform stehen auf beiden Seiten des Jungfernstiegs. Über ihren grauen Uniformen tragen sie rote Schärpen. Zur Binnenalster hin halten drei ein Banner, etwas weiter blasen fünf von ihnen einen ohrenbetäubenden Marsch mit Dudelsack und Posaune in die Hamburger Feierabendluft. Unterstützt werden sie von zwei Trommlern, die ihre Instrumente um den Bauch gehängt haben.

An den Standarten, die die jungen Männer in den Himmel halten wehen rote Stoffbanner im Wind. Das Wappen mit einem Löwen und die geschwungenen Linien der Aufschrift erinnern an Richard Löwenherz. „Tradition, Familie, Privateigentum“ steht da.

Die jungen Männer sind Mitglieder der ultrakatholischen, aus Brasilien kommenden Organisation TFP. Ursprünglich aus Ablehnung der Bodenreform in Brasilien entstanden, wurde sie eine Stütze der dortigen Militärdiktatur. Heute ist sie international aufgestellt, verfügt über viel Geld und ist mit Rechtsextremen vernetzt, auch zur AfD gibt es Verbindungen. Russland steht im Verdacht sie zu finanzieren.

Ihr größter Feind: das Recht auf Schwangerschaftsabbruch. Darum seien sie auch heute in

Hamburg, erklärt ihr Pressesprecher, auch er in Uniform. Hier auf der anderen Seite der Straße verteilen TFP-Aktivistinnen Flyer an Passant:innen. „Beten und Handeln, um die Sünde der Abtreibung zu stoppen“ steht darauf.

Eine Person, die stehen bleibt, ist Nins, 28 und nichtbinär. „Peinlich“ findet Nins den Aufzug. Aber Nins ist auch wütend und versucht spontan über Instagram Gegenprotest zu mobilisieren. „Vielleicht haben ein paar von euch Bock, mich zu unterstützen und ein bisschen Lärm zu machen“, schreibt Nins.

„Sie verstehen nicht mal, dass es gegen unsere Rechte geht!“

Eine junge Passantin

Ein älterer Herr mit Strohhut im Rollstuhl und ein Tourist aus Stuttgart mit modischem Antifa-Shirt bleiben stehen und kommen ins Gespräch. Ob Frauen auch zum Privateigentum gehören, fragt der eine, der andere, dem die taz zu links und Helmut Schmidt gerade recht ist, macht sich Sorgen wegen der Erfolge der AfD und erzählt von der Pistole seines Onkels im Bankschließfach, mit der er sein verfassungsmäßiges Widerstandsrecht ausüben will.

Doch nicht alle empören sich über die uniformierten Aktivistinnen. Ein junger Mann Anfang zwanzig gibt einem der Aktivistinnen im Vorbeigehen einen Handschlag. Er sei Christ und

gegen Abtreibung. Ein junges Pärchen geht vorbei, er schaut interessiert, ein kurzer Wortwechsel zwischen den Männern. Seine Freundin habe selbst abgetrieben, erzählt er, aber es sei gut, wenn nicht alles erlaubt sei. Die Freundin lächelt gequält und geht schnell weiter.

Es sind vor allem junge Frauen, die stehen bleiben. Eine Dreiergruppe diskutiert besonders lange mit einem in Uniform, der ungefähr so alt sein dürfte wie sie: eine ist 18, zwei 17. Diskutiert wird auf Englisch, es fällt immer wieder das Wort „proof“, „Beweis“.

Danach sind die Gesichter der Frauen gerötet. „Sie verstehen nicht mal, dass es gegen unsere Rechte geht!“, sagt eine. „Abtreibung ist das einzige Recht, dass nur Frauen betrifft“, eine andere. „Es ist einfach der Beweis, dass Männer und Frauen nicht gleichberechtigt sind.“ Ihre Stimme zittert vor Wut. „Warum seid ihr in Hamburg, geht mal weg!“, ruft sie in Richtung der Uniformierten.

Die Formation auf der anderen Straßenseite setzt sich in Bewegung, die Trommeln werden lauter. Nins taucht wieder auf, stellt sich allein vor die pusten- und marschierenden Männer und hält sich die Ohren zu. „Es war ein bisschen scary“, erzählt Nins danach. Die Männer hätten mit Polizei und Verhaftung gedroht.

Kurz darauf ist alles vorbei, die Aktivistinnen sind verschwunden. Zwei junge Frauen gratulieren Nins zur Aktion. Ob die TFP-Aktivistinnen Freundinnen haben, fragt sich die eine: „Ich hoffe nicht.“

Valentin Endraß



ortsgespräch

Hackerangriff auf Verwaltung: In Berlin darf man sich vor der Wahl schon Sorgen machen

Sogar Innensenatorin Iris Spranger (SPD) ist gekommen zur Pressekonferenz nach einer außerordentlichen Krisensitzung des Berliner Senats. In Sprangers Zuständigkeit liegt die reibungslose Umsetzung von Wahlen. In Berlin wird am 20. September ein neues Abgeordnetenhaus gewählt. So heißt der Landtag im Stadtstaat Berlin.

Einberufen wurde die Krisensitzung am Mittwoch nach einem massiven Hackerangriff auf das Berliner Landesnetz, der zentralen Datenleitung der Berliner Verwaltung. Kurz nach Bekanntwerden des Angriffs am Montag verbreitete sich die Meldung, dass es nicht mehr möglich sei, Briefwahlunterlagen online zu beantragen.

Auf seiner Krisensitzung hatte der schwarz-rote Senat in Berlin also zwei brisante Themen auf dem Tisch. Wie kann es sein, dass jemand von außen in das Berliner Landesnetz eindringt und die Senatsverwaltungen für Stadtentwicklung und Verkehr vom Netz genommen werden müssen und seitdem arbeitsunfähig sind? Selbst das Wohngeld konnte nicht mehr ausgezahlt werden.

Und: Sind die Wahlen am 20. September in Gefahr? Es wäre nicht das erste Mal in Berlin. Wegen massiver Unregelmäßigkeiten in den Wahllokalen und bei der Auszählung musste die Abgeordnetenhauswahl 2021 wiederholt werden. Statt Rot-Grün-Rot regiert seit der Wiederholungswahl 2023 nun Schwarz-Rot mit Kai Wegner als Regierendem Bürgermeister der CDU.

Wegner war es auch, der auf der Pressekonferenz nach der Krisensitzung deutliche Worte gefunden hat. „Das ist ein Angriff auf Berlin“, betonte er. Gleichzeitig versicherte Wegner, dass bei dem Angriff keine sensible Daten abgefließen seien. Die Geodaten, auf die es der oder die Angreifer abgesehen hätten, seien auch öffentlich zugänglich gewesen.

Wer für den Hack verantwortlich ist, konnten weder Wegner noch die Innensenatorin oder die IT-Spezialisten der Berliner Senatskanzlei sagen. Noch liefen die Ermittlungen.

Auch die Frage, ob die Berliner Verwaltung mit ihren zahlreichen Insellösungen Angreifer nicht geradezu einlade, wurde nicht beantwortet. In Berlin sind nicht alle Behörden an das vom IT-Dienstleistungszentrum ITDZ betriebene Landesnetz angeschlossen. Das gilt nicht nur für die meisten Bezirke, sondern auch für die beiden vom Hack betroffenen Senatsverwaltungen.

Was Innensenatorin Spranger aber sagen konnte: „Nach jetzigem Stand sind die IT-Systeme, die für die Wahlen benötigt werden, nicht betroffen.“ Das gelte sowohl für die IT-Systeme zur Wahlvorbereitung als auch für die Systeme für die Wahlauswertung.

Auch sei es wieder möglich, online Briefwahlunterlagen anzufordern, beruhigte Spranger. Die Innensenatorin versicherte, das kurzfristige Problem sei kein Grund, um die Wahl später anfechten zu können. Denn Bürgerinnen und Bürger könnten auch auf andere Weise Briefwahl beantragen, etwa per Mail, postalisch oder im Bezirkswahlamt. Laut Landeswahlamt ist offen, ob die Panne überhaupt mit der Cyberattacke zu tun hat.

Beruhigend sind diese Aussagen aber nur mäßig. Denn das Grundproblem der Berliner Datensicherheit bleibt bestehen. Alle Bemühungen, die Kleinstaaterei in der Berliner Verwaltung zumindest sicherheitstechnisch zu beenden und alle Behörden an das ITDZ anzuschließen, sind bislang gescheitert.

Dass der Hack in Berlin nur durch Zufall durch einen aufmerksamen Mitarbeiter entdeckt und womöglich Schlimmeres verhindert werden konnte, macht die Sache nicht besser.

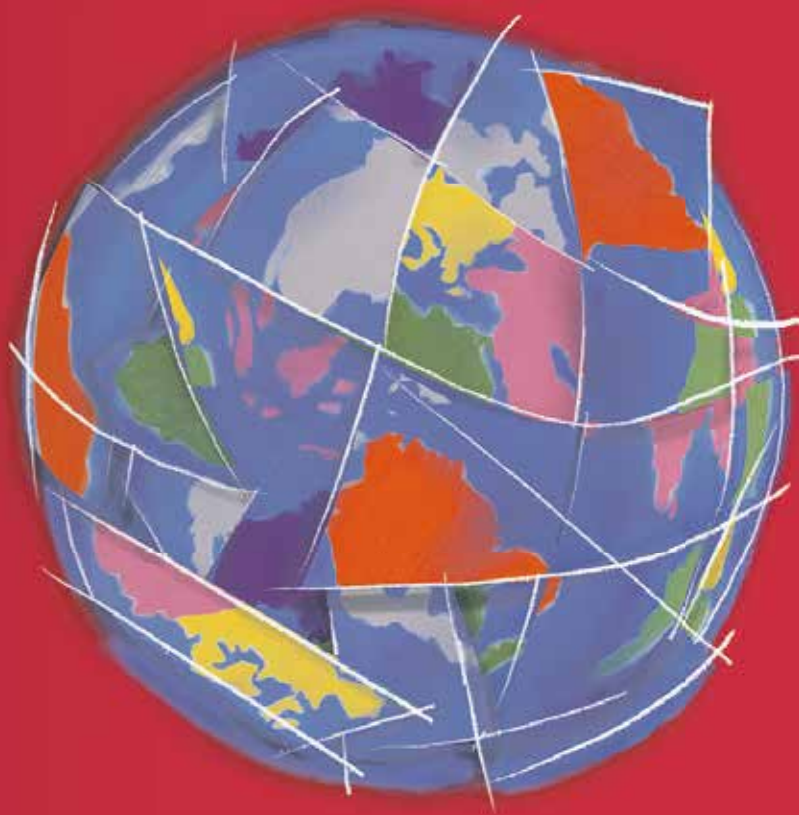
Die Wahlen sind sicher? Sprangers Beschwichtigung gilt nur bis zum Beweis des Gegenteils.

Uwe Rada

Die drei Buchstaben TFP stehen für „Tradition, Familie und Privateigentum“, die dahinter stehende Organisation ist international mit der rechten Szene vernetzt

ATLAS *der* GLOBALISIERUNG

Welt als Beute



**Jetzt
bestellen**

Die Welt war nie gleich, aber wenn gerade mal 0,001 Prozent der Weltbevölkerung mehr besitzen als die ärmere Hälfte zusammen, dann nimmt die Ungleichheit monströse Züge an. Und wenn Trump, Netanjahu, Putin und Xi unverfroren Ansprüche auf fremde Territorien erheben, behandeln auch sie die Welt als Beute.

Mit über 250 Karten und Grafiken von Adolf Buitenhuis sowie Beiträgen von Perry Anderson, Ulrike Herrmann, Steffen Mau, Bee Wilson und vielen anderen.

26 Euro | shop@taz.de | T. (030) 25 90 21 38



Politik

Von Johanna Henkel-Waidhofer

Jetzt weiß die Welt also sogar dies: Ministerpräsident Cem Özdemir (Grüne) scheitert so schnell nicht, selbst wenn er sich in einer halsbrecherisch anmutenden Übung der Bergwacht über einen Schwarzwaldfelsen abseilen lässt. „Ich wollte nicht blöd aussehen“, sagt er, als er sicher unten angekommen ist. Derweil plaudert der Vize Manuel Hagel (CDU) in Sommerinterviews über sein „sehr gutes Gefühl für die Menschen in Baden-Württemberg“. Davon, dass die genug hätten von Show und einer Politik, die nur der Vermarktung diene. Und auch nicht von ungefähr lobt er noch einmal Özdemirs Vorgänger Winfried Kretschmann („Natürlich fehlt er mir, weil wir ein sehr, sehr gutes Verhältnis haben“). Der stellvertretende Regierungschef und CDU-Landesvorsitzende grenzt die heutige von der früheren Zusammenarbeit ausdrücklich ab. Vertrauen könne man nicht „herbeischwätzen“, es müsse wachsen, „aber wir hauen uns nicht übers Ohr“. Na immerhin. Im Übrigen gehen die unterschiedlichen Partner getrennte Wege, um ihre Botschaften am Ende der traditionellen Hundert-Tage-Frist nach Amtsantritt an Mann und Frau zu bringen. Keine Pressekonferenz, keine gemeinsamen Termine. Dabei hätte es der unter chronischen Wahrnehmungsdefiziten stehenden Landespolitik gut getan, laut zu verkünden, was das Duo aus Grün und Schwarz geschafft hat in diesem ersten Vierteljahr – nicht schönfärbend, sondern um möglichst viele Leute vertraut zu machen mit relevanten und konkreten Plänen. Beispielsweise mit dem kostenlosen Kindergartenjahr oder der Klimamilliarde.

Die Anfangsunwuchten, der schwere Weg zur Koalition, sie wirken weiter nach. Gerade die Grünen haben damit jedoch Erfahrung, 2011 im Hochsommer, als Kretschmann mit dem Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmid (SPD) vor einer üppigen Kulisse aus Medien-schaffenden die ersten 14 Wochen von Grün-Rot kommentieren sollte, schwebte der Dissens von Grünen und SPD zu Stuttgart 21 als Stimmungskiller über der neuen Regierung. Bundesweit transportiert wurde aber auch anderes, darunter solche Sätze aus Kretschmanns Munde:

„Die Leute in Baden-Württemberg freuen sich einfach, weil man nicht mehr überall nur die Schwarzen sieht.“

Leicht miteinander haben es die gegenwärtig Handelnden bekanntlich ebenso wenig. Die Annäherung von Grünen und CDU nach Özdemirs Aufholjagd im Wahlkampf war höchst kompliziert. Überhaupt kam sie erst vier Wochen nach dem Urnengang so richtig in Schwung, als das Allensbacher Institut für Demoskopie ermittelte, dass die CDU nun nicht mehr mit den 29,7 Prozent vom Wahlsonntag rechnen konnte, sondern bloß mit 26. Die Grünen hingegen waren von gut 30 Prozent geklettert auf 32. Beide Parteien bringen es auf eine viele Gestaltungsmöglichkeiten eröffnende Zweidrittel-Mehrheit im 18. Landtag von Baden-Württemberg. Beide stellen jeweils 56 Landtagsabgeordnete, alle der CDU sind direkt gewählt. Für die Nickligkeiten und Nadelstiche hinter den Kulissen steht, dass die Geschäftsverteilung der Aufgaben noch immer nicht abgeschlossen ist. Das Thema Sport müssen sich Grüne und Schwarze im Kultus- und im Wohnbauministerium teilen.

Vor allem die CDU und ihre Landtagsfraktion sind auf der Suche nach Aufmerksamkeit und Profil. Fraktionschef Tobias Vogt scheint sich nicht – trotz der Beteuerungen, einen Schlussstrich ziehen zu wollen –, selbst in Sommergesprächen abermals das Wort „Schmutzkampagne“ in den Mund zu nehmen. Zur Erinnerung: Eine Grünen-Bundestagsabgeordnete hatte vor der Landtagswahl den Ausschnitt eines alten Interviews mit Hagel geteilt, in dem dieser über die „rehbraunen Augen“ einer Realschülerin schwärmte. Und noch einen Seitenhieb erlaubt Vogt sich mit dem Hinweis auf den Koalitionsvertrag: Der entspreche „fast eins zu eins“ dem CDU-Regierungsprogramm, „deshalb sind wir auch solche Fans davon“. Diese Bewertung verdankt sich einer schwarzen Brille, gehorcht

aber der Linie, die nach dem schmerzlichen Wahlergebnis gezogen wurde mit den prägnanten Worten des neugewählten Ludwigsburger Abgeordneten Lukas Tietze: „Dieser Wahlsieg wird der teuerste Wahlsieg für die Grünen in der Geschichte dieses Landes.“

Hagel übersetzt die Botschaft in seiner eigenen Zwischenbilanz nach etwa hundert Tagen auf diese Weise: „Da ist uns mit den Grünen etwas Gutes gelungen.“ Sein Innenministerium liefert auf Anfrage die Fakten. Die neue Zusammenarbeit von Festnetz- und Mobilfunktreibern, der Bundesnetzagentur, den Städten, Gemeinden und Kreisen mit dem Innenministerium, mit Polizei, Feuerwehr und Bevölkerungsschutz, um vorbereitet zu sein auf Krisen und Katastrophen, sie wird als ein Schwerpunkt des ersten Quartals hervorgehoben. Ebenso die Entwicklung einer „Art Übungsbaustatz“ für alle 1.101 Kommunen im Land, um im Krisenfall vorbereitet zu sein.

Überhaupt ist die Schlagzahl in den einzelnen Häusern anscheinlich. Das mit großen Erwartungen verbundene Effizienzgesetz ist im Kabinett bereits verabschiedet, und der Tübinger Oberbürgermeister und frühere Grüne Boris Palmer wurde publikumswirksam zum ehrenamtlichen Rat für Staatsmodernisierung ernannt, ausdrücklich mit Zustimmung der CDU und auf zwei Jahre befristet. Den klammen Kommunen wird finanziell unter die Arme gegriffen, wenn auch viel zu wenig aus deren Sicht, und – wieder einmal – eine Trendwende bei der Windenergie in Aussicht gestellt. Bei Ausbau und Genehmigungen sei das Land „auf Rekordkurs“, heißt es im Staatsministerium. Und das sei eine gute Nachricht für die Energiewende im Südwesten. „Wir arbeiten mit Hochdruck an der neuen Mietpreisbremse“, vermeldet das Wohnbauministerium, „die die Lebensrealität vor Ort abbildet“. Was so viel bedeutet wie: Wir reparieren, dass Konstanz oder Mannheim aus der aktuellen Mietpreisbremse gefallen sind.

Das Umweltministerium schiebt seine Trinkwasserstrategie 2050 in den Fokus, das Landwirtschaftsministerium die Ernährungs-souveränität, die als Staatsziel in der Landes-verfassung verankert wird. Einer jener Punkte, die Grüne und CDU dank ihrer Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament ohne Zustimmung aus den Reihen der Opposition wuppen können. Die neue Ressortchefin Marion Gentges (CDU) hat sogar – ganz aktuell – einen Kabinettschluss erwirkt, um Bäuer:innen im Land den vermehrten Futteranbau zu ermöglichen. Kultusminister Andreas Jung (CDU) hat Vorstellungen zu den neuen Hitze-Frei-Regeln und dem Handy-Verbot konkretisiert. Für letzteres ist der Begriff Handy-Pause erfunden worden, und die soll – die Umsetzung wird spannend – nicht nur im Unterricht für alle Schularten gelten, sondern vor allem für alle,

auch erwachsene Schüler:innen. Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut (CDU) wirbt mit einer Ansiedlungsstrategie für neue Investitionen in Baden-Württemberg.

Noch ein Pfund auf der Haben-Seite: Vier Neulinge, die noch nie ein Ministerium geführt haben – Oppelt, Jung, Hagel selbst und Sozialminister Oliver Hübner (Grüne) –, fädeln sich ins neue Amt ein, jeder auf seine Art. Wie auf einer Perlschnur könnten Özdemir und Hagel im Schulterschluss Erfolgsmeldungen herunterbeten und sich Nachfragen stellen. Beide verzichten darauf mit eher fadenscheinigen Argumenten. „Die 100 Tage sind eine gegriffene Zahl, die für die meisten Bürgerinnen und Bürger keine Bedeutung haben“, behauptet Regierungssprecher Matthias Gauger und versucht die blutleere Performance der Koalitionsspitzen zu entschuldigen. Erwartet werde vielmehr, sagt der frühere Landesgeschäftsführer der Grünen, dass die Landesregierung kontinuierlich an Lösungen arbeitet und das Land „jeden Tag ein bisschen weiter voranbringt“.

Ob Abseilen in der Steilwand dazu gehört, sei dahingestellt. Auf jeden Fall will der Ministerpräsident sein Scherflein dazu beitragen, den Grünen in Sachsen-Anhalt über die Fünf-Prozent-Hürde zu helfen und einen AfD-Ministerpräsidenten zu verhindern. Özdemir wird, in Baden-Württemberg sind noch Ferien, Wahlkampftermine wahrnehmen und zum Abschluss am 4. September in Halle an der Saale auftreten. Für die CDU hat einer die Richtung schon vorgegeben, der als neuer Unionsfraktionschef im Bundestag und Parteizeim im CDU-Landesverband Gewicht hat. Normalerweise halte sich die Bundes-CDU aus der Regierungsbildung in den Ländern heraus, sagt Thorsten Frei. Was für Sachsen-Anhalt und die dortige AfD aber ausdrücklich nicht gilt, weil der Verfassungsschutz ihr rechtsextreme Bestrebung bescheinigt, weil eine Koalition mit ihr erhebliche Konsequenzen auf die Bundespartei und die Union in allen Ländern hätte.

Für Baden-Württemberg nennt der neue Innenminister die Brandmauer inzwischen „in Wahrheit“ ohnehin eine Staumauer. Zu viele Menschen seien der Meinung, dass der Staat die Probleme gar nicht mehr lösen kann. „Entweder die politische Mitte findet die Kraft, die Probleme zu lösen, oder die Probleme werden die Kraft entwickeln, die politische Mitte aufzulösen“, sagt er im Sommerinterview mit „regioTV“. Und dann sagt er noch einen Satz, der es in sich hat: „Da muss jetzt jeder seine Parteiideologie, seine Überzeugungen zur Seite legen, damit es möglich wird, die Probleme zu lösen.“ Die Botschaft hätte nachgehallt bei einem Hundert-Tage-Event mit Özdemir und der Presse. Der stellvertretende Ministerpräsident muss sich aber an dieser bemerkenswerten Aussage und der damit selbstgestellten Aufgabe ohnehin messen lassen.

Richtig lesen – aber wie?

Gesellschaft

Die Württembergische Landesbibliothek sieht in Social Media eine Ursache für schwindende Lesefertigkeiten. Deshalb hat sie ihre Kanäle dort aufgegeben. Ob der Rückzug von Instagram und Co. der richtige Weg für die Vermittlung von Wissenschaft ist, bleibt umstritten.

Von Pauline Ammon



Tschüss Social Media: Der letzte Insta-Post der WLB, Newsletter gibt's weiterhin. Foto: Jens Volle

Ausgerechnet das ist der Beitrag, der die meiste Resonanz auf dem Instagram-Kanal der Württembergische Landesbibliothek (WLB) erhält: das Statement, mit dem sich die in Stuttgart sitzende Bibliothek von ihrem letzten Social-Media-Kanal verabschiedet. Der Abschiedspost richtet sich gegen die Plattform selbst. Darin heißt es, soziale Netzwerke und vor allem die Bevorzugung zugespitzter Formulierungen seien ein Grund für die abnehmende Lesefertigkeit in der Gesellschaft. Das führe zu „ernsthaften Folgen“ für „Gesundheit und politische Kultur“.

Dass sich Menschen in Sozialen Medien gerne über Beiträge empören, die sie nicht richtig gelesen haben, ist erst einmal nichts Neues. Dennoch ist die Tendenz, auf die die Bibliothek hinweist, erschreckend. Im Gespräch mit Kontext erklärt WLB-Direktor Rupert Schaab, es gehe bei der Entscheidung um Grundsätzliches: „Social Media ist dem eigentlichen Zweck der Bibliothek diametral entgegengesetzt. Die wissenschaftliche Bibliothek dient dazu, Wissen aufzubauen. Aber Social Media verringert die Fähigkeit der Menschen, Wissen aufzubauen.“

Mehrere Studien der letzten Jahre kommen zu dem Ergebnis, dass die Lesekompetenzen der Deutschen tatsächlich abnehmen. Die Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung (IGLU) stellte 2021 fest, dass rund ein Viertel der damaligen Viertklässler:innen unter dem internationalen Standard liegen, der für den Übergang von „Lesen lernen zum Lesen, um zu lernen“ nötig wäre. Auch die Pisa-Studie zeigt 2022, dass sich die Lesekompetenzen von Fünfzehnjährigen

deutlich verschlechtert haben. Und selbst 22 Prozent der Erwachsenen fallen bei einer Erhebung der Organisation wirtschaftlicher Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in oder sogar unter die Kompetenzstufe I, deren Niveau einfache und kurze Texte nicht übersteigt. Zwar liegt Deutschland weiterhin bei all diesen Studien über dem internationalen Durchschnitts, aber der Negativtrend ist eindeutig.

Gehirne müssen üben, um fit zu bleiben

Das macht sich auch im universitären Bereich bemerkbar. Clarissa Henning vom Institut für Digitale Ethik an der Stuttgarter Hochschule der Medien beobachtet, dass Studierende zunehmend Schwierigkeiten haben, längere Texte aufmerksam zu lesen. Für sie ist dabei nicht allein die bloße Lesefähigkeit wichtig: „Es geht hier um Denkstrukturen, die wir durch das Lesen lernen, sodass wir zum Beispiel komplexe Sachverhalte wahrnehmen können. Wir müssen unser Gehirn darin schulen, zu denken.“ Denn Lesen dient nicht nur der Informationsbeschaffung, es fördert die Empathiefähigkeit, trainiert das Gehirn in vielfältiger Weise und kann beim Stressabbau helfen. Auch Rupert Schaab betont, wie wichtig Lesen für die Menschen ist: „Lesefertigkeiten ermöglichen den Menschen ganz basale Dinge. Zum Beispiel den Umfang des Wortschatzes erweitern, analytisches Vermögen und Abstraktionsvermögen.“

Gleichzeitig spielt Social Media eine immer größere Rolle in der Gesellschaft. Kürzlich ermittelte das Reuters Institute, dass 67 Prozent der Erwachsenen in Deutschland sich mindestens wöchentlich über Social Media informieren. Für Rupert Schaab ist das ein großes Problem: „Die Stunden des Tages haben sich nicht verlängert. Aber es sind mitunter bis zu drei Stunden Social-Media-Aktivität dazugekommen, die anderes Lesen verdrängen. Insbesondere das Lesen längerer Texte und Zusammenhänge.“

Schon jetzt bietet die Landesbibliothek Schulungen mit Titeln wie „Lange Texte lesen lernen“ an. Das Lesen von Social-Media-Inhalten

ähnt oftmals eher einem Scannen oder Überfliegen statt einer tiefergehenden Auseinandersetzung – doch genauso kann man sich auch das Lesen längerer Texte wieder antrainieren. Nur: Wie lässt sich das den Menschen schmackhaft machen? Wäre es nicht als erster Schritt eine gute Idee, die Leute genau dort abzuholen, wo sie sowieso unterwegs sind?

Algorithmen lieben Zuspitzung

Seitens der Landesbibliothek heißt es, der Rückzug habe weiterführende Gründe. Denn Social Media würde „durch sein Geschäftsmodell und seine Algorithmen kein neutrales Angebot“ darstellen. Auch das Statement zum Abschied klagt an, dass mediale Informationen immer zugespitzt werden müssten. Das fördere Desinformation und Verschwörungstheorien, was die Landesbibliothek wohl nicht mehr mittragen möchte.

Tatsächlich sind soziale Medien keineswegs neutral. Das wurde spätestens 2024 klar, als Bilder kursierten, in denen Instagram-Chef Mark Zuckerberg mit US-Präsident Donald Trump kumpelhaft und medienwirksam dinierte. Nachdem Multimilliardär Elon Musk Twitter gekauft hatte, veränderte sich die politische Schlagseite der Plattform deutlich.

So gab das Statistische Bundesamt 2025 an, dass allein im ersten Viertel des Jahres insgesamt 54 Prozent der befragten Internetnutzer:innen auf sogenannte „Fake News“ stießen. Die Landesbibliothek hat also durchaus recht: Social-Media-Plattformen sind nachweislich so aufgebaut, dass sie Zuspitzungen immer mehr Reichweite geben. Denn Emotionalität und Aufmerksamkeit wiegen bei den Algorithmen mehr als neutrale Fakten. Ob Meldungen dabei einen faktischen Kern haben oder völlig erfunden sind, ist für den Algorithmus der Plattformen meist irrelevant.

Auch Clarissa Henning sieht Akteure, die sich Wissenschaft, Demokratie und Aufklärung verschrieben haben, auf Social Media in der Bredouille: „Leider haben die großen Social-Media- und KI-Kanäle unsere Werte gar nicht

in ihrem Geschäftsmodell abgebildet.“ Eigentlich müsste die Politik hier eingreifen, doch das sei oft schwierig, denn die Betreiber der Plattformen seien mächtig und vor allem reich genug, um sich über entsprechende Regulation hinwegzusetzen. Insofern sieht die Medien- und Kommunikationswissenschaftlerin Henning in der Entscheidung der Landesbibliothek eine „Haltungsfrage“, die sich eine solche Institution leisten könne.

Allerdings wird Social Media weiterhin genutzt, und die Mechanismen der Netzwerke werden sich auf absehbare Zeit erstmal nicht ändern. Wäre es nicht sinnvoller, gegenzuhalten und über Desinformation auf den betreffenden Kanälen aufklären? „Wegen der Algorithmenlogik der Plattformen funktioniert Gegenrede de facto nicht“, erklärt Henning. Um Aufmerksamkeit zu generieren, müsse man sich immer der Plattformlogik unterwerfen und Aussagen zuspitzen.

Fußnoten müssen nicht auf Papier stehen

Auf der einen Seite ist Social Media also der ideale Nährgrund für Desinformation, auf der anderen sind diese Kanäle für immer mehr Menschen Teil des Alltags. Inwiefern die Lesefähigkeiten in Deutschland davon profitieren, wenn sich Bibliotheken aus den Netzwerken zurückziehen, bleibt fraglich. Immerhin gehört es nicht nur zu den Aufgaben einer wissenschaftlichen Landesbibliothek, Literatur zu sammeln und aufzubereiten, sondern auch, sie der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Und Öffentlichkeit ist heute nicht mehr ausschließlich analog.

Clarissa Henning glaubt, dass kreative Lösungen möglich sind. Die allgemeine Devise sollte demnach sein: Umdenken, anstatt zu verteuflern: „Im Zuge von Medienkompetenzvermittlung sollten wir von früh auf lernen, bewusst zu entscheiden, wofür wir Social Media verwenden wollen und wofür wir Bücher lesen.“ Es sei durchaus möglich, die Plattformen mit Wissenschaft zu verknüpfen, denn neben reiner Unterhaltung könnten sie auch Denkanstöße bieten. Posts können als Aufhänger dienen, die zum Weiterlesen anregen. Wenn das Interesse entsprechend geweckt ist, können durch Links und Quellangaben auf weiterführendes Material hinweisen, darunter richtige Bücher. Henning zufolge ließen sich so neue Zielgruppen erreichen.

Schon heute gibt es genug Beispiele von Menschen, die erfolgreich Wissenschaftskommunikation auf sozialen Medien betreiben. Natürlich müssen auch sie sich den Plattformstrukturen unterwerfen, um erfolgreich zu sein. Doch hier können Zuspitzungen als Köder helfen, um Interesse zu wecken. Einige Wissenschaftler:innen geben sogar persönliche Einblicke in ihre Arbeit. Dadurch wird Forschung nahbarer und wirkt erreichbarer selbst für jene, die sich sonst vielleicht nicht damit beschäftigt hätten.

Andere Landesbibliotheken zeigen, wie es gehen kann. Die Badische Landesbibliothek bewirbt auf ihren Kanälen – wie viele andere – Veranstaltungen, gibt Tipps zur Bibliotheksnutzung sowie Einblicke hinter die Kulissen und scheint damit Erfolg zu haben. Im Vergleich dazu wirkt der Auftritt der Württembergischen Landesbibliothek etwas lieblos. Auf Anfrage teilt die WLB mit, dass sie für Presse- und Öffentlichkeit nur ein kleines Team aus etwa fünf Personen verfügbar haben, von denen mehrere auch für andere Aufgabenbereiche zuständig sind. Zudem sei der Aufwand für die Social-Media-Kanäle der WLB „nicht allzu groß“ gewesen. In diesem Sinne betonen sie, dass der Ausstieg nicht aufgrund von Kapazitäten erfolgt sei, sondern rein „prinzipielle Gründe“ gehabt habe.

Hinter dem Schritt mögen noble Gründe stehen, die schwindenden Lesefähigkeiten sind ein offenes Problem. Aber ein Lösungsansatz wird durch den Rückzug nicht ersichtlich. Und so liest sich das Statement zum Abschied vor allem als Eingeständnis von Resignation.

Von NPD zu AfD

Politik

Der AfD-Landesverband Sachsen-Anhalt beschäftigt laut MDR „ein bekanntes Gesicht“ der rechtsextremen Identitären Bewegung. Die politische Sozialisation des IT-Fachmanns Dorian S. begann bei der NPD-Jugend in Baden-Württemberg.

Von Anton Maegerle

Ulrich Siegmund, Spitzenkandidat der AfD in Sachsen-Anhalt, hat in der MDR-Wahlarena wenige Wochen vor der Landtagswahl ein „hartes Durchgreifen des Rechtsstaats“ angekündigt: „Wir möchten den Rechtsstaat gegen jeglichen Extremismus sichern, und das sollte eine Selbstverständlichkeit sein, die es aktuell nicht ist“, sagte der 35-Jährige aus Tangermünde am 12. August. Dabei wird der AfD-Landesverband Sachsen-

Anhalt selbst seit 2023 vom Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextrem“ eingestuft.

Zudem beteiligte sich Siegmund im November 2023 an einer Konferenz unter konspirativen Umständen in der Villa Adlon nahe Potsdam. Der Österreicher Martin Sellner, Kopf der rechtsextremen Identitären Bewegung (IB), sprach über „Remigration“, also die massenhafte Vertreibung eingewandelter Menschen. Zugewogen war bei

dieser Zusammenkunft auch Dorian S. Dieser arbeitet nach Recherchen des MDR offenbar für den AfD-Landesverband Sachsen-Anhalt, sei von Siegmund persönlich für den Job vorgeschlagen worden – und er sei „ein bekanntes Gesicht“ der IB gewesen.

Auf dem Papier existiert in der AfD eine Unvereinbarkeitsliste. Darauf steht die bundesweit vom Verfassungsschutz beobachtete IB. Heißt: Wer

dort Mitglied war, dürfe nicht in die AfD eintreten. Doch es gibt eine Reihe von Ausnahmen. So beschäftigt der AfD-Landesverband Sachsen-Anhalt mit Dorian S. einen rechtsextremen Aktivist mit langer Vorgeschichte – nicht nur bei der IB, auch bei neonazistischen Zusammenhängen.

Die politische Vorgeschichte des AfD-Mitarbeiters reicht bis in seine frühe Jugend zurück. S., Jahrgang 1990 und geboren in Grenzach-Whylen bei Lörrach im äußersten Südwesten Baden-Württembergs, tummelte sich in den Reihen des im Juni 2009 in Lörrach gegründeten Stützpunkts der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) ebenso wie bei der „Aktionsgruppe Lörrach“, auch bekannt als „Freie Kräfte Lörrach / Nationaler Wider-

stand“. In den Folgejahren war S. mehrfach bei neonazistischen Demonstrationen zugegen.

In diesen südbadischen Zusammenhängen bewegte sich zeitgleich auch der Neonazi Thomas B.. Dieser wurde im April 2012 vom Amtsgericht Lörrach wegen unerlaubten Waffenbesitzes und Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz zu einer Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt. B. hatte 2009 22 Kilogramm chemische Substanzen, Zünder, Rohrmantel, Waffen und mehr für einen Anschlag gehortet. Im Visier von B. stand das autonome Freiburger Zentrum KTS.

2013 verließ S. Baden-Württemberg und zog nach Sachsen-Anhalt. In Halle zählte er zur IB-Gruppe „Kontrakultur“, die dort zeitweilig ein Hausprojekt der Szene („patriotisches Zentrum“) direkt gegenüber dem Steintor-

campus der Martin-Luther-Universität nutzte und bewohnte. In einem Interview gab S. kund, man wolle gezielt bei Studenten für rechte Ideen werben: „Bis jetzt war die Universität immer ein linkes Milieu. Unser Anspruch ist es, an der Universität wieder mehr Meinungspluralismus reinzubringen.“

Im Gespräch mit der antisemitischen Zeitschrift „Compact“ erzählte S. 2018 von dem „Sinneswandel“, den er durchgemacht habe: „Weg von der NPD, nicht nur strategisch, sondern auch politisch.“ Früher habe man, so S., „nach Aktionen auf Bildern oft die Gesichter der Beteiligten verpixelt, heute kämpfe man mit offenem Visier: „Wir wollen zeigen, dass es normal ist rechts zu sein“, meint er.



Der Schweizer Kühlturm (links) hat sein deutsches Denkmal nah bei sich. Nur tausend Meter liegen dazwischen. Foto: Achim Mende

Die keusche Wolke

Die kleine Gemeinde Dogern wird zum zweiten Mal Opfer der Schweizer Atom-industrie. Erst klaut sie dem deutschen Dorf die Sonne und jetzt kommt auch noch der Skandalbildhauer Peter Lenk.

Kultur
Von Josef Otto
Freudenreich

Für alle, die Dogern nicht kennen, und das sind viele, sei darauf hingewiesen, dass das Dorf am Hochrhein bei Waldshut liegt, ganz im Süden Baden-Württembergs, und einmal für kurze Zeit berühmt geworden ist. Es war im September 1989, als der Bürgermeister beschlossen hatte, ein Recht auf Sonne einzuklagen. Sogar das „Time-Magazin“ hat berichtet. Und das kam so: Genau gegenüber von Dogern, nur getrennt durch den Rhein, steht das Schweizer Atomkraftwerk Leibstadt. Unübersehbar ist sein 144 Meter hoher Kühlturm, der seine Dampffahnen Hunderte von Metern in den Himmel spuckt – und den 2.300 Einwohnern die Sonne klaut. Das macht er seit 1984.

Leider ist es damals nicht zu einem Prozess gekommen, womöglich auch dadurch bedingt, dass die Schweizer Seite eine Art Ablasszahlung, vor Ort „Schattengeld“ genannt, in Aussicht stellte und bezahlte: 300.000 Franken einmalig. Immerhin hatte der Deutsche Wetterdienst in Offenbach gegutachtet, dass den Dogernern rund 100 Sonnenstunden im Jahr entgingen, was den Gärtnereien und dem Ruf des ziemlich idyllischen Gemeinwesens Schaden zufügen würde. In der alemannischen Heimatdichtung wird Dogern als Garten „am Rhy im Sunneschy“ besungen.

Zugegeben, im Lichte des Klimawandels könnte sich die Thematik jetzt drehen – der Kühlwasserdampf kann einen gigantischen Schirm bilden –, aber selbst auf dem Tennisplatz sagen die Leute, am eigentlichen Problem der Atomkraft ändere sich nichts. Sie sagen das auch, weil sie neben Leibstadt nur ein paar Kilometer entfernt noch die Uralt-Meiler Beznau I (1969) und Beznau II (1971) vor der Nase haben, die immer mal wieder abgeschaltet werden müssen. Mal sind es angerostete Brennstäbe, mal defekte Stromleitungen, mal führt der Rhein wie derzeit zu wenig Wasser.

Wenigstens die Jodtabletten sind kostenlos

Was immer es ist, Umweltverbände wie der BUND („Schrott-AKW“) warnen regelmäßig davor, dass die Schweizer Reaktoren für Deutschland – für Baden-Württemberg sowieso – die „mit Abstand“ gefährlichsten sind. Und die Eidgenossen versichern mit gleicher Regelmäßigkeit, dass ihre Nuklearanlagen sicher seien und verlängern ihre Laufzeiten. Außerdem bekommen die Anrainer Jodtabletten kostenlos.

So gingen die Jahre dahin, leise wogend in diesem so schönen wie schwarzen Landstrich. Bis Peter Lenk kam. Der 79-Jährige aus Bodman im Kreis Konstanz erscheint manchen als eine Art Gottseibeius unter den Bildhauern – wie etwa dem CDU-Politiker Thomas Strobl, aktuell Landtagspräsident, der seine Kunstwerke für „Sauerereien“ hält. Lenks neue Schöpfung heißt „Wolke über Dogern“, ist acht Meter hoch und 3,5

Tonnen schwer und steht seit Anfang des Monats August mitten im Dorf auf der Pfarrwiese. Und wieder einmal wartet er mit Figuren auf, die ein hohes Erregungspotenzial haben. Diesmal aus dem Kosmos der Atomkraft. Wie Lenk das schafft, mental und muskelmäßig, fragt man besser nicht. Im Moment jedenfalls sieht er ziemlich abgeschafft aus.

Als Ionen-Teufelchen treten auf: Friedrich Merz („lobt die Atomenergie überschwänglich“, so Lenk), Jens Spahn („befindet sich im Endlager“), Markus Söder („fordert mit Mini-Verstand Mini-AKWs“), Alice Weidel („wollt ihr den totalen Atomstrom?“) und natürlich die habgierige internationale „Atom-Elite“, die von Donald Trump und Elon Musk verkörpert wird. Im Parterre sitzen ihre Vorfahren in einer Höhle und dokumentieren, wie nahe die menschlichen Entwicklungsstufen beieinander liegen. Lenk wäre nicht Lenk, würde er vergessen darauf hinzuweisen, dass der Weg zurück ein kurzer sein kann und wir alsbald „strahlend“ wieder einziehen müssen. In die Höhle. So wird Dogern jetzt zum zweiten Mal berühmt.

Dem Sponsor der ganzen Geschichte hat das gefallen, was einigermaßen überraschend ist. Hanspeter Ebner, Dogerner Kind, zehn Jahre Gemeinderat, nach eigener Einschätzung „CDU-orientiert“, Chef einer mittelständischen Firma (Ebco), die Flugzeuge mit Esstischen und Armlehnen ausstattet. Die Geschäfte laufen gut. Bei einer Anti-AKW-Demo war er nie dabei. Aber er habe als einer der ersten ein E-Auto auf dem Hof und Photovoltaik auf dem Dach gehabt, erzählt er, die Zukunft in den Erneuerbaren gesehen, ja, aber kein schlechtes Wort über die Atomkraft.

Die Freiheit des Künstlers war seiner Stiftung „Pro Dogern“, wie zu hören ist, einen mittleren sechsstelligen Betrag wert. Bleibt davon ein Batzen hängen, sei's dem Meister gegönnt, der wie ein Berserker schafft und nix auf der Kante hat. Und der Sponsor muss es aushalten, ökonomisch wie nervlich. Tut er das, hat er Grund, mit sich zufrieden zu sein. Ebner jedenfalls ist unüberhörbar stolz auf seinen Coup. Mit der Wolke habe er den Lenk gepackt, sagt er, woraus zu schließen ist, dass ihm ernst ist mit der Botenschaft: „Ich mag das Schwierige und den Provokateur.“ Und das alles diesmal ohne Nackedeis, die sonst gerne Lenks Skulpturen bevölkern.

Der „Südkurier“ findet keine „obszönen“ Szenen

Das ist auch dem „Südkurier“ aufgefallen. Auf der Dogerner Stele fänden sich keine „obszönen“ Szenen, die immer wieder von Frauen kritisiert worden seien, notiert die heimische Zeitung, und lässt ihr Wohlwollen durchscheinen. Womöglich könne es die „Gelassenheit des Alters“ sein, spekuliert das Regionalblatt und wartet schon einen

Tag nach der Enthüllung des „neuen Dogerner Wahrzeichens“ mit einer halben Seite auf.

Der „Südkurier“ hat längst kapiert, dass der Lenk-Tourismus am Bodensee Gold wert ist und sich die Busladungen vor der Konstanzer „Imperia“, der bekanntesten Figur des Bildhauers, nicht irren können. Intern heißt es, für eine Lenk-Geschichte räume der Chefredakteur sofort so viel Platz wie möglich frei. Der Künstler selbst zuckt mit den Schultern und sagt, sie müssten sich nicht sorgen, der Voyeurismus ihrer Klientel sei ein immerwährender. Für die Selfie-Touristen am Florentiner Neptun-Brunnen könnten die Pimmel der Wasserspeier „gar nicht lang genug“ sein. Wenn nötig, komme er darauf zurück.

Einer, dem die neue Aufmerksamkeit noch etwas unheimlich erscheint, ist Fabian Prause, der Bürgermeister von Dogern. Seinen Besucher holt er an der Bushaltestelle Linde ab, Schienenersatzverkehr, die Bahnstrecke ist zwischen Erzingen und Rheinfelden gesperrt. Es hat 36 Grad, und der 37-Jährige erzählt, dass er einmal einen Fernsehauftritt hatte, drei Minuten lang, bei der SWR-Landesschau 2024, als das AKW Leibstadt 40 Jahre alt wurde. Womöglich hat er damals mehr geschwitzt. Der brave Mann ver-

der Pfarrwiese über Atomkraft diskutieren, in direkter Sichtachse zur Dogerner Wolke? Der Schultes denkt schon an Führungen, ein Kiosk mit kalten Getränken wäre auch nicht schlecht. Noch steht das Marketing am Anfang.

Das nächste Projekt – zusammen mit Özdemir?

Und – was Wunder? – der Protest auch. Normalerweise ist die Aufregung schon vor der Sichtbarmachung des Objekts groß. Man erinnert sich an das S-21-Denkmal in Stuttgart mit Winfried Kretschmann als nacktem schwäbischem Laokoon, der mit einem ICE statt Schlangen ringt, und dessen schändliche Rückkehr an den Bodensee.

In Dogern hat sich bisher nur die ehemalige Vorsitzende des Jazz-Tanzclubs gemeldet. In ihrem Leserbrief kritisiert sie „mit Entsetzen“, wie „über Köpfe hinweg“ entschieden worden sei. Die Meinung der Bürgerschaft habe offenbar keine Rolle gespielt, schreibt Ruth Schlageter, und spricht von vielen, die das genauso sähen. Bürgermeister Prause munktelt von einer Unterschriftenliste, die im Dorf kursiere,



Könnte es sein, dass sich hier wieder einer ins Fäustchen lacht? Peter Lenk, der Eulenspiegel vom Bodensee. Foto: Joachim E. Röttgers

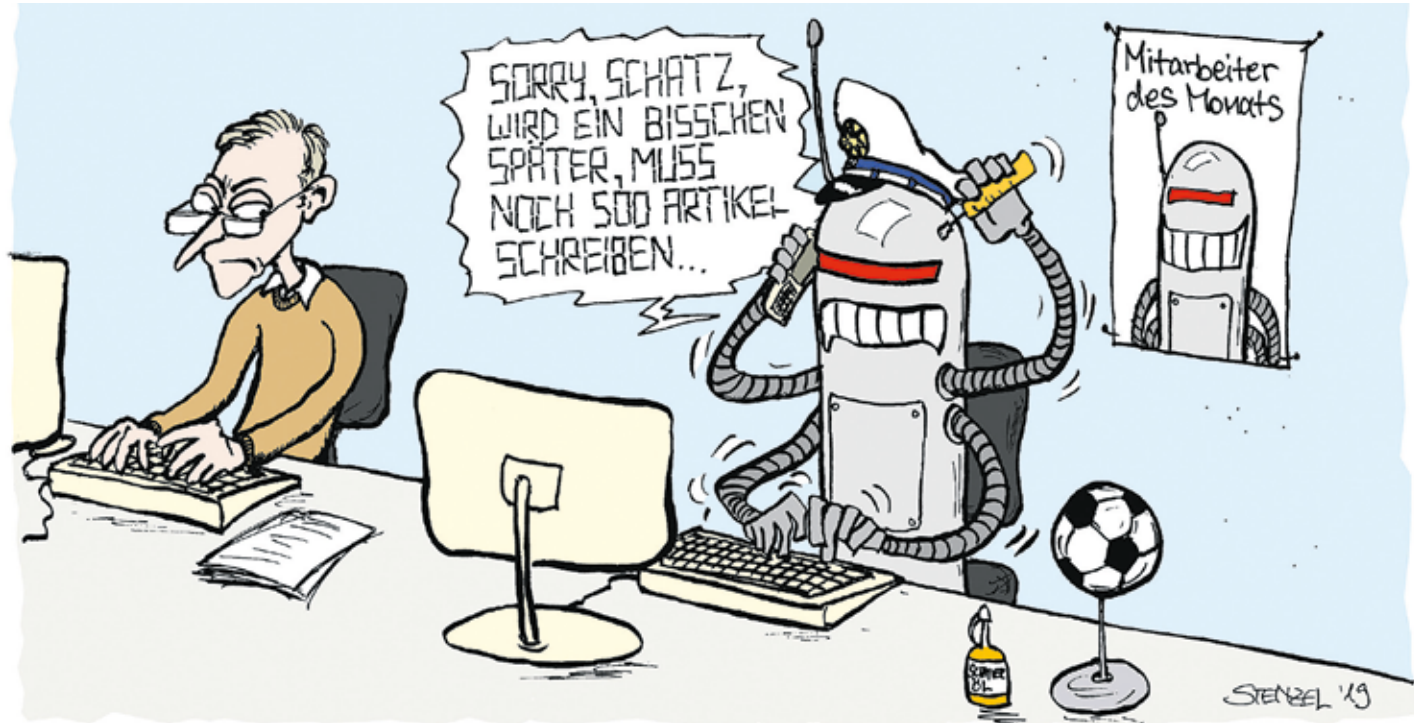
sichert, nichts Kritisches gesagt zu haben. Auch heute spricht er nur gut über die Nachbarn. Aus ihrem Schattenentschädigungsfonds kann er jährlich bis zu 20.000 Euro für soziale Zwecke abrufen. Und jetzt hat er den Lenk mitten im Dorf. Wie geht es Ihnen, Herr Prause?

Er habe Sorgen gehabt, ganz ehrlich, seufzt der Schultes, der nicht den Eindruck macht, dass ihm das häufig passiert. Es sei schön in Dogern, eine „tolle Dorfgemeinschaft“, auf der Straße winken ihm die Leute zu, im Gemeinderat gebe es nur eine Liste, eine „Super-Truppe“, über Abschaltungen informiere ihn Leibstadt sofort. Was aber wäre geworden, wenn ihn der Bildhauer, der ja bekannt sei für seine Tabubrüche, mit herabgelassenen Hosen und nacktem Hintern verewigt hätte? Das habe der „Herr Lenk“ Gott sei Dank nicht gemacht, und heute stehe sie da, eine „einzigartige Skulptur“.

Fabian Prause ist beruhigt, er ist begeistert. Eine Kirchenmusikerin eilt herbei und schlägt vor, rund um die Skulptur eine Kulturnacht aufzuziehen. Es müssen ja nicht immer „Kohlhiesels Töchter“ sein. Warum nicht hier auf

was die Sache nicht leichter macht. Er muss erklären, warum er selbst seinen Gemeinderat erst kurz vor knapp unterrichtet hat, und dann bekennen, dass es der „Herr Lenk“ so wollte. Der Spötter wird dann antworten, dass er die Forderung nach bürgerlicher Mitbestimmung in der Kunst nachvollziehen könne – „leider, leider nicht bei meiner“.

Da freut man sich doch schon aufs nächste Projekt. Es könnte ein ganz besonderes werden, wenn sich die Herren Lenk und Cem Özdemir einig werden sollten. Bei einem sommerlichen Besuch im Bodman Skulpturengarten, im Schatten des dort asylierten Kretschmann-Laokoons, zeigten der amtierende Ministerpräsident und seine Gattin Flavia großen Spaß an des Gastgebers Lust, seine Werke heimlich aufzustellen. Özdemir könnte sich ein solches auch an seinem Dienstsitz in der Villa Reitzenstein, im Garten des Gehörtwerdens, vorstellen. Die Aussichten sind nicht schlecht. Mit ihm, versichert Lenk, könne er sich sogar in Stuttgart Satire vorstellen. Bei Kretschmann habe das bekanntlich nicht geklappt.



Der Roboredakteur spielt bei Sport- und Polizeimeldungen längst ganz vorne mit. Karikatur: Oliver Stenzel

„Unbrauchbar und irreführend“

Medien

Von Thomas Schuler

Die Bundesagentur für Arbeit betreibt einen sogenannten Job-Futuromat: Das Angebot soll aufzeigen, wo KI bald den Menschen ersetzt. Die Einschätzungen zum Journalismus sind in den Augen von Fachleuten schädlicher Unsinn.

Als der Bayerische Journalistenverband (BJV) im Juli eine anonyme Mitgliederbefragung zu KI startete, ging es dem Vorstand vor allem darum zu erfahren, wie der BJV den zunehmenden Einsatz von KI begleiten soll. Aber auch um Fehlentwicklungen. Eine der Fragen: Wird KI von Verlagen benutzt, um Personal einzusparen? Die Angst, dass Verlage Journalist:innen durch KI ersetzen könnten, befeuert ausgerechnet der sogenannte Job-Futuromat der Bundesagentur für Arbeit (BfA). Das Angebot soll eigentlich Orientierung am Arbeitsmarkt und damit eine gewisse Sicherheit bieten und bewertet dafür, wie sehr sich verschiedene Berufe angeblich automatisieren lassen. Doch Fachleute halten einige Einschätzungen für fehlerhaft und unsinnig. An diesem Punkt beginnt eine grundsätzliche Debatte: Was passiert, wenn die Zerlegung eines Berufs in einzelne Tätigkeiten zwar messbar macht, was technisch automatisierbar ist, dabei aber das Wesentliche eines Berufs aus dem Blick gerät?

Der Job-Futuromat wurde im Rahmen der ARD-Themenwoche „Zukunft der Arbeit“ 2016 entwickelt. Das Konzept stammt von einem Datenjournalisten aus Hamburg, BfA und ihr Institut lieferten Daten und standen nach eigenen Worten „bei der fachlichen Umsetzung beratend zur Seite“. Der Futuromat unterteilt Berufe in sogenannte Kerntätigkeiten und erklärt: „Kerntätigkeiten sind Tätigkeiten, die das Berufsbild prägen. Sie beschreiben die für einen Beruf unerlässlichen Fertigkeiten und Kenntnisse. Welche Tätigkeiten das sind, haben Fachleute für Berufskunde im Auftrag der Bundesagentur für Arbeit auf Basis von Ausbildungsordnungen und Stellenausschreibungen herausgearbeitet.“ Automatisierbare Tätigkeiten würden an Bedeutung verlieren und möglicherweise keine Rolle mehr spielen. Betroffene wüssten also, mit welchen Themen sie sich beschäftigen sollten, um für den Beruf fit zu sein.

Wie sieht es im Journalismus aus? Recherche und Informationsbeschaffung seien zu 100 Prozent, der Beruf des Journalisten daher zu 40 Prozent automatisierbar, lautet der Befund. Denn zwei der fünf Kerntätigkeiten „könnten vollständig von Maschinen ausgeführt werden“, so der Futuromat. Übrig bleiben die angeblichen Kerntätigkeiten Lektorat, Redaktion sowie Journalistik und Publizistik. Das ist eine fragwürdige Einteilung, denn Lektorat ist eine Tätigkeit in Verlagen, Journalistik sowie Publizistik wiederum sind die Wissenschaften des Journalismus und des Veröffentlichens.

Thema verfehlt

Die eigentlichen Kerntätigkeiten – Themen finden, Interviews führen, Quellen prüfen und einordnen, Informationen aufbereiten und darstellen – sind gar nicht erwähnt. Auf Nachfrage betont Britta Matthes, die verantwortliche Arbeitsforscherin, diese Tätigkeiten seien der Publizistik zugeordnet. Wieso kann oder mag sie nicht erklären. In einer ersten Antwort im März schrieb sie: „Wir behaupten nicht, dass der Journalismus zu 100 Prozent automatisierbar ist.

Wir gehen aber davon aus, dass Informationsbeschaffung und Recherche automatisierbar ist.“ KI-Tools seien in der Lage, große Textmengen schnell zu durchsuchen, Inhalte zu strukturieren und zusammenzufassen und Berichte in einem wählbaren Stil zu verfassen. „Ja, diese Tools machen Fehler; aber auch bei der manuellen Recherche werden Fehler gemacht.“ Trotz mehrfacher Nachfrage erklärte sie den angeblichen Unterschied zwischen Recherche und Informationsbeschaffung nicht.

Beispielhaft nannte Matthes das Portal „Yahoo Sports“, das mit Spielerdaten und Ergebnissen automatisch Artikel und Zusammenfassungen erstelle. Der „Bayerische Rundfunk“ nutze automatisierte Workflows, um tägliche Berichte über die Gewinner und Verlierer an der Münchner Börse zu generieren. Lokaljournalismus könne wohl nicht automatisiert werden, schrieb Matthes einschränkend. Doch in den Job-Futuromat hat es diese Erkenntnis nicht geschafft.

Der BJV hält wenig von diesem Angebot einer staatlichen Behörde, das die Berufswahl beeinflusst. In einer Stellungnahme schreibt der Verband auf Anfrage von Kontext: „Die Annahme, dass ausgerechnet Recherche und Informationsbeschaffung im Journalismus zu 100 Prozent durch KI automatisierbar seien, ist völliger Unsinn. Besonders kurios ist diese Bewertung des Job-Futuromaten in Kombination mit der Behauptung, dass bei Lektorat und Redaktion keine Automatisierung möglich sei, obwohl hier bereits heute KI zum Einsatz kommt.“

Und wer enthüllt?

Dem BJV zufolge könnte KI journalistische Recherche „allenfalls unterstützen, indem sie Informationen zusammenfasst, die bereits bekannt, verifiziert und in Datenbanken gespeichert ist“. Dabei könne sich KI ausschließlich auf die Vergangenheit beziehen, aber auch das nur, sofern diese digitalisiert ist. Weiter heißt es: „Zum aktuellen Geschehen hat generative KI keinen direkten Zugang. Sie kann daher keine komplett neuen Themen recherchieren, sie spricht nicht mit Augenzeugen, führt keine Interviews, sie geht nicht zu Veranstaltungen. In der Lokalberichterstattung wird diese Unfähigkeit der KI noch weiter verschärft, da umso weniger maschinenlesbare Daten für ihr Training vorliegen, je kleiner die Orte und Ereignisse sind.“

Der BJV verweist zudem auf den Pressekodex: Journalistinnen und Journalisten müssen wahrheitsgetreu, sorgfältig und unbeeinflusst berichten. Generative KI basiere aber nicht auf Wahrheit, sondern auf Wahrscheinlichkeit. Wichtig sei, dass am Ende immer der Mensch entscheiden muss, was veröffentlicht werde. „Wenn Journalismus durch KI bedroht wird, dann nicht, weil Kerntätigkeiten des Journalismus automatisiert werden, sondern weil KI das Geschäftsmodell des Journalismus angreift: KI-Firmen nutzen die Informationen, die Journalistinnen und Journalisten produzieren, als Trainingsdaten für ihre KI-Systeme, vergüten diese Arbeit aber nicht fair.“ Andreas Henke, Sprecher von Verdi in Baden-

Württemberg, betont: „Sollte, wie vom Futuromat prognostiziert, Recherche zu hundert Prozent ersetzt werden, dann haben wir keinen Journalismus mehr.“ KI sei unfassbar schnell, wenn Journalist:innen etwas recherchieren müssen, das schon digital verarbeitet verfügbar sei. Aber es brauche gute und gut ausgebildete Profis, die erkennen, wenn halluziniert wird. „Was mit KI-Informationsbeschaffung niemals zu 100 Prozent funktionieren wird, ist investigativer Journalismus und Lokaljournalismus.“ Weil Fakten dafür noch nicht im Internet verfügbar seien.

Bei Fachleuten scheint Ärger durch

Der Kommunikationswissenschaftler Klaus Meier, der an der Katholischen Universität Eichstätt zu Innovation im Journalismus forscht, bezeichnet den Job-Futuromaten als „größten Blödsinn, den ich jemals zu KI im Journalismus gelesen habe“. Meier kritisiert: „Die Antworten dieses ‚Futuromaten‘ zum Beruf des Journalisten sind nicht nur unbrauchbar, sondern falsch und irreführend. Gerade Recherche und Informationsbeschaffung sind die Tätigkeitsbereiche, in denen KI-Tools zwar unterstützen, aber niemals einen Journalisten ersetzen können.“

Es gebe Tätigkeiten, in denen tatsächlich nahezu zu 100 Prozent der Ersatz von Medienschaffenden durch KI-Tools möglich sei. Dazu gehöre laut Meier zum Beispiel ein automatisiertes Layout von gedruckten Medien oder eine automatisierte Gestaltung von digitalen Medien. Aber grundsätzlich liege die Letztverantwortung im Journalismus immer beim Menschen – insofern sei kein einziger Bereich des Journalismus zu 100 Prozent ersetzbar. Meier klingt verärgert: „Aus meiner Sicht muss dieser Job-Futuromat der



Kommunikationswissenschaftler Klaus Meier. Foto: Christian Klenk

Bundesagentur für Arbeit wegen groben Unfalls sofort aus dem Netz genommen werden.“

Siegfried Weichenberg, Kommunikationswissenschaftler und ehemaliger Vorsitzender des Deutschen Journalisten-Verbandes (DJV), fühlt sich an seinen Einstieg in den Journalismus erinnert. Damals habe er die „Blätter zur Berufskunde“ erhalten, die ihm kaum geholfen hätten. Später habe er bei seiner Forschung über Journalismus immer wieder mit der Bewertung der Tätigkeiten von Journalist:innen zu tun gehabt.

Weichenberg sagt, auf dem Weg zur Bewertung durch den Futuromaten sei eine fehlerhafte Darstellung entstanden, die keinen Sinn ergebe. Eine verkürzte Darstellung führe nicht nur zu einem ungenauen Berufsbild, sondern könne auch die gesellschaftliche Bedeutung von Journalismus systematisch unterbewerten. In der Vergangenheit sei der Journalismus in fahrlässiger Weise weit weg von der Technik „geparkt“ gewesen. Nun aber werde er offenbar nur noch über Technik definiert und von seinen sozialen Funktionen und den damit verbundenen Implikationen weggerückt.

Auch andere Branchen sind irritiert

Arbeitsforscherin Britta Matthes, promovierte Soziologin, verteidigt die Bewertung damit, dass sie von mehreren Mitarbeiter:innen nicht nach rein technischen, sondern sozialwissenschaft-

lichen Kriterien erstellt und geprüft sei. Die Bewertung hätten Expert:innen vorgenommen, keine KI. Daran habe es keine Kritik gegeben, schrieb sie zunächst. Nach mehreren Nachfragen zu offensichtlichen Fehlern wollte sie nachbessern lassen, allerdings nicht den (völlig falschen Ansatz des) Futuromaten zum Beruf Journalist, sondern die (halbwegs gelungene) Beschreibung im Berufenet der BfA. Der Futuromat werde bis Ende 2026 aktualisiert. Ob sich die Zahlen beim Eintrag „Journalist/in“ ändern, könne sie nicht sagen. Eine wissenschaftliche Begleitung und Befragung, etwa von Medienwissenschaftlern, hält sie für überflüssig: „Wir sind die Forschenden.“

Das Problem einer falschen Bewertung ist nicht auf den Beruf Journalist beschränkt. Übersetzer:innen sind zu 100 Prozent als automatisierbar bewertet. Vertreter:innen des Bundes der Dolmetscher und Übersetzer (BDÜ) ärgern sich über diese Bewertung. Das richte großen Schaden an, weil es so gelesen werde, als habe der Beruf keine Zukunft. Junge Leute würden dadurch abgeschreckt. Eine Übersetzerin sagt: „Der Futuromat zieht uns den Boden unter den Füßen weg.“

Auf Anfrage von Kontext betont Luisa Callejón, im Bundesvorstand des BDÜ zuständig für KI, die Arbeitsforscher:innen hätten „leider nicht verstanden, wie der kognitiv hoch anspruchsvolle Übersetzungsprozess abläuft“ und würden die dazu nötigen vielfältigen und nur zu einem geringen Teil automatisierbaren Kompetenzen jenseits der reinen Mehrsprachigkeit verkennen. Sie seien mitverantwortlich, wenn künftig aufgrund solcher unfundierter Bewertungen nicht genügend qualifizierte Übersetzerinnen und Übersetzer zur Verfügung stünden.

Zahra Samareh, zuständig für Aus- und Weiterbildung, kritisiert: Der Job-Futuromat stelle die Berufe und Tätigkeitsfelder unvollständig und veraltet dar. Die heute erforderlichen Kompetenzen würden dabei offensichtlich nicht berücksichtigt. „Eine derart undifferenzierte und vereinfachte Darstellung vermittelt ein verzerrtes Bild dieser Berufe, ihrer Tätigkeitsfelder und der dafür notwendigen Qualifikationen.“ Wenn die zugrunde liegenden Informationen derart vereinfacht und unvollständig seien, dürfte auch die Aussage „zu 100 % automatisierbar“ kaum belastbar sein.

Mehr Kontext online auf kontextwochenzeitung.de:

Was, wenn der erste Dominostein fällt? Die AfD könnte nach den Wahlen am 6. September in Sachsen-Anhalt mit gut 40 Prozent der Stimmen allein regieren – auch dank der Sperrklausel für Kleinparteien. Ein Szenario, dem schon längst mit einem demokratischeren Wahlrecht hätte begegnet werden können. Von Hermann G. Abmayr

Enteignungspsychose Die Panik vor „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ offenbart auf eindrucksvolle Weise, was der deutsche Staat und seine wackersten Freiheitskrieger unter dem „Wohl der Allgemeinheit“ verstehen. Spoiler: Das Wohl der Menschen ist es nicht. Von Elena Wolf

Kontext fördern

Unterstützen Sie Kontext dauerhaft mit einer Spende von 10,00 € | Monat – gerne auch mehr. Sie finden das Soli-Formular unter www.kontextwochenzeitung.de/soli. Gerne schicken wir Ihnen auch per Post oder E-Mail ein Formular zu.
Unser Spendenkonto bei der GLS Bank:
IBAN: DE80 4306 0967 7011 8506 00
BIC: GENODEM3333
KONTEXT e. V. ist gemeinnützig. Sie erhalten automatisch zum Jahresanfang eine Spendenbescheinigung. Teilen Sie uns dazu bitte Ihre Adresse mit. Wenn Sie Fragen haben, senden Sie uns eine E-Mail an verwaltung@kontextwochenzeitung.de oder rufen Sie uns an unter Telefon 0711 66 48 65 48.

Impressum

KONTEXT:Wochenzeitung ist unabhängig. Sie wird von keinem Wirtschaftsunternehmen oder anderen Lobbyisten finanziert. Getragen wird sie von Menschen, die wissen, dass eine freie Presse das Brot der Demokratie ist. **KONTEXT:Wochenzeitung** erscheint mittwochs online auf www.kontextwochenzeitung.de und samstags als Beilage der wochentaz.
Herausgeber: KONTEXT Verein für ganzheitlichen Journalismus e. V., Hermannstraße 5, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711 – 66 48 65 48, verein@kontextwochenzeitung.de
Der Verein wird vertreten durch die Vorstandsmitglieder Frank Böhringer (Vors.), Anni Endress Annemarie Raab, Michael Schulze und Johannes Rauschenberger.
Redaktion: KONTEXT:Wochenzeitung, Hermannstraße 5, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711 – 66 48 65 48, redaktion@kontextwochenzeitung.de
Redaktionsleitung: Anna Hunger (verantw. gem. § 8 PresseG BW | § 55 RStV.)
Produktion: büro uebele visuelle kommunikation Marei Hager, Lukas Osele, Andreas Uebele
Druck: A. Beig Druckerei und Verlag GmbH & Co. KG, 25421 Pinneberg; MDV GmbH & Co. KG, 35390 Gießen
Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die KONTEXT:Wochenzeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung der Redaktion strafbar. Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung in der KONTEXT:Wochenzeitung-Printausgabe, im Internet, auf DVD sowie in Datenbanken zu.